Zuweisung einer Ehewohnung
bei Getrenntleben

Zuweisung einer Ehewohnung bei Getrenntleben

Rechtstatsächliche Untersuchung zu § 1361 b BGB

L.A. Vaskovics, H.P. Buba (Hrsg.)

Band 181
Schriftenreihe des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Verlag W. Kohlhammer

In der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden Forschungsergebnisse, Untersuchungen, Umfragen usw. als Diskussionsgrundlage veröffentlicht. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt der jeweiligen Autorin bzw. dem jeweiligen Autor.

Alle Rechte vorbehalten. Auch fotomechanische Vervielfältigung des Werkes (Fotokopie/Mikrokopie) oder von Teilen daraus bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Zuweisung einer Ehewohnung bei Getrenntleben: rechtstatsächliche Untersuchung zu § 1361 b BGB / Hrsg. von L.A. Vaskovics, H.P. Buba. – Stuttgart ; Berlin ; Köln : Kohlhammer, 2000
(Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bd. 181)
ISBN 3-17-016765-0

Herausgeber:	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 10118 Berlin
Titelgestaltung:	4 D Design Agentur, 51427 Bergisch-Gladbach
Gesamtherstellung:	DCM • Druckcenter Meckenheim, 53340 Meckenheim
Verlag:	W. Kohlhammer GmbH 1999
Verlagsort:	Stuttgart Printed in Germany
	Gedruckt auf chlorfrei holzfrei weiß Offset

Die Studie wurde vom Bundesministerium für Justiz und vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Herausgeber des Buches sind

L.A. Vaskovics, H.P. Buba (Universität Bamberg)

und

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
10118 Berlin
Internet: www.bmfsfj.de

Adresse Broschürenstelle:
Postfach 29.1551
53145 Bonn
Tel.: 0180/5329329

Inhalt

Vorwort 11

I **Grundlagen: Problemstellung, Zielsetzung, Forschungsdesign**
(H.P. Buba, L.A. Vaskovics, R. Oberndorfer, B. Hofmann) 15

1. Der Gesetzesentwurf des Bundesrates 15

2. Die Problembereiche: Konkurrenz der Werte und Präzisierung der schutzwürdigen Belange des einzelnen 18

3. „Gewalt" in der sozialwissenschaftlichen Diskussion 19

3.1 Formen und strukturelle Rahmenbedingungen von Gewalt in der Familie 20
3.2 Männer und Frauen als Täter und Opfer häuslicher Gewalt 22
3.3 Gewalt gegen Kinder 24
3.4 Häusliche Gewalt, ein Phänomen der sogenannten Unterschicht? 26
3.5 Situationsbedingte häusliche Gewalt 27
3.6 Gewalt bei familialen Übergängen und in der Trennungsphase 27
3.7 Gewaltfördernde personelle Faktoren 29

4. Zielsetzung, Untersuchungsdesign und Forschungsfragen 30

II **Verfahrenskennzeichen und Rechtsprechung bei der Wohnungszuweisung – ein Querschnitt über 140 deutsche Familiengerichte**
(B. Hofmann, R. Oberndorfer, H.P. Buba) 37

1. Relevanz einschlägiger Verfahren an deutschen Familiengerichten 37

2. Stichprobe und methodische Durchführung 42

2.1 Grobanalyse der Akten 42
2.2 Detailanalyse der Gerichtsakten 44

3. Die Ausgangslage vor der Antragstellung 46

3.1 Beschreibung von Klientel und objektiver Ausgangslage 46
3.2 Verfahrensgegenstand, die Ehewohnung 53

4.	Das Verfahren nach § 1361 b BGB	61
4.1	Merkmale des Verfahrens: die Antragstellung	61
4.2	Antragsbegründungen – Schilderung der Gewalthandlungen durch die Antragstellerin	63
4.3	Weitere Begründungen für die Beantragung der Zuweisung der Ehewohnung	78
4.4	Gewalt gegen Kinder	80
4.5	Folgen der Gewalt und Beweise	90
4.6	Die Gegenseite: Akzeptanz, Erklärung oder Widerspruch	94
4.7	Die einstweilige Anordnung – ein wirksamer Schutz vor Gewalthandlungen?	104
4.8	Die mündliche Verhandlung und der Ausgang des Verfahrens	109
4.9.	Die Veränderung der Wohnsituation als Folge des Verfahrens	127
5.	Beurteilung der Rechtslage anhand der Aktenanalyse	131
5.1	Interpretationsspektrum von „schwerer Härte“	131
5.2	Einflußfaktoren auf die Interpretation von Sachverhalten als „schwere Härte“ in Beschlüssen	137
5.3	Variabilität der Interpretation von „schwerer Härte“	138
6.	Zusammenfassung	140
6.1	Erhebungsdesign	140
6.2	Ergebnisse	141
III	**Erfahrungen und Sichtweisen von betroffenen Personen: Ein Vergleich zwischen Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag stellten** *(H.P. Buba, B. Hofmann)*	150
1.	Datengrundlage, Zugang zu den Betroffenen und Gewinnung der Stichprobe	151
2.	Lebenslage und sozioökonomische Merkmale der Befragten	152
3.	Konfliktgenese und Trennungsgründe	154
4.	Wohnen in der Trennungsphase	157
5.	Gewalttaten, die den Auszug oder die Antragstellung veranlassen	161
5.1	Körperliche Gewalt	162
5.2	Psychische Gewalt	166
5.3	Sexuelle Gewalt	168
5.4	Ausmaß und Schwere der Gewalt (Gewaltindex)	172

6.	Motive, keinen Antrag zu stellen	176
7.	Wie die Betroffenen die Situation empfinden	181
8.	Ablauf und Beurteilung des Verfahrens	184
8.1	Motive der Antragstellung und Verfahrensverlauf	184
8.2	Beweisführung und Beweiswürdigung	187
8.3	Zum Verfahrensausgang	187
9.	Die aktuelle Situation: Wohnen und Beurteilung eigener Problemlösungsstrategien	190
9.1	Wohnform und Wohnzufriedenheit	190
9.2	Beurteilung des Verfahrens durch die Antragstellerinnen	191
9.3	Verzicht auf das Verfahren: die richtige Problemlösung?	193
10.	Kindeswohl	193
11.	Einschätzung der Schutzwirkung des § 1361 b BGB und Änderungsvorschläge Betroffener	198
12.	Zusammenfassung	202
IV	§ **1361 b BGB aus der Sicht von Experten/-innen** *(R. Kunze, W. Lachenmaier, A. Klocke, R. Oberndorfer)*	208
1.	Erhebungsdesign und Stichprobe der Expertenbefragung	208
2.	Informationsstand der befragten Experten/-innen	210
3.	Die Häufigkeit der Beschäftigung mit Gewalt in Familien und Wohnungszuweisung	211
4.	Der Informationsstand der Betroffenen	212
5.	Der Tatbestand der „schweren Härte“ aus der Sicht der Experten/-innen	212
6.	Konfliktlösung ohne Gerichtsverfahren?	219
7.	Voraussetzungen für eine Antragstellung	220
8.	Auswirkungen der Antragstellung bzw. Entscheidung	222
9.	Die Berücksichtigung des Kindeswohls und der Belange der Betroffenen	223
10.	Die Familien nach der Gerichtsentscheidung	225
11.	Sind gesetzliche Änderungen notwendig?	230
12.	Praxiserfahrungen verschiedener Berufsgruppen – Ergebnisse einer Expertendiskussion	236

13. Die unterschiedliche Bewertung des § 1361 b BGB durch die Experten/-innengruppen ... 240
14. Zusammenfassung ... 243

V Zusammenfassung der Ergebnisse und Resümée *(L.A. Vaskovics, H.P. Buba)* ... 247
1. Beschreibung der Datenquellen ... 247
2. Zusammenfassung der Ergebnisse ... 248
2.1 Familien-, Wohnsituation und sozioökonomische Lage der Antragstellerinnen ... 248
2.2 Trennungsverlauf und Wohnen in der Trennungsphase ... 249
2.3 Begründung der Anträge ... 250
2.4 Das Verfahren ... 254
2.5 Interpretation von „schwerer Härte" ... 258
2.6 Die Zeit nach dem Verfahren. Welche Konsequenzen hat der Ausgang auf die Situation der Befragten und auf die Beziehung zum Partner? ... 262
2.7 Einschätzung des Verfahrens durch die Experten/-innen ... 262
2.8 Warum wird kein Antrag auf Zuweisung der ehelichen Wohnung gestellt? ... 265
2.9 Verbesserungs- und Änderungsvorschläge ... 266
3. Resümée ... 267

Anhang ... 275
1. Im Zusammenhang mit § 1361 b BGB relevante Begriffe und rechtliche Rahmenbedingungen ... 275
2. Gruppierung der in Anträgen ausgeführten Gewalttaten nach Art und Schwere ... 280
3. Variabilität der Handhabung von § 1361 b BGB in den einzelnen Bundesländern und Amtsgerichten ... 289
4. Wie die Betroffenen die Gewaltsituation empfinden ... 295
5. Definition von schwerer Härte aus Sicht der Betroffenen ... 305

Tabellenverzeichnis ... 315

Abbildungsverzeichnis ... 317

Literaturverzeichnis ... 318

Vorwort

Gewalt in der Familie gehört sicher zu den Forschungsfeldern, die sich einer empirischen Analyse besonders hartnäckig widersetzten. Die vorliegende Studie versucht, zu einem (wie wir glauben wichtigen) Teilbereich dieses Themas, nämlich zu häuslicher Gewalt in der Trennungsphase, einen Zugang zu finden. Sie knüpft an die Diskussion um § 1361 b BGB an und dokumentiert bzw. analysiert die forensische Praxis zu dieser Rechtsnorm. Dabei nähern wir uns diesem Problem auf verschiedene Weise: in Form einer Aktenanalyse, in der Anhaltspunkte für die Konfliktformen und die Intensität von Gewalt zusammengestellt sowie die Entscheidungspraxis der Gerichte analysiert wird; in Form von Expertengesprächen, in denen die Erfahrungen, Meinungen und die Grundsätze der Beratungs- und Betreuungspraxis der verschiedenen, mit dem Problem häuslicher Gewalt befaßten Experten/-innen[1] recherchiert, gegenübergestellt und damit auch die Relativität der Perspektiven verdeutlicht wird. Last but not least, eine Betroffenenbefragung, in der sowohl von häuslicher Gewalt Betroffene, die kein Gerichtsverfahren anstreben als auch solche, die ihr Recht vor Gericht durchzusetzen versuchen, zu Wort kommen und (ohne die verfahrensbedingten Einschränkungen) Gewaltsituationen schildern, das Gerichtsverfahren als eine der verschiedenen Formen, sich vor Gewalt zu schützen, diskutieren und in den Zusammenhang mit verschiedenen Konfliktlösungsstrategien stellen. Dabei wird auch erkennbar, aus welchen Gründen ein Teil der von häuslicher Gewalt Betroffenen kein Gerichtsverfahren anstreben.

Aus allen diesen Analysen lassen sich zahlreiche Anhaltspunkte dafür gewinnen, in wieweit eine Änderung des § 1361 b BGB nötig ist, ob Handlungsbedarf besteht, um den Schutz vor Bedrohung und Mißhandlung effektiver zu gestalten und auf welche sozialen Gegebenheiten eine evtl. Neufassung von Rechtsnormen abgestimmt werden sollte.

Die vorliegende Studie ist aus sozialwissenschaftlicher Perspektive verfaßt, stellt also keine juristische Diskussion von Rechtsnormen dar. Entsprechend orientieren sich Begriffswahl, Analyseverfahren und Deutungsmuster an sozialwissenschaftlichem Vorgehen, wobei versucht wurde, auf die in ju-

[1] Hier und im folgenden werden wir (einem ausdrücklichen Wunsch des auftraggebenden Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend folgend) soweit möglich und sachlich zutreffend immer geschlechtsneutrale Formulierungen wählen. Die deutsche Sprache ist dafür nur begrenzt geeignet. Wir bitten um Verständnis, wenn solche geschlechtsneutralen Formulierungen die Lesarbeit erschweren.

ristischer Perspektive üblichen Sprachkonventionen und Interpretationsschemata Rücksicht zu nehmen und diese soweit wie möglich zu integrieren.

Diese Untersuchung ist also der Kategorie der sozialwissenschaftlich konzipierten Rechtstatsachenforschung zuzuordnen. Auf der Grundlage des aktuellen sozialwissenschaftlichen Forschungsstandes formulierte Forschungsfragen haben natürlich direkte Bezüge zum rechtswissenschaftlichen Forschungsstand und der aktuellen rechtspolitischen Diskussion. Im Rahmen dieser Untersuchung sollten beide Perspektiven aufeinander bezogen werden und ihren Niederschlag in der Konzeption und der Durchführung finden. Daher war eine kontinuierliche Begleitung dieser sozialwissenschaftlichen Untersuchung durch Rechtswissenschaftler/-innen erforderlich. Diese Aufgabe haben Prof. Dr. Dieter Schwab (Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Deutsche Rechtsgeschichte an der Universität Regensburg) und Frau Dr. Sabine Heinke (Bundesverfassungsgericht) übernommen. Für die sehr fruchtbare, erkenntnisbringende Zusammenarbeit möchten wir uns an dieser Stelle bedanken.

Um darüber hinaus die Perspektive verschiedener Gruppen von Experten/-innen in der Projektarbeit kontinuierlich zu verankern wurde die Studie durch einen Projektbeirat begleitet. Dieser setzte sich aus Vertreter/-innen der Rechtswissenschaft, des Deutschen Familiengerichtstages, des Deutschen Richterbundes, des Deutschen Juristinnenbundes, von im Familienrecht besonders ausgewiesenen Anwälte/-innen und Richter/-innen, einer Juristin mit spezifischen Erfahrungen in der Projektarbeit zu Partnergewalt und einer Mitarbeiterin aus einem Frauenhaus zusammen. Aus unserer Perspektive hat sich diese Begleitung ebenfalls sehr konstruktiv für die Untersuchung erwiesen. In enger Verbindung mit der Kooperation im wissenschaftlichen Beirat stand die Zusammenarbeit mit den Vertretern/-innen der beiden für dieses Projekt zuständigen Bundesministerien (Bundesministerium der Justiz und Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), insbesondere Herrn Dr. Wagenitz (Bundesministerium der Justiz), Herrn Prof. Dr. Strempel, Herrn Ministerialrat Schreiber (Bundesministerium der Justiz) und Frau Ministerialrätin Renate Augstein (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Die projektbegleitende Zusammenarbeit mit den Auftraggebern und dem wissenschaftlichen Beirat hat im hohen Maße dazu beigetragen, den Praxisbezug des Projektes zu sichern und die umfassenden Erfahrungen verschiedener Experten/-innen einzubeziehen. Diese Kooperation war von offenem Gedankenaustausch und konstruktiven Ratschlägen geprägt und hat die Projektarbeit in vielfältiger Weise unterstützt. Den Auftraggebern sowie den Mitgliedern des Beirats gebührt daher unser aufrichtiger Dank.

Als methodischen Zugang zu den o.a. Fragestellungen wurden wie erwähnt folgende Verfahren gewählt: 1. Analyse von Gerichtsakten in Form a) einer quantifizierenden Grobanalyse und b) einer darauf aufbauenden Detailrecherche, 2. Expertenbefragung, 3. Befragung von Betroffenen.

Diesen Erhebungsverfahren entsprechend wurden zwei Teilprojekte abgegrenzt und die Studie in Verbund zwischen der **Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle/SOFOS** der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und dem **Staatsinstitut für Familienforschung/ifb** an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg erstellt. Die quantifizierende Grobanalyse der Gerichtsakten und die Betroffenenbefragung oblag der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle/SOFOS (Projektleitung: Dr. Hans-Peter Buba). Die Detailanalyse von Gerichtsakten und die Expertenbefragung hat das Staatsinstitut für Familienforschung/ifb durchgeführt (Projektleitung: Dr. Andreas Klocke). Die Koordination des Gesamtprojektes oblag der Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle/SOFOS als dem federführenden Institut.

Wie jedes empirische Forschungsvorhaben wäre auch diese Studie nicht ohne die Kooperationsbereitschaft einer Vielzahl von sonstigen Institutionen und Personen möglich gewesen. Wir hätten die – mit über 2.000 Akten aus fast 150 Amtsgerichten in der Bundesrepublik Deutschland vermutlich größte – Aktenanalyse nicht realisieren können, wenn uns die Landesjustizministerien der einbezogenen Bundesländer, die Datenschutzbeauftragten, die Leiter/-innen und Mitarbeiter/-innen der einbezogenen Amtsgerichte nicht so sachkundig, kooperationsbereit und zügig unterstützt hätten. Stellvertretend für die vielen, mit dem Projekt befaßten Angehörigen der Justizbehörden wollen wir hier Frau Bredemeyer, Frau Quittek und Herrn Olthoff erwähnen, die sich in den Amtsgerichten in München, Berlin und Oldenburg intensiv für die Projektarbeit einsetzten. Ihnen wie allen anderen mit der Aktenanalyse Befaßten gebührt unser herzlicher Dank für die (in der Regel zusätzlich zum normalen Arbeitsanfall geleistete) Unterstützung des Projektes.

Auch bei Experten/-innen ist das Projekt auf großes Interesse und Kooperationsbereitschaft gestoßen. Für die trotz Arbeitsdruck von Richter/-innen, Rechtsanwälte/-innen und Mitarbeiter/-innen zahlreicher Betreuungs- und Beratungsstellen sowie Frauenhäusern bereitwillig gegebenen Auskünfte bei der Expertenbefragung möchten wir uns ebenfalls bedanken.

Hinter den Erfahrungen der Experten/-innen und hinter den Akten steht eine Vielzahl von Einzelschicksalen. Die Betroffenenbefragung bot die Chance, über diese Einzelschicksale ausführlicher zu sprechen. Daß von häuslicher Gewalt Betroffene trotz der großen Belastung durch Gewalterlebnisse be-

reit waren, über ihre Situation zu berichten, versetzt den Forscher in Zugzwang. Unser Verständnis, unsere Betroffenheit, unser Dank und ein sorgfältiger, verantwortungsvoller Umgang mit diesen Informationen ist die kleine Gegenleistung, mit der wir versuchen wollen, die Unterstützungsbereitschaft der von uns Befragten anzuerkennen.

Die Kooperationsbereitschaft, die wir im Außenverhältnis erreichen konnten, findet ihr Pendant in der internen Kooperation. Jeder, der den Entstehungsprozeß einer solchen Forschungsarbeit kennt, weiß, daß sie den kompetenten, umfassenden und engagierten Einsatz zahlreicher Mitarbeiter/-innen erfordert. Jeder in seiner Funktion war unentbehrlich, oft unersetzbar: ob als wissenschaftliche/-r Mitarbeiter/-in, als studentische Hilfskraft, im Sekretariat oder als externe/-r Mitarbeiter/-in. Stellvertretend für die vielen bei der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle/SOFOS mit dem Projekt befaßten Mitarbeiter/-innen wollen wir Frau Dipl.-Soz. Barbara Hofmann, von denen im Staatsinstitut für Familienforschung/ifb mit dem Projekt Beauftragten Frau Dipl.-Psych. Rotraud Oberndorfer nennen. Wie alle anderen, aber in ganz besonderem Maße haben sie mit ihrem Sachverstand, ihrer Kooperationsfähigkeit, ihrem Organisationsgeschick, und mit einem weit über das Übliche herausragenden Engagement wesentlich zu dem erfolgreichen Gelingen des Projektes beigetragen.

Es ist uns ein Anliegen, uns bei allen hier Genannten zu bedanken. Noch wichtiger erscheint uns, daß das vielfältige Engagement, das diese Studie ermöglichte, durch einen verantwortungsvollen und nachdenklichen Umgang mit den hier vorgelegten Ergebnissen anerkannt wird.

Bamberg im Oktober 1998

Prof. Dr. L.A. Vaskovics
Projektgesamtleitung
(Leiter der SOFOS und des ifb)

Dr. H.P. Buba
Leiter des SOFOS-Teilprojektes

I. Grundlagen: Problemstellung, Zielsetzung, Forschungsdesign

(H.P. Buba, L.A. Vaskovics, R. Oberndorfer, B. Hofmann)

Die Einführung des § 1361 b BGB, der es erlaubt, einem Ehepartner im Falle des Getrenntlebens bei Vorliegen einer schweren Härte die Ehewohnung zuzuweisen, war von heftigen Diskussionen begleitet. Die Auseinandersetzung entzündete sich an der Frage, wie hoch die Eingangsschwelle angesetzt werden muß, um zu rechtfertigen, daß der Schutz des einzelnen Vorrang vor dem Schutz der Ehe erhält und der staatliche Eingriff in die Privatsphäre von Ehe und Familie als letztes Mittel zur Gewaltvermeidung erfolgt. Der Gesetzgeber entschloß sich, die Eingriffsschwelle mit der Voraussetzung „schwere Härte" hoch anzusetzen. Zudem liegt die materielle Beweislast oder Darlegungslast bei dem/der Antragsteller/-in, d.h. der/die Antragsteller/-in muß diejenigen Sachverhalte und Beweismittel anführen, die für die Entscheidung erheblich sein können. Das Gericht darf von sich aus nicht ermittelnd tätig werden. Das Gesetz blieb jedoch auch nach seinem Inkrafttreten im Jahr 1986 umstritten.

1 Der Gesetzesentwurf des Bundesrates

Im Januar 1995 legte der Bundesrat einen Gesetzesentwurf über eine erleichterte Zuweisung der Ehewohnung vor, der im Bundestag heftig diskutiert wurde. Grundlage für diesen Gesetzesentwurf und die daran anschließende Diskussion waren u.a.:

- eine öffentliche Anhörung zur vorläufigen Zuweisung der Ehewohnung an mißhandelte Frauen und ihre Kinder am 28.11.1991 in Berlin. Im Rahmen dieser Anhörung wurde die Ersetzung der Formulierung „schwere Härte" durch „unbillige Härte", eine Beweislastumkehr oder Beweiserleichterung sowie die Ausdehnung des § 1361 b BGB auf nichteheliche Lebensgemeinschaften diskutiert. Anwesend waren Wissenschaftler/-innen sowie Sachverständige aus Frauenhäusern, Familiengerichten und Anwaltskanzleien. Die Sachverständigen hatten unterschiedliche Meinungen zu diesen Punkten, waren sich aber darüber einig, daß eine Änderung der Gesetzesformulierung alleine nicht ausreicht (vgl. Dokumentation der öffentlichen Anhörung zur vorläufigen Zuweisung der Ehewohnung an mißhandelte Frauen und ihre Kinder, November 1991).

- ein Kurzgutachten des Senatsamts für die Gleichstellung in Hamburg vom September 1993, demzufolge die Arbeitsgruppe „Familienrecht und Familienpolitik“ folgende Eckpunkte zur Änderung des § 1361 b BGB beschlossen hat:
  - der Rechtsbegriff schwere Härte ist durch den Rechtsbegriff unbillige Härte zu ersetzen und nach dem Muster des § 1579 BGB näher zu definieren (vgl. Bericht der GFMK-Arbeitsgruppe „Familienrecht und Familienpolitik, September 1993),
  - das Kindeswohl ist als zusätzliches Voraussetzungskriterium in § 1361 b BGB aufzunehmen,
  - vorbehaltlich einer juristischen Prüfung ist dem/der Antragsteller/-in ein Beschwerderecht gemäß § 620 c ZPO einzuräumen.

- eine Stellungnahme des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, die ebenfalls eine Herabsetzung der Eingriffsschwelle, die Aufnahme des Kindeswohls und eine Beweiserleichterung für den Elternteil, der die Zuweisung (mit dem Kind) begehrt, und eine gesetzliche Regelung für Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften befürwortete.

- ein Gesetzesantrag des Landes Niedersachsen vom 12.04.1994 über die erleichterte Zuweisung der Ehewohnung (Bundesrats–Drucksache 307/94).

- der Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion vom 20.09.1995 über die erleichterte Zuweisung der Ehewohnung (Bundestags-Drucksache 13/2500).

Der Gesetzesentwurf des Bundesrates vom Januar 1995 baut auf dieser Diskussion auf und geht von folgender Feststellung aus: „Angesichts allgemein zunehmender Gewaltbereitschaft, auch in der Familie, darf kein Zweifel daran bestehen, daß Mißhandlung oder Bedrohung des Ehegatten oder Gefährdung des Kindeswohls ausreichende Gründe sind, um die Ehewohnung den betroffenen Ehegatten zuzuweisen. Der Begriff der schweren Härte ist jedoch einerseits zu unbestimmt und stellt andererseits zu hohe Anforderungen an eine Wohnungszuweisung, so daß das berechtigte Interesse der von Gewalttätigkeiten betroffenen Personen am Erhalt der Wohnung nicht ausreichend geschützt wird. Der Entwurf hat das Ziel, den Schutz zu verbessern, indem er die Zuweisungsvoraussetzungen neu bestimmt“ (vgl. dazu und zum folgenden Bundestags-Drucksache 13/196).

In dem vom Bundesrat vorgelegten Entwurf sollten in § 1361 b BGB Abs. 1 die Worte „soweit dies notwendig ist, um eine schwere Härte zu vermeiden“ durch die Worte „soweit dies zum Schutz seiner Person oder aus Gründen

des Kindeswohls oder aus sonstigen schwerwiegenden Gründen auch unter Berücksichtigung der Belange des anderen Ehegatten notwendig ist“ ersetzt werden. Begründung ist, daß unter den derzeitigen Voraussetzungen („schwere Härte“) immer mehr Frauen nach Mißhandlung oder aus Angst vor weiterer Bedrohung die Ehewohnung verlassen, während der Ehemann in der Wohnung verweilt. Durch die vorgeschlagene Änderung werden zum einen Gründe genannt, die eine Zuweisung der Ehewohnung rechtfertigen, und zum anderen wird das Kindeswohl ausdrücklich hervorgehoben. Der betreffende Elternteil soll dadurch ermutigt werden, im Interesse des Kindes einen Antrag auf Wohnungszuweisung zu stellen. Die Gefahr eines sozialen Abstiegs des auszuweisenden Ehepartners wird durch den Einschub „auch unter Berücksichtigung der Belange des anderen Ehegatten“ aufgefangen. Durch die Streichung der Worte „oder einen Teil“ soll zum Ausdruck gebracht werden, daß eine Teilung der Wohnung bei Mißhandlung nicht ausreicht. Dies bedeutet aber nicht, daß nur noch die gesamte Wohnung zugewiesen werden kann.

Weiter sah der Gesetzesentwurf zur erleichterten Wohnungszuweisung vor, einen neuen Absatz einzufügen, der wie folgt lauten sollte: „Ist der antragstellende Ehegatte oder ein im Haushalt lebendes Kind von dem anderen Ehegatten mißhandelt worden, so wird vermutet, daß die Gefahr weiterer Mißhandlungen besteht.“ Dieser neue Absatz soll zu einer Beweiserleichterung für die Mißhandelten führen. Für den antragstellenden Partner sei es fast unmöglich, einen Beweis für die Wiederholungsgefahr zu erbringen. Daher sei es gerechtfertigt, dem „Täter“ aufzuerlegen zu beweisen, daß eine weitere Gefährdung des Ehepartners auszuschließen ist.

Als letztes wurde vorgeschlagen, die Vorschriften des § 1361 b BGB auch auf nichteheliche Lebensgemeinschaften anzuwenden.

Dieser Entwurf wurde am 17. Februar 1995 im Bundestag beraten (vgl. Protokoll zur 22. Sitzung des deutschen Bundestages in Bonn) und an den Rechtsausschuß sowie an den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages verwiesen. Nach Diskussion in den Ausschüssen wurde die Bundesregierung beauftragt, eine Rechtstatsachenforschung über die praktische Handhabung des § 1361 b BGB durchzuführen. Sie wurde vom BMJ und dem BMFSFJ in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen Aufschluß über die Rechtspraxis geben und, wenn erforderlich, die Grundlage für einen Neuentwurf des Gesetzestextes bilden.

2 Die Problembereiche: Konkurrenz der Werte und Präzisierung der schutzwürdigen Belange des einzelnen

Die Diskussion um § 1361 b BGB dokumentiert, welche allgemeinen Problembereiche berührt sind: Zum einen die Konkurrenz der Grundwerte „Schutz von Ehe und Familie“ im Vergleich zum „Schutz des Individuums“, zum anderen die Frage, wie der Schutz des Individuums gestaltet werden kann, daneben auch das Problem der Rahmenbedingungen, unter denen die Trennungsphase ablaufen soll. Es ist nicht Aufgabe dieser Studie, die grundsätzliche Diskussion in diesen Problembereichen zu führen. Die nachfolgenden Überlegungen dienen nur dazu, die rechtstatsächliche Untersuchung zum § 1361 b BGB in einem allgemeineren Problemzusammenhang zu plazieren und (wenn auch sehr selektiv) einige Rahmenbedingungen und „normative Eckwerte“, innerhalb derer sich die Problemstellung der Studie bewegt, in Erinnerung zu rufen.

Ehe und Familie sind Institutionen, die nach Art 6 Abs. 1 GG unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen. Dies bedeutet einerseits, daß gesetzliche Regelungen auf den Erhalt und die Unterstützung von Ehe und Familie abzielen müssen. Andererseits besteht für diese Institutionen auch gesetzlicher Schutz vor staatlichen Eingriffen, was zur Folge hat, daß ordnende Eingriffe zum Schutz des Individuums in besonderer Weise legitimiert werden müssen. Die durch das Grundgesetz auferlegte Zurückhaltung des Staates beruht zudem auf der Annahme, daß Intimbeziehungen anderen Regeln folgen als sonstige Sozialbeziehungen, in die der Staat nicht ordnend einzugreifen hat, solange die Familie die ihr gesellschaftlich zugeschriebenen Funktionen erfüllt. Die Herauslösung der Familie aus anderen Sozialbeziehungen bei gleichzeitiger Zuschreibung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen erzeugt auf seiten der Gesetzgebung eine schwierige Gratwanderung zwischen dem Schutz der Autonomie der Familie und ordnenden gesetzlichen Regeln bzw. gesetzlichen Eingriffen (Honig 1992), die dem Schutz der persönlichen und körperlichen Integrität des Individuums dienen, dem von staatlicher Seite ebenfalls Rechnung getragen werden muß.

Wie ausgeführt, hat sich der Gesetzgeber entschlossen, die Schwelle für den Eingriff in Ehe und Familie nach § 1361 b BGB mit der Voraussetzung des Vorliegens einer „schweren Härte“ hoch anzusetzen. Bei der Definition des unbestimmten Rechtsbegriffs der „schweren Härte“ orientieren sich einschlägige Kommentare und die Rechtsprechung weitgehend an Sachverhalten, die physischer Gewalt bzw. der Bedrohung mit physischer Gewalt und/oder psychischer Gewalt entsprechen sowie an den Folgen der Gewalthandlungen für die Betroffenen (Brudermüller 1987; OLG Hamm,

FamRZ 1997). Was jeweils unter den Begriffen „physische oder psychische Gewalt“ subsumiert wird, ist ebenso abhängig von gesellschaftlichen Werthaltungen und Einstellungen wie die Bewertung des Verhältnisses von „Schutz des Individuums“ und „Schutz von Ehe und Familie“. Dies kommt auch in der gegenwärtigen Fassung des § 1361 b BGB zum Ausdruck (vgl. dazu z.B. Rössler 1996, S. 17ff). In einer pluralistischen Gesellschaft kann nicht davon ausgegangen werden, daß über Werthaltungen und Einstellungen in jedem Fall Konsens besteht. Dies macht die Diskussion um den § 1361 b BGB deutlich.

Der wirksame Schutz des Individuums durch gesetzliche Bestimmungen erfordert einerseits eine eindeutige Definition von Gewalt und anderen Formen der Verletzung persönlicher Integrität, so daß Klarheit darüber herrscht, was erlaubt ist und was nicht. Andererseits ist ein gewisser Interpretationsspielraum notwendig, um dem Einzelfall gerecht zu werden. Versuche, Gewalthandlungen und sonstige Verstöße gegen schutzwürdige Interessen des einzelnen zu umreißen und damit Rechtssicherheit zu schaffen, münden deshalb letztendlich in relativ unbestimmte Rechtsbegriffe, die einen weiten Interpretationsspielraum lassen. Das Bemühen um Einzelfallgerechtigkeit birgt damit die Gefahr der Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes in sich (vgl. § 223 ff StGB).

Zusätzlich verändern sich Werthaltungen und Einstellungen in der Zeit. Damit verändert sich sowohl die Definition des Begriffs dessen, was „Schutz des Individuums“ bedeuten soll, als auch die Wertigkeit von Rechtsgütern. Der Gesetzgeber ist gehalten, diesen Veränderungen Rechnung tragen.

3 „Gewalt“ in der sozialwissenschaftlichen Diskussion

Eine rechtstatsächliche Untersuchung muß an der sozialen Realität anknüpfen, in unserem Falle also an den konkreten sozialen Phänomenen, die „den schutzwürdigen Belangen des einzelnen“ bzw. einer „schweren Härte“ am ehesten entsprechen. Sowohl die Kommentare als auch die rechtspolitische Diskussion zu § 1361 b BGB wie das Alltagsverständnis, vor allem aber die sozialwissenschaftlichen Überlegungen und Ergebnisse zu familialen Krisen legen nahe, bei der rechtstatsächlichen Untersuchung zu § 1361 b BGB an der sozialwissenschaftlichen Diskussion zum Thema „häusliche Gewalt“ anzuknüpfen und dabei an einigen begrifflichen Überlegungen und einer Kurzdarstellung des Forschungsstandes die Ausgangspunkte der vorliegenden Studie zu skizzieren. Dafür spricht auch, daß andere, im Zusammenhang mit § 1361 b BGB zur Präzisierung der schutz-

würdigen Belange des einzelnen genannte, Phänomene (wie Mißhandlung, Bedrohung) als Formen von Gewalt gelten können.

An die sozialwissenschaftliche Analyse häuslicher Gewalt anzuknüpfen, bedeutet im übrigen nicht, daß hier die schutzwürdigen Belange des einzelnen ausschließlich auf den Schutz vor Gewalt reduziert werden sollen. Im Gegenteil: Eine sorgfältige Analyse gravierender ehelicher Konflikte im Trennungsjahr bedarf einer differenzierten Darstellung von Gewaltformen und -intensitäten, aber auch von anderen Formen der Beeinträchtigung schutzwürdiger Belange von einzelnen. Dennoch gilt: Gewalt ist (und dies werden auch die Ergebnisse dieser Studie zeigen) das zentrale Phänomen, an dem eheliche Konflikte im Trennungsjahr zu eskalieren drohen und das die forensische Praxis zu § 1361 b BGB bestimmt.

3.1 Formen und strukturelle Rahmenbedingungen von Gewalt in der Familie

In seiner Kernbedeutung bezieht sich der Begriff „Gewalt“ auf physische Gewalt. Physische Gewalt, die sexuelle Gewalt einschließt, ist der Inbegriff des Zwanges, weil sie als physischer Zwang die Beugung und Überwältigung fremden Willens an sich bedeutet. Gleichzeitig ist physische Gewalt der Inbegriff des Mittels, andere unter seinen Willen zu zwingen, weil überlegene physische Gewalt „unwiderstehlich“ wirkt. Physische Gewalt ist auch als letztes Mittel zu sehen, wenn kein anderes Mittel zur Verfügung steht oder sich andere Mittel als nicht erfolgreich erwiesen haben. Zudem ist physische Gewalt eine Art universeller Code, der kulturell voraussetzungslos wirksam ist und von allen Lebewesen verstanden wird. Damit ist physische Gewalt das einfachste Mittel zur Machtdemonstration. Schließlich provoziert Gewalt Gegengewalt. Physische Gewalt folgt damit der Norm der „Reziprozität“ (Gemünden 1996).

Der Gewaltbegriff erfuhr eine Erweiterung durch die Einbeziehung der psychischen Gewalt in die Definition von Gewalt. Mit dieser Erweiterung erhöhte sich der Interpretationsspielraum hinsichtlich der Einschätzung von Handlungen als Gewalthandlungen beträchtlich. Noch stärker als bei physischer Gewalt erlangen Zuschreibungsprozesse für die Intentionalität einer Handlung Bedeutung und das subjektive Empfinden des Angegriffenen wird zur entscheidenden Bezugsgröße.

Innerhalb der Ehe wird Gewalt zum Zwang, der dazu dient, den Willen des Partners unter den eigenen zu zwingen. Gewalt wird dabei immer auch einem Aushandlungs- und Interpretationsprozeß der Ehepartner unterliegen.

Gerade weil dies so ist, kann von außen, aber auch von den Partnern selbst u.U. nur schwer die Grenze gezogen werden, ab der die gegenseitige bzw. einseitige Einflußnahme oder Machtausübung in Gewalt in engem Sinne umschlägt. Honig (1992) fand in seiner Untersuchung, daß die Unterscheidungen der von ihm Befragten, was „Gewalt“ und was „Nicht-Gewalt“ sei, fast so vielfältig waren, wie die Episoden, die sie schilderten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese Unterscheidung vor dem Hintergrund sozialer Normen zu Partnerschaft und Familie und den eigenen Erwartungen bzw. Erfahrungen erfolgt.

Vielfach werden Diskrepanzen zwischen sozialer Norm und eigener (negativer) Erfahrung oder eigener Handlung lange Zeit innerhalb der Ehe bzw. der Familie durch Beschönigung, Entschuldigungen oder Hoffnung auf Veränderung bewältigt (Gelles 1987). Auch wenn diese Bewältigungsstrategien nicht mehr greifen, entziehen sich Betroffene den Gewalthandlungen ihres Partners vielfach nicht durch den Gang zum Gericht, sondern durch die Flucht aus der ehelichen Wohnung zu Verwandten/Freunden oder ins Frauenhaus. In manchen Fällen wechseln sich dabei Flucht und Rückkehr zum Partner häufig ab, wohl in der Hoffnung, daß die Versprechungen des Partners dieses Mal gehalten werden, oder aus Angst vor weiteren Gewalthandlungen des Partners, wenn die Trennung aufrechterhalten wird. Damit bleiben Gewalthandlungen in der Privatheit der Ehe bzw. Familie und dem ordnenden Eingriff des Staates entzogen. Wie Polizeiakten und Berichte in den Medien ausweisen, geschieht dies nicht selten unter ständiger Gefahr für Leib und Leben.

Es scheint, daß das intime und durch Emotionen bestimmte Zusammenleben in der Familie bei gleichzeitig ungleicher Machtverteilung und fehlender sozialer Kontrolle Gewalt provoziert (siehe Büttner, et al. 1984, S.29). Immerhin werden mehr als ein Drittel aller Morde und Totschläge innerhalb der Familie verübt, und über 80% aller aufgeklärten Gewaltdelikte haben einen Täter, der mit dem Opfer verwandt oder verschwägert ist.

Abgeleitet aus der gesellschaftlichen Sozialstruktur wurde der Begriff „strukturelle Gewalt“ (Neidhardt 1986) formuliert. Nach Simm (1983, S.48) besteht strukturelle Gewalt „in ungleichen Machtverhältnissen, die sich in der Entscheidungs- und Verfügungsgewalt von Ressourcen ... äußern“. Am ausgeprägtesten ist das „strukturelle Machtgefälle“ zwischen Eltern und Kindern; der Eltern-Kind-Beziehung ist strukturelle Gewalt quasi immanent (Honig, 1992; siehe auch Büttner, et. al. 1984). Daraus erwächst dem Staat gegenüber dem Kind eine besondere Schutzpflicht, die sich auch in der einschlägigen Gesetzeslage (KJHG) ausdrückt. So schützt er z.B. das Recht des Kindes auf Bildung durch die Schulpflicht. Zudem hat er durch

die Einrichtung des Jugendamtes eine Institution geschaffen, die der Wahrung des Kindeswohls verpflichtet ist. Demgegenüber steht das Recht und die Pflicht der Eltern, ihr Kind zu erziehen. Der Gesetzgeber schließt zwar Mißhandlungen und Gewalt gegen Kinder aus (§ 1631 b BGB/ § 225 StGB); über die Frage, wann eine Handlung im Rahmen des Züchtigungsrechts bleibt und wann sie als Kindesmißhandlung (Engfer 1986) gewertet werden muß, ist aber nur schwer Konsens herzustellen.

Die Frauenbewegung machte darauf aufmerksam, daß auch die im allgemeinen zu Ungunsten der Frau unterschiedlich verteilte Macht in Ehe und Familie ein Definitionsmerkmal struktureller Gewalt sei. Dem Mann steht in der Regel aufgrund seiner physischen Überlegenheit eher das Machtmittel „physische Gewalt“ zur Verfügung als der Frau (Gemünden 1996). Hinzu kommt, daß Frauen oftmals auch heute noch, trotz rechtlicher Gleichstellung, in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihrem Partner stehen, das struktureller Gewalt gleichkommt (siehe dazu Honig 1992): Frauen verfügen in der Regel, vor allem, wenn sie ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familientätigkeit aufgegeben haben, über geringere zumindest finanzielle Ressourcen als ihr Ehemann. Dies und die Nachwirkungen der Tatsache, daß Frauen noch bis Ende der 50er Jahre ihrem Ehemann in manchen Bereichen wie z.B. hinsichtlich der Geschäftsfähigkeit oder der Erwerbsbeteiligung gesetzlich untergeordnet waren, scheint die Bereitschaft mancher Männer zu erhöhen, sich im Konfliktfall auch mit Gewalt durchzusetzen.

3.2 Männer und Frauen als Täter und Opfer häuslicher Gewalt

In der Viktimologie wird in der Regel von der Beobachtung ausgegangen, daß im allgemeinen Frauen seltener Opfer krimineller Handlungen werden als Männer. Relevant ist im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt allerdings nicht die Opferbelastung durch kriminelle Handlungen insgesamt, sondern nur durch die bei häuslicher Gewalt relevanten Delikte: leichte und schwere Körperverletzung, Drohung, Nötigung, sexuelle Belästigung bzw. Vergewaltigung. Für diese Delikte zeigen Wetzels et al. (1995), daß Frauen stärker betroffen sind als Männer. Auch die Durchsicht der Literatur und die Untersuchungen zu häuslicher Gewalt zeichnen das Bild vom weiblichen Opfer und vom männlichen Täter. Männer sind in den Kriminalstatistiken als Täter bei Körperverletzung und Tötungsdelikten stark überrepräsentiert. Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, daß es die Frau als Täterin nicht gibt. Brush (1990), der das repräsentative National Survey of Families and Households (USA) von 1987/88 hinsichtlich häuslicher Gewalt auswertete, fand, daß die Gewaltrate der Männer bei 3,4% lag, die der Frauen bei 2,9%. In den meisten Fällen wurde Gewalt von beiden Partnern

zugleich ausgeübt. Allerdings ergab die Untersuchung, daß Frauen zwei bis drei Mal so häufig verletzt werden wie Männer. Straus et al. (1986) konnten zeigen, daß die Häufigkeit einzelner Formen der physischen Gewalt mit dem Geschlecht variiert: Frauen werfen doppelt so oft mit Gegenständen nach dem Partner wie Männer. Höher ist auch die Häufigkeit, mit der Frauen treten oder mit einem Gegenstand auf den Partner einschlagen. Dagegen kommt es bei Männern häufiger vor, daß sie ihre Partnerin schwer verprügeln und/oder mit Schuß- oder Stechwaffen bedrohen bzw. verletzen.

Eine Studie von Wetzels und Pfeiffers (1995) beschäftigt sich mit sexueller Gewalt gegenüber Frauen. Hier berichten – bezogen auf den Zeitraum von fünf Jahren zwischen 1987 und 1991 – 2% der befragen Frauen im Alter von 20 bis 59 Jahren, Opfer einer Vergewaltigung durch einen Täter geworden zu sein, mit dem sie zum Tatzeitpunkt in einem Haushalt lebten. In zirka drei Viertel der Fälle (bezogen auf alle befragten Frauen also bei zirka 1,5 %) handelte es sich dabei um den Ehemann. Nicht berücksichtigt sind Fälle, in denen der Ehemann als Täter getrennt von der vergewaltigten Ehefrau lebt. Dass sexuelle Gewalttaten vor allem ein Bestandteil des Trennungsprozesses sind, belegt folgendes Ergebnis: Frauen, die zum Zeitpunkt der Befragung verheiratet waren, weisen mit 1,1 % eine signifikant niedrigere Opferrate auf als Geschiedene. Diese waren zu 7 % Opfer einer sexuellen Gewalttat (meist des früheren Ehemannes) geworden. Die Mehrzahl der betroffenen Frauen wird wiederholt Opfer, zudem wird die Mehrheit auch gleichzeitig Opfer physischer Gewalt. Als Folge häuslicher Gewalt berichten die betroffenen Frauen vor allem über Angst, über ihr Gefühl, zuhause nicht mehr sicher zu sein und über des Problem, ausziehen zu wollen, dies aber nicht umsetzen zu können. Tatsächlich bleibt etwa die Hälfte der Opfer sexueller Gewalt mit dem Täter im gemeinsamen Haushalt wohnen. Auch gelangen innerfamiliäre sexuelle Gewaltdelikte durch Ehemann praktisch nicht zur Anzeige.

Bezieht man neben sexueller Gewalt auch andere Formen häuslicher Gewalt ein, kann auf zwei größere Befragungen für die Bundesrepublik zurückgegriffen werden. Eine davon führte das DJI (Wahl 1990) durch. Als Ergebnis der Untersuchung kann festgehalten werden, daß 9% aller Männer und 6% aller Frauen schon einmal gegenüber ihrem Partner Gewalt angewendet haben. Habermehl (1989) befragte 553 Männer und Frauen nach erlittener und zugefügter Gewalt in ihren Partnerschaften. Sie fand: „Nur jeder dritte Befragte zwischen 15 und 59 hat noch nie Gewalt durch einen Partner erlebt. Vier von zehn Männern und Frauen sind schon von einem Partner mißhandelt worden, die meisten von ihnen mehr als einmal.

Jeder dritte Mann und jede vierte Frau lebt mit einem Partner zusammen, der ihn schon einmal mißhandelt hat“ (Habermehl 1989, S.195).

Die Zahlen verdeutlichen, daß sich Frauen beim Thema Gewalt in der Familie nicht nur in der Opferrolle befinden. Allerdings sind Frauen häufiger Opfer schwerer Mißhandlungen. Und, wie z. B. die Studie von Saunders (1986) zeigt, dient die Gewalt, die Frauen gegen ihre Partner richten, oft der Verteidigung und Gegenwehr (vgl. Brandau/Ronge 1996; Wrage/Marth u.a. 1995). Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, daß Gewalthandlungen in der Familie nur selten Einzelfälle sind. Meist werden die Opfer wiederholt mißhandelt (vgl. Habermehl 1989, S.68f).

Es ist darauf hinzuweisen, daß sich alle Untersuchungen zu häuslicher Gewalt auf physische Gewalt beziehen. Eine Zwischenstellung nimmt die Bedrohung mit physischer Gewalt ein. Abgesehen davon, daß physische Gewalt immer auch psychische Gewalt beinhaltet, war psychische Gewalt, für sich allein genommen, bislang nicht Gegenstand größerer Untersuchungen.

3.3 Gewalt gegen Kinder

Von häuslicher Gewalt sind Kinder auch dann betroffen, wenn sich die Gewalthandlungen nicht direkt gegen sie richten. Aus der Scheidungsforschung ist bekannt (Hetherington 1980; Lehmkuhl/Boos 1997; Napp-Peters 1995; Oberndorfer 1997; Schmidt-Denter/Beelmann 1995; Wallerstein/ Blakeslee 1989), daß lang andauernde und schwere elterliche Konflikte die Entwicklung der Kinder negativ beeinflussen, und dies nachhaltiger als eine Scheidung an sich. Gegenseitige Herabsetzungen der Eltern, den jeweils anderen Elternteil schädigende Verhaltensweisen, die Anforderung eines oder beider Eltern an die Kinder, Partei zu ergreifen, können einerseits dazu führen, daß Kinder die Eltern als positive Modelle verlieren, und stürzen sie andererseits in schwer zu bewältigende Loyalitätskonflikte. Bereits kleine Kinder versuchen oft, die Eltern zu versöhnen bzw. zu befrieden. Vielfach schlagen diese Versuche fehl, was bei den Kindern Gefühle der Ohnmacht und Hilflosigkeit, aber auch der Aggression auslösen kann. Zudem lernen Kinder von ihren Eltern unangemessene Verhaltensweisen zur Konfliktlösung, die oft nur schwer wieder „verlernt“ werden können.

Seit 1971 wird in der Bundesrepublik Deutschland eine Kriminalstatistik zu Fällen der Kindesmißhandlung nach § 223 b StGB und über Fälle nach § 170 d StGB geführt. Als Beispiel sei Frankfurt a. M. genannt. Jacobi (1995) gibt an, daß in dieser Stadt jährlich 280–330 Anzeigen wegen Kin-

desmißhandlung vorliegen. Allerdings gibt diese Statistik das Ausmaß der Kindesmißhandlung nur unvollkommen wieder, da sie lediglich Fälle, die zur Anzeige gebracht wurden, enthält. Betrachtet man die Ergebnisse von Elternbefragungen zu deren Disziplinierungsmaßnahmen, so zeigt sich, daß Ohrfeigen oder Prügel immer noch als im Bereich des normalen Erziehungsverhalten angesiedelt werden. Schätzwerte aufgrund von Studien ergeben, daß Kinder vom Säuglingsalter an zu etwa 60-80% mit körperlicher Strafe rechnen müssen. 10-30% aller Kindern, so wird geschätzt, werden mit Gegenständen geschlagen (siehe dazu Engfer 1986). Dabei kommt es zu leichten bis schweren Körperverletzungen. In ihrer Befragung von 380 Müttern und Vätern, die mindestens ein Kind im Kindergartenalter hatten, fanden Wimmer-Puchinger, et al. (1991), daß Ohrfeigen als ein „legitimes" Erziehungsmittel gelten. Die Studie zeigte auch, daß Mütter häufiger zu leichterer körperlicher Gewalt (wie Ohrfeigen, Handausrutschen, Klapse usw.) als Disziplinierungsmaßnahme greifen als Väter. Schwere körperliche Gewalt (Hintern versohlen, eine Tracht Prügel und Schläge mit Gegenständen) setzen Mütter zu 67,5% (Väter zu 69,0%) *nie* ein, 28,5% der Mütter (26,0% der Väter) greifen manchmal zu schweren Gewaltformen und 4% der Mütter (5,2% der Väter) setzen schwere physische Gewalt häufig als Erziehungsmittel ein. Es scheint, daß Kinder immer noch als Besitz der Eltern angesehen werden, die nach Belieben geformt werden können, wenn nötig mit Gewalt.

Psychische Gewalt, worunter Engfer (1986)

- die Ablehnung des Kindes (das Kind wird ständig kritisiert, herabgesetzt, überfordert, zum Sündenbock gemacht),
- das Terrorisieren des Kindes (das Kind mit Drohungen ängstigen, einschüchtern) und
- das Isolieren des Kindes (es einsperren, oder in der Wohnung für Stunden allein lassen)

versteht, ist auch bei Kindern diejenige Gewaltform, die sich am schwersten von zulässigen Erziehungsmaßnahmen abgrenzen läßt. Sie wird (oder wurde) vor allem in Zusammenhang mit der elterlichen Scheidung bzw. Sorgerechtsregelung und deren Folgen für die kindliche Entwicklung thematisiert (Hetherington 1980; Lehmkuhl/Boos 1997; Napp-Peters 1995; Oberndorfer 1997; Schmidt-Denter/Beelmann 1991; Wallerstein/Blakeslee 1989). In der Mehrheit der Fälle wird psychische Mißhandlung von Kindern für sich genommen nicht rechtsanhängig. Sie ist vielmehr Gegenstand der Familienberatung oder -therapie.

3.4 Häusliche Gewalt, ein Phänomen der sogenannten Unterschicht?

Es wird oft die Vermutung aufgestellt, daß häusliche physische Gewalt in den unteren Bildungsschichten am weitesten verbreitet ist. Status et al. (1981) fanden in ihrer Untersuchung, daß physische Gewalt zwischen Ehepartnern mit niedrigem Berufsstatus häufiger vorkam als bei Befragten mit hohem Berufsstatus. Nach einer Veröffentlichung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung in Baden-Württemberg (1982) hatten 83% der Bewohnerinnen eines Münchner Frauenhauses die Hauptschule besucht, 10% hatten Mittlere Reife und 7% Abitur.

Dennoch sollte häusliche Gewalt nicht als schichtspezifisches Phänomen angesehen werden. Vielmehr kommen verschiedene Autoren zu dem Schluß, physische Gewalt zwischen Ehepartnern komme in allen sozialen Schichten vor, bei Armen wie Reichen, Gebildeten wie weniger Gebildeten; es würden jedoch unterschiedliche Strategien eingesetzt, um die Gewalterfahrung zu bewältigen.

In diesem Zusammenhang zeichnen die Statistiken von Frauenhausbewohnerinnen u.U. ein irreführendes Bild: Daß Frauen aus unteren sozialen Schichten in Frauenhäusern überrepräsentiert sind, kann auch darin begründet sein, daß sich Frauen aus der Unterschicht wegen fehlender finanzieller Mittel oft nicht alleine helfen können. Andererseits kann vermutet werden, daß Anträge nach § 1361 b BGB in höheren Bildungsschichten eher selten gestellt werden, da sowohl die finanziellen Mittel vorhanden sind, um Ersatzwohnraum zu beschaffen als auch in der Regel ein weitgefächertes Unterstützungsnetz (vgl. Bien/Marbach 1991), das die Möglichkeit bietet, bei Verwandten oder Bekannten unterzukommen. Darüber hinaus nehmen Angehörige der mittleren Schichten eher Beratung oder Therapie in Anspruch als Angehörige unterer Schichten. Damit kann der häuslichen Gewalt durch außergerichtliche Strategien begegnet werden. Dies hat den „Vorteil", daß sie nicht öffentlich wird, was in diesem Milieu ein Anliegen sein kann. Allerdings wird gerade in Familien, die über Besitz verfügen, häufig auch mit gerichtlichen Mitteln über denselben gestritten. Hinzu kommt, daß das Wissen um rechtliche Möglichkeiten in diesen Schichten größer sein dürfte.

Festzuhalten ist, daß Gewalthandlungen nicht auf untere Schichten beschränkt sind. Möglicherweise ist jedoch physische Gewalt in diesen Schichten weiter verbreitet als in anderen.

3.5 Situationsbedingte häusliche Gewalt

Weitere sozioökonomische Faktoren, die im Zusammenhang mit der Verbreitung von ehelicher Gewalt stehen, sind Berufsstatus, Arbeitslosigkeit und Einkommen.

So fanden Status et al. (1981), daß Hausfrauen einem höheren Mißhandlungsrisiko ausgesetzt waren als Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Nach der Bewohnerinnenstatistik des Frauenhauses „Frauenhilfe München“ von 1990 war fast die Hälfte der dort lebenden Frauen nicht berufstätig. Es scheint, daß strukturelle Gewalt die Gefahr physischer Gewalt gegenüber dem Abhängigen beinhaltet (Homer/Leonard/Taylor 1985).

In Haushalten, in denen der Mann arbeitslos oder nur zeitweise beschäftigt ist, kommt es häufiger zu physischer Gewalt (vgl. Roberts 1990, S. 85/86). Da physische Gewalt das eindrucksvollste Mittel zur Machtdemonstration darstellt (Gemünden 1996), kann angenommen werden, daß Männer, die durch ihre Arbeitslosigkeit an Macht verloren haben, das vor ihrer Arbeitslosigkeit gegebene Machtverhältnis mit dem Mittel „physische Gewalt“ wiederherzustellen versuchen. Andererseits ist auch möglich, daß Frauen diese „Machtdemonstrationen“ durch die Ausübung psychischer Gewalt provozieren.

Nicht selten ist Arbeitslosigkeit und die damit einhergehende drastische Verschlechterung der finanziellen Situation sowie der Lebenssituation allgemein mit Alkoholmißbrauch verbunden. Der Alkoholmißbrauch eines oder beider Partner erhöht die Gefahr sowohl physischer als auch psychischer Gewalt in der Familie.

3.6 Gewalt bei familialen Übergängen und in der Trennungsphase

Psychische und physische Gewalt begleiten relativ häufig familiale Übergänge wie z.B. die Geburt von Kindern, den Eintritt der Kinder in das Jugendalter oder das Trennungsgeschehen. Familiale Übergänge beinhalten hohe Belastungen für beide Partner. Das familiale Zusammenleben muß neu organisiert werden. Vielfach verändern sich die Machtverhältnisse in der Familie. Dies schafft Probleme, die zu Konflikten zwischen den Partnern und zu gegenseitigen Schuldzuweisungen führen können. Nicht selten eskalieren diese Konflikte, was wiederum neue Konflikte erzeugt. Das Paar gerät in einen Teufelskreis von Gewalthandlungen, der nur schwer zu durchbrechen ist und in dem Opfer und Täter kaum mehr unterschieden

werden können (vgl. Gemünden 1996; Büttner/Nicklas u.a. 1984; Engfer 1986; Klees 1992).

In vielen Fällen wird die Gewalt in der Familie erst im Falle einer Scheidung öffentlich. Als alleiniger Scheidungsgrund wird sie zwar nur zu einem relativ geringen Prozentsatz angegeben, als zusätzlichen Grund benannten sie die Befragten in der Untersuchung von Nave-Herz und Mitarbeiter/-innen jedoch zu ca. 20% (Nave-Herz u.a. 1990). Als Begleiterscheinung des Trennungsgeschehens kommt sie besonderes dann häufiger vor, wenn ein Partner die Scheidung nicht will und mit aller Gewalt, im wörtlichen Sinne, versucht, den Partner zu halten oder wenigstens dafür zu „bestrafen", daß er die eheliche Gemeinschaft aufgeben will.

Anhand von Ergebnissen aus Untersuchungen zum Trennungsverlauf konnten bestimmte Phasen im Trennungsgeschehen identifiziert werden, in denen das Konfliktniveau zwischen den Partnern besonders hoch ist und oftmals von Gewalthandlungen begleitet sind (vgl. dazu Griebel/ Siefert/Herz 1991; Niesel 1996; Oberndorfer 1991). Folgende Phasen im Trennungsgeschehen können voneinander abgegrenzt werden:

- **Ambivalenzphase**
  Diese Phase kann sich über Jahre hinziehen. Sie ist geprägt durch ein hohes, oft eskalierendes Konfliktniveau zwischen den Partnern, das aus dem Zwiespalt eines oder beider Partner resultiert, die Beziehung zu retten oder sich von dem Partner zu trennen. In dieser Phase wechseln sich räumliche Trennungen, sei es in der gemeinsamen Wohnung oder durch vorübergehenden Auszug eines Partners mit Versöhnungen ab. Jeder der gescheiterten Versöhnungsversuche verringert das Vertrauen und erhöht die Konflikte zwischen den Partnern. Diese Phase reicht dann in das offizielle Trennungsjahr hinein, wenn die Trennung in der gemeinsamen Wohnung vollzogen wird. Auch dann, wenn ein Partner aus der Wohnung auszieht, ist schwer abzuschätzen, ob die räumliche Trennung der Partner endgültig ist oder nicht. Insofern ist die Ambivalenzphase von der Trennungsphase schwer abzugrenzen.

- **Trennungsphase**
  Diese Phase setzt mit dem Auszug eines Partners aus der gemeinsamen Wohnung ein. In der Regel tritt damit eine Beruhigung ein. Zumindest derjenige Partner, der die Trennung aktiv betreibt, konzentriert sich auf die Neugestaltung seiner Lebenssituation.

- **Scheidungsphase**
  Das Konfliktniveau zwischen den Partnern kann in dieser Phase wieder ansteigen, da spätestens im Verlaufe des Scheidungsverfahrens die Trennung auf unterschiedlichen Ebenen (ökonomische, juristische, emotionale Trennung, oft auch noch die räumliche) vollzogen werden muß. Wenn Kinder betroffen sind, stellt sich die Aufgabe, sich einerseits zu trennen und andererseits auf der Elternebene eine neue Basis für die Kooperation zu finden. Diese zwei gegenläufigen Zielsetzungen erschweren die Bewältigung des Scheidungsgeschehens. Konflikte, die in dieser Phase entstehen, reichen vielfach weit in die nächste Phase, die **Nachscheidungsphase,** hinein.

Im übrigen dokumentiert und analysiert die vorliegende Forschungsliteratur Gewalt in der Trennungsphase fast ausschließlich anhand von Fallbeispielen und Erfahrungen aus der Beratungspraxis. Größere empirische Erhebungen zu diesen Thema liegen bislang nicht vor, entsprechend fehlt quantitatives Datenmaterial.

3.7 Gewaltfördernde personelle Faktoren

Im Rahmen streßtheoretischer Ansätze wird auf die unterschiedlichen Bewältigungsstrategien verwiesen, die Individuen in belastenden Situationen anwenden. Welche Strategien angewendet werden, ist u.a. abhängig von der Art „erfolgreicher“ Konfliktbewältigung, die sie in der Herkunftsfamilie erlebt und gelernt haben. So kann erfahren worden sein, daß die Anwendung von Gewalt, psychischer und/oder physischer Gewalt, zur Durchsetzung eigener Ziele erfolgreich ist. Es kann aber auch gelernt worden sein, daß Konflikte durch Unterordnung am besten vermieden oder gelöst werden (siehe Literatur zur Kindesmißhandlung) oder auch, daß man den Gewalthandlungen anderer hilflos ausgeliefert ist (Seligman: „gelernte Hilflosigkeit“). Partnerkonstellationen, in denen solche Lernerfahrungen aufeinandertreffen sind besonders anfällig für die Perpetuierung häuslicher Gewalt in der eigenen Familie.

Mit dieser kurzen Zusammenfassung des Forschungsstandes zu häuslicher Gewalt können lediglich Risikofaktoren für das Entstehen von Gewalt aufgezeigt werden; die Zusammenhänge sind nicht zwingend. Es wird jedoch deutlich, daß häusliche Gewalt nicht auf pathologische Einzelfälle beschränkt ist, sondern ein soziales Problem darstellt, das den staatlichen Eingriff in die Familie, sei es durch Hilfe oder durch Gesetz und Rechtsprechung, erforderlich macht.

4 Zielsetzung, Untersuchungsdesign und Forschungsfragen

Unsere Studie zu häuslicher Gewalt in der Trennungsphase kann einen Beitrag zu dieser Analyse von häuslicher Gewalt liefern. Vorrangig versucht sie jedoch, die in der Diskussion zu § 1361b BGB aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Zu dieser Diskussion kann die rechtstatsächliche Forschung allgemein gesprochen dadurch beitragen, daß sie objektive, empirisch gesicherte Fakten bereitstellt und die Größenordnungen und Zusammenhänge, die die gesellschaftliche Realität und die gerichtliche Entscheidungspraxis prägen, möglichst differenziert wiedergibt. Konkret bedeutet das für das vorliegende Forschungsvorhaben, daß es zur Beantwortung folgender Fragen objektives, wissenschaftlich fundiertes Datenmaterial bereitstellen soll (siehe Graphik I/1, Seite 32):

- Welche Formen von Gewalt prägen Konfliktsituationen in der Trennungsphase, welche Intensität nimmt diese Gewalt an? Welche Formen und welche Intensität von Gewalt wird bei Verfahren zu § 1361 b BGB als schwere Härte anerkannt? Welche Variationsbreite kennzeichnet die richterliche Interpretation von Gewalt als schwere Härte?
- Welche Beweise werden von Antragstellenden und Antragesgegnern in Wohnungszuweisungs-Verfahren vorgelegt? Wie bedeutsam ist die Vorlage von Beweisen, wie werden sie vom Richter gewürdigt? Welche Auswirkungen hat die Frage der Beweislast auf die richterliche Entscheidung und den Ausgang des Verfahrens?
- Inwieweit sind Kinder (während der Trennungsphase der Eltern) von Gewalthandlungen betroffen? Inwieweit wird bei Anträgen zu § 1361 b BGB auf gegen Kinder gerichtete Gewalt und das Kindeswohl bezug genommen? Wie relevant ist das Kindeswohl bei der richterlichen Entscheidung, welches Gewicht hat es für die Wohnungszuweisung?
- Welche Einflußfaktoren (z.B. in bezug auf die Wohnverhältnisse, das Wohneigentum, den Erwerbsstatus, die finanziellen Verhältnisse etc.) oder sonstige Rahmenbedingungen (wie z.B. Kennzeichen des Wohnungsmarktes in städtischen/ländlichen Gebieten, Bundesland, Ost-West Unterschiede etc.) prägen richterliche Entscheidungsstile und die Interpretation von § 1361 b BGB?
- Wie schätzen betroffene Experten/-innen (Organe der Rechtspflege und Betreuungs- sowie Beratungsstellen für mißhandelte Frauen) die richterliche Entscheidungspraxis und die Chance ein, auf gerichtlichem Wege unter Berufung auf § 1361 b BGB Schutz vor Mißhandlung durch den Partner zu finden? Wie prägt diese Einschätzung und einschlägige Erfahrungen die Beratungspraxis?
- Wie werden die Interessen mißhandelter Ehepartner und die Schutzwirkung von § 1361 b BGB aus verschiedenen Perspektiven interpretiert:

aus der Sicht der Gerichte, der Perspektive von Rechtsanwälten/-innen, dem Blickwinkel von Betreuungs- und Beratungsstellen und aus der Sicht mißhandelter Ehepartner?
- Wie unterscheiden sich Fälle, bei denen eine Wohnungszuweisung vor Gericht beantragt wird, von den Problemlagen, Beweischancen und dem Problemlösungsverhalten mißhandelter Betroffener, die nicht vor Gericht gehen?
- Welche Effekte hat die auf § 1361 b BGB aufbauende Rechtspraxis: Wird sie den Interessen mißhandelter Ehepartner ausreichend gerecht und schützt sie wirksam vor Bedrohung bzw. Gewalt? Bietet die gegenwärtige Rechtslage und Rechtspraxis die Gewähr dafür, daß Kinder vor Gewalt geschützt und das Wohl betroffener Kinder bei Verfahren um Wohnungszuweisung gewahrt ist? Wie beurteilen Betroffene und Experten diese Effekte, inwieweit sehen sie die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung, welche Vorschläge und Ideen haben sie in diesem Zusammenhang?

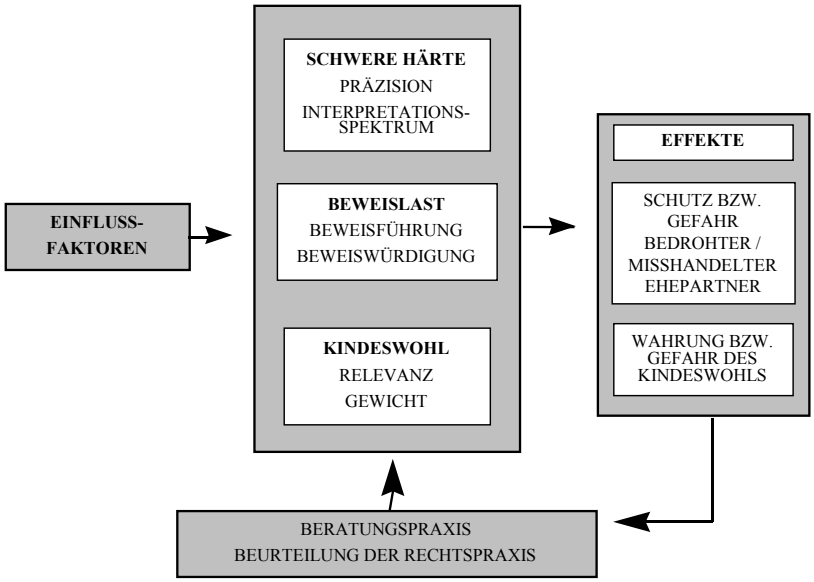
Im übrigen sollte bei allen Phasen dieser rechtstatsächlichen Studie sowohl die sozialwissenschaftliche als auch die juristische Perspektive und die Sichtweise verschiedener Beratungs- und Betreuungsinstitutionen bzw. sonstiger Expertengruppen zur Geltung kommen. Um dies sicherzustellen, wurde die Projektarbeit von juristischen Beratern und einem wissenschaftlichen Beirat kontinuierlich begleitet und sowohl die Konkretisierung der Fragestellung als auch die Festlegung der Erhebungsinstrumente und die Interpretation der Ergebnisse mit diesen Beratergremien abgestimmt.

Zur Eingrenzung unserer Fragestellung sei nochmals in Erinnerung gerufen, daß die vorliegende Studie nicht die juristische Diskussion beabsichtigt. Wir verzichten daher auch auf eine ausführlichere Zusammenstellung relevanter Rechtsbegriffe wie z.B. Getrenntleben, Ehewohnung, Kindeswohl oder eine Darstellung der Verfahrensmöglichkeiten und verweisen auf entsprechende Zusammenfassungen in der aktuellen rechtswissenschaftlichen Literatur (z.B. Johannsen/Henrich/Brudermüller 1998, Schwab 1991)[2]

[2] Für die mit der Diskussion zu §1361b BGB vertrauten Leser/-innen erübrigt sich die Wiederholung hier relevanter Begriffe bzw. der rechtlichen Rahmenbedingungen. Für alle übrigen Leser/-innen ist im Anhang eine knappe Zusammenstellung der einschlägigen Begriffe der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen beigefügt.

Grafik I/1: Forschungsinteresse

Fakten – Erfahrungen – Einschätzungen von Betroffenen sowie von Gerichten, Anwaltschaft, Betreuungs- und Beratungsstellen zu:



- **Untersuchungsdesign und Forschungsfragen**

Um einen ersten Eindruck über die Häufigkeit von Verfahren nach § 1361 b BGB in der Bundesrepublik zu bekommen, wurden die statistischen Zählkarten zu Familiensachen vor dem Amtsgericht ausgewertet. Neben Informationen über das Antragsvolumen, konnten über die Zählkarten auch die Aktenzeichen der einschlägigen Verfahren ermittelt werden, was Voraussetzung für eine bundesweite Aktenanalyse ist.

Den methodischen Zugang zu unseren Forschungsfragen bilden eine Aktenanalyse, eine Expertenbefragung und eine Befragung von Betroffenen. Mit den jeweiligen Erhebungsverfahren können spezifische Inhalte und Fragestellungen untersucht werden, auf die wir hier kurz eingehen möchten (zusammenfassend siehe Graphik I/2, Seite 36).

Ziel der **Aktenanalyse** ist es, Fragen zu den Themenbereichen „schwere Härte“, „Kindeswohl“ und „Beweisführung/Beweislast“ an klar definierten

Tatbeständen zu erfassen. Dabei soll auf folgende inhaltliche Fragestellungen eingegangen werden: Wie sieht die Ausgangssituation von Ehepaaren, die eine Zuweisung der Ehewohnung begehren, aus? Was wird in der Antragsbegründung für das Vorliegen einer schweren Härte angegeben? Inwieweit wird neben physischer Mißhandlung oder Bedrohung auch psychische Mißhandlung vorgebracht? Bei welchen Fallkonstellationen wurde dem Antrag stattgegeben? Wann und aus welchen Gründen wurde das Verfahren eingestellt (Rücknahme des Antrags), ein Vergleich geschlossen oder der Antrag abgelehnt? Ist die Einschätzung der schweren Härte und damit die gerichtliche Entscheidung stark vom individuellen Eindruck des/der Richters/-in abhängig? In wievielen Fällen waren Kinder involviert? In welcher Form wird das Kindeswohl entscheidungsrelevant bzw. bei der Entscheidung berücksichtigt? Welche Beweismittel wurden von Seiten der Antragsstellenden vorgebracht? Welche Beweise waren für die Entscheidung ausschlaggebend? Welche Umstände wurden zwar als bewiesen anerkannt, jedoch nicht als schwere Härte?

Die Aktenanalyse stellt zur Beantwortung der Fragestellung quantitative und qualitative Daten zur Verfügung. Sie beziehen sich auf die objektiven Merkmale von Antragsteller/in und Antragsgegner/-in, auf die Art der Vorfälle, die in den Anträgen zur Begründung einer schweren Härte vorgebracht werden, die angeführten Beweise und deren Würdigung durch den/die Richter/-in, auf die richterliche Vorgehensweise und Entscheidung und ihre Begründungen. Zusätzlich können vor allem anhand der qualitativen Daten, Verfahrensverläufe nachgezeichnet werden.

Im Bereich der Aktenanalyse wurden nur isolierte Verfahren zu § 1361 b BGB einbezogen.

Sie bezieht also nicht alle Fälle ein, in denen die Zuweisung der Ehewohnung gerichtlich geregelt wird, in unsere Untersuchung ein; unberücksichtigt bleiben:

- Wohnungszuweisungen als Scheidungsfolgesachen (bei denen nach der HausratsVO entschieden wird) und Verfahren mit dem Ziel der einstweiligen Anordnung der Wohnungszuweisung im Rahmen der Scheidung.
- Wohnungszuweisungen bei Ehepaaren, die einen Scheidungsantrag im Eilverfahren (§ 1565 II BGB) stellen, d.h. eine Scheidung vor einjähriger Trennung begehren.

Daß die Entscheidungspraxis zu § 1361 b BGB am Beispiel der isolierten Verfahren untersucht wird, erscheint zum einen deshalb gerechtfertigt, weil

diese Verfahren mit hoher Wahrscheinlichkeit die quantitativ bei weitem wichtigste Gruppe der Verfahren zu § 1361 b BGB darstellen, zum anderen, weil davon auszugehen ist, daß sie sich – vor allem in bezug auf die Hauptprobleme (Interpretation von „schwerer Härte“, Folgen der Beweislast, Berücksichtigung des Kindeswohls, Beratungspraxis) nicht prinzipiell von den sonstigen Verfahren zur Wohnungszuweisung nach dieser Rechtsnorm unterscheiden. Einen weiteren wichtigen Grund, sich auf isolierte Verfahren zu beschränken, bildet die Tatsache, daß nur bei diesen Verfahren ein (auch nach ökonomischen Gesichtspunkten vertretbarer) Zugang zu einschlägigem Aktenmaterial besteht.

In die Betroffenenbefragung beziehen wir alle möglichen Arten gerichtlicher Auseinandersetzungen zur Wohnungszuweisung in der Trennungsphase sowie auch Fälle ein, die keinen gerichtlichen Weg gegangen sind. Hier haben wir darauf geachtet, daß sich die Befragten in einer vergleichbaren Situation befinden bzw. befunden haben, also Ehepartner, die während der Trennungszeit Probleme mit der gemeinsamen Nutzung der Ehewohnung hatten.

Die **Betroffenenbefragung** richtete sich auf Fragen wie

- den Ablauf von Situationen der Bedrohung sowie deren Auswirkungen auf den Ehepartner und die Kinder,
- den Anlaß für eine Antragstellung bzw. für einen Auszug aus der Ehewohnung,
- die gewählte Form der Problemlösung und ihre Konsequenzen,
- die Konsequenzen der aktuellen Rechtslage für die Betroffenen, ihre Kinder und die eheliche Beziehung.

Damit dient die Befragung von Betroffenen zum einen der Vertiefung der Aktenanalyse und darüber hinaus der komplexen Erfassung der Problematik des Getrenntlebens in der Ehewohnung. Befragte, die einen Antrag auf Wohnungszuweisung gestellt haben, können den Verfahrensverlauf aus ihrer Sicht beschreiben und vor allem Aufschluß über die Familienentwicklung nach dem Gerichtsverfahren bzw. der gerichtlichen Entscheidung geben. Auf der anderen Seite werden durch die Befragung von Ehepartnern, die keinen Antrag gestellt haben, die Gründe für diese Entscheidung und der Ablauf des Trennungsgeschehens ohne gerichtliches Eingreifen erfaßt. Die Gegenüberstellung von Betroffenen, die Antrag nach § 1361 b BGB stellten und denen, die einen außergerichtlichen Weg der Konfliktlösung wählten, kann die Frage beantworten, welche Unterschiede hinsichtlich der familialen Rahmenbedingungen, der Familienkonstellation, den erlittenen Gewalthandlungen und der familialen Entwicklung zwischen den

beiden Gruppen bestehen. Die Unterschiede verweisen möglicherweise auf Unzulänglichkeiten des Gesetzestextes und/oder des gerichtlichen Verfahrens.

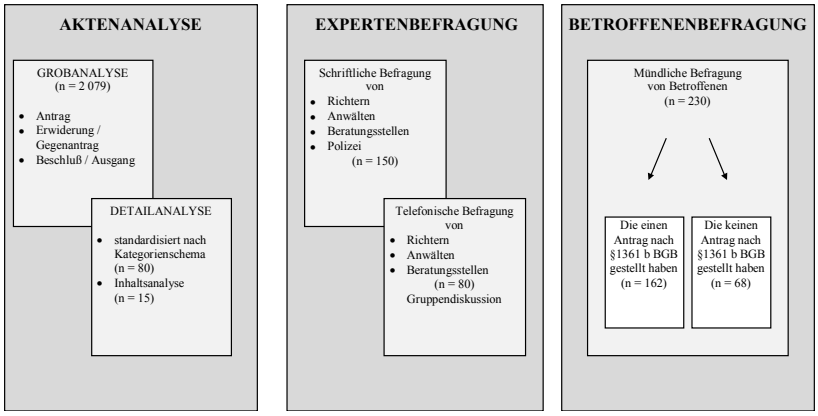
Mit der **Expertenbefragung** wird der Perspektive der Betroffenen die professionelle Perspektive gegenübergestellt. Um der Komplexität des Geschehens, das im Hinblick auf den § 1361 b BGB Relevanz besitzt, gerecht zu werden, wurden die verschiedensten am Geschehen beteiligten Professionen wie Richter/-innen, Rechtsanwälte/-innen aber auch Mitarbeiter/-innen des Jugendamtes, von Frauenhäusern und von Beratungsstellen in die Befragung einbezogen. Zusätzlich fand eine Expertenrunde statt, an der auch Polizeibeamte und Gerichtsvollzieher teilnahmen. In der Expertenrunde ging es vor allem um den Austausch von Erfahrungen mit dem § 1361 b BGB und um Fragen der Kooperation.

Im einzelnen wurde im Rahmen der Expertenbefragung folgenden Fragen nachgegangen:

Welche Erfahrungen werden mit dem Verfahren nach § 1361 b BGB gemacht? Wie wird die aktuelle Rechtslage von spezifischen Fachgruppen bewertet? Inwieweit werden die Interessen bedrohter Ehepartner und Kinder gewahrt? Wie wird die Beweislast beurteilt? Besteht ein Handlungsbedarf zur Änderung und/oder Präzisierung des Gesetzes, insbesondere hinsichtlich der Voraussetzung der schweren Härte? Wann wird von einem Verfahren nach § 1361 b BGB abgeraten? Wie konsistent schätzen Fachleute die gerichtliche Entscheidungspraxis ein? Welche flankierenden Hilfen bzw. Maßnahmen sollten das rechtliche Verfahren ergänzen? Welche Möglichkeiten der Kooperation bestehen zwischen den einzelnen Expertengruppen?

Durch diese drei Erhebungsverfahren glauben wir, die Situation von Ehepartnern, die von Gewalthandlungen ihrer Partner/-in betroffen sind, und Probleme, die in Zusammenhang mit § 1361 b BGB auf unterschiedlichen Ebenen bestehen, umfassend darstellen zu können.

Grafik I/2: Forschungsdesign



II. Verfahrenskennzeichen und Rechtsprechung bei der Wohnungszuweisung – ein Querschnitt über 140 deutsche Familiengerichte

(B. Hofmann, R. Oberndorfer, H.P. Buba)

1 Relevanz einschlägiger Verfahren an deutschen Familiengerichten

Verglichen mit anderen Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches ist der § 1361 b BGB, auch in manchen Fachkreisen, unbekannt.

Um einen genaueren Überblick zu erhalten, welche Relevanz solche Verfahren in den einzelnen Bundesländern tatsächlich haben, werteten wir die statistischen Zählkarten zu Familiensachen vor dem Amtsgericht aus.

Die Anzahl von Wohnungs- und Hausratsverfahren ist in Relation zu anderen Verfahrensgegenständen an den Familiengerichten tatsächlich eher gering. An deutschen Familiengerichten laufen jährlich rund 400.000 – 450.000 Verfahren[3], in denen durchschnittlich 1,5 Verfahrensgegenstände verhandelt werden. Nur in 5% aller Verfahrensgegenstände handelt es sich um die Regelung bezüglich Wohnung und Hausrat. Im Vergleich dazu betreffen 38% der Verfahrensgegenstände den Versorgungsausgleich und 23% die Regelung der elterlichen Sorge. Etwa die Hälfte der Familiensachen vor dem Amtsgericht sind mit der Scheidung anhängige Folgesachen. Doch auch unter den isolierten Verfahren (vgl. Kapitel I 2.2) liegt der Anteil von „Wohnung und Hausrat“ nur bei etwa 6%. Hauptgegenstände sind hier Unterhalt und Regelung des Umgangs. Berücksichtigt man, daß in der Kategorie „Wohnung und Hausrat“ etwa ein Drittel der Verfahren ausschließlich den Hausrat betreffen[4], so haben § 1361 b BGB-Fälle innerhalb des Familiengerichts mit insgesamt ca. 4 % der isolierten Verfahren pro Jahr einen relativ geringen Stellenwert. Was aber nicht bedeutet, daß Probleme mit der Ehewohnung im Trennungsjahr unbedeutend wären. Im Gegenteil: Möglicherweise ist das ein erster Hinweis auf eine zu hohe Anspruchsvoraussetzung im Gesetz. Wir vermuten, daß es häufig Probleme mit dem ge-

---

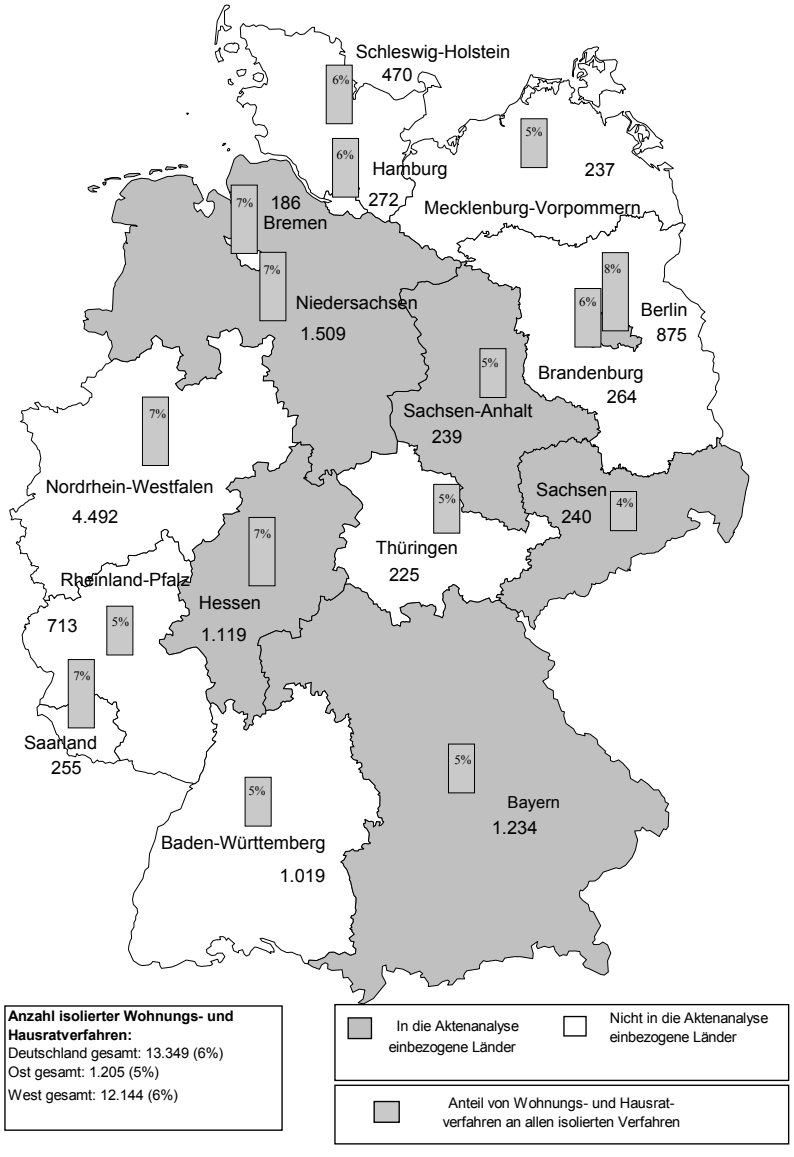
3 Die Tendenz ist leicht steigend: 1993: 419.539 / 1994: 433.438 / 1995: 445.420. Quelle: Statistisches Bundesamt

4 Genaue Angaben liegen nicht vor, da in den Statistiken Wohnung und Hausrat immer zusammen erfaßt werden; die Schätzung von ca. einem Drittel „reiner Hausratsverfahren“ beruht auf unseren Erfahrungen an den in die Stichprobe einbezogenen Gerichten

trennten Wohnen gibt, oft aber andere Lösungsalternativen gesucht werden. Dies ist dann akzeptabel, wenn Alternativlösungen aus freier Entscheidung getroffen werden können. Problematisch wäre es, wenn bedrohte oder mißhandelte Ehepartner die Zuweisung der Ehewohnung wegen der hohen Eintrittsschwelle bei Gericht nicht beantragten, sondern gezwungenermaßen die Wohnung verließen. Dies wird eines unserer zentralen Themen bei der Betroffenenbefragung sein.

Der insgesamt sehr kleine prozentuale Anteil von § 1361 b BGB-Verfahren erweckt zunächst den Anschein, als würden wir uns in der Aktenanalyse mit einem Personenkreis beschäftigen, der so klein ist, daß er fast zu vernachlässigen wäre. Dieser Eindruck verblaßt, wenn man sich die Häufigkeit von Gerichtsverfahren an Familiengerichten insgesamt vor Augen hält: In absoluten Zahlen ausgedrückt, betreffen in der Bundesrepublik jährlich zwischen 30.000 und 40.000 Verfahren (auch) Wohnung und Hausrat. Bei allein anhängigen Verfahren sind es 13.000 bis 15.000 pro Jahr. Der prozentuale Anteil der Wohnungs- und Hausratsverfahren an den isolierten Verfahren liegt bei 6% und variiert zwischen den Bundesländern nur leicht (vgl. dazu Grafik II/1).

Grafik II/1: Anzahl isolierter Wohnungs- und Hausratsverfahren in Deutschland 1995



Die grau unterlegten Bundesländer haben wir in die Aktenanalyse einbezogen. Neben Nord-Süd und Ost-West Unterschieden, die wir durch diese Auswahl berücksichtigen können, haben wir auch das Bundesland mit der niedrigsten (Sachsen, 4%) und der höchsten Verfahrensquote (Berlin, 8%) in unserer Stichprobe.

In der nächsten Abbildung werden nicht nur die isolierten Verfahrensgegenstände, sondern alle Gegenstände, die Wohnung und/oder Hausrat betreffen angezeigt; mit dem jeweiligen Verhältnis von allein und mit Scheidung anhängigen Verfahren (vgl. dazu Grafik II/2).

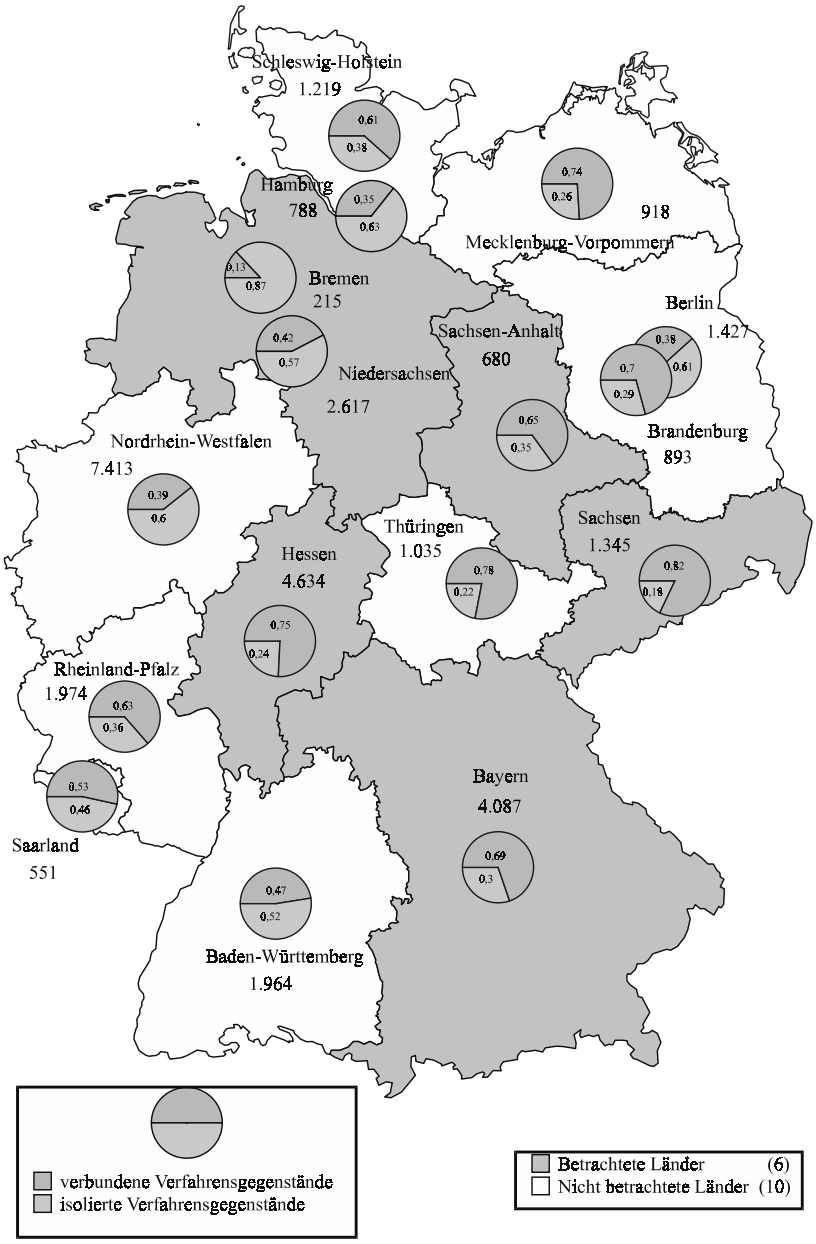
Die grafischen Darstellungen beziehen sich nur auf das Jahr 1995. Betrachtet man den Zeitverlauf der Jahre 93-95, so bleibt das Verhältnis der Verfahrensgegenstände relativ konstant. Lediglich die Anzahl der Verfahren insgesamt ist leicht rückläufig.

Der statistische Überblick zeigte, daß § 1361 b BGB Fälle im Familien gericht insgesamt vergleichsweise selten verhandelt werden. Wird die Benutzung der Ehewohnung bzw. die Verteilung des Hausrats gerichtlich geregelt, dann zu 57 % zusammen mit der Scheidung.

Das Verhältnis zwischen Folgesachen und isolierten Verfahren im Bereich Wohnung und Hausrat zwischen den Bundesländern differiert. In Berlin und Niedersachsen werden Wohnung und Hausrat häufiger in isolierten Verfahren geregelt, während in den anderen Bundesländern, besonders in Hessen die Regelung als Folgesache überwiegt.

Wir vermuten, daß dies u.a. mit der Wohnraumproblematik zusammenhängt. Die geringe Häufigkeit der Wohnungs- und Hausratsverfahren sagt jedoch nichts über die Relevanz von Problemen mit dem getrennten Wohnen aus: Die Tatsache, daß Betroffene in dieser Situation selten zum Gericht gehen, kann die Hypothese einer zu hohen Eingriffsschwelle von § 1361 b BGB unterstützen. Läßt sich diese Hypothese bestätigen? Welche Fälle werden bei Gericht anhängig? Wann ist für Betroffene, Richter/-innen und andere Fachleute die Voraussetzung „schwere Härte“ erfüllt? Inwieweit schützt § 1361 b BGB vor Bedrohung und Mißhandlung? Wir werden versuchen, diese und andere Fragen durch unsere Erhebungen möglichst umfassend zu beantworten. Wir beginnen mit dem quantitativ größten Teil, der Aktenanalyse.

Grafik II/2: Wohnungs- und Hausratsverfahren (insgesamt 1995)



2 Stichprobe und methodische Durchführung

Um Größenordnungen und Zusammenhänge der Rechtsrealität sowohl in quantifizierender Breite als auch in qualitativer Tiefe zu erfassen, wurde die Erhebung der Aktenanalyse zweistufig realisiert: In der quantifizierenden Grobanalyse sollen die wichtigsten Überblicksdaten, in der darauf aufbauenden Detailrecherche ergänzende Fakten und qualitative Zusatzinformationen gesammelt werden. Dieses zweistufige Verfahren hat den Vorteil, daß in der räumlich breiter gestreuten Grobanalyse repräsentative Aussagen getroffen werden können, während in der Detailanalyse spezifische Inhalte an ausgewählten Akten aus verschiedenen Erhebungsorten näher beleuchtet werden.

2.1 Grobanalyse der Akten

Die Grobanalyse dient wie gesagt dazu, bei einer größeren Zahl ausgewählter Amtsgerichte die wichtigsten Daten zur Interpretation des Begriffs „Schwere Härte“, zur Berücksichtigung des Kindeswohles und zur Handhabung der Beweislast in diesem Verfahren zu sammeln.

Ursprünglich gingen wir von einer Fallzahl von maximal 10 Fällen je Amtsgericht aus, so daß wir bei einer Auswahl von 150 Amtsgerichten mit etwa 1.500 Akten rechneten. Der statistische Überblick zeigte schon, daß diese Zahl bei weitem überschritten wird. Daher haben wir uns hauptsächlich auf Verfahren der Jahre 95 und 96 beschränkt.[5]

Um die Kooperation zu den Amtsgerichten herzustellen, haben wir zunächst mit den Länderjustizministerien der einbezogenen Bundesländer (Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin) das organisatorische Vorgehen besprochen. Gleichzeitig wurden mit den Datenschutzbeauftragten der betreffenden Länder zwei (für den Datenschutz unproblematische) Lösungsalternativen gefunden: Es wurde eine anonymisierte Kopie von Antragsschrift, Erwiderung und Beschlußprotokoll angefertigt. Das Kopieren und Anonymisieren wurde entweder von einer/einem Justizangestellten oder von einer/einem auf Geheimhaltung verpflichteten externen Mitarbeiter/-in durchgeführt.

---

[5] Die Anzahl der Verfahren an den einzelnen Amtsgerichten ist sehr unterschiedlich. Daher wurden in kleineren Amtsgerichten wegen der geringen Aktenzahl z.T. Verfahren aus dem Jahre 94 dazu genommen; in großen, zentralisierten Amtsgerichten, wie z.B. Berlin, wurde dagegen eine Zufallsauswahl getroffen.

Um die wichtigsten Einflußfaktoren auf das Entscheidungsverhalten von Gerichten bzw. die Situation von Betroffenen zu erfassen, orientierte sich die Auswahl der Amtsgerichte an folgenden Kriterien: Es wurde darauf geachtet, daß bei der späteren Auswertung sowohl ein Nord-Süd-Gefälle als auch Ost-West-Unterschiede berücksichtigt werden können. Außerdem wurden Amtsgerichte in Großstädten und im ländlichen Raum, in verschiedenen Regierungsbezirken, mit unterschiedlicher Wohnungsmarktlage und politischen Verhältnissen in die Stichprobe einbezogen. Ausgehend von diesen Kriterien wurden insgesamt 160 Amtsgerichte ausgewählt. Bei einigen stellte sich heraus, daß es sich nur um Außenstellen handelt, die kein selbständiges Familiengericht haben. Einzelne Amtsgerichte sahen sich außerstande mitzuwirken oder hatten nur ganz wenige Verfahren zu § 1361 b BGB bearbeitet, so daß letztendlich 140 Amtsgerichte in die Studie einbezogen wurden und uns die angeforderten Akten bzw. die Kopien der Akten – soweit § 1361 b BGB betreffend und zugänglich – zur Verfügung stellten.

Zur Auswertung der Akten (Antrag, Gegenantrag/Stellungnahme und Entscheidung) wurde von uns ein Erhebungsbogen erstellt, der mit den juristischen Berater/-innen, den Beiratsmitgliedern und den Auftraggeber/-innen auf schriftlichem Wege abgesprochen wurde.

Bei der Übertragung der Daten in den Erhebungsbogen mußten noch einige Akten aussortiert werden, da es sich nicht um Verfahren nach § 1361 b BGB, sondern um sonstige isolierte Verfahren (z.B. Antrag auf einmaligen Zutritt zur Ehewohnung, Antrag auf Bestimmung einer Räumungsfrist, Zwangsvollstreckung aus einem Vergleich, Zuweisung der Ehewohnung und Regelung des Mietverhältnisses nach Scheidung etc.) handelte. Insgesamt wurden 2.079 Akten in die Analyse einbezogen, EDV erfaßt, vercodet und zu einem Datensatz aufbereitet. Tabelle II/1 gibt einen Überblick über die Größenordnung der einbezogenen Akten und Amtsgerichte.

Tab. II/1: Einbezogene Amtsgerichte und Aktenzahl nach Bundesländern (Grobanalyse)

Bundesland	Anzahl der Amtsgerichte	Anzahl der einbezogenen Akten
Bayern	46	625
Hessen	27	425
Niedersachsen	32	359
Sachsen	17	214
Sachsen-Anhalt	16	142
Berlin	2	314
Insgesamt	140	2079

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Zusätzlich zu den standardisierten Angaben im Erhebungsbogen wurden bestimmte Themenbereiche (physische, psychische, sexuelle und sonstige Gewalttaten, weitere Begründungen für Antragstellung, Entgegnung und Entscheidung) anhand von offenen Listen genauer erfaßt, im nachhinein vercodet und einem differenzierten Kategorienschema zugeordnet.

2.2 Detailanalyse der Gerichtsakten

Ziel der Detailanalyse ist es, die Ergebnisse der Grobanalyse zu ergänzen, zu vertiefen und zu erweitern. Dies insbesondere im Hinblick auf

- die beispielhafte Darstellung der unterschiedlichen Gewaltarten, die in der Antragstellung benannt werden, um eine „schwere Härte“ zu begründen,
- die Gegenüberstellung von Argumenten im Antrag und in der Entgegnung des Antragsgegners,
- die Betroffenheit der Kinder und die Beachtung des Kindeswohls im Verfahren,
- den Ablauf des Gesamtgeschehens mit Vorgeschichte und Ereignissen während des Verfahrens und, soweit aus den Akten ersichtlich, die Würdigung der Sachverhalte und der beigebrachten Beweise durch das Gericht.

Auf dem gleichen Weg wie in der Grobanalyse wurden in zehn Amtsgerichten Kopien der vollständigen Akten angefordert. Um in etwa die gleiche Verteilung wie in der Grobanalyse zu erreichen, beachteten wir bei der Auswahl der Bundesländer und der Orte, die in die Detailanalyse eingingen, weitgehend die gleichen Kriterien: Es sollte ein nördliches und ein südliches Bundesland, ein östliches Bundesland sowie Berlin einbezogen werden. Bei der Auswahl der Orte in den einzelnen Bundesländern wurde darauf geachtet, daß sowohl Großstädte als auch Mittler- und Kleinstädte in die Analyse eingingen. Den Ausgangspunkt der Detailanalyse bildeten 250 Akten. Aus diesen wurden typische Fälle ausgewählt und im Detail analysiert. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl und Verteilung der dabei bearbeiteten Akten.

Tab. II/2: Einbezogene Amtsgerichte und Aktenzahl nach Bundesländern (Detailanalyse)

Bundesland	Aktenzahl
Bayern (München, Regensburg, Schweinfurt; zusätzlich: Lichtenfels, Coburg, Altötting)	34
Niedersachsen (Oldenburg, Wolfsburg)	17
Berlin (Tempelhof/Kreuzberg, Pankow/Wießensee)	17
Sachsen (Meißen)	6
Insgesamt	74

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die ausgewählten Akten wurden auf Datenträger übertragen, so daß die Bearbeitung der Aktentexte mit einem qualitativen Textanalyseprogramm möglich war. Zur Darstellung der Ergebnisse der Detailanalyse wurde folgende Vorgehensweise gewählt. Zu jedem Bereich der Grobanalyse werden aus der Detailanalyse gewonnene Beispiele zur Illustration und Vertiefung der Befunde aus der Grobanalyse dargestellt. Dieses Vorgehen eröffnet zusätzliche Interpretationsmöglichkeiten der Ergebnisse. Darüber hinaus werden Fälle, die zur Typenbildung herangezogen werden können, in allen Kapiteln des Berichtes themenspezifisch analysiert, so daß es möglich wird, den Verfahrensverlauf bei diesen Fällen detailliert darzustellen.

3 Die Ausgangslage vor der Antragstellung

Anders als bei einer standardisierten Befragung ist das zugrundeliegende Aktenmaterial sehr heterogen. Anträge, Erwiderungen und Beschlüsse unterscheiden sich sehr stark in ihrem Umfang[6] und damit auch in der Häufigkeit und Genauigkeit der Angaben sowie in der Beschreibung von Vorfällen und in den Begründungen. Mit dem von uns entwickelten Erhebungsbogen für die Grobanalyse versuchten wir, den Akten möglichst viele Informationen zu entnehmen. Dies führt dazu, daß manche Variablen weniger stark besetzt sind, da nicht aus jeder Akte die jeweilige Information ersichtlich war. Dennoch können wir aufgrund der sehr großen Stichprobe in der Grobanalyse zu fast allen Themenbereichen repräsentative Aussagen treffen.

3.1 Beschreibung von Klientel und objektiver Ausgangslage

- **Bei 91% der Verfahren zum § 1361 b BGB ist die Ehefrau Antragstellerin**

Wie im Überblick zur häuslichen Gewalt gezeigt werden konnte, richten sich schwere Gewalthandlungen überwiegend gegen Frauen. So ist es auch nicht verwunderlich, daß der Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung in der Regel von Frauen gestellt wird. Von den 2.079 einbezogenen Verfahren ist bei 91% die Ehefrau die Antragstellerin. In welcher Form die Minderheit von 9% antragstellender Männer Gewalt durch ihre Ehefrau erfahren haben und in welcher Hinsicht sich die Anträge von Frauen und Männern unterscheiden, wird sich an verschiedenen geschlechtsspezifischen Teilanalysen später noch zeigen.

Da es überwiegend Frauen sind, die Anträge stellen, werden wir im folgenden allgemein von „Frauen“ als Betroffenen bzw. von „Antragstellerinnen“ sprechen. Bei Aussagen zur Gesamtheit der Anträge sind dabei jeweils auch Verfahren von männlichen Antragstellenden einbezogen[7].

- **Kinderzahl: Wer bei Gericht die Wohnungszuweisung beantragt, hat meist mehrere Kinder**

Auffallend ist, daß es sich in den meisten Fällen um Ehepaare mit Kindern handelt. Fast alle Kinder (90%) sind noch minderjährig, was bedeutet, daß

---

6 Das Volumen des Antrags bewegt sich zwischen ca. 3 und 50 Seiten!

7 Wir entsprechen mit dieser „Sprachregelung“ auch der Anregung und dem ausdrücklichen Wunsch der Auftraggeber und des Beirats, der das Projekt beratend begleitete.

sie in der Regel noch mit den Eltern zusammen in der Ehewohnung leben. Während im Bundesdurchschnitt (1996) fast jedes zweite Ehepaar ohne ledige Kinder im Haushalt lebte (vgl. Statistisches Jahrbuch 1997), sind unter den antragstellenden Ehepaaren nur 13% kinderlos. Die Kinder sind überwiegend gemeinsame Kinder (77%).

Tab. II/3: Formen (leiblicher) Elternschaft (in Prozent):

Bei den Kindern handelt es sich ...	%
nur um gemeinsame Kinder	77
um gemeinsame Kinder und Kinder der Antragstellerin	9
nur um Kinder der Antragstellerin	9
um gemeinsame Kinder und Kinder des Antragsgegners	1
nur um Kinder des Antragsgegners	1
um Kinder der Antragstellerin und Kinder des Antragsgegners (keine gemeinsamen)	1
um Kinder der Antragstellerin und Kinder des Antragsgegners und um gemeinsame Kinder	1
Keine Angaben	2
Fallzahl (n) =	1779

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Bei etwa jeder zehnten Familie hat ein Partner zusätzlich Kinder mit in die Ehe gebracht, in der Regel die Frau. Bei 11% stammen die Kinder ausschließlich aus einer früheren Beziehung eines Partners. Die durchschnittliche Kinderzahl der Familien liegt bei 2 Kindern.

Tab. II/4: Kinderzahl der Ehepaare aus der Aktenanalyse im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (in Prozent)

Kinderzahl von Familien mit Kindern	Ehepaare aus Akten-analyse %	zum Vergleich: Bundesdurchschnitt 1996 %
1 Kind	35	46
2 Kinder	41	40
3 Kinder	17	11
4 und mehr Kinder	7	3
Fallzahl (n) =	1746	10408

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die Tabelle zeigt, daß die Kinderzahl der betroffenen Familien über dem Bundesdurchschnitt liegt, häufig also eine größere Anzahl von Kindern vorhanden ist.

- **Alter und Familienphase: Die Konflikte finden häufig in der „mittleren Familienphase" statt – doch auch „betagte" Ehepaare streiten um das „empty nest"**

Wichtig ist in unserem Zusammenhang, wie alt die Kinder sind. Gerade bei kleinen Kindern besteht die Gefahr, daß der Entwicklungsprozeß durch dauernde Gewalterfahrungen in der Familie so nachhaltig gestört wird, daß langfristige Schädigungen entstehen.

Tab. II/5: Alter der Kinder (in Prozent)

Alter der Kinder	Insgesamt %	nach Form der Elternschaft		
		Gemeinsame Kinder %	Kinder des A`st %	Kinder des A`geg %
Minderjährig	90	91	86	78
davon:				
Baby (bis 1 J.)	2	3	-	3
Kleinkind (1-5 J.)	17	19	5	3
Grundschulalter (6-10 J.)	23	24	15	11
Jugendliche (10-u. 18 J.)	26	24	38	30
Minderjährig (allg. Angabe)	21	20	27	30
Volljährig	10	9	14	22
Kinder insges. (n) =	3099	2643	420	36

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Bei 2127 Kindern (= 65% aller Kinder) wurde das Alter bzw. Geburtsdatum in den Akten angegeben. Wie die Tabelle zeigt, ist ein Fünftel der Kinder maximal fünf Jahre alt. Insgesamt sind die Kinder fast alle noch minderjährig (90%).

Das Alter der Ehepartner ist sehr breit gestreut; es reicht von 21 bis 80 Jahren bei Frauen (Durchschnitt 37 J.) und 23 bis 89 Jahren bei Männern (Durchschnitt 40 J.). Da viele Kinder noch klein sind, ist plausibel, daß häusliche Gewalt (soweit sie zu einem Antrag auf Wohnungszuweisung führt) weniger in bestimmten Altersgruppen der Antragstellerinnen als in bestimmten Familienphasen – besonders wenn die Kinder im Kindergarten- oder Schulalter sind – vorkommt.

- **Staatsangehörigkeit: Hoher Ausländeranteil bei den Ehepaaren**

Leider wurde die Staatsangehörigkeit in den Akten nicht immer genannt, so daß wir den Ausländeranteil der Ehepaare nicht exakt bestimmen können. Wenn keine Angaben vorlagen, konnte man zum Teil aus der Akte erschließen, daß es sich um einen ausländischen Ehepartner handelt. Bei 19% gab es allerdings keinen Anhaltspunkt auf die Staatszugehörigkeit. Eindeutig zuordnen ließen sich 1.672 Fälle. Von diesen haben 81% beide Partner die deutsche Staatsangehörigkeit oder kommen aus einem deutschsprachigen Land, 10% sind deutsch-ausländische Ehen und bei 9%

sind beide Ehepartner Ausländer. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt ist der Ausländeranteil der hier analysierten Ehepaare deutlich höher.

- **Bildung und Erwerbstätigkeit: Arbeitslosigkeit und niedrige Bildung sind häufig in Zusammenhang mit Gewaltbeziehungen zu beobachten**

Über den Erwerbsstatus wurde bei knapp der Hälfte der Akten berichtet. Es fällt auf, daß die Männer überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind (29%) und sich ein Drittel der Frauen als Hausfrauen bezeichnet.

Im Kapitel 1 haben wir schon die Frage diskutiert, ob häusliche Gewalt ein Spezifikum der Unterschicht ist. Es zeigte sich, daß insbesondere körperliche Gewalt in unteren Schichten häufiger auftritt (oder bekannt wird), jedoch in allen Bildungsschichten vorkommt. Über den Bildungsstatus der Ehepaare, die einen Antrag nach § 1361 b BGB stellen, können wir aus der Grobanalyse keine repräsentative Aussage treffen, da dieser in den Anträgen nur selten erwähnt wird. Aus der Detailanalyse wissen wir aber, daß durchaus auch Ärzte/-innen, Lehrer/-innen und andere Angehörige höherer sozialer Schichten bzw. ihre Ehepartner unter den Antragstellerinnen sind. Die beiliegende Auflistung von in den Anträgen genannten Berufen belegt dies exemplarisch.

Tab. II/6: Berufliche Position/Erwerbstätigkeit

	Männer	Frauen
gehobener Berufs-status	2070 Arzt für Neurologie	2070 Krankengymnastin
	0359 selbständig, eigener Betrieb	0359 Mitarbeit im Betrieb des Ehemannes (Buchhaltung).
	0018 Grafiker	0018 Raumausstatterin
	0020 Lehrer, Vollzeit	0020 Lehrerin, Teilzeit
	0323 Bezirksleiter einer Firma	0323 Hausfrau
	0331 Selbständiger (Holzvertrieb)	0331 Modemarkt halbtags beschäftigt
	2055 selbständig	2055 1 Tag in der Woche im Kindergarten tätig
	2065 leitender Angestellter Montage	2065 Hausfrau
mittlerer bis niedriger	0380 Metallarbeiter	0380 Keine Angabe
Berufsstatus	0031 Bei der Bahn beschäftigt	0031 Keine Angabe
	2187 Selbständig, Heizung, Klima, Sanitärinstallateur	2187 Keine Angabe
	2195 Polizeibeamter	2195 Serviererin, arbeitslos
	0322 Berufssoldat (pensioniert), betreibt einen Sporthandel	0322 Keine Angabe
	1838 Beamter	1838 Selbst. Versicherungs-maklerin, in Ausbildung
	1841 Diensthundeführer, Polizei	1841 Keine Angabe
	1844 Fließenleger, betreibt neben-bei Tabak- und Zeitschriften-laden	1844 Betreibt mit Ehemann Tabak- und Zeitschriften-laden
	2051Rentner (Vorruhestand)	2051 Keine Angabe
	2062 im xx-Werk beschäftigt	2062 Im gleichen Werk beschäftigt
	2063 Im xx-Werk beschäftigt	2063 Hausfrau, Sozialhilfe bis Unterhalt geklärt ist
	1836 Taxifahrer	1836 Keine Angaben
	2066 Schichtarbeiter	2066 Hausfrau
niedriger Berufs-status	0341 Arbeitslos (seit 4 J)	0341 Küchenhilfe
Arbeitslosigkeit	0050 Fernfahrer, arbeitslos	0050 Hausfrau
	2179 Tellerwäscher	2179 Hausfrau
	2183 Arbeitslos (seit 4 J.)	2183 Verwaltungsangestellte
	0330 Keine Angabe	0330 Hausfrau, Putztätigkeiten
	1835 Frührentner	1835 Raumpflegerin
	1842 Arbeitslos	1842 Hausfrau
	1843 Erwerbstätig (DM 2500,- netto)	1843 Hausfrau, Sozialhilfe
	2056 Arbeitslos	2056 Hausfrau

Auch wenn die Angaben zum Beruf und dem Erwerbsstatus lückenhaft sind, verdeutlicht die Tabelle doch, daß Männer und Frauen, die in ein Verfahren nach § 1361 b BGB eintreten, nicht auf die sogenannte Unterschicht beschränkt sind. Offenbar ist der Erhalt der Ehewohnung gerade für Frauen eine Notwendigkeit, da sie, wie die Tabelle zeigt, vielfach kein eigenes oder wenn, dann oft ein unzulängliches Einkommen haben. Eine neue Wohnung zu finden, die dazu noch bezahlbar ist, scheint für diese Frauen, insbesondere in Ballungsräumen, ein aussichtsloses Unterfangen.

- **Ehedauer und Trennung: Bei manchen ging es lange gut, andere haben die Gewalt lange ertragen**

Viele Ehen verlaufen anders als man sich das am Hochzeitstag erwartet und erhofft. Es gibt unzählige Gründe, warum Partner in der Ehe unzufrieden werden und/oder ihr Verhalten massiv ändern. In einer Längsschnittstudie über junge Ehepaare, die an der SOFOS, Uni Bamberg, durchgeführt wurde, zeigte sich im Verlauf der ersten sechs Ehejahre bei allen Ehepaaren ein genereller Rückgang der Ehezufriedenheit. Obwohl es sich bei diesen Ehepaaren um sehr stabile und glückliche Ehen handelte, konnte man eine Abnahme der Zufriedenheit von „sehr zufrieden“ nach „zufrieden“ feststellen. Der Übergang zur Elternschaft konnte diesen Rückgang nur zu einem kleinen Teil erklären. Es handelte sich weitgehend um einen allgemeinen Verlaufseffekt der Partnerschaftsentwicklung (vgl. Schneewind/Vaskovics/ u.a 1996).

Insofern sind Konflikte in der Ehe keine Ausnahmeerscheinung, wohl aber die Eskalation von Konflikten. Bei manchen beginnen die Streitereien schon kurz nach der Hochzeit, andere leben zunächst jahrelang ohne wesentliche Konflikte zusammen. Die einen haben auch schwere Konflikte sehr lange ertragen („schon seit Jahren wird die Antragstellerin von ihrem Mann geschlagen und beschimpft“); andere sind nicht bereit, Gewalthandlungen über einen längeren Zeitraum hinzunehmen.

In den von uns untersuchten Fällen handelt es sich keineswegs um kurzlebige Ehen. Die durchschnittliche Ehedauer beträgt 10 Jahre. Nur 15% der Ehepaare waren bis zur Antragstellung maximal zwei Jahre verheiratet. Auch Roswitha Burgard stellte in ihrer Untersuchung fest, daß es keinen Zusammenhang zwischen Dauer der Beziehung und dem Beginn oder Ausmaß der Mißhandlung gibt (vgl. Burgard 1998, S. 22).

3.2 Verfahrensgegenstand, die Ehewohnung

- **Die Ehewohnung: Viele der Ehepaare leben in verhältnismäßig kleinen Wohnungen**

Nur jede fünfte Antragstellerin beantragt die vorläufige Zuweisung eines Hauses. Im allgemeinen handelt es sich bei dem betreffenden „Streitobjekt" um eine Wohnung. 70% der Paare wohnen zur Miete, wobei die Wohnung überwiegend von beiden angemietet wurde. Bei 14% steht die Wohnung/das Haus im gemeinsamen Eigentum des Paares. Ist der Antragstellende männlich, dann handelt es sich verhältnismäßig häufiger um seine eigene Wohnung/Haus (22%).

Auch wenn es bei der Ausübung von Gewalttaten *keine* Rolle spielt, wie groß die Wohnung ist, können beengte Wohnverhältnisse Gewaltsituationen verschlimmern bzw. auch Aggressionen und Gewalt hervorrufen. Vor allem sind die Möglichkeiten zur Aufteilung der Ehewohnung während des Getrenntlebens beschränkt.

Die Wohnungsgröße ist immer im Verhältnis zu der Anzahl der darin lebenden Personenzahl zu sehen. Aus dieser Relation läßt sich auch ein objektiver Anhaltspunkt für beengte Wohnverhältnisse gewinnen: Wir sprechen von beengten Wohnverhältnissen, wenn die Anzahl der Familienmitglieder größer ist als die zur Verfügung stehende Zimmerzahl (ohne Küche und Bad). Demnach lebt knapp die Hälfte der Familien in zum Teil sehr beengten Wohnverhältnissen. In diesen Fällen ist ein Getrenntleben in der gemeinsamen Ehewohnung per se schon schwer durchzuführen – zunächst unabhängig von den vorgefallenen Tätlichkeiten. Je größer die Kinderzahl um so beengter wohnen die Familien. Nur ein Drittel der Antragstellerinnen hat beengte Wohnverhältnisse auch im Antrag explizit angeführt.

Tab. II/7: Verhältnis von Zimmerzahl und Familiengröße (in Prozent)

Relation Personenzahl zu Zimmern	%
Personenzahl ist größer als Zimmerzahl	46
Personenzahl ist gleich der Zimmerzahl	36
Personenzahl ist kleiner als Zimmerzahl	18
Fallzahl (n) =	987

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

- **Wohnform zum Zeitpunkt der Antragstellung**

Zum Zeitpunkt der Antragstellung lebten die Paare im Durchschnitt bereits 5 ½ Monate getrennt. 57% vollzogen die Trennung innerhalb der gemeinsamen Ehewohnung. 28% der Antragstellerinnen waren vorübergehend aus der Wohnung ausgezogen bzw. geflüchtet, während der Partner noch in der Ehewohnung wohnte.[8] Bei den restlichen 15% war der Antragsgegner zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht in der Wohnung, tauchte aber sporadisch dort auf oder kündigte dies an, so daß ein Antrag auf Wohnungszuweisung dennoch relevant wurde. Beantragte der Mann die Zuweisung der Ehewohnung, war die Ehefrau zum Zeitpunkt der Antragstellung häufiger nicht in der Wohnung.

Tab. II/8: Wohnform zum Zeitpunkt der Antragstellung nach Geschlecht des/der Antragsteller/-in (in Prozent)

Wohnform	Antragsteller/-in: Mann %	Frau %	Insgesamt %
beide in der Ehewohnung	41	58	57
Antragsteller/-in nicht in der Wohnung	28	27	27
Antragsgegner nicht in der Wohnung	27	13	15
beide nicht in der Wohnung	4	1	1
Fallzahl (n) =	163	1749	1912

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Verlassen die Antragstellerinnen die Wohnung, dann sind sie oft zunächst bei den Eltern (30%), Freunden (21%), Verwandten (16%) oder im Frauenhaus (9%) untergekommen. Nur 6% haben sich vorübergehend eine neue Wohnung genommen. Anders ist es, wenn der Antragsgegner nicht in der Wohnung ist: Jede fünfte verfügt dann über eine andere Wohnung und 16% leben bei einem neuen Partner. Meist nehmen die Antragstellerinnen die Kinder mit, wenn sie die Ehewohnung verlassen.

[8] ausgenommen 1%, wo beide bei Antragstellung nicht in der Ehewohnung lebten

Tab. II/9: Wohnform der ausgezogenen Ehepartner (in Prozent)

Wohnform	Antragstellerin nicht in der Wohnung %	Antragsgegner nicht in der Wohnung %
eigene Wohnung	5	20
bei den Eltern	30	16
bei Freunden	21	6
bei Verwandten	16	6
beim neuen Partner	3	16
Unbekannt	6	12
Sonstiges (davon ca. die Hälfte Frauenhaus)	19	14
Fallzahl (n) =	562	311

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die Ergebnisse verdeutlichen, daß die Ausgangssituation, die dem Antrag zugrunde liegt, sehr unterschiedlich ist. Zum Teil leben die Eheleute mit den Kindern noch gemeinsam in der Ehewohnung und der Antrag wird gestellt, um einen Wohnungswechsel zu verhindern und wieder ein ungestörtes Wohnen in der Ehewohnung zu ermöglichen. Zum Teil sind die Kinder mit einem Elternteil ausgezogen und der Antrag hat zum Ziel, der Antragstellerin und den Kindern die Rückkehr in die Ehewohnung zu ermöglichen. In selteneren Fällen ist die Antragstellerin ausgezogen oder ausgesperrt worden, während die Kinder mit dem Antragsgegner in der Ehewohnung leben. In diesen Fällen wird der Antrag gestellt, um wieder Zugang zu den Kindern und zur Ehewohnung zu erhalten.

- **Jede Wohnform hat ihre spezifische Problemkonstellation**

An Beispielen zu den unterschiedlichen Wohnformen, sollen die Probleme, die mit der jeweiligen Wohnform verbunden sind, verdeutlicht werden.

Wohnform 1: Der Antragsgegner ist ausgezogen

(0335) Beispiel 1:

Der Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung wird von der Ehefrau gestellt. Beide Eheleute haben den Mietvertrag für die Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Bad/WC, 1 Kellerabteil mit einer Wohnfläche von ca. 53,15 qm unter-

schrieben. Es sind keine Kinder vorhanden. Die Ehefrau beantragt die Zuweisung der Ehewohnung nach § 1361 b BGB. Der Antragsgegner argumentiert, daß ein derartiger Antrag unsinnig sei, da er gar nicht in der Wohnung wohne, sondern nur gelegentlich in derselben sei und zwar immer dann, wenn ihn seine Ehefrau zu sich rufe. Die Antragstellerin bestreitet dies. Sie gibt an, ihr Ehemann tauche sporadisch auf, wobei es immer zu schweren Auseinandersetzungen komme. Das Gericht folgt den Ausführungen des Antragsgegners und empfiehlt der Antragstellerin, ihren Antrag zurückzuziehen, da er keinen Erfolg haben werde. Es bestehe kein Rechtsschutzbedürfnis, da der Antragsgegner bereits aus der Wohnung ausgezogen sei bzw. gar nicht eingezogen sei. Die Antragstellerin hält jedoch ihren Antrag aufrecht.

(0311) Beispiel 2:

Die Ehefrau stellt Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung. Das gemeinsam angemietete Einfamilienhaus hat einen ausgebauten Keller, Erdgeschoß und ein Dachgeschoß. Es sind insgesamt 6 Zimmer vorhanden, welche vordem die Eltern und zwei gemeinsame Kinder (1 minderjährig, 1 erwachsen) bewohnten. Der Antrag wird für erledigt erklärt, da der Antragsgegner freiwillig ausgezogen ist. Er hat jedoch sein Büro in den Kellerräumen, zu denen er Zutritt verlangt. Zudem sind auf dem Gelände noch Schuppen vorhanden, in denen Gegenstände des Antragsgegners untergebracht sind. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Räumungsklage. Das Gericht erläßt eine Räumungsfrist, die der Antragsgegner nicht einhält. Es folgt eine längere gerichtliche Auseinandersetzung zwischen den Eheleuten, in der es in der Hauptsache um die Räumung der Schuppen und den Verkauf des Hauses geht.

(0341) Beispiel 3:

Die Wohnung besteht aus drei Zimmern und einer bewohnbaren Kammer. Sie hat insgesamt 72 qm. Vor Antragstellung durch die Ehefrau wird sie von dem Ehepaar, der gemeinsamen Tochter und zeitweise von dem erwachsenen Sohn (in den Semesterferien) bewohnt. Nach der Antragstellung zieht der Antragsgegner freiwillig aus. Sein Aufenthalt ist bis zur mündlichen Verhandlung unbekannt. Er ist Alkoholiker. Vor Antragstellung entschloß er sich, eine Entziehungskur zu machen. Er verließ die Klinik mit unbekanntem Ziel. Kurz vor der mündlichen Verhandlung taucht er in der Ehewohnung auf. Die Antragstellerin läßt ihn übernachten. Zur mündlichen Verhandlung erscheint er mit seiner Rechtsanwältin. Die Eheleute schließen eine Vereinbarung. Sie beinhaltet die alleinige Nutzung der Ehewohnung durch die Antragstellerin. Über den Verbleib des Antragsgegners wird in der Akte nichts ausgesagt.

Die Anzahl der Männer bzw. Antragsgegner, die freiwillig vor oder während des Verfahrens aus der Ehewohnung ausziehen, ist im Vergleich zur Zahl der Frauen, die aus der Ehewohnung ausziehen oder flüchten (und dies meist mit den Kindern) gering. An den Beispielen werden drei Hauptgründe deutlich, die Antragsgegner zu einem (freiwilligen) Auszug aus der Wohnung bewegen. Es ist einmal das Desinteresse an der Ehewohnung, das häufig mit der Möglichkeit verbunden ist, mit einer neuen Lebensgefährtin

zusammenzuziehen. Zum anderen die Tatsache, wie im zweiten Beispiel, daß es den Männern aufgrund ihrer finanziellen Situation leichter fällt als den Frauen, eine andere Wohnung zu finden. Dies insbesondere auch deshalb, weil sie in den meisten Fällen nicht mit ihren Kindern „belastet" sind. Im dritten Beispiel wird deutlich, daß Männer (Antragsgegner) auch dann eher bereit sind, eine gütliche Einigung herbeizuführen, wenn aufgrund der Vorkommnisse kaum Aussicht besteht, eine Ablehnung des Antrags zu erreichen. Möglicherweise spielt die Scham über das eigene Verhalten hier zusätzlich eine Rolle.

Wohnform 2: Die Antragstellerin ist ausgezogen

(0359) Beispiel 1:

Die Antragstellerin floh wegen des unerträglichen Verhaltens ihres Ehemannes mit dem gemeinsamen Kind zu einer Freundin. Am nächsten Tag fuhr sie zu ihrer Mutter, die in einer anderen Stadt wohnt. Sie stellte von dort aus Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung.

(0366) Beispiel 2:

Die Antragstellerin wurde von ihrem Ehemann tätlich angegriffen. Als dieser von ihr abließ flüchtete sie mit den Kindern zu ihren Eltern. Ihre Mutter rief den Antragsgegner an und machte ihm Vorhaltungen, dabei gab dieser das Würgen zu: „...es täte ihm auch leid, aber die AS hätte sich das selbst zuzuschreiben." (zitiert nach Akte). Die Antragstellerin bittet das Gericht um Eile, da sie mit den beiden Kindern (9 und 6 Jahre) bei ihren Eltern in einem ca.12 qm großen Zimmer untergebracht sei. Mittlerweile ist der Antragsgegner zu seiner Mutter gezogen. Der Vermieter ist bereit, den Mietvertrag mit der Antragstellerin allein weiterzuführen.

(0386) Beispiel 3:

Die Antragstellerin und der Antragsgegner haben die türkische Staatsbürgerschaft. Nachdem der Antragsgegner seine Ehefrau geschlagen, mit dem Messer bedroht und verletzt hatte, suchte diese mit den beiden gemeinsamen Kindern (männlich, 12 und 7 Jahre) Zuflucht im Frauenhaus. Von dort aus stellte sie Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung (2,5 Zimmer). Ob sich der Antragsgegner noch in der Ehewohnung befindet, ist zum Zeitpunkt der Antragstellung unklar.

(0367) Beispiel 4:

Die Antragstellerin war nach einem heftigen Streit, in dem sie der Antragsgegner geschlagen und ihr mit dem Messer Schnittwunden im Gesicht zugefügt hatte, ohne die beiden gemeinsamen Kinder (8 und 7 Jahre) zu Verwandten geflohen. Sie konnte die Kinder wegen der engen Wohnverhältnisse dorthin nicht mitnehmen. Die Kinder werden zum Zeitpunkt der Antragstellung von der Mutter des Antragsgegners betreut. Dieser wohnt ebenfalls bei seiner Mutter. Nach der mündlichen Verhandlung nimmt die Antragstellerin den Antrag auf Wohnungszuweisung zurück und lebt wieder mit beiden Kindern und dem Antragsgegner in der Ehewohnung (2 Zimmer).

(1840) Beispiel 5

Nach einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen den Eheleuten in deren Verlauf der Antragsgegner die Antragstellerin am „..Hals packte..“ und alkoholisiert in der Wohnung randalierte, packte die Antragstellerin im Beisein der Polizei notwendige Sachen zusammen und verließ mit allen fünf Kindern die Ehewohnung (6 Zimmer). Sie hält sich zum Zeitpunkt der Antragstellung bei Bekannten auf. Auf dem Wege der einstweiligen Anordnung wird ihr die Wohnung zur alleinigen Nutzung zugewiesen. Die Antragstellerin zieht mit den Kindern in die Ehewohnung zurück. Der Antragsgegner will dies nicht hinnehmen und begehrt eine mündliche Verhandlung.

(2055) Beispiel 6:

Der Antragsteller ist mit seinen beiden älteren Töchtern (9 und 8 Jahre) in das Mehrfamilienhaus gezogen, in dem seine Mutter eine Wohnung hat (3 Zimmer). Dort hat er auch sein Büro. Die Ehewohnung, ein Einfamilienhaus auf dem gleichen Grundstück, wird gelegentlich von der Antragsgegnerin und ihrer Tochter (5 Jahre) bewohnt. Die Antragsgegnerin hat eine weitere, zum Zeitpunkt der Antragstellung 16jährige, nichteheliche Tochter (es werden keine Angaben darüber gemacht, wo die Antragsgegnerin mit der jüngsten gemeinsamen Tochter und ihrer nichtehelichen Tochter wohnt). Das Einfamilienhaus ist das Eigentum des Antragstellers. Der Antragsteller beantragt die Zuweisung der Ehewohnung für sich und die beiden älteren Töchter, da er es seiner Mutter nicht weiter zumuten könne, drei Personen in ihrer Wohnung aufzunehmen. Der Antragsteller weist darauf hin, daß die beiden älteren gemeinsamen Töchter nicht bei der Mutter leben wollen, er habe deswegen auch Antrag auf Übertragung des alleinigen Sorgerechts gestellt.

Wie die Beispiele verdeutlichen, sind es bei den Frauen andere Gründe, die sie veranlassen, aus der Ehewohnung auszuziehen als bei den Männern. Während die Männer überwiegend mehr oder weniger freiwillig vor Antragstellung oder während des Verfahrens ausziehen, wenn sie die Ehe nicht mehr aufrechterhalten wollen und/oder leicht eine neue Wohnung finden und bezahlen können oder keine Chance sehen, die Zuweisung der Ehewohnung an die Antragstellerin zu verhindern, kommt der Auszug der Frauen vielfach einer Flucht vor unerträglichen oder sogar lebensbedrohlichen Zuständen gleich. Eine Flucht, bei der nur wenig bedacht wird, welche Schwierigkeiten mit dem Auszug verbunden sein können; dies gilt nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Kinder, die ihre Mütter in den meisten Fällen begleiten. Es sind nicht nur die meist beengten Wohnverhältnisse oder die finanzielle Not, die es zu bewältigen gilt. Vielmehr ist es die oft demütigende Erfahrung, daß das subjektive Erleben der „schweren Härte“ im Zusammenwohnen mit dem Ehepartner von Anwälte/-innen oder der zuständigen Richter/-in nicht immer nachempfunden wird. Dies insbesondere dann, wenn keine massive physische Gewalt bewiesen werden kann. Mit dem Hinweis, daß mit dem Auszug der Antragstellerin aus der Ehewohnung keine unmittelbare Gefahr mehr bestehe und damit kein Rechts-

schutzbedürfnis, werden die Antragstellerinnen manchmal entmutigt, ihren Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung in der Hauptsache aufrechtzuerhalten. Die Frage stellt sich, ob es nicht klüger wäre, in der Ehewohnung auszuharren und den richterlichen Entscheid abzuwarten? Die Mehrheit der Frauen tut dies, auch auf die Gefahr hin, daß sie weiter von Gewalthandlungen ihres Ehemannes bedroht sind. Wie sieht ein derartiges Zusammenleben aus?

Wohnform 3: Gemeinsam getrennt lebend in der Ehewohnung

(2179) Beispiel 1:

Antragstellerin (deutsch) lebt mit ihrem Ehemann (Ägypter) und 5 Kindern in einer Wohnung mit 4 Zimmern und einem Nebengelaß. Vier der Kinder sind Kinder der Antragstellerin aus erster Ehe, ein Kind ist ein gemeinsames. Nach einem Streit, in dem sie vom Antragsgegner geschlagen wurde, flüchtete sie ins Frauenhaus. Kehrte jedoch wieder in die Ehewohnung zurück, weil sie die Kinder nicht mit dem Antragsgegner allein lassen wollte. Die Eheleute versuchten schon seit einiger Zeit in der Ehewohnung getrennt zu leben, was aufgrund der beengten Wohnverhältnisse immer schwierig war. Zum Zeitpunkt der Antragstellung schläft der Antragsgegner im Wohnzimmer auf der Couch, die Antragstellerin im Schlafzimmer. Die Antragstellerin empfindet dieses Zusammenleben als unzumutbar, da man sich aufgrund der Enge in der Wohnung nicht aus dem Weg gehen könne und es deshalb immer wieder zu Auseinandersetzungen komme, die die Kinder mitbekämen.

(0313) Beispiel 2:

Die Eheleute leben mit vier gemeinsamen Kindern (2 noch minderjährig, 2 volljährig) in einem Haus mit mehr als 6 Zimmern. Das Haus ist im Eigentum beider Ehepartner. Zwischen den Eheleuten kommt es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen, die in Schlägereien ausarten, in die auch die Kinder involviert sind. Deshalb stellt die Ehefrau Antrag auf alleinige Nutzung des Hauses. Eine Aufteilung der Ehewohnung komme wegen des ungünstigen Schnittes des Hauses nicht in Frage.

(0331) Beispiel 3:

Bereits vor Antragstellung durch den Ehemann wurde von den Eheleuten eine Aufteilung des Hauses vorgenommen. Das Haus hat 110qm und besteht aus Schlafzimmer, Kinderzimmer, Eßzimmer, Wohnzimmer und einer Wohnküche. Zudem befindet sich die Werkstatt des Antragstellers im Haus (Maschinen). Die Aufteilung wurde wie folgt vorgenommen: Der Antragsteller bewohnt das Wohnzimmer, die Antragsgegnerin das Schlafzimmer und der volljährige gemeinsame Sohn das Kinderzimmer. Wohnküche, Bad und Toilette werden gemeinsam genützt. Der Antragsteller ist nicht mehr bereit, die ständigen Beschimpfungen, Bedrohungen und Drohungen hinzunehmen. Da er Eigentümer des Hauses ist, könne man nicht von ihm verlangen, daß er ausziehe.

(2051) Beispiel 4:

Zum Zeitpunkt der Antragstellung war die Wohnung bereits aufgeteilt. Die Wohnung hat 2 Zimmer und eine Kammer sowie einen ausgebauten Bodenraum. Die volljährige gemeinsame Tochter bewohnt den Bodenraum und benützt die sanitären Anlagen und die Küche in der Wohnung mit. Der ebenfalls volljährige Sohn lebt nicht in der Ehewohnung. Die Kammer wird von der Antragstellerin bewohnt, das Schlafzimmer vom Antragsgegner. Das Wohnzimmer, die Küche und die sanitären Anlagen werden gemeinsam genützt. Die Antragstellerin hat Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung gestellt, weil ihr das Zusammenleben mit dem Antragsgegner nicht mehr zuzumuten sei.

Einerseits bietet das oft enge Zusammenleben in der gemeinsamen Wohnung unzählige Möglichkeiten für gegenseitige Beschimpfungen, Demütigungen, Schikanen und auch Tätlichkeit, welche die Situation für einen der Partner oder auch für beide und die Kinder, unerträglich, manchmal sogar lebensbedrohend machen. Andererseits drängt sich der Eindruck auf, daß ein großer Teil der Eheleute, die getrennt in der Ehewohnung leben, nicht vollkommen dem Täter/Opfer-Bild entspricht. Die Antragstellerinnen empfinden die Situation eher belastend und/oder entwürdigend als unmittelbar lebensbedrohend. Zumindest können sie offenbar noch insoweit mit dem Antragsgegner kommunizieren, als sie eine Regelung für die gemeinsame Nutzung der Ehewohnung gefunden haben, auch wenn sie der Meinung sind, daß dies kein Dauerzustand sein könne.

Es ist nicht leicht zu sagen, wie sich von Gewalthandlungen des Ehepartners Betroffene verhalten sollen, wenn sie die Absicht haben, Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung nach § 1361 b BGB zu stellen. Ausziehen oder bis zur gerichtlichen Entscheidung ausharren, beides hat, wie die Beispiele zeigen, Vor- und Nachteile für die Lebenssituation der Betroffenen und, wie noch aufgezeigt wird, für den Erfolg ihres Antrages. Voraussetzungen für derartige Überlegungen ist, daß die Betroffenen noch die Möglichkeit haben, zu wählen.

Die Mehrzahl der Antragstellerinnen lebte bei Antragstellung innerhalb der Ehewohnung vom Partner getrennt; wie die oben angeführten Beispiele zeigen, geschieht dies auch häufig in sehr beengten Wohnverhältnissen.

Die angeführten Beispiele machen zudem deutlich, daß gerade sogenannte kinderreiche Familien (drei und mehr Kinder) häufig in sehr beengten Wohnverhältnissen leben. Aber auch Ehepaare mit weniger Kindern sind unter den Familien mit beengten Wohnverhältnissen zu finden. Ein Getrenntleben, wie das Gesetz es im Trennungsjahr vorschreibt, ist unter solchen Wohnbedingungen bereits eine Zumutung, wenn es nicht zu Gewalthandlungen kommt. Es schafft für die ganze Familie eine äußerst

unnatürliche Situation, die den Sinn des Trennungsjahres, nämlich den trennungswilligen Eheleuten Gelegenheit zu geben, ihre Entscheidung zu überdenken und gegebenenfalls rückgängig zu machen, nach unserer Einschätzung eher behindert als fördert. Denn es erfordert schon bei angemessenen Wohnverhältnissen und bei relativ niedrigem Konfliktniveau von allen Beteiligten, auch von den Kindern, ein Höchstmaß an Disziplin und gegenseitiger Rücksichtnahme, um im Zusammenleben Konflikte zu vermeiden und konstruktive Problemlösungen zu finden. In den Fällen, wo ein Ehepartner Antrag auf Zuweisung einer Ehewohnung stellt, die räumlich beengt ist, kann davon ausgegangen werden, daß das Zusammenleben für alle Beteiligten, insbesondere natürlich für die Antragstellerin und die Kinder zur Qual geworden ist. Der minderschwere Eingriff auf der Grundlage des § 1361 b BGB, nämlich die Aufteilung der Ehewohnung mit Betretungsverbot für bestimmte Räume während des Getrenntlebens, bietet (wie der Konfliktverlauf bei den hier untersuchten Paaren belegt) in diesem Fall kaum die Möglichkeit, die Situation zu entspannen bzw. zu befrieden.

4 Das Verfahren nach § 1361 b BGB

In welcher Form wird die Zuweisung bei Gericht beantragt? Was wird zusätzlich beantragt? Wie wird der Antrag begründet? Gibt es eine mündliche Verhandlung? Wie gehen die Verfahren aus und wie lange dauern sie? Dies sind die Fragen, denen wir nun nachgehen wollen.

4.1 Merkmale des Verfahrens: die Antragstellung

In Abschnitt I Kapitel 2.2 (Verfahrensmöglichkeiten) wurde bereits aufgezeigt, in welcher Form Anträge nach § 1361 b BGB gestellt werden müssen. Da es sich bei den in die Analyse einbezogenen Fällen um isolierte Verfahren i.d.R. vor einer Scheidung handelt, muß der Antrag als Hauptsache gestellt werden. Eine einstweilige Anordnung kann zur Beschleunigung zusätzlich beantragt werden, wenn ein Wohnungszuweisungverfahren anhängig gemacht wird oder anhängig ist; eine vorläufige Regelung ist auch als sogenannte einstweilige Anordnung im Rahmen eines bereits anhängigen Scheidungsverfahrens zulässig. Die Regelung im Rahmen einer einstweiligen Anordnung gilt dann bis zur Entscheidung in der Hauptsache. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dem Antragsgegner prinzipiell die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben werden muß. Nur unter ganz bestimmten Umständen (z.B. akute Lebensgefahr) kann der/die Familienrichter/-in die Wohnung ohne vorherige Anhörung des Antragsgegners vorläufig der Antragstellerin alleine zuweisen.

Die Aktenanalyse zeigt, daß fast immer die alleinige Zuweisung der gesamten Ehewohnung beantragt wird. Nur bei 7% begehrt die Antragstellerin lediglich einen Teil der Wohnung zur alleinigen Nutzung. Letzteres ist häufiger der Fall (27%), wenn der Ehemann der Antragsteller ist.

Nur selten wird ein Antrag ohne Hilfe eines/einer Rechtsanwaltes/-in gestellt: 90% der Antragstellerinnen und gut die Hälfte der Antragsgegner sind durch einen/eine Anwalt/-in vertreten, so daß in jedem zweiten Fall beide Ehepartner einen/eine Anwalt/-in haben.

59% beantragen gleichzeitig den Erlaß einer einstweiligen Anordnung und 54% ein Betretungsverbot für den Antragsgegner. Die Tabelle gibt einen Überblick, was zusätzlich zur Wohnungszuweisung noch beantragt wurde.

Tab. II/10: Mit dem Antrag auf Wohnungszuweisung verbundene Zusatzanträge (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Zur Wohnungszuweisung wird zusätzlich beantragt:	%
ein Betretungsverbot	54%
eine einstweilige Anordnung	59%
eine Auszugsfrist	29%
ein Ordnungsgeld/Haft bei Nichteinhaltung des Gerichtsbeschlusses	45%
Prozeßkostenhilfe	57%
der Antragsgegner trägt die Kosten des Verfahrens	33%
Fallzahl (n) =	2079

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Man sieht, daß bei über der Hälfte der Verfahren auch ein Prozeßkostenhilfeantrag gestellt wird. Dies läßt zwar nicht unbedingt auf eine schlechte finanzielle Lage der Ehepaare schließen, ist aber ein Hinweis darauf. Mehr Aufschluß darüber gäbe der Beschluß, ob der Prozeßkostenhilfe stattgegeben wird. Darüber können wir in der Grobanalyse aber keine Aussagen machen, da uns der Beschluß zur Prozeßkostenhilfe nicht vorlag. Aus der Detailanalyse ist jedoch ersichtlich, daß in 45 der 74 in die Analyse einbezogenen Fälle (61%) entweder von einem der Eheleute oder beiden (ins-

gesamt 77 Personen) Prozeßkostenhilfe beantragt wurde. Davon wurden 36 Anträge – also knapp die Hälfte – positiv beschieden (20 Antragstellerinnen und 16 Antragsgegner). In 6 Fällen von 45 erhielten beide Eheleute Prozeßkostenhilfe. In den meisten Fällen beantragten die Antragstellerinnen ausschließlich oder zusätzlich die Übernahme der Prozeßkosten durch den Antragsgegner. In den Fällen, wo der Antragsgegner die Kosten des Verfahrens übernehmen mußte, wurde dem gleichfalls gestellten Antrag auf Prozeßkostenhilfe nicht stattgegeben. Auch bei Anträgen auf Zuweisung der Ehewohnung, die offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg hatten, wurde die Prozeßkostenhilfe verweigert.

4.2 Antragsbegründungen – Schilderung der Gewalthandlungen durch die Antragstellerin

Wichtig für die Beurteilung der Anspruchsvoraussetzung „schwere Härte“ ist, zu wissen, wie gegenwärtig mit diesem Rechtsbegriff umgegangen wird. Die Aktenanalyse bietet eine gute Möglichkeit, sich einen Überblick zu verschaffen, welche Sachverhalte in den Verfahren als „schwere Härte“ vorgebracht und von dem/der Richter/-in anerkannt werden. Dazu möchten wir zunächst die Art der Vorfälle und Gewalttaten, die im Antrag zur Begründung angeführt werden, darstellen. Anschließend versuchen wir aufgrund der verbalen Schilderungen, die unterschiedlichen Gewalttaten nach ihrem Ausmaß/ihrer Stärke einzuordnen, um sie später dem Verfahrensausgang gegenüberstellen zu können. Wir sind uns dabei durchaus bewußt, daß es nicht möglich ist, eine Einstufung von Gewalttaten in unterschiedliche Härtegrade völlig objektiv vorzunehmen. Um uns der Objektivität aber so weit wie möglich anzunähern, haben wir die Beschreibung aller Tätlichkeiten und verbalen Äußerungen aus den Anträgen zunächst wörtlich in Listen erfaßt und dann anhand eines Kriterienkatalogs (siehe Anhang) zugeordnet.

Die spontane Assoziation zu dem Wort „Gewalt“ ist meist „Schlagen“, „Prügeln“, „Vergewaltigung“, also kurz physische und sexuelle Gewalt. Erst in zweiter Linie denkt man auch an Gewalttaten, die sich auf der verbalen und psychischen Ebene abspielen. Dabei sind die Folgen psychischer Gewalt oft erheblich, auch wenn sie nicht direkt sichtbar sind und zum Teil erst Jahre später auftreten. Und genau das führt zu einem weiteren Problem, nämlich der Beweisbarkeit, über die wir in einem späteren Kapitel noch ausführlich sprechen.

Um einen ersten Eindruck von dem zu vermitteln, was in Familien vorkommen kann, stellen wir vorab die Häufigkeit der vorkommenden Gewalt-

arten dar, ohne auf die einzelnen ausgeführten Handlungen, die sie jeweils beinhalten, näher einzugehen.

Tab. II/11: Art der im Antrag angeführten Gewalt (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Art der Gewalt	%
psychische Gewalt	75%
körperliche Gewalt	68%
sexuelle Gewalt	7%
Alkohol-/Drogenprobleme	40%
Fallzahl (n) =	2079

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Wir haben zusätzlich zu den drei häufigsten Gewaltkategorien (körperlich, psychisch und sexuell) auch Alkohol- und Drogenprobleme aufgenommen.[9] Denn wie wir zeigen können, werden die Gewalttaten vielfach in Verbindung mit Alkoholkonsum ausgeübt. Hoher Alkoholkonsum kann häufig der Grund bzw. Auslöser für Gewalttaten sein: Werden im Antrag Alkohol- oder Drogenprobleme des Antragsgegners angeführt, dann wird er in 77% der Fälle ausschließlich oder überwiegend unter Alkoholeinfluß gewalttätig. Nur bei 2% der Fälle werden Alkohol- oder Drogenprobleme genannt, ohne daß von weiteren Gewalttaten berichtet wird.

Aus der Tabelle II/10 (Art der vorkommenden Gewalt) werden zwei Dinge deutlich: Zum einen, daß psychische Gewalt mit die Hauptrolle bei den Anträgen spielt und zum anderen, daß häufig mehrere Gewalttaten gleichzeitig vorkommen.

Ob sexuelle Gewalt in den Familien wirklich so selten vorkommt, wie sie in den Anträgen angeführt wird, oder eher ein Tabuthema ist, können wir anhand der Akten nicht feststellen. Roswitha Burgard fand in Gesprächen mit Frauen aus dem Frauenhaus, daß bei Ehefrauen Unsicherheit darüber besteht, was sie in der Sexualität fordern und ablehnen können. Viele Frauen entschuldigen sexuelle Belästigung durch die „Natur des Mannes", seine ausgeprägte Potenz. „Speziell sexuelle Mißhandlungen unterliegen einer

[9] Bei den 40% handelt es sich überwiegend um Schwierigkeiten mit Alkohol. Drogen spielen nur sehr selten eine Rolle.

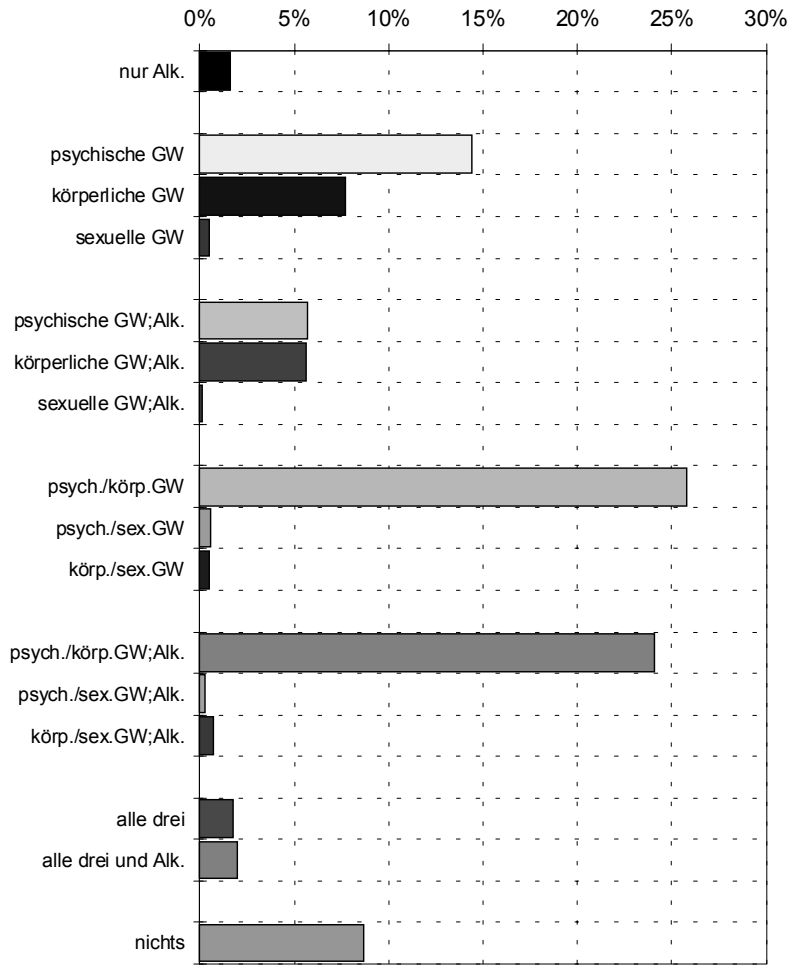
noch größeren Tabuisierung als „normale“ Mißhandlungen und werden von den Betroffenen selbst lange verdrängt“ (vgl. Burgard 1988, S.25). Tatsache ist, daß sexuelle Nötigung oder Vergewaltigung in den Anträgen kaum angeführt wird.[10]

Am häufigsten übt der Antragsgegner sowohl körperliche als auch psychische Gewalt aus (50%), zum Teil in Kombination mit Alkohol (24%), zum Teil ohne (26%). Eine Übersicht von unterschiedlichen Kombinationen der vorkommenden Gewaltarten gibt Grafik II/3. Aus der Grafik wird zudem deutlich, daß fast jede dritte Antragstellerin psychische Gewalt und/oder Alkoholprobleme angibt.

Es stellt sich weiterhin die Frage, wie die 9%, die weder von physischer, psychischer und/oder sexueller Gewalt noch von Alkoholproblemen sprechen, ihren Antrag begründen. Bei einem Teil (4%) dieser Fälle wurden Vorkommnisse angeführt, die sich nur bedingt den drei Gewaltkategorien zuordnen ließen und daher unter sonstige Gewalthandlungen zusammengefaßt wurden. Beispiele für sonstige Handlungen, die eine „schwere Härte“ begründen, sind: Ehebruch, neuer Partner, Diebstahl, Verweigerung von Geld etc.. Bei dem anderen Teil (5%) kann man kaum von Gewalttaten sprechen. Die Gründe für die Zuweisung „beschränken“ sich hier auf Situationen wie z.B. die Pflege von Personen, die in der Ehewohnung leben, Ausübung von Berufstätigkeit in der Ehewohnung oder Krankheit der Antragstellerin. Wir werden auf diese Ereignisse noch im einzelnen zu sprechen kommen, wenn wir die weiteren Begründungen (außer Gewalthandlungen) zur Vermeidung einer „schweren Härte“ darlegen. Zuerst wollen wir näher auf die Gewalttaten eingehen. Dabei beschränken wir uns zunächst auf Gewalt, die gegen die Antragstellerin gerichtet ist. Da das Kindeswohl ein eigener Schwerpunkt unserer Untersuchung ist, werden wir der Gewalt gegen Kinder und der Gefährdung des Kindeswohls ein eigenes Kapitel widmen.

[10] Daß sie häufiger als in den Anträgen angeführt vorliegen dürfte, wird noch aus den Ergebnissen der Betroffenenbefragung plausibel.

Grafik II/3: Arten der Gewalt und Zusammenhang mit Alkoholkonsum



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

4.2.1 Darstellung der Gewalthandlungen gegen die Antragstellerinnen

- **Körperliche Gewalt**

68% der Antragstellerinnen haben laut Antrag körperliche Gewalt erfahren, und zwar in unterschiedlicher Form und Intensität.[11] Dabei handelt es sich nur selten (4%) um weniger schwerwiegende Tätlichkeiten wie eine Ohrfeige, Festhalten oder leichtes Schütteln.

Tab. II/12: Stärke und Art der in Anträgen angeführten Gewalthandlungen (in Prozent; Bezugsbasis: alle Antragstellerinnen; Mehrfachnennungen möglich)

weniger schwerwiegende Gewalt	
Art der Vorfälle:	
Kratzen / Beißen / Spucken *	2%
Ohrfeigen	1%
Schütteln / Anpacken	1%
kleinere Gegenstände werfen	1%
auf Antragstellerin setzen	1%
Insgesamt weniger schwerwiegende Gewalttaten	4% = 88 Fälle

mittelschwere Gewalt	
Art der Vorfälle	
ins Gesicht / auf den Kopf schlagen* *	43%
Tritte gegen verschiedene Körperteile * *	12%
an die Gurgel gehen / leicht würgen * *	9%
an die Wand stoßen / auf den Boden drücken * *	3%
kräftig Schütteln / hart anpacken	2%
an den Haaren ziehen * *	1%
Insgesamt „mittelschwere“ Gewalttaten	50% = 1030 Fälle

[11] Antragstellerinnen, die Gewalt unterschiedlicher Art und/oder Intensität erfahren, sind bei mehreren Gewaltkategorien erfaßt. Aufgrund dieser Mehrfachnennungen ist die Summe der Prozentwerte in Tabelle II/12 größer als 68%.

sehr schwere Gewalt	
Art der Vorfälle	
mit Gegenständen auf Antragstellerin werfen / schlagen	9%
mit der Faust schlagen	3%
verprügeln	2%
gefährliche Stöße	2%
schwere Tritte	1%
schweres Würgen	1%
an den Haaren schleifen	1%
Insgesamt „sehr schwere“ Gewalttaten	16% = 326 Fälle

lebensbedrohliche Gewalt	
Art der Vorfälle	
mit gefährlichen Gegenständen auf Antragstellerin werfen	2%
Messerstiche	2%
krankenhausreif zusammenschlagen	1%
Insgesamt „lebensbedrohliche“ Gewalttaten	5% = 102 Fälle

Fallzahl (n) =	2079

* signifikant häufiger von Frauen verübt

* * signifikant häufiger von Männern verübt

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Bei der Hälfte der Antragstellerinnen erreichen die körperlichen Gewalthandlungen eine Intensität, die wir als „mittelschwer“ bezeichnen. Darunter fällt „ins Gesicht/auf den Kopf schlagen“ (43%), „Tritte“ (12%), „(leicht) würgen“ (9%) oder „an die Wand stoßen“.

Bei 16% sind die Gewalttaten so stark, daß wir von einer sehr schweren körperlichen Mißhandlung sprechen müssen. Dazu gehört z.B., wenn der Antragsgegner mit Gegenständen oder der Faust auf die Antragstellerin einschlägt, sie verprügelt oder schwer würgt.

5% der Antragstellerinnen wurden vom Antragsgegner so angegriffen, daß akute Lebensgefahr bestand: Vorfälle wie Messerstiche, krankenhausreif zusammenschlagen etc. wurden hier im Antrag genannt.

Die restlichen Gewalttaten (7%) konnten nicht eingestuft werden, da nur globale Beschreibungen wie „Tätlichkeiten“ oder „Mißhandlungen“ angeführt wurden. Es kann sein, daß in diesen Fällen im Antrag auf die detaillierte Begründung in einem gleichzeitig anhängigen Verfahren (z.B. vorläufige elterliche Sorge für die Kinder) verwiesen wird. Dies beschränkt sich jedoch auf Einzelfälle.

Wir möchten nochmals darauf hinweisen, daß das, was wir als weniger schwere Gewalt bezeichnen, subjektiv für den Betroffenen durchaus schwerwiegend sein kann. Hier geht es jedoch darum, Gewalt – der Intention von § 1361 b BGB folgend – nach ihrem Ausmaß zu klassifizieren. Bei den angeführten Vorfällen hat es manchmal den Anschein, daß sie sich sehr ähnlich sind und doch zu unterschiedlichen Kategorien der Stärke zugeordnet wurden (z.B. „auf den Kopf schlagen“ (mittelschwer); „mit der Faust schlagen“ (schwer)). Dies erklärt sich dadurch, daß die Zuordnung zu Kategorien und damit die Festlegung der Stärke aus der wörtlichen Schilderung des Antrags erfolgen mußte und hier in einer kurzen Darstellung das Zuordnungsverfahren nicht im einzelnen wiedergegeben werden kann, zumal die Zuordnung auch auf dem Gesamtzusammenhang der Antragsbegründung (inkl. der aufgeführten Folgen) basiert. Eine Gesamtübersicht der körperlichen Gewalttaten und ihrer Zuordnung nach Intensität befindet sich im Anhang.

Meist sind die Gewalttaten keine Einzelfälle. In 78% der Fälle wurde der Antragsgegner nicht nur einmal gegen die Antragstellerin tätlich. Zieht man jeweils die schwerwiegendste Handlung zur Kategorisierung heran, dann zeigt sich, daß die körperliche Gewalt gegen die Antragstellerinnen hauptsächlich einem mitteleren bis sehr schweren Niveau entspricht. Wurde körperliche Gewalt angewandt, so war sie bei

- 1% (max.) weniger schwer
- 57% (max.) mittelschwer
- 24% (max.) schwer
- 9% lebensbedrohlich[12]

[12] Weitere 9% konnten nicht in die Skala nach dem Ausmaß eingeordnet werden, da die Beschreibung im Antrag zu ungenau war.

Die bisher dargestellten Gewaltarten machen deutlich, daß es sich bei den hier relevanten Formen körperlicher Gewalt keinesfalls nur um bloße Ärgernisse handelt. „Harmlosere“ Vorfälle wie eine „Watsche bekommen“ oder „Rempeln“ kommen zwar vor. Doch sind sie fast immer nur eine „Beigabe“ zu schweren körperlichen Attacken.

Physische Gewalt richtet sich im übrigen nicht nur gegen Personen. 14% aller Antragsgegner randalieren in der Ehewohnung. Zwei Drittel von diesen greifen jedoch gleichzeitig auch Personen an, so daß sich die physische Gewalt sehr selten ausschließlich gegen Sachen richtet. Daher werden wir auf die unterschiedlichen Formen des Randalierens hier nicht näher eingehen. Wir kommen aber bei den genauen Schilderungen der Gewalttaten und Gewaltverläufen aus der Detailanalyse nochmals darauf zu sprechen.

- **Psychische Gewalt**

75% der Antragstellerinnen führen im Antrag psychische Gewalthandlungen des Antragsgegners an. Noch häufiger als körperliche Gewalt findet psychischer Terror nicht nur einmalig statt und richtet sich oft nicht nur gegen die Antragstellerin sondern die ganze Familie. Wird die Antragstellerin psychisch mißhandelt, dann zu 87% wiederholt und zwar zu je einem Drittel mittelstark bis schwer.

Aus der Tabelle kann man entnehmen, daß z.B. Drohungen in allen Kategorien (weniger schwere bis sehr schwere Gewalt) vorkommen. Aus der Schilderung in den Akten wird klar, wie unterschiedlich Drohungen sein können. Auch hier haben wir versucht, aus den wörtlichen Angaben den Grad der Bedrohung einzustufen. Die Androhung von Schlägen in der Form: „wenn Du Deinen Mund nicht hältst, kriegst Du eine in die Fresse“ (FB 0558) ist – relativ gesehen – weniger gravierend als eine Morddrohung, wie z.B.: „Jetzt ist Krieg. Ich mach Dich kaputt. Ich zertrete Dich wie eine Ameise. Von Dir wird nichts mehr übrigbleiben. Ich mach Dich fertig, Du dumme Sau.“ (FB 0648) oder die kurze und deutliche Bemerkung „Ich gehe auch über Leichen“ (FB 0662). Als lebensbedrohlich wurden Situationen eingestuft, in denen z.B. der Antragsgegner ein Messer in der Hand hält und seiner Frau droht „den Hals durchzuschneiden“ (FB 2103).

Tab. II/13: Stärke und Art der in Anträgen angeführten psychischen Gewalt (in Prozent; Bezugsbasis: alle Antragstellerinnen; Mehrfachnennungen möglich)

Stärke und Art psychischer Gewalt	
eher weniger schwere Vorfälle	58%
z.B.	
rein verbale Drohungen * *	43%
„harmlose“ Beschimpfungen * *	32%
Drohung Antragstellerin bekomme die Kinder nicht	5%
Schlechtmachen bei Freunden / Verwandten	3%
Schreien	1%
mittel schwere Vorfälle	33%
z.B.	
kurzfristiges Aus-/Einsperren *	13%
schwere Beleidigungen	8%
Demütigung * *	6%
heftige verbale Drohungen * *	5%
ständige Eifersucht	4%
Störung der Nachtruhe	2%
Rufmord *	1%
Verwahrlosung der Wohnung	1%
Drohung, Kinder zu entführen	1%

sehr schwere Vorfälle	33%
z.B.	
Psychoterror	14%
Morddrohungen * *	12%
mit Waffe bedrohen	5%
Kontrolle des Handelns der Antragstellerin	3%
Selbstmorddrohungen / -versuche	3%
völliges Aussperren / monatelanges Einsperren	2%
Verwüstung der Wohnung	1%
Verbot des Umgangs mit bestimmten Personen	1%
Ignorieren	1%
Entführungsversuch der Kinder	1%

nur globale Beschreibung	7%
z.B.	
Provokation / Ausrasten	4%
ständiger Streit	3%

Fallzahl (n) =	2079

* signifikant häufiger von Frauen verübt

* * signifikant häufiger von Männern verübt

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Nimmt man wieder jeweils die schwersten der genannten Vorfälle, so ist die psychische Gewalt (sofern sie im Antrag angeführt wird) bei

- 28% (max.) minderschwer
- 24% (max.) mittel
- 45% schwer
- (3% globale Beschreibung)
  n= 1496

Psychische Gewalt beschränkt sich demnach selten auf bloße Streitigkeiten oder „harmlose“ Beschimpfungen.

- **Sexuelle Gewalt**

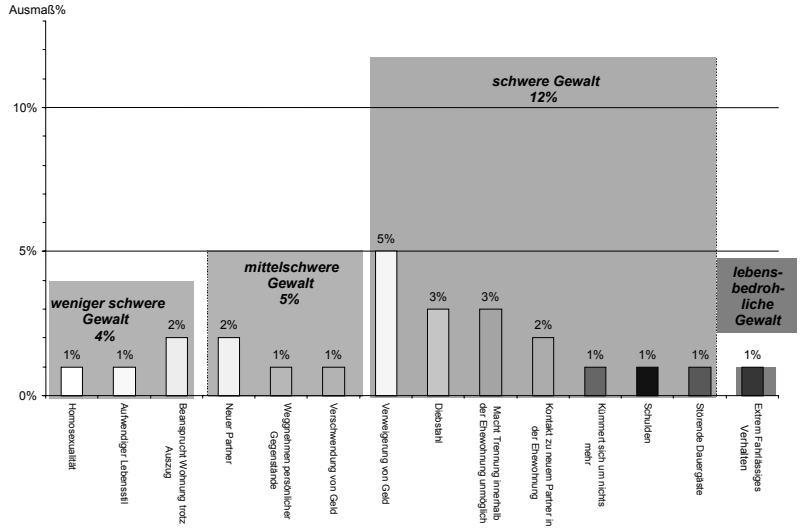
Von sexueller Nötigung oder Vergewaltigung wird in den Anträgen nur selten gesprochen. Zudem ist sexuelle Gewalt praktisch nie der einzige Grund für eine Antragstellung. Die kleine Gruppe von Antragstellerinnen, die sexuelle Gewalt angibt, spricht von sexueller Demütigung (2% aller Antragstellerinnen), sexueller Nötigung (3%) oder von Vergewaltigung (2%). Da sexuelle Gewalt – aus welchen Gründen auch immer – bei der Zuweisung der Ehewohnung kaum angeführt wird, gehen wir davon aus, daß die gerichtliche Beurteilung über das Vorliegen einer „schweren Härte“ in der Hauptsache an körperlichen und psychischen Gewalttaten festgemacht wird. Wir werden bei der Begründung der gerichtlichen Entscheidung jedoch überprüfen, wie häufig Formen der sexuellen Gewalt von dem/der Richter/-in als „schwere Härte“ anerkannt bzw. genannt wurden.

- **Sonstige Gewalttaten**

Es gibt Handlungen, die für die Antragstellerin durchaus eine „schwere Härte“ darstellen, aber weder eindeutig als physische, psychische oder sexuelle Gewalt bezeichnet werden können. Diese Handlungen können sehr wohl psychische Folgen bei den Antragstellerinnen hinterlassen, weswegen wir auch die sonstige Gewalt nach ihrer Stärke und ihrem Ausmaß differenziert haben. Die folgende Grafik zeigt, daß dies zum Teil Vorfälle sind, die durchaus der Kategorie „schwere Gewalt“ zugeordnet werden können.

In der Regel werden diese Vorfälle zusätzlich zu anderen Gewalttaten genannt. Folgen, die aus diesen und den oben genannten Gewalthandlungen resultieren, werden wir später in Verbindung mit den vorgebrachten Beweisen aufzeigen.

Grafik II/4: Sonstige Antragsbegründungen und Gewalthandlungen



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

4.2.2 Gewalthandlungen von Männern und Frauen – gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede?

Die bisherige Schilderung der Vorfälle hat sich allgemein auf die Antragstellung, und damit überwiegend auf Gewalt gegen Frauen, bezogen. Gespräche, die wir im Verlauf des Projektes auch mit betroffenen Männern geführt haben, zeigten uns, daß es Ehemänner gibt, die angeben, von ihren Frauen auf „hinterlistige Weise“ zu Gewalthandlungen provoziert worden zu sein, was diese sofort genutzt hätten, um einen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung zu stellen (vgl. Betroffenenbefragung). Selbst wenn die Frauen handgreiflich werden, stellen Männer kaum Anträge. Ein Grund dafür kann sein, daß die Kinder in den meisten Fällen bei der Mutter wohnen bzw. bei ihr bleiben werden. Damit sehen die Männer wohl keine Chance für einen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung. Dennoch gibt es einige wenige Männer, die einen Antrag gestellt haben (9% der Anträge). Dies veranlaßt uns, in einem kleinen Exkurs über die unterschiedlichen Gewaltformen von Männern und Frauen zu berichten.

Die Beschreibung des Klientels und dessen sozioökonomische Ausgangssituation zeigte, daß sich männliche Antragstellende bereits bei objektiven Merkmalen, wie Wohnsituation und Eigentumsverhältnisse, von weiblichen unterscheiden. Stellen Männer einen Antrag, dann handelt es sich häufiger um ihre eigene oder allein gemietete Wohnung bzw. Haus. Unabhängig von der Wohnsituation muß aber die Antragstellung zur Vermeidung einer „schweren Härte“ dienen. In welchem Umfang sprechen Männer in den Anträgen von Gewalt der Ehefrau? Ein Viertel der Männer führt weder körperliche, psychische Gewalt noch Alkohol an. Die anderen drei Viertel haben laut Antrag zu 62% psychische und zu 37% körperliche Gewalt erfahren. Auch hier steht die körperliche Gewalt oft in Verbindung mit psychischer Gewalt: 27% der Männer sprechen von körperlichen und psychischen Angriffen; 10% nur von körperlicher Gewalt.

Der Vergleich der Anträge von Männern und Frauen zeigt noch einige typische Unterschiede: Danach wird Frauen, im Gegensatz zu den Männern, häufiger nur psychische Gewalt angelastet (32% versus 13%). Auch der Alkohol- und Drogenkonsum von Frauen wird signifikant seltener in der Antragsbegründung von Männern angeführt (11% versus 43%). Wie sich Art und Kombination von Gewalttaten zwischen Frauen und Männern unterscheiden, zeigt folgende Tabelle.

Tab. II/14: Formen von Gewalt nach Geschlecht (in Prozent)

Im Antrag angeführte Gewaltformen/ -kombination	Insgesamt		Art der Gewalt: körperlich		psychisch		sexuell		Alk./Drogen	
	Frau %	Mann %	Frau %	Mann %	Frau %	Mann %	Frau %	Mann %	Frau %	Mann %
nur körperlich	8	8	8	8						
nur psychisch	13	32			13	32				
nur sexuell	1	-					1			
nur Alk./Drogen	1	2							1	2
psych.+ Alk.	6	3			6	3			6	3
körp.+ Alk.	6	2	6	2					6	2
sex. + Alk.	-	-								
psych.+ körp.	26	22	26	22	26	22				
psych.+ sex.	1	-			1		1			
körp.+ sex.	1	-	1				1			
psych.+körp.+Alk.	26	4	26	4	26	4			26	4
psych.+sex.+Alk.	-	-								
körp.+sex.+Alk.	1	-	1				1		1	
psych.+körp.+ sex. +Alk.	2	-	2		2		2		2	
psych.+körp.+sex	2	1	2	1	2	1	2	1		
keine	7	25								
Insg.	100%	100%	72%	37%	76%	62%	8%	1%	42%	11%
Fallzahl (n) =	1755	177	1270	65	1352	110	127	1	755	21

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die Tabelle verdeutlicht die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Art und Häufigkeit der Gewalt. Die erste Spalte zeigt, in welcher Kombination Gewalthandlungen in den Anträgen angeführt werden. Die Spalten 2 bis 5 zeigen, wie häufig bestimmte Arten von Gewalt von männlichen bzw. weiblichen Antragsstellenden dem Antragsgegner angelastet werden.

Betrachtet man nur die Fälle, in denen körperliche bzw. psychische Gewalt angegeben wurde, dann zeigt sich, daß die Gewalt, die Frauen von ihren Ehepartnern angelastet wird, durchaus nicht „harmlos“ ist; d. h. Frauen

werden (legt man die Begründungen der Anträge zu § 1361 b BGB zugrunde) zwar nach Aktenlage weit seltener körperlich gewalttätig als Männer, doch wenn, dann durchaus auch heftig(er).[13]

Tab. II/15: Stärke der von Männern und Frauen ausgeübten Gewalt (in Prozent)

Stärke	körperliche Gewalt		psychische Gewalt	
	von Männern ausgehend %	von Frauen ausgehend %	von Männern ausgehend %	von Frauen ausgehend %
weniger schwer	1	4	29	18
mittelschwer	60	25	23	45
schwer	23	46	45	31
lebensbedrohlich	9	13	-	1
nur global benannt	6	11	3	5
Fallzahl (n) =	1037	52	1384	112

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Welche Tätlichkeiten diesen Gewaltkategorien entsprechen, haben wir bereits im vorhergehenden Kapitel gezeigt. An dieser Stelle geht es nur um die Frage, ob es für Männer bzw. Frauen typische Gewalthandlungen gibt. Ebenso wie Männer schlagen Frauen, die körperliche Gewalt anwenden, auf den Ehepartner ein. Mit Kratzen, Beißen und Spucken den Partner zugreifen, ist für Frauen etwas typischer als für Männer. Bei den psychischen Gewalttaten werden die Männer häufiger von den Frauen aus der gemeinsamen Ehewohnung ausgesperrt.

Zusätzlich zu den genannten Gewalttaten geben 17% der Männer die Kategorie „sonstige Gewalt“ an. Am häufigsten wird „Diebstahl“ und „Kontakt zu einem neuen Partner in der Ehewohnung“ genannt.

[13] Dies liegt z.T. daran, daß Frauen – aufgrund ihrer körperlichen Unterlegenheit – oft mit Hilfe von Gegenständen und ungezielt auf den Ehemann einschlagen und versuchen (müssen), den Mann so schwer zu beeinträchtigen, daß eine spontane Gegenwehr möglichst ausgeschlossen ist.

12% der Männer erfahren weder körperliche, psychische, sexuelle und sonstige Gewalt, noch sprechen sie von Alkohol-/Drogenproblemen.[14] Dennoch stellen sie einen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung. Welche Gründe sie dabei anführen, zeigen wir im nächsten Kapitel.

4.3 Weitere Begründungen für die Beantragung der Zuweisung der Ehewohnung

Bei den bisher geschilderten Antragsbegründungen lagen ausschließlich Gewalttaten vor. Wir werden nun noch die „weiteren Begründungen", die im Antrag (teilweise nur zusätzlich) genannt werden, aufzeigen. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf die kleine Gruppe, die in der Antragsbegründung keinerlei Art von Gewalt nennt.

Neben oder anstatt Gewalt wird im Antrag häufig angeführt, daß

- der Antragsgegner eine gute Ausweichmöglichkeit hat bzw. leichter eine neue Wohnung bekommt (44%);
- die Antragstellerin keine andere Wohnung findet bzw. nicht länger an dem derzeitigen Aufenthaltsort bleiben kann (30%);
- die ökonomische Situation die Antragstellerin sehr schlecht ist (21%);
- die Wohnung für eine Aufteilung nicht geeignet ist (18%);
- die Eigentumsverhältnisse an der Ehewohnung für eine Zuweisung an die Antragstellerin sprechen (14%);
- die Antragstellerin bzw. das Kind sehr krank ist (3%);
- die Antragstellerin ihren Beruf in der Ehewohnung ausführen muß (2%);
- die Antragstellerin schwanger ist (1%);
- die Antragstellerin Personen (außer Kinder), die noch in der Ehewohnung leben, pflegen muß (1%).

Wir haben bei der allgemeinen Darstellung von Gewalttaten, die in den Anträgen genannt waren, schon angesprochen, daß es eine kleine Gruppe (5%) von Antragstellenden gibt, die keine Gewalttaten im Antrag vorbringen. Was ist das für eine Klientel? Wie begründen sie das Vorliegen einer „schweren Härte"? Der Vergleich dieser Antragstellenden mit allen anderen ergibt, daß jeder fünfte dieser Antragstellenden männlich ist. In Relation zur Gesamtheit befinden sich mehr antragstellende Männer in dieser Gruppe. Weiterhin wird häufiger die Zuweisung eines Eigenheims oder einer Wohnung beantragt, für die die Antragstellerin den Mietvertrag alleine unter-

[14] Bei den Frauen sind es 4%.

schrieben hat. Im Unterschied zu allen anderen, hat fast die Hälfte dieser Gruppe bereits vor Antragstellung eine Aufteilung der Ehewohnung vorgenommen (46% versus 28%).[15] Die Trennung wird in diesem Personenkreis überwiegend einvernehmlich vollzogen (71%), während sie bei allen anderen meist alleine von der Antragstellerin ausgeht (63%).

Die Gegenüberstellung dieser Gruppe mit den übrigen Antragstellerinnen zeigt zudem, daß erstere häufiger „nur" solche Gründe für eine Zuweisung der Ehewohnung anführen, die bei allen anderen ab und an zusätzlich als weitere Begründungen genannt werden. Beispiele für solche Begründungen wurden in diesem Kapitel bereits aufgezeigt.

Man kann nicht davon ausgehen, daß bei dieser kleinen Gruppe überhaupt keine Gewalt vorkam, also abgesehen von den oben erwähnten keine anderen Gründe für den Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung vorlagen. Solche Gründe erscheinen in diesen Anträgen jedoch weniger gravierend, bzw. sind nicht näher spezifiziert.

Da diese Gruppe aber nur 5% aller Antragstellerinnen umfaßt, ist insgesamt festzuhalten, daß fast alle, die einen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung stellen, in irgendeiner Form von Gewalt betroffen sind. Die Tätlichkeiten sind, wie gezeigt wurde, überwiegend auf mittelschwerem bis schwerem Niveau zu verorten; dies sowohl bei körperlichen als auch bei psychischen und sonstigen Gewalthandlungen.

Bislang stellten wir diejenigen Sachverhalte vor, die für die Antragstellerinnen subjektiv eine „schwere Härte" darstellen. Inwieweit diese Sachverhalte auch für den/die Richter/-in den Tatbestand der „schweren Härte" erfüllen, werden wir bei der Gegenüberstellung von Antragstellung und Ausgang des Verfahrens sehen. Davor widmen wir uns nun denjenigen, die bisher bei der Gewaltanalyse noch völlig außer Acht gelassen wurden – den Kindern.

[15] Dies kann bedeuten, daß der Antrag u.a. deswegen gestellt wird, da sich der Antragsgegner nicht an die Abmachung gehalten hat, oder daß schon einmal ein Antrag gestellt wurde und in dem aktuellen Verfahren nur auf die Gründe des letzten Antrags verwiesen wurde.

4.4 Gewalt gegen Kinder

4.4.1 Ausmaß und Schwere der Gewalt gegen Kinder

Wie gezeigt wurde, leben in den meisten Haushalten der Antragstellerinnen minderjährige Kinder. Es ist davon auszugehen, daß diese die eben geschilderten Streitereien und Gewalttätigkeiten zumindest zum Teil miterleben. Einige sind vermutlich selbst unmittelbar von Gewalthandlungen betroffen. Um Aufschluß darüber zu erhalten, in welcher Weise die Kinder in das Gewaltgeschehen einbezogen sind, wurde getrennt erfaßt, ob die Gewalt gegen die Antragstellerin und/oder gegen das Kind gerichtet ist. Zudem wurde auch – soweit möglich – festgehalten, ob das Kind/die Kinder bei Gewalttaten gegen die Antragstellerin anwesend waren oder nicht. Da es in diesem Kapitel ausschließlich um die Kinder geht, nehmen wir als Grundgesamtheit nur Familien mit Kindern (n= 1746). Kinderlose Paare bleiben bei den folgenden Analysen also ausgeklammert.

In allen Fällen, in denen die Antragstellerin körperliche Gewalt als Antragsbegründung angibt (69%), sind 21% der Kinder direkt körperlichen Angriffen des Antragsgegners ausgesetzt und weitere 25% bei den Gewalttaten zwischen den Eltern anwesend.

Bei psychischer Gewalt, speziell bei Beschimpfungen, ist oft schwer zu trennen, ob sich die Gewalt gegen das Kind richtet oder das Kind nur anwesend ist. Wenn z.B. der Antragsgegner die Antragstellerin vor den Augen des Kindes anschreit und als „Hure“ oder „alte Drecksau“ beschimpft, so ist das Kind von dem Geschrei ebenso betroffen. In diesem Fall bezeichnen wir die Betroffenheit des Kindes dennoch „nur“ als „bei der Gewalt anwesend“, da sich die Beschimpfung eindeutig gegen die Antragstellerin richtet. Anders ist es, wenn der Antragsgegner auch das Kind oder beide anspricht, so z.B. „Du bist auch nur ein Fickfehler gewesen“, „ihr seid alles blöde Arschlöcher“ oder das Kind von sich aus in das Geschehen eingreift: „Wenn Du meine Mama umbringst, dann bringe ich Dich um“.

Demnach ist in allen Fällen, in denen psychische Gewalt im Antrag genannt wird (n= 1284) zu

- 31% das Kind/die Kinder bei psychischen Gewalttaten anwesend (n= 399).
- 29% die psychische Gewalt gezielt gegen das Kind/die Kinder gerichtet (n= 367).

- 7% das Kind/die Kinder als gezieltes Mittel im Kampf gegen den Partner verwendet worden (n= 87).
- Sexuelle Gewalt wird „nur“ in 7% der Fälle angegeben (n= 118). In diesen sind 12% (n= 14) der Kinder bei sexuellen Gewalttaten gegen die Antragstellerin anwesend. Bei 3% (n= 4) besteht ein Verdacht auf sexuellen Mißbrauch des Kindes/der Kinder und in weiteren 17% der Fälle (n= 17) wurden Kinder (wie die Antragstellerin vorbringt) von den Antragsgegnern sexuell mißbraucht.

Bezogen auf alle Familien mit Kindern bedeutet dies nach den Angaben der Antragstellerin, daß die Kinder bei einem Drittel der Familien direkt oder indirekt von körperlicher Gewalt und in jeder zweiten Familie von psychischer Gewalt betroffen sind. In „sonstige“ oder „sexuelle Gewalttaten“ sind „nur“ je 2% der Kinder involviert.

Sind Alkohol oder Drogen beim Antragsgegner im Spiel, so kann man davon ausgehen, daß die Kinder in ähnlichem Maße wie die Antragstellerin betroffen sind.

Auch Kinder können von mehreren Gewalttaten gleichzeitig betroffen sein. Die häufigste Kombination ist körperliche und psychische Gewalt, der 15% der Kinder ausgesetzt sind. Alle anderen Kombinationen beschränken sich auf Einzelfälle.

Für die Beurteilung des Kindeswohls ist von Bedeutung, daß nur in 31% der Familien die Kinder (laut Antrag) überhaupt nicht mit Gewalt konfrontiert werden. Rechnet man Alkohol- und Drogenprobleme des Antragsgegners dazu, wovon die Kinder zwangsläufig mitbetroffen sind, dann bleiben noch 20% übrig; d. h. bei 80% der Familien sind (lt. Antrag) die Kinder direkt oder indirekt von Gewalt und/oder Drogenproblemen des Antragsgegners betroffen.

Das Ausmaß der Gewalt, das Kinder erfahren, ist (ebenso wie für die Antragstellerin) meist mittelschwer bis schwer (vgl. Tab.II/16).

Im folgenden wollen wir nicht alle Vorfälle auflisten, sondern nur einige Beispiele nennen, welche Tätlichkeiten, Drohungen, Beschimpfungen, etc. Kinder erleiden bzw. mit ansehen müssen:

- in 10% der Familien wird/werden (das) Kind/er ins Gesicht auf den Kopf geschlagen (22% müssen dies bei ihrer Mutter mit ansehen);
- in 2% der Familien wird/werden (das) Kind/er mit Gegenständen beworfen bzw. geschlagen (3% erleben diese Form der Gewalt mit);

– in 10% der Familien muß/müssen (das) Kind/er schwere Beleidigungen und Drohungen ertragen;
– in 8% der Familien erlebt/erleben (das) Kind/er einen regelrechten Psychoterror;
– in 2% der Familien erfährt/erfahren (das) Kind/er Morddrohungen;
– in 1% der Familien wird/werden (das) Kind/er vom Antragsgegner vernachlässigt.

Tab. II/16: Stärke der Gewalt gegen Kinder (in Prozent)

Stärke der Gewalt	wenn körperliche Gewalt gegen Kinder, dann ... %	wenn psychische Gewalt gegen Kinder, dann ... %
weniger schwer	1	11
mittelschwer	71	42
schwer	19	44
lebensbedrohlich	5	1
nur global genannt	4	2
Fallzahl (n) =	250	482

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

4.4.2 Beschreibung von Gewalthandlungen gegen Kinder

Bisher wurde auf der Basis der Grobanalyse der Akten gezeigt, in welchem Ausmaß und von welchen Formen von Gewalt Kinder direkt oder indirekt betroffen sind. Es ging um Größenordnungen und die globale Beschreibung von Gewalt gegen Kinder. Die nachfolgenden Beispiele aus der Detailanalyse der Akten sollen die Situation der Kinder in diesen Familien nochmals verdeutlichen.

- **Physische Gewalt**

Es gibt wenige Fälle, in denen nur die Kinder von physischer Gewalt betroffen sind. Meist sind die Antragstellerinnen hauptsächlich oder mit betroffen. Die von uns vorgenommene Abgrenzung von physischer und psychischer Gewalt ist zur Analyse zwar notwendig, entspricht jedoch nicht der Realität. Physische Gewalt bedeutet in jedem Fall auch psychische Gewalt. Dies trifft in besonderem Maße auf Kinder zu, da sie noch weniger Mög-

lichkeiten zur Gegenwehr haben als die Antragstellerinnen. Sie erleben einerseits die Gewalt eines Elternteils, der sie eigentlich schützen müßte und auf dessen Schutz sie angewiesen sind, und andererseits die Hilflosigkeit und das Unvermögen des anderen Elternteils, der sie nicht schützen kann. Die Erfahrung, schutzlos ausgeliefert zu sein und die eigene physische Unversehrtheit nicht aus eigener Kraft gewährleisten zu können, wird diese Kinder auch ins Erwachsenenalter begleiten und nachhaltigen Einfluß auf alle ihre zwischenmenschlichen Beziehungen ausüben.

(1841) Beispiel 1:

Der AG geht vor allem gegen den nichtehelichen Sohn (AS) vor. Er reagiert alle ehelichen Probleme an diesem Kind ab. Das Kind hat noch nie Liebe von ihm empfangen. Er tyrannisiert und schlägt es mit dem Ellenbogen in den Rücken ohne Grund und sagt: „Na, du Arschloch", oder „Du bist doch sowieso dumm und blöd und taugst nichts". Er tritt mit Füßen in den Hintern des Kindes. Schlägt ihm mit Karateschlag auf den Hinterkopf. Wird immer brutaler. Der AG nutzt Zeiten, in denen die AS nicht zu Hause ist. Das Kind zeigt aggressives und deprimiertes Verhalten und Haß gegenüber dem AG. Seine schulischen Leistungen werden immer schlechter. Der AG drohte mit Vernichtung der Familie; er schlägt das Kind; das Kind muß die 7. Klasse wiederholen.

Der AG schlug den Sohn der AS und diese selbst unter Alkohol 15-20 Minuten lang. Da hat sie Strafanzeige gestellt. Die AS ist mit allen Kindern aus der Wohnung geflüchtet und traut sich nicht mehr zurück (Beweis: ärztliches Attest).

(1427) Beispiel 2:

Besonders die Zwillinge (die Kinder der AS) neigen in letzter Zeit zu aggressivem Verhalten, was darauf zurückzuführen ist, daß der AG gegenüber den beiden Kindern gewalttätig und beleidigend war. Es ist beinahe jeden Abend vorgekommen, daß er die Zwillinge angeschrien oder ihnen im Vorbeigehen Ohrfeigen versetzt hat.

(2185) Beispiel 3:

Der AG ist seit 91 gegenüber den Kindern und der Antragstellerin gewalttätig. Der AG ging auf die Kinder los und, als die AS eingreifen wollte, auch auf diese selbst. Die Antragstellerin erstattete Anzeige bei der Polizei.

(2055) Beispiel 4:

„Die Möglichkeit, zur AG zu gehen (bei ihr zu leben) wollen die Kinder nicht richtig wahrnehmen" (zitiert nach Akte), da sie, wie der AS inzwischen erfahren hat, von der AG heftig und öfters mit dem Kochlöffel oder Schuh geschlagen wurden.

(0313) Beispiel 5:

Das Zusammenleben ist unerträglich. Der AG hat die im Haus lebende volljährige Tochter massiv angegriffen. Sie ist verletzt und krank geschrieben.

(0346) Beispiel 6:

Der AG terrorisiert nicht nur die AS, sondern auch den gemeinsamen Sohn. Es kam bereits zu Handgreiflichkeiten zwischen Vater und Sohn. Der AG hat die AS

bedroht. „Ich bring dich noch um". Eine räumliche Aufteilung ist für die AS und den Sohn unzumutbar, da der AG dies immer wieder unterlaufen würde.

(1837) Beispiel 7:

Der AG reagierte früher schon öfters gewalttätig, um seine Interessen durchzusetzen. Als die AS ihm am Telefon mitteilte, daß sie sich trennen würde, sagte er, sie würde ihn noch kennenlernen und die Hölle auf Erden erleben. In den letzten Wochen ist er verstärkt gewalttätig gewesen. So warf er ein Spielzeugtelefon an die Wand, weil die AS eine Hose nicht zur Reinigung gebracht hatte. Als die Tochter etwas sagen wollte, schlug er ihr ein Hemd ins Gesicht. Durch das Eingreifen der AS konnte weiteres Streiten verhindert werden.

- **Sexuelle Gewalt gegen Kinder**

Sexueller Mißbrauch von Kindern kommt als Begründung für die Zuweisung der Ehewohnung selten vor. Diese Form der Gewalt ist schwer nachzuweisen, und es besteht generell, möglicherweise auch in der von uns untersuchten Population, eine große Hemmschwelle, dem Partner einen derartigen Vorwurf zu machen. In den zwei Fällen der Detailanalyse, in denen sexueller Mißbrauch von Kindern Argument ist, hat sich ein Antragsgegner nicht zu dem Vorwurf geäußert, während sich der andere vehement gegen diese Anschuldigung wehrt.

(0341) Beispiel 1:

Der AG berührte im trunkenen Zustand die gemeinsame Tochter intim. Die Tochter lief daraufhin weg (in eine andere Stadt). Nach ihrer Rückkehr ging die Mutter mit der Tochter zum Allgemeinen Sozialdienst (ASD) in die Beratung. Der ASD riet der AS, den AG aus der Wohnung zu weisen, da die Tochter sonst in ein Heim eingewiesen werde. Denn es bestehe keine Möglichkeit, daß die beiden sich in der Wohnung aus dem Weg gehen könnten.
Es liegt keine schriftliche Entgegnung des Antragsgegners vor.

(2063) Beispiel 2:

Die AS hat erfahren, daß zwei der Kinder vom AG sexuell mißbraucht werden. Beide haben sich beim Baden plötzlich geweigert, sich an den Geschlechtsteilen waschen zu lassen. Die Tochter (4 Jahre) sagte, sie habe dort Schmerzen weil ihr Vater (der AG) sie dort angefaßt und an ihr rumgespielt habe. Auch der Nachbarin gegenüber hat die Tochter geäußert, daß der AG sie an der „Muschi" angefaßt habe. Die AS ging mit der Tochter zur Ärztin. Diese stellte bei dem Kind eine Dehnung der Scheidenwände fest. Sie konnte jedoch nicht genau sagen, wodurch diese Dehnung hervorgerufen wurde.
Der Antragsgegner wehrt sich vehement gegen diese Anschuldigung.

- **Kinder beschützen ihre Eltern**

Für Antragstellerinnen ist es besonders schmerzlich, miterleben zu müssen, daß ihre Kinder versuchen, sie zu beschützen und dabei oft selbst zu Opfern von Gewalthandlungen werden. Es sind besonders jugendliche

Kinder, die aktiv in das Geschehen eingreifen und versuchen, die Täter/Opfer-Konstellation, in die ihre Eltern verstrickt sind, aufzubrechen, indem sie sich auf die Seite des schwächeren Elternteils stellen. Manchmal sind sie gezwungen, von außen Hilfe zu holen, was gerade jugendliche Kinder als demütigend erfahren. Das Gefühl, ihre Eltern nicht alleine lassen zu können, verstrickt sie in die elterlichen Konflikte und hält sie sozusagen in der Herkunftsfamilie gefangen.

(0380) Beispiel 1:
Die Tochter (15 Jahre) der AS kam dieser zu Hilfe. Dabei drehte der AG die Hand der Tochter so heftig um, daß diese sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

(0330) Beispiel 2:
Die AS führt aus, daß bei einem Zusammenleben der Parteien in dieser Wohnung das Kindeswohl der beiden gemeinsamen Söhne erheblich Schaden nehmen würde. Wie vorgetragen, kam es bereits dazu, daß der ältere Sohn bei einem tätlichen Übergriff des AG auf die AS eingreifen mußte.

(1840) Beispiel 3:
Die Auseinandersetzung lief vor den Augen der Kinder ab. Die älteste Tochter rief die Polizei. In deren Beisein packte die AS ein paar Sachen. Sie verließ die Wohnung mit den 5 Kindern und hält sich nun bei Bekannten auf.

- **Psychische Gewalt gegen Kinder**

Psychische Gewalt hat viele Gesichter. Im folgenden wird deshalb versucht, eine Aufgliederung vorzunehmen. In den meisten Fällen sind die Kinder mehreren Arten von psychischer Gewalt ausgesetzt. Manche der psychischen Gewalthandlungen sind als solche leicht zu erkennen, andere sind eher verdeckt und schwer zu identifizieren, da sie nur im Kontext des familialen Geschehens zu verstehen sind. Dies beinhaltet die Gefahr, daß psychische Gewalt als nicht besonders schwerwiegend verkannt wird. Doch gerade bei Kindern kann diese Form der Gewalt eine starke Beeinträchtigung ihrer Entwicklung bedeuten. Beschimpfungen, Bedrohungen, Herabsetzungen und Vernachlässigung des Kindes, haben negative Auswirkungen auf das kindliche Selbstwertgefühl, erschüttern sein Vertrauen in andere Menschen, machen es ängstlich und scheu, manchmal unterwürfig und oft, insbesondere in außerfamilialen Kontexten, aggressiv.

- **Bedrohungen, Beschimpfungen der Kinder**

(2058) Beispiel 1:
Vor einiger Zeit hat der AG seine Tochter mit einem Messer bedroht und meinte im Nachhinein, daß dies nur aus Spaß geschehen sei. Die AS hat dies erst kürzlich erfahren, da die Tochter bisher aus Angst geschwiegen hat.

(0311) Beispiel 2:

Begründung: Der AG hatte ein Büro im Haus und hat dieses geräumt. Außerdem ist er auch (aus der Ehewohnung) ausgezogen. Daraufhin unternahm die AS einen Selbstmordversuch. Weil die AS psychisch so labil ist, beansprucht sie die alleinige Nutzung der Ehewohnung. Der AG versuchte gewaltsam in die Wohnung einzudringen und brach eine Tür auf. Die AS und beide Kinder leben in Angst vor dem AG.

(0360) Beispiel 3:

....um sich dann in das Zimmer der Tochter zu begeben und sie dort persönlich zu beschimpfen.

- **Vernachlässigung der Kinder**

(1835) Beispiel 1:

Die AG hat weiter Beziehungen zu anderen Männern und vernachlässigt ihr Kind. Eine Verwarnung vom Jugendamt hat sie schon erhalten.

(0375) Beispiel 2:

Das gemeinsame Kind hält sich gegen den Willen der AS bei dem AG auf. Dieser weigert sich, das Kind an die AS herauszugeben. Da der AG nachts arbeitet (als Türsteher), lebt das Kind bei den Eltern des AG. Der AS wurde der Umgang mit dem Kind nur zwei bis dreimal die Woche, von 17.00 – 19.00h auf einem Spielplatz in Anwesenheit des AG gestattet. Das Kind wurde von den Eltern des AG gegen den Willen der AS nach Polen gebracht. Der Aufenthaltsort des Kindes ist der AS unbekannt. Der AG ist nicht in der Lage, das Kind ordnungsgemäß zu erziehen, da er einer Nachtarbeit nachgeht. Die AS hingegen ist nur vormittags (zur Kindergartenzeit) beschäftigt.

- **Kinder als Zeugen der Gewalt zwischen den Eltern**

(427) Beispiel 1:

Der Sohn der AS äußerte ihr gegenüber: „Wenn Papa Dich noch einmal schlägt, bringe ich ihn um.“ Das Kindeswohl ist ernsthaft gefährdet. Die Kinder reagieren in zunehmendem Maße verstört, verängstigt und werden immer aggressiver.

(0366) Beispiel 2:

In Anwesenheit des Sohnes (9 Jahre) würgte der AG die AS. Der AG ließ von der AS ab und entschuldigte sich. Die AS verzieh ihm.

(1838) Beispiel 3:

Die kleinere Tochter hat schon mehrmals geäußert, sie möchte tot sein. Im Hinblick auf das aggressive, gewalttätige Verhalten des AG kommt eine Betreuung der Kinder durch ihn nicht in Frage.

(0370) Beispiel 4:

Der AG droht in Anwesenheit der Kinder damit, das Geschäft zu verkaufen und zu verschwinden, der AS die Kinder wegzunehmen und Selbstmord zu begehen.

- **Herabsetzung des anderen Elternteils gegenüber den Kindern**

(2064) Beispiel 1:

Der AG hat es sich zur Gewohnheit gemacht, die AS in Gegenwart der gemeinsamen Kinder aufs Übelste zu beschimpfen:
„Eure Mutter klaut
Eure Mutter geht fremd mit irgendwelchen Kanacken.
Sie sieht ekelhaft aus, eure Mutter, und von ihr will ich sowieso nichts mehr, es würde mir übel werden.
Eure Mutter ist schlecht und hat euch nie geliebt.
Ich mache zehn Kreuze, wenn sie hier endlich verschwindet.
Wenn eure Mutter sich mit euch beschäftigt, will sie sich nur einschmeicheln und wenn sie euch etwas kauft, ebenso.
Sie hat mir mein Geld gestohlen. Ich hätte viel gehabt, wenn eure Mutter nicht alles ausgegeben hätte.“

(0367) Beispiel 2:

Es gab eine Auseinandersetzung der Ehepartner über die Gestaltung der Geburtstagsfeier eines der Kinder. Während der Kinderparty wurde die Tochter vom AG aufgefordert, ihre Mutter zu bitten, sich wieder mit ihm zu versöhnen. Der AG versuchte später zu verhindern, daß die Tochter mit der Mutter wegfährt. Er meinte zur Tochter: „Deine Mutter liebt dich nicht, sie hat keine Zeit für dich.“ Aufgrund der Intervention von anwesenden Freunden durfte die Mutter mit der Tochter dann doch wegfahren.

Die Herabsetzung eines Elternteils bei den Kindern durch den anderen Elternteil beeinträchtigt die Eltern-Kind-Beziehung. Entgegen der Intention des herabsetzenden Elternteils leidet auch die Beziehung der Kinder zu ihm. Damit verlieren die Kinder die Eltern in ihrer Modellfunktion. Dies ist insbesondere für jüngere Kinder, die sich in ihrem Verhalten und ihrer Weltsicht noch weitgehend nach den Eltern richten, nur schwer zu verarbeiten.

4.4.3 Der Erhalt des sozialen Umfeldes ist aus Sicht der Kinder nicht lediglich „Zusatzkriterium“

In vielen Anträgen wird der Erhalt der gewohnten Wohnumgebung und des sozialen Netzwerkes für die Kinder als zusätzliches Argument im Antrag nach § 1361 b BGB angegeben.

(0314) Beispiel 1:

Der Freundeskreis, der Kindergarten, die gewohnte Umgebung soll dem Kind erhalten bleiben.

(2055) Beispiel 2:

Aus diesem Grund hat der AS beantragt, daß ihm das Einfamilienhaus als Wohnung zugewiesen wird und die AG das Haus verlassen muß. Dadurch können die

Kinder in der gewohnten Umgebung wohnen bleiben und den Kontakt zu ihren Freunden, zur gewohnten Schule aufrecht erhalten.

(18) Beispiel 3:
Das soziale Umfeld der Kinder, Schule, Freunde, Kinderfrau, die sich um die Kinder kümmert wenn die AS berufstätig ist, soll erhalten bleiben. Deshalb will die Antragstellerin wieder Zutritt zur Ehewohnung erhalten.

Dieses Argument wird in den meisten Fällen genannt, um zu erreichen, daß die Kinder in der Ehewohnung bleiben können. In den Fällen, wo die Antragstellerin mit den Kindern aus der Wohnung ausgezogen bzw. geflohen ist, soll die Argumentation die Möglichkeit eröffnen, mit den Kindern in die Ehewohnung zurückzukehren. In wenigen Fällen ist die Antragstellerin überstürzt ohne die Kinder ausgezogen oder von dem Antragsgegner ausgesperrt worden und will wieder Zugang zur Ehewohnung und zu den Kindern erhalten. Inwieweit diese Zielsetzungen dem Kindeswohl entsprechen, soll im weiteren anhand der Probleme, aufgezeigt werden, die sich für die Kinder mit dem Verbleib in der Ehewohnung bei Anwesenheit beider Eltern, mit dem Auszug der Kinder aus der Ehewohnung und dem Auszug eines Elternteils ohne die Kinder ergeben.

4.4.4 Probleme, die für Kinder während des Verfahrens mit unterschiedlichen Wohnformen verbunden sind

Das getrennte Zusammenleben in der Ehewohnung wird häufig durch die beengten Wohnverhältnisse erschwert. Die Eltern können sich kaum aus dem Weg gehen. Die Kinder erleben die Auseinandersetzungen der Eltern hautnah mit und/oder sind selbst von Gewalttaten betroffen. Vielfach fehlen jedoch Alternativen zum Zusammenleben in der Ehewohnung, sei es aufgrund des Mangels an finanziellen Mitteln oder an Personen im sozialen Netz, die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen könnten.

Aber auch die Alternative Auszug aus der Ehewohnung mit oder ohne Kinder hat für die Kinder erhebliche Nachteile. Zwar sind die Kinder nicht mehr unmittelbar von Gewalthandlungen des anderen Elternteils betroffen oder Zeugen von Gewalthandlungen zwischen den Eltern, sie leben aber häufig in sehr beengten Wohnverhältnissen bei den Großeltern, Verwandten oder Freunden der Eltern oder im Frauenhaus. In den meisten Fällen ist von vornherein klar, daß die Unterbringung eine Notlösung ist, die im sozialen Umfeld darüber hinaus stigmatisierend sein kann. Die Kinder leben deshalb in großer Unsicherheit darüber, wo sie künftig ihren Lebensmittelpunkt haben werden.

Den weitgehenden Verlust des bisherigen sozialen Umfeldes erleben die meisten Schulkinder auch dann als Beeinträchtigung, wenn sie froh sind, den elterlichen Auseinandersetzungen und/oder den Gewalthandlungen gegen sie selbst entronnen zu sein. Denn vielfach sind gleichaltrige Freunde oder erwachsene Personen im sozialen Umfeld bei familialen Problemen wichtige Ansprechpartner für sie, die sie durch den Wohnungswechsel verlieren.

Nicht zuletzt kann auch die Trennung vom anderen Elternteil für Kinder schmerzhaft sein. Nicht in jedem Fall empfinden Kinder das Zusammenleben mit dem Antragsgegner als ebenso unerträglich wie die Antragsstellerin. Zumindest aus der Sicht kleinerer Kinder, die eine Beziehung noch stark über das konkrete miteinander Tun definieren, kommt der Auszug einer, von ihnen nicht unbedingt gewünschten, Entscheidung für den ausziehenden Elternteil einer Entscheidung gegen den anderen Elternteil gleich.

Ältere Kinder begeben sich, gerade bei starken Konflikten zwischen den Eltern, oft in Allianzen mit einem Elternteil, die dem Kampf gegen den anderen Elternteil dienen. In diesen Allianzen ist jede Handlung erlaubt, die den anderen Elternteil schädigt und herabsetzt. Von den Kindern werden Verhaltensweisen gelernt, die oftmals auch in anderen sozialen Kontexten angewendet werden und die Sozialbeziehungen der Kinder beeinträchtigen. Derartige Allianzen können nur schwer rückgängig gemacht werden, wenn dem Kind durch einen Auszug die Möglichkeit genommen wird, das negative Bild des abgelehnten Elternteils durch eigene Erfahrungen gegebenenfalls zu revidieren.

In manchen Fällen können Allianzen mit dem jeweiligen Elternteil auch Geschwister in unterschiedliche Lager spalten, so daß dem einzelnen Kind der Rückhalt in der Geschwistergruppe genommen wird. In einigen Fällen der Detailanalyse liegt eine Geschwistertrennung in der Weise vor, daß ein Teil der Kinder mit einem Elternteil (meist der Antragstellerin) die Ehewohnung verläßt und der andere mit dem Antragsgegner in der Ehewohnung verbleibt. Von den Müttern (Antragstellerinnen) werden eher die jüngeren Kinder mitgenommen.

In wenigen Fällen verläßt die Antragstellerin die Ehewohnung ohne die Kinder. Meist kommen diese Auszüge einer Flucht gleich. Wie die Kinder damit zurecht kommen, kann nur vermutet werden. Möglich ist, daß sich die Kinder im „Stich“ gelassen fühlen und Aggressionen gegen den Elternteil entwickeln, der sie „verlassen“ hat. Die Folge kann sein, daß sie sich enger an den anwesenden Elternteil anschließen und der Not gehorchend versuchen, mit ihm auszukommen. Vielfach übernehmen ältere Kinder in

dieser Situation die Verantwortung für ihre jüngeren Geschwister, was sie häufig überfordert und die entwicklungsbedingt notwendige, schrittweise Lösung von der Herkunftsfamilie behindert.

Mit diesen Ausführungen soll nicht der Eindruck erweckt werden, daß das Verlassen einer unerträglichen familialen Situation für die Kinder schädlich ist. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, daß der Auszug eines Elternteils mit den Kindern oder ohne sie, nicht in jedem Fall die beste Lösung darstellt und vor allem, daß der Auszug allein die Folgeprobleme von Gewalthandlungen nicht ausreichend löst. Dies gilt mit Einschränkungen auch für den Auszug des Antragsgegners. Dennoch, angesichts der Gewalthandlungen des Antragsgegners ist ein Auszug aus der ehelichen Wohnung oft die einzige Möglichkeit, sich und die Kinder zu schützen. Was jedoch deutlich geworden sein sollte, ist, daß das Argument „Erhalt des Wohnumfeldes bzw. des sozialen Umfeldes für die Kinder“ nicht als „zusätzliches“ Argument gesehen werden darf. Es ist vielmehr ein wichtiges Argument in einem Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung, das sorgfältig geprüft werden sollte.

Die dargestellten Gewalthandlungen gegen Kinder und der oft zusätzliche Verlust von wichtigen Bezugspersonen, der mit dem Auszug eines Elternteils, sei es mit den Kindern oder ohne sie, verbunden ist, legen die Vermutung nahe, daß das Wohl der Kinder in Familien, bei denen ein Elternteil einen Antrag nach § 1361 b BGB stellt, stark gefährdet ist. Es stellt sich daher die Frage, ob das Kindeswohl im Rahmen des Verfahrens und auf der Grundlage des derzeitigen Gesetzestextes ausreichend berücksichtigt werden kann.

4.5 Folgen der Gewalt und Beweise

Wir haben bisher die Frage des Kindeswohls sowie die Art und das Ausmaß von Gewalt beschrieben, die Ausgangspunkt für ein Verfahren nach § 1361 b BGB sind. Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt für die Beurteilung der Schwere von Gewalthandlungen (und damit des Vorliegens einer „schweren Härte“) ist, wie gravierend die Folgen von Gewalt für die Antragstellerin und gegebenenfalls für die Kinder sind oder waren.

Nicht immer wird in den Akten von den Folgen der Gewalt berichtet. Soweit wir über Informationen verfügen, können wir sagen, daß am häufigsten als Folge von körperlicher Mißhandlung blaue Flecken und Prellungen genannt werden. Die Nachwirkungen psychischer Gewalt sind größtenteils Angst und psychische Störungen.

Tab. II/17: Folgen körperlicher Gewalt (in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)

Im Antrag angeführte Folgen	bei der Antragstellerin*	beim Kind*
Blaue Flecken	22%	9%
Prellungen	18%	6%
offene Wunden	7%	2%
Gehirnerschütterung	3%	2%
Knochenbrüche	4%	1%
Verstauchungen	2%	1%
Sonstiges	21%	15%
Fallzahl (n) =	1089	250

* Basis: Antragstellerin/Kinder, gegen die körperliche Gewalt ausgeübt wurde.
Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Tab. II/18: Folgen psychischer Gewalt (in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)

Im Antrag angeführte Folgen	bei der Antragstellerin*	beim Kind*
Ängstlichkeit	33%	64%
Verhaltensauffälligkeit	-	22%
Schlechte Schulleistungen	-	15%
Arbeitsunfähigkeit	1%	-
Sozialisationsschwierigkeiten	-	2%
Psychische Störungen	9%	21%
Sonstiges	10%	17%
Fallzahl (n) =	1496	482

* Basis: Antragstellerin/Kinder, gegen die psychische Gewalt ausgeübt wurde.
Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Was sich unter der Kategorie „Sonstiges“ in den beiden obigen Tabellen verbirgt, sind Beschreibungen, wie z.B. „Antragstellerin mußte sich in stationäre Behandlung geben“, „das Bein der Antragstellerin war eine Woche lang steif“, „Beule am Kopf“, „Sohn verspürte erhebliche Schmerzen“, „Antragstellerin konnte nicht mehr aufstehen“. „Beschwerden in der Brust“, „3 Wochen im Koma gelegen“, „Zungenbein gerissen und Zähne ausgeschlagen“, „Kinder wachen Nachts auf“, „Kind hat kein Selbstbewußtsein mehr“, „Suizidgedanken“ etc.

Manche Antragsgegner (14%) richten die körperliche Gewalt (auch) gegen die Wohnungseinrichtung, Türen oder sonstige Gegenstände. Dabei hinterläßt – laut Antrag – fast jeder zweite erhebliche Zerstörungen.

Bei sexuellen Gewalttaten werden nur selten Folgen genannt. 10% der Antragstellerinnen, die sexuell genötigt oder mißhandelt wurden, sprechen z.B. von Ängstlichkeit und je 2% von blauen Flecken oder Verletzungen im Genitalbereich.

Zum Teil treten bei einer Person mehrere Folgen auf. Dies korreliert mit der Häufigkeit und Stärke der Gewalt.

Wichtig ist, daß die Gewalt und ihre Folgen vor Gericht nachgewiesen werden können. Körperliche Folgen, wie z.B. blaue Flecken sind meist bis zum Verhandlungstermin wieder verheilt. Doch wieviele Betroffene gehen schon zum Arzt, wenn es sich „nur“ – wie so oft – um blaue Flecken handelt? In der Situation der Bedrohung steht auch anderes im Vordergrund als Beweissicherung. Und wer zum Arzt geht, nennt der auch die tatsächliche Ursache seiner Verletzungen? Wie beweist man, daß die Verletzung auf Gewalthandlungen des Ehepartners zurückgehen? Wie belegt man, daß z.B. Ängstlichkeit, Depressionen eine Folge der psychischen Gewalt sind, ohne sich ein psychologisches Gutachten erstellen zu lassen? Und langfristige Folgen von Gewalthandlungen für die Entwicklung der Kinder können lediglich anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse als wahrscheinlich vermutet, nicht bewiesen werden. Erkenntnisse über langfristige Auswirkungen von Gewalthandlungen durch den Ehepartner auf die Persönlichkeitsentwicklung und den weiteren Lebensverlauf des Gewaltopfers liegen lediglich aus Fallberichten vor. Als Beweis im Verfahrenssinn sind solche Erkenntnisse untauglich.

Welche Beweise werden nun bei Gericht vorgelegt? Für körperliche Gewalttaten führen 86% der Betroffenen Beweise an. Bei psychischen Mißhandlungen sind es 82% und bei sexuellen 85%. Das verbreitetste Mittel der Glaubhaftmachung, im folgenden ebenfalls als Beweismittel bezeich-

net, für alle Arten von Gewalt ist die eidesstattliche Erklärung. Diese wird sowohl bei körperlicher, psychischer als auch bei sexueller Mißhandlung (meist direkt) dem Antrag beigelegt.

Tab. II/19: Beweise für die angeführten Gewalttaten (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

Art der angeführten/ angekündigten Beweise	bei körperlicher Gewalt	bei psychischer Gewalt	bei sexueller Gewalt	bei Alkohol / Drogen
eidesstattliche Erklärung	77%	84%	84%	84%
Ärztliches Attest	38%	10%	11%	-
Zeugen	24%	21%	8%	10%
Polizeiprotokoll	17%	4%	10%	4%
Andere Gerichtsakten	5%	-	-	2%
Gutachten	-	2%	-	-
Fotos	1%	-	2%	-
Führerscheinentzug	-	-	-	5%
Sonstiges	4%	4%	10%	6%
Fallzahl (n) =	1.390	1512	113	820

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Neben der eidesstattlichen Erklärung legt gut ein Drittel der Antragstellerinnen (zusätzlich) ein ärztliches Attest zum Nachweis von körperlicher Gewalt vor. Solche Atteste unterscheiden sich inhaltlich: Sie können sich auf die reine Beschreibung der Verletzung beschränken oder auch auf Feststellungen der Verletzungsursache hinweisen, so z.B. „die Verletzungen sind eindeutig auf einen Schlag zurückzuführen“ oder „Frau XY kam aufgelöst in meine Praxis und berichtete, daß sie von ihrem Mann geschlagen wurde“.

Abschließend möchten wir noch an einem Beispiel demonstrieren, wie schwierig es sein kann, rein psychische Mißhandlungen zu beweisen: Eine Antragstellerin wird zusammen mit den Kindern täglich, stündlich und minütlich beschimpft und terrorisiert. Körperlich gewalttätig wurde der Ehemann nicht. Der Anwalt hat die Antragstellerin gebeten, in einem Brief aufzuschreiben, was ihren und den Alltag der Kinder begleitet „... Sie haben mich gebeten, alles aufzuschreiben. Wie soll ich das sagen, wenn ich das

niederschreibe, was uns passiert, dann hört sich das etwa so an: Du Sau, Du Sau, Du bist doch eine verdammte Sau, Du Schwein, Du dreckiges Arschloch, Du bist doch eine doofe Sau...“ (nach Akte zitiert) und dies endlos fortgesetzt.

Insgesamt zeigt sich: Die Folgen von Gewalt nachzuweisen, vor allem aber auch zu belegen, daß diese Folgen auf Gewalthandlungen des Ehepartners zurückgehen, ist für Gewaltopfer oft äußerst schwierig.

Wir verfolgen in den nächsten Kapiteln, wie sich diese Probleme der Beweisführung bei der Auseinandersetzung mit dem Antragsgegner, im Verfahren und bei der richterlichen Entscheidung auswirken.

4.6 Die Gegenseite: Akzeptanz, Erklärung oder Widerspruch

Im Normalfall muß der/die Richter/-in vor einem Verhandlungstermin dem Antragsgegner die Möglichkeit geben, zu den im Antrag vorgebrachten Gründen Stellung zu nehmen. In 10% der Fälle wissen wir nichts über die Gegenseite, da uns von der Akte nur Antrag und Ausgang des Verfahrens bekannt wurden. Bei den verbleibenden 90% wissen wir, daß gut die Hälfte auf den Antrag in schriftlicher Form erwidert hat, und zwar meist (89%) mit Hilfe eines/einer Anwalt/-in. Die folgenden Angaben zu Ziel und Inhalt der Antragserwiderung beziehen sich auf alle Antragsgegner, die eine Stellungnahme oder Erwiderung abgegeben haben (n= 1018).

4.6.1 Ziele der Antragserwiderung

Die meisten dieser Antragserwiderungen (71%) zielen auf eine Zurückweisung oder Rücknahme des Antrags; ein kleinerer Teil der Antragsgegner (10%) stellt selbst einen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung. Letzteres ist signifikant häufiger der Fall, wenn die Frau Antragsgegnerin ist. Nur wenige der Antragsgegner (3%) akzeptieren in der Erwiderung die Vorwürfe und erklären sich bereits in dieser Phase bereit, die Wohnung zu verlassen. 2% fechten den Antrag ausschließlich wegen juristischer Mängel an, so z.B., daß in der Hauptsache kein Antrag gestellt wurde. Die restlichen Antragsgegner verfolgen sehr unterschiedliche Ziele mit der Erwiderung: Einzelne versuchen, bessere Konditionen zu erreichen (z.B. eine längere Auszugsfrist), andere legen Beschwerde gegen eine einstweilige Anordnung ein, etc.

In den meisten Erwiderungen wird der Tatsachenvortrag der Antragstellerin abgestritten oder anders dargestellt und zum Teil mit Gegenvorwürfen ergänzt .

Tab. II/20: Inhalt der Erwiderung/des Gegenantrages (in Prozent, bezogen auf alle Antragserwiderungen; Mehrfachnennungen möglich)

Die Erwiderung/der Gegenantrag beinhaltet:	
Abstreiten des Tatsachenvortrags der Antragstellerin	73%
Andere Darstellung des Tatsachenvortrags der Antragstellerin	63%
Gegenvorwürfe an die Antragstellerin	58%
Fallzahl (n) =	818

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Ein Gegenantrag auf Zuweisung der Ehewohnung enthält zu 84% Vorwürfe gegen die Antragstellerin und wird fast immer (97%) mit einem/einer Anwalt/-in gestellt.

Um die Vorwürfe glaubhaft abzuwenden bzw. die Gegenvorwürfe glaubhaft zu machen, führt auch gut die Hälfte der Gegenseite Beweise in der Erwiderung an. Handelt es sich bei der Erwiderung um einen eigenen Antrag auf Wohnungszuweisung, dann führen 71% (einen) Beweis(e) an.

Auch beim Antragsgegner ist das am häufigsten angeführte Beweismittel die eidesstattliche Erklärung.[16]

Demnach liegen dem/der Familienrichter/-in bei ca. der Hälfte der Verfahren gegensätzliche Darstellungen der Sachlage vor, bei ca. einem Viertel sich widersprechende Beweisangebote (meist eidesstattliche Erklärungen). Dies muß nicht bedeuten, daß zwangsläufig eine der Parteien die Unwahrheit sagt. Oft ist die subjektive Wahrnehmung der Partner unterschiedlich. Durch die Gegenüberstellung von Argumenten aus dem Antrag und aus der Entgegnung soll dieser Sachverhalt verdeutlicht werden.

[16] Bei Gegenanträgen legen 19% (zusätzlich) ein ärztliches Attest vor.

4.6.2 Argumente und Gegenargumente in der Gegenüberstellung

Die nachfolgende Gegenüberstellung zeigt an verschiedenen Beispielen typische Konstellationen von Argumentation und Gegenargumentation. Sie gibt widersprüchliche Konstellationen wieder. Wie oben erwähnt, sind Richter/-innen nur bei ca. der Hälfte der Verfahren mit einer gegensätzlichen Darstellung der Sachlage konfrontiert. Die Beispiele konzentrieren sich bewußt auf diese (nicht für die Gesamtsituation repräsentativen) Verfahren.

(0335) Beispiel 1

Argumente der Antragstellerin	Argumente des Antragsgegners
AS beantragt die Wohnungszuweisung.	Der AG hat nie in der Wohnung gewohnt und beabsichtigt dies auch nicht. Dennoch sind beide Parteien Mieter und der AG geht davon aus, daß die AS die Ehe aufrecherhalten will, denn ein Scheidungsantrag ist noch nicht eingegangen. Im Gegenteil, die AS hat gegenüber dem AG erklärt, daß sie sich nicht scheiden lassen möchte.
Entgegnung der Antragstellerin: Der Antragsgegner wohnt zeitweise in der Wohnung. Dies kann ihm nicht verweigert werden, da ein gemeinsames Mietverhältnis besteht. Dieses beinhaltet das Recht auf Wohnungsnutzung. Die AS will sich aber scheiden lassen. Deshalb muß die Nutzung der Wohnung durch den Antragsgegner ausgeschlossen werden.	Der AG will Wohnung nicht mehr betreten, das Räumungsverlangen ist daher unbegründet. Der AG würde ein sofortiges Anerkenntnis erklären, wenn das Gericht Rechtsschutzbedürfnis für gegeben erachtet.
Der AG ist oft schwer alkoholisiert.	
Die Unterstellung, die AS sei alkohol- und tablettensüchtig, wird entschieden zurückgewiesen. Sie muß wegen eines Nervenzusammenbruchs seit Jahren regelmäßig Medikamente zu sich nehmen, die ihr der Arzt verschreibt.	Die AS ist tabletten- und alkoholabhängig.
Es gibt schwere Auseinandersetzungen zwischen den Eheleuten. Der AG hat die AS mehrfach krankenhausreif geschlagen. Beispiel Vorfall am ...: Schläge und Beißen des AG. Sie mußte deshalb zum Arzt und hat Anzeige gegen den AG wegen Mißhandlung bei der Kripo erstattet.	Die AS ruft ihn zu sich in die Wohnung, wirft ihn wieder raus, und fügt sich dann im Rausch die Verletzungen selbst zu.

Die AS hat aufgrund der unerträglichen Situation zwei Suizidversuche unternommen.	Ernsthafte Suizidversuche hat AS noch nicht unternommen.
	Ziel der Erwiderung ist: 1. Die Zurückweisung des Antrags der AS 2. Die AS trägt die Kosten des Rechtsstreites
Mündliche Verhandlung: Das Gericht weist darauf hin, daß kein Regelungsbedürfnis besteht und regt an, den Antrag zurückzunehmen. AS lehnt dies zunächst ab. Lenkt dann ein und erklärt das Verfahren für erledigt, wenn der Antragsgegner mit der alleinigen Nutzung der Wohnung durch sie einverstanden sei.	Mündliche Verhandlung: AG erhebt keinen Anspruch auf die Ehewohnung und erklärt sich bereit, den Kellerschlüssel, den er noch hat, der AS zu geben. Der Antragsgegner erklärt sein Einverständnis und das Verfahren ebenfalls für erledigt.

Das Beispiel zeigt, daß die Entgegnung des Antragsgegners dem Antrag die rechtliche Grundlage zu entziehen droht. Der Antragsgegner bestreitet, daß er jemals in die Wohnung eingezogen sei, demzufolge könne er auch nicht aus der Wohnung gewiesen werden. Er habe die Wohnung überhaupt nur nach Aufforderung durch die Antragstellerin betreten. Es bestehe deshalb kein Rechtsschutzbedürfnis. Er habe keine Wohnungsschlüssel. Er habe lediglich vergessen, die Kellerschlüssel zurückzugeben. Der/Die Richter/-in legt der Antragstellerin nahe, den Antrag zurückzuziehen. Nachdem der Antragsgegner auch die Kellerschlüssel zurückgegeben hat, erklären beide Parteien den Antrag für erledigt.

In diesem Fall sind die im Antrag genannten Sachverhalte, die durchaus eine „schwere Härte“ im Sinne des Gesetzes begründen können, durch die Entgegnung gegenstandslos geworden.

In einem weiteren Beispiel werden wir zeigen, daß eine Opfer/Täter-Konstellation durch die Entgegnung des Antragsgegners zu einer Täter/Täter- bzw. zu einer Opfer/Opfer-Konstellation wird. In beiden Konstellationen spielt die volljährige Tochter des Ehepaares eine wichtige Rolle. Sie ist einmal Opfer und einmal Täterin.

(0313) Beispiel 2

Argumente der Antragstellerin	Argumente des Antragsgegners
Zum Zeitpunkt der Antragstellung (Antragstellerin) leben beide Ehepartner in einem Einfamilienhaus mit den gemeinsamen Kindern (2 volljährig, 2 minderjährig). Das Haus ist jeweils zur Hälfte Eigentum beider Ehepartner. Beantragt wird die Zuweisung der Ehewohnung an die Antragstellerin und die Kinder.	
Das Zusammenleben mit dem Antragsgegner ist unerträglich. Es kommt ständig zu auch handgreiflichen Auseinandersetzungen. Der Antragsgegner will nicht wahrhaben, daß sie sich wirklich von ihm scheiden lassen will, obwohl sie bereits Antrag auf vorläufige Regelung der elterlichen Sorge gestellt hat.	Die Antragstellerin will den Antragsgegner aus der Wohnung entfernen, damit er keinen Zugang zu den Kindern mehr hat. Sie hat diesen schon mehrfach mit der Begründung unterbunden, es bestehe eine Aufteilung der Ehewohnung und die Kinder dürften die Räume des Antragsgegners nicht betreten. Der Antrag auf vorläufige Zuweisung der elterlichen Sorge ist jedoch noch nicht entschieden.
Anlaß für den Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung ist der Angriff des Antragsgegners auf die im Hause lebende volljährige Tochter, in dessen Verlauf diese so schwer verletzt wird, daß sie krank geschrieben werden muß (ärztliches Attest).	Der Angriff ging von der Tochter aus, der Antragsgegner mußte sich wehren. Die Tochter stellte das Motorrad in den Weg und räumte es auch auf wiederholte Bitten nicht weg. Der AG wollte das Motorrad wegstellen und wurde von der Tochter angegriffen. Sie trat mit den Beinen nach ihm, versetzte ihm Kratz- und Bißwunden. Die AS kam hinzu und fügte ihm Kratzwunden zu (ärztliches Attest, Strafanzeige gestellt).
Zur Befriedung ist die Zuweisung der Ehewohnung an die Antragstellerin notwendig, da alle Kinder bei ihr bleiben wollen und es für sie damit schwerer wäre eine neue Wohnung zu finden. Sie wäre auch bereit, den Antragsgegner auszuzahlen. Zumindest ist eine neue Raumaufteilung notwendig.	Die Notwendigkeit eines Auszugs des Antragsgegners besteht nicht, da von ihm keine Gefährdung ausgeht. Das Verhältnis zur volljährigen Tochter ist zwar gespannt, aber sie hat ein eigenes Einkommen und kann sich eine eigene Wohnung mieten.

Das nächste Beispiel wird stellvertretend für jene Fälle dargestellt, in denen es schwierig ist, eindeutig zu bestimmen, ob und in welchem Ausmaß eine „schwere Härte“ vorliegt. Wie im zweiten Beispiel, sind die Kinder nicht nur Opfer im Konflikt der Eltern, sondern bestimmen das Geschehen und das Verfahren wesentlich mit.

(0330)Beispiel 3:

Argumente der Antragstellerin	Argumente des Antragsgegners
Die Eheleute sind seit 1977 verheiratet. Sie leben zum Zeitpunkt der Antragstellung mit den gemeinsamen Söhnen (11 und 15 Jahre) in der Ehewohnung. Die Wohnung hat drei Zimmer und ist aufgeteilt. Die Antragstellerin bewohnt das vormals eheliche Schlafzimmer, der Antragsgegner schläft in der Küche.	
Zwischen den Eheleuten ist es zu unerträglichen Auseinandersetzungen gekommen. Der Antragsgegner beschimpft, beleidigt und verleumdet die Antragstellerin seit Monaten. Er bezeichnet sie als Schlampe und Hure, wobei er dies regelmäßig aus dem Fenster der Ehewohnung zu den Nachbarn hinüber schreit, wenn die Antragstellerin diese besucht oder sich dorthin geflüchtet hat. Er behauptet, sie würde mit dem Nachbarn herumhuren. Der Antragsgegner stürmte mindestens zweimal die Wohnung der Nachbarn und zerrte sie gegen ihren Willen aus deren Wohnung.	Die Antragstellerin hat sich ohne ersichtlichen Grund vom Antragsgegner abgewendet. Sie kommt ihren familiären Verpflichtungen gegenüber dem Antragsgegner und den Kindern nicht mehr nach. Seit mehreren Monaten hält sich die Antragstellerin kaum mehr in der Ehewohnung auf. Sie ist selten bereit, den Kindern ein Mittagessen zu bereiten und kommt oft erst zwischen 22.00 und 23.00 zurück in die Wohnung. Den Tag verbringt sie mit den ausschließlich männlichen Untermietern der Familie A, wobei im Übermaß dem Alkohol zugesprochen wird. Es trifft zu, daß der Antragsgegner die Antragstellerin von dort geholt und sie an ihre Pflichten als Mutter erinnert hat.
Die Antragstellerin mußte sich aufgrund eines tätlichen Angriffs des Antragsgegners am ..... in ärztliche Behandlung begeben (ärztliches Attest). Bei einem weiteren Angriff ging er so weit, daß er die Antragstellerin würgte und damit drohte, er werde sie umbringen. Die Nachbarn A. (als Zeugen angegeben) waren Zeuge der lautstarken Auseinandersetzung, bei der die Antragstellerin auf den Balkon flüchten mußte, und nach Hilfe rief. Schlimmeres konnte nur durch das Dazwischentreten des 15jährigen Sohnes verhindert werden.	Der Vorfall am ..... kam dadurch zustande, daß die Antragstellerin nach ihrer Rückkehr in die Ehewohnung (nachts) dem Antragsgegner eine Szene machte. Sie war stark angetrunken. Sie stürzte auf den Balkon, um die Nachbarn über einen angeblichen Angriff seinerseits zu informieren. Der Antragsgegner hatte den Eindruck, daß dies vorher abgesprochen worden war. Da die Antragstellerin stark angetrunken war, mußte sie vom Antragsgegner zu ihrem eigenen Schutz zurückgezogen werden. Es bestand die Gefahr, daß die Antragstellerin aufgrund ihres Alkoholkonsums über das Geländer stürzen würde. Der ältere Sohn half, die Antragstellerin vom Balkon zurückzuziehen.
Der Antragsgegner hat gedroht, er kaufe sich eine Pistole und schieße ihr den Kopf ein. Die Antragstellerin lebt in ständiger Todesangst vor dem Antragsgegner.	Die Behauptung der Antragstellerin, sie lebe in ständiger Todesangst ist ebenso unwahr wie übertrieben. Der Antragsgegner hat nie geäußert, er kaufe eine Pistole oder gar, er wolle die Antragstellerin erschießen.

Das Kindeswohl ist gefährdet. Beide Kinder wollen bei der Antragstellerin bleiben. Die Aufteilung der Ehewohnung ist keine Lösung.	Es gibt um so weniger einen Grund, die Ehewohnung der Antragstellerin zuzuweisen, als beide Söhne beim Antragsgegner bleiben wollen. Er hat sich bereits an seine Schwester und seine Mutter gewandt. Beide sind bereit, ihn bei der Betreuung der Söhne zu unterstützen. Er bemüht sich bereits um eine andere Wohnung für sich und die Kinder.
Entgegnung der Antragstellerin: Daß die Kinder nun mit dem Antragsgegner leben wollen, kann nur auf dessen massive Beeinflussung zurückzuführen sein. Er war längere Zeit krank geschrieben und nahm nach seiner Genesung Urlaub. In dieser Zeit hat er gegen die Antragstellerin gehetzt und mit den Kindern viel unternommen. Die Antragstellerin beantragt vorsorglich ein psychologisches Gutachten zur Feststellung des Kindeswillens.	
Die Parteien beantragen bis zur Klärung des Sorgerechts die Vertagung der mündlichen Verhandlung. Das alleinige Sorgerecht für beide Söhne wird dem Antragsgegner übertragen. Dies entspricht dem Wunsch beider Kinder. Sie ziehen mit dem Vater in eine Wohnung im Haus des Bruders des Antragsgegners. Über die Zuweisung der Ehewohnung ist noch nicht entschieden.	

Durch die Entscheidung der Kinder, mit dem Vater aus der Ehewohnung auszuziehen, hat sich der Antrag der Mutter auf Zuweisung der Ehewohnung während des Getrenntlebens sozusagen von selbst erledigt. Ein Rechtsschutzbedürfnis seitens der Antragstellerin besteht nicht mehr. Fraglich ist, ob sie allein aufgrund der von ihr vorgebrachten Sachverhalte eine „schwere Härte“ hätte begründen können. Es ist zumindest nicht auszuschließen, daß sie die Konflikte mit verursacht hat. Dies rechtfertigt jedoch die Gewalthandlungen des Antragsgegners in keinem Fall, wenn sie denn in der Weise vorgekommen sind, wie dies die Antragstellerin darstellt. Das ärztliche Attest kann nicht in jedem Fall als stichhaltiger Beweis gelten. Der Arzt bestätigt Hämatome an den Armen, die jedoch nicht zweifelsfrei auf eine Gewalthandlung zurückzuführen sind. Die Nachbarn werden zwar im Antrag als Zeugen benannt. In der mündlichen Verhandlung sind sie aber nicht anwesend. Der ältere Sohn der Parteien hat sich für den Vater entschieden, was den Schluß zuläßt, daß er die Gewalthandlungen des Vaters gegenüber der Mutter zumindest nicht als so schwerwiegend empfindet, wie diese selbst. Daß die Entscheidung der Kinder für den Vater auf massive Beeinflussung durch den Antragsgegner zurückzuführen ist, wie dies die Antragstellerin vermutet, ist fraglich. In ihrem Alter sind Kinder oft-

mals nicht mehr so leicht zu beeinflussen. Sie könnten durchaus in der Lage sein, sich ein eigenes, von den Eltern unabhängiges Bild der familialen Situation zu machen (Oberndorfer, 1997) und ihre Interessen zu vertreten. Wie die Kinder ihre Entscheidung langfristig verarbeiten, ist wesentlich davon abhängig, inwieweit es den Eltern gelingt, die neue Lebenssituation, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Kinder, zu gestalten.

In anderen Fällen werden die Argumente der Antragstellerin durch die Entgegnung des Antragsgegners eher erhärtet als entkräftet. Das nachfolgende Beispiel macht dies deutlich.

(1841) Beispiel 4:

Argumente der Antragstellerin	**Argumente des Antragstellers**
Die Ehe wurde 1981 geschlossen. Das Ehepaar wohnt mit einem gemeinsamen Sohn (12) und einem nichtehelichen Sohn der Antragstellerin (14) in der Ehewohnung (3 Zimmer). Die Antragstellerin ist alleinige Mieterin. Zum Zeitpunkt der Antragstellung lebt die Antragstellerin mit beiden Kindern bei Verwandten.	
Die Ehe ist seit Jahren gescheitert. Die Antragstellerin wollte bereits einen Anwalt aufsuchen, um die Scheidung einzuleiten, nahm dann aber Abstand davon, weil der Antragsgegner ihr drohte, er würde die ganze Familie vernichten.	Der Antragsgegner hat nicht gesagt, er würde die Familie vernichten, wenn die Antragstellerin eine Scheidung einleitet. Er akzeptiert die Aufteilung der Ehewohnung, die die Antragstellerin vorgenommen hat. Er bemüht sich um eine eigene Wohnung. Bis dahin will er in der Wohnung bleiben.
Die ganze Familie leidet unter dem schikanösen, hinterhältigen Verhalten des Antragsgegners. So klopft er gegen die Heizung und hindert damit die Antragstellerin und die Kinder am Schlafen. Wenn die Antragstellerin auf einem Stuhl sitzt, schlägt er gegen das Stuhlbein, so daß sie vom Stuhl fällt. Am nichtehelichen Sohn der Antragstellerin reagiert der Antragsgegner alle ehelichen Probleme ab: Das Kind hat noch nie Liebe von ihm erhalten. Er tyrannisiert das Kind, schlägt es mit dem Ellenbogen in den Rücken und sagt: „ Na du Arschloch“ oder „Du bist doch sowieso dumm und blöd“. Er tritt ihm mit dem Fuß in den Hintern, schlägt es mit Karateschlag auf den Hinterkopf und dies meist in Zeiten, in denen die Antragstellerin nicht daheim ist.	Das Verhältnis zwischen ihm und dem Sohn der Antragstellerin ist wirklich gestört. Dies ist darin begründet, daß sich der Junge, von der Antragstellerin toleriert, allen Versuchen, positiv auf ihn einzuwirken, widersetzt. Streitpunkt ist der in den Augen des Antragsgegners negative Kontakt des Sohnes zur rechten Szene, den er auch durch seine Musik demonstriert. Die Antragstellerin will die Schuld an der negativen Entwicklung des Jungen auf ihn schieben, dabei hat dieser auch der Antragstellerin schon Prügel angedroht. Der Antragsgegner hat sich auch um die Ausgleichsklasse für den Jungen bemüht. Er gab dem Sohn der Antragstellerin höchstens einmal eine Ohrfeige, wenn ihn dieser provoziert hatte. Zu Ausschreitungen kam es nicht.
Anlaß für die Flucht der Antragstellerin mit den Kindern war, daß der Antrags-	Die Geschehnisse an dem Tag, an dem die Antragstellerin die Wohnung verließ,

gegner 15-20 Minuten auf den nichtehelichen Sohn der Antragstellerin einschlug. Sie hat Strafanzeige gestellt (ärztliches Attest).	entsprechen nicht der Schilderung im Antrag. Der Antragsgegner hatte „..nur 2 Bier und 2 Weinbrand.., was keine Auswirkung auf sein Handeln hatte“ getrunken. Der Antragsgegner schlug den Jungen mit der flachen Hand und dies keine 15 Minuten lang. Die Angaben der Antragstellerin sind reine Verunglimpfungen, um ihn aus der Wohnung zu bekommen.
	Mündliche Verhandlung: Antragsgegner: Ich habe den Jungen nie geschlagen, obwohl er frech und aufsässig ist...Er war zu aufsässig, da habe er ihm ins Kreuz gefaßt.

Durch die Argumentation des Antragsgegners wird sein geringes Unrechtsbewußtsein deutlich. Offenbar betrachtet er Schläge als angemessenes Erziehungsmittel, wenn ein Kind „frech und aufsässig“ ist. Auf die psychische Gewalt durch die fortwährenden Herabsetzungen, die der Junge offenbar jahrelang ertragen mußte, geht der Antragsgegner überhaupt nicht ein. Ebensowenig geht er in der Erwiderung auf die Schikanen ein, denen die Antragstellerin im Zusammenleben ausgesetzt ist. Er wehrt sich lediglich gegen den Vorwurf, daß er gedroht habe, die Antragstellerin zusammenzuschlagen. Der Mangel an Unrechtsbewußtsein seitens des Antragsgegners, wie er in diesem Fall besonders deutlich wird, ist kein Einzelfall. Er ist in mehr oder weniger starkem Ausmaß öfter zu beobachten. Bei manchen Männern scheint immer noch die Ansicht vorzuherrschen, daß sowohl Frauen als auch Kinder im wahrsten Sinne des Wortes einer „starken Hand“ bedürfen.

Abschließend soll noch ein Beispiel angeführt werden, anhand dessen ersichtlich wird, daß Gerichte (durch einstweilige Anordnung) sehr schnell handeln können, wenn sie zu dem Schluß kommen, daß die familiale bzw. häusliche Situation für die Antragstellerin eine „schwere Härte“ im Sinne des Gesetzes darstellt.

(1427) Beispiel 5:

Die Antragstellerin stellt im Wege der einstweiligen Anordnung Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung

Der AG hat schwere Alkoholprobleme. Ein Entzug ist ihm bisher nicht vollständig gelungen. In den letzten Monaten kam es zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen, die vom AG – teilweise unter Alkoholeinfluß – verursacht wurden.
In der Nacht vom ..... auf den..... wurde der AG in angetrunkenem Zustand der AS gegenüber physisch gewalttätig und hat ihr Verletzungen zugefügt.
Beide Parteien waren auf einer Veranstaltung in einer Gaststätte. Bereits im Lokal kam es zu eifersuchtsbedingten Streitereien. Der AG unterstellte der AS Verhältnisse mit dem Inhaber und dem Barkeeper und machte Anspielungen auf Gruppensex.
Nachdem die Parteien um 0.00h in die Ehewohnung zurückgekehrt waren, setzte der AG seine Beschimpfungen und Beleidigungen fort. Als sich die AS im Bad befand, stürmte der AG herein und schlug mit Fäusten auf ihr Gesicht und den Rükken. Dabei beschimpfte er sie wieder auf übelste Weise. Weiter riß er die AS an den Haaren und trat ihr in den Bauch. Eine Gegenwehr war angesichts der körperlichen Überlegenheit des AG erfolglos.
Die Kinder wurden durch die Auseinandersetzung aus dem Schlaf gerissen und waren sehr verängstigt.
Besonders die Zwillinge (die Kinder der AS) neigen in letzter Zeit zu aggressivem Verhalten, was darauf zurückzuführen ist, daß der AG gegenüber den beiden Kindern gewalttätig und beleidigend ist. Es ist beinahe jeden Abend vorgekommen, daß er die Zwillinge angeschrien oder ihnen im Vorbeigehen Ohrfeigen versetzt hat.
Der Sohn der AS äußerte ihr gegenüber: „Wenn Papa Dich noch einmal schlägt bringe ich ihn um“. Das Kindeswohl ist ernsthaft gefährdet.
Der AG macht in Gegenwart aller 3 Kinder Bemerkungen wie: „Ich habe dich doch vor drei Tagen gevögelt. Was willst du denn?“

Eine Aufteilung der Ehewohnung scheidet aus, da die AS Angst vor weiteren Gewalttätigkeiten hat.

Beweise:
Eidesstattliche Versicherung der AS; ärztliches Attest über Prellmarken im Gesicht und am Rücken sowie Hämatome am Oberarm und am Schulterblatt.

Gerichtlicher Beschluß:
Ehewohnung wird im Wege einer vorläufigen Anordnung der AS zur alleinigen Nutzung mit den Kindern zugewiesen. Der AG hat die Wohnung binnen einer Woche zu räumen.

Begründung:
Die AS hat die tätlichen Angriffe in der Nacht vom ..... auf den ..... glaubhaft gemacht. Über die Verletzungen wurde ein Attest vorgelegt. Unter den Auseinandersetzungen leiden auch die 3 Kinder. Nach der Sachlage würde es eine besonders „schwere Härte“ für die AS darstellen, wenn ihr nicht die Ehewohnung zur alleinigen Nutzung zugewiesen werden würde. Im Hinblick auf die sich aus dem Vortrag der AS ergebende Wiederholungsgefahr war wegen Dringlichkeit ohne Anhörung des AG zu entscheiden wie geschehen.

Es liegt keine Entgegnung des Antragsgegners vor. Die Parteien einigen sich außergerichtlich. Der Antragsgegner ist noch nicht ausgezogen. Das Hauptverfahren wird für erledigt erklärt.

Die Beispiele zeigen, daß die Gegenüberstellung der Argumentation der Antragstellerin und des Antragsgegners in unterschiedlicher Weise zur Erhellung des Sachverhaltes beitragen kann. Die Einbeziehung der Perspektive des Antragsgegners erweitert die Analysemöglichkeit und macht sie gleichzeitig komplexer. Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der mündlichen Verhandlung im Verfahren deutlich. Denn nur in diesem Rahmen ist es für den/die Richter/-innen möglich, sich ein nicht jeweils einseitig gefärbtes Bild der Situation und der Partner zu machen. Dies ermöglicht es, vermittelnd tätig zu werden, wie es in Ehe- und Familiensachen gefordert wird, oder wenn nötig, eine angemessene Entscheidung zu treffen.

Welche außergerichtliche Einigung die Partner im letzten Beispiel gefunden haben, ist aus der Akte nicht ersichtlich. Da das Kindeswohl betroffen ist, und eine Weiterführung des Zusammenlebens der Ehepartner wie bisher ihrer Entwicklung abträglich sein könnte, stellt sich die Frage, inwieweit auch in den Fällen, in denen die Rücknahme des Antrags auf Wohnungszuweisung wegen einer außergerichtlichen Regelung erfolgt und kein Antrag auf Regelung der elterlichen Sorge gestellt wird, das Jugendamt einbezogen werden müßte, um einer für die betroffenen Kinder eventuell schädlichen Entwicklung vorzubeugen.

4.7 Die einstweilige Anordnung – ein wirksamer Schutz vor Gewalthandlungen?

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle, die in die Detailanalyse der Akten eingingen, wurde zusätzlich zum Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung während des Getrenntlebens Antrag auf einstweilige Anordnung gestellt. Nur in wenigen Fällen wurde dem Antrag jedoch ohne Anhörung des Antragsgegners stattgegeben und der Antragsgegner umgehend, manchmal noch am Tag der Antragstellung, der Ehewohnung verwiesen. Dagegen kann der Antragsgegner Einspruch erheben. In einer mündlichen Verhandlung ist dann zu klären, inwieweit die einstweilige Anordnung gerechtfertigt bzw. nicht gerechtfertigt ist. Damit verliert die einstweilige Anordnung jedoch ihren Charakter als Eilverfahren und ihre Schutzfunktion. Letzteres ist insbesondere dann der Fall, wenn der Antragsgegner noch nicht ausgezogen ist.

Zudem wird ein Interessenkonflikt zwischen dem Schutzbedürfnis der Antragstellerin und der Berücksichtigung der Belange des Antragsgegners deutlich. Das Gericht hat jeweils abzuwägen, wie dieser Interessenkonflikt aufzulösen ist.

(0031) Beispiel 1:

10.07.96	Die Antragstellerin stellt Antrag auf einstweilige Anordnung. Begründung: Der Antragsgegner ist Alkoholiker. Das Zusammenleben mit ihm stellt eine „schwere Härte“ im Sinne des Gesetzes dar. **Beweis**: Entzug vom 31.12.95-2.05.96, rückfällig geworden
05.07.96	Der Antragsgegner randaliert betrunken in der Wohnung. Er bedroht die Antragstellerin und die gemeinsame Tochter (15-16).Beide verlassen die Wohnung und rufen die Polizei. Sie finden vorübergehend Unterkunft bei der Freundin des Sohnes. **Beweis**: Zeugnis der Tochter und des volljährigen Sohnes; Polizeibericht
11.07.96	Dem Antrag auf einstweilige Anordnung wird ohne mündliche Verhandlung stattgegeben. Der Antragsgegner muß die Wohnung verlassen und die Schlüssel zur Wohnung an die Antragstellerin herausgeben. 19.07.96 Der Antragsgegner randaliert vor dem Haus und versucht in die Wohnung einzudringen. 20.07.96 Der Antragsgegner randaliert vor dem Haus und versucht in die Wohnung einzudringen. **Beweis**: beide Male Polizeibericht
06.08.96	Entgegnung des AG: Versuch, die Vorkommnisse abzuschwächen und zu seinen Gunsten zu begründen
25.09.96	Mündliche Verhandlung: AS legt Beweise vor, die Kinder werden als Zeugen angehört. AG wird angehört.
26.09.96	Beschluß: Die einstweilige Anordnung vom 11.07.96 wird bestätigt. Die Gerichtskosten tragen die Parteien je zur Hälfte.

Wie das Beispiel verdeutlicht, kann die einstweilige Anordnung verhindern, daß die Opfer von Gewalthandlungen zusätzlich auch noch die Wohnung verlieren. Deutlich wird aber auch, daß dieses rechtliche Mittel nur unvollkommenen Schutz vor weiteren Gewalthandlungen des Antragsgegners bietet. Der Gegendarstellung des Antragsgegners kann das Gericht in dem oben dargestellten Beispiel offenbar nicht folgen. Es bestätigt die einstweilige Anordnung. Allerdings deutet die Verteilung der Prozeßkosten auf beide Parteien darauf hin, daß die Anhörung des Antragsgegners den Schweregrad seiner Gewalthandlungen aus der Sicht des Gerichts verringert hat. Zumindest seinem Randalieren vor dem Haus und dem Versuch, in die Ehewohnung einzudringen, wurde offenbar nicht das gleiche Gewicht beigemessen, das diese Vorkommnisse für die Antragstellerin hatten.

Im folgenden Beispiel kann aufgezeigt werden, daß das Rechtsmittel „einstweilige Anordnung“ nicht in jedem Fall zu einer schnellen Regelung der Wohnverhältnisse führt und die Opfer von Gewalthandlungen für längere Zeit außerhalb der Ehewohnung in beengten Wohnverhältnissen leben müssen.

(1840) Beispiel 2:

Eingangsbedingungen:
Ehepartner: Antragstellerin geb.1961, Antragsgegner geb. 1954. Kinder: 5 gemeinsame im Alter von 2-12 Jahren. Ehewohnung: 6 ½ Zimmer 1650,- Miete warm.

Parallelverfahren:
Antrag auf vorläufige Regelung der elterlichen Sorge (auf Anraten des JA gestellt: Mutter beantragt die alleinige Sorge für sich. Der Vater beantragt die gemeinsame Sorge mit Aufenthalt der Kinder bei der Mutter).

02.03.94	Antrag der Ehefrau auf einstweilige Anordnung und Zuweisung der Ehewohnung. Begründung: Der Antragsgegner hat die Antragstellerin im Beisein von zwei Kindern zusammengeschlagen. Sie flüchtete mit den Kindern zu Bekannten. **Beweis**: ärztliches Attest (Trommelfellperforation), Zeugnis der Kinder.
02.03.94	Dem Antrag auf einstweilige Anordnung wird stattgegeben. Der Räumungstermin für den Antragsgegner wird auf den **05.03.94** festgesetzt. Zur Räumung kann der Gerichtsvollzieher hinzugezogen werden.
03.03.94	Einspruch des Antragsgegners: Er kann nirgends unterkommen. Ihm droht Obdachlosigkeit. Er habe erst, nachdem ihn die Antragstellerin in die Genitalien getreten habe, zugeschlagen.
10.03.94	Mündliche Verhandlung: Anhörung des Antragsgegners: Er wiederholt die Argumente der schriftlichen Erwiderung. Anhörung der zwei ältesten Kinder: Sie bestätigen die Tatschilderung der Antragstellerin, die abstreitet, den Antragsgegner getreten zu haben. **Beschluß**: Die einstweilige Anordnung wird aufgehoben, die Ehewohnung wird der Antragstellerin und den Kindern zur alleinigen Nutzung zugewiesen. Das Gericht setzt eine Auszugsfrist bis zum 31.05.94 für den Antragsgegner fest. **Begründung**: Die Gewalt ging vermutlich von der Antragstellerin aus. Die Anhörung der Kinder bzw. ihre Schilderung des Tathergangs legt nahe, daß sie von der Antragstellerin instruiert wurden. Die Fristsetzung war notwendig, um dem Antragsgegner ausreichend Zeit für die Wohnungssuche zu geben. Andererseits rechtfertigt auch die vermutete Provokation durch die Antragstellerin keine so schwerwiegende Gewalthandlung, wie sie vom Antragsgegner ausgeübt wurde.
17.03.94	Einspruch des AG beim OLG: In der Folge laufend Darstellung und Gegendarstellung: 29.03 Stellungnahme der Antragstellerin (AS), 06.04. AS berichtet neue Gewalthandlungen des AG, Erwiderung des Antragsgegners am 20.04 und am 27.04 erfolgt eine weitere Stellungnahme der Antragstellerin.
06.05.94	Beschluß des OLG: Die Beschwerde des Antragsgegners wird zurückgewiesen und die Auszugsfrist bis zum 30.06.94 verlängert. **Begründung**: Das Zusammenleben der Ehepartner in der Ehewohnung stellt für die Antragstellerin eine „schwere Härte“ dar. Die Eltern sind zu einem vernünftigen Nebeneinander nicht fähig, die Kinder sind dadurch psychisch gefährdet (**Stellungnahme des Jugendamtes**).

Der zunächst dringlich erscheinende und belegte Antrag der Antragstellerin, dem auch stattgegeben wird, verliert durch den Einspruch des Antragsgegners seine Eindeutigkeit. Das Gericht sieht sich dazu veranlaßt, die Sachlage eingehend zu prüfen. Es wird eine mündliche Verhandlung anberaumt. Aufgrund der Ausführungen der Parteien und der Anhörung der Kinder kommt das Gericht zu dem Schluß, daß die Gewalthandlung des Antragsgegners wahrscheinlich von der Antragstellerin provoziert wurde. Aufgrund dieser Annahme wird die einstweilige Anordnung aufgehoben und dem Antragsgegner eine angemessene Frist für die Räumung der Ehewohnung gesetzt. Dennoch erkennt das Gericht die „schwere Härte" auf seiten der Antragstellerin ab: Die Ehewohnung wird ihr und den Kindern zugewiesen. Auch wenn dies in der Begründung des Beschlusses nicht ausdrücklich gesagt wird, geht das Gericht offenbar davon aus, daß die Kinder bei der Mutter bleiben. Mit der Zuweisung trägt es damit auch der Tatsache Rechnung, daß eine Frau mit 5 Kindern kaum eine der Ehewohnung vergleichbare, bezahlbare Wohnung finden kann. Der Antragsgegner erhebt gegen das Urteil des Amtsgerichts beim Oberlandesgerichts Einspruch. Das OLG bestätigt den Beschluß des Amtsgerichts. Was in der Begründung des Amtsgerichts lediglich implizit zum Ausdruck kommt, nämlich der Einfluß der Kinder auf die richterliche Entscheidung, wird im Beschluß des OLG explizit zur Begründung herangezogen. Dabei folgt das Gericht der Stellungnahme des zuständigen Jugendamtes.

Ein weiteres Beispiel soll verdeutlichen, unter welchen Umständen ein Antrag auf „einstweilige Anordnung" wenig Aussicht auf Erfolg hat.

(1842) Beispiel 3:

Eingangsbedingungen:
In der Ehewohnung leben 4 gemeinsame Kinder (Eheschließung 1990). Die Ehewohnung hat 3 Zimmer. Die Antragstellerin ist Hausfrau, der Antragsgegner ist arbeitslos. Zum Zeitpunkt der Antragstellung lebt die Antragstellerin nicht in der Ehewohnung. Die Kinder leben mit dem Antragsgegner in der Ehewohnung

11.04.95	Antrag der Antragstellerin auf einstweilige Anordnung. **Begründung**: Der Antragsgegner hat die Antragstellerin mehrfach tätlich angegriffen. Sie hat ihn nicht angezeigt, weil er nach einer Gefängnisstrafe (Drogen) Bewährung hat. Am 2.04.95 kam es wieder zu heftigen verbalen Beschimpfungen durch den Antragsgegner. Daraufhin hat die Antragstellerin gesagt, sie werde ausziehen. Der Antragsgegner hat ihre persönlichen Sachen in eine Mülltüte gepackt und ihr die Wohnungsschlüssel abgenommen. Die Antragstellerin darf zwar in die Wohnung, um die Kinder zu besuchen; dies jedoch nur stundenweise und in Anwesenheit des Antragsgegners. Dabei hat die Antragstellerin festgestellt, daß eine fremde Frau in der Wohnung wohnt

26.04.95	Erwiderung des AG: Die Antragstellerin ist alkoholabhängig. Der Antragsgegner hat das vorläufige Aufenthaltsbestimmungsrecht für die Kinder. Es ist nicht zu Tätlichkeiten gekommen. Der Antragsgegner hat seine Frau nicht ausgesperrt. Sie ist zu ihrem Freund gezogen und hat die Kinder bei ihm gelassen. Sie hat mehrmals versucht, unbefugt in die Wohnung einzudringen. Es wohnt eine Frau in der Wohnung, die bei der Betreuung der Kinder mithilft.
03.05.95	Gegenantrag des Antragsgegners auf Zuweisung der Ehewohnung: Die Antragstellerin ist alkoholkrank. Sie hat schizophrene Anfälle. Der Antragsgegner hat Erziehungsurlaub genommen (1½ Jahre) und die Kinder immer gut versorgt. Das Jugendamt hat ihm das Aufenthaltsbestimmungsrecht für die Kinder übertragen.
10.05.95	Beschluß: Der Antrag der Antragstellerin auf einstweilige Anordnung wird zurückgewiesen. **Begründung:** Der Antrag war zurückzuweisen, da nicht dargelegt und glaubhaft gemacht werden konnte, weshalb der Antragsgegner aus der Wohnung ausziehen soll.
14.06.95	Beschluß: Der Gegenantrag des AG ist abzuweisen. **Begründung:** Der Antragsteller hat seine eidesstattliche Versicherung nicht nachgereicht. Darüber hinaus erscheint eine einstweilige Anordnung ohne weitere Ermittlung des zuständigen Jugendamtes nicht gerechtfertigt.
19.10.95	Mündliche Verhandlung: Die Parteien stellen keine Anträge. Das Verfahren in der Hauptsache (§ 1361 b BGB) ruht bis zur Regelung der elterlichen Sorge und wird erst auf Anforderung wieder aufgenommen.

In dem oben dargestellten Fall wird sowohl der Antrag auf einstweilige Anordnung der Ehefrau als auch der des Ehemannes abgelehnt. Hinsichtlich des Antrags der Ehefrau wird die Dringlichkeit eines gerichtlichen Eingriffs nicht anerkannt; denn weder der Antragstellerin noch den Kindern droht unmittelbare Gewalt von seiten des Antragsgegners. Das Gericht sieht deshalb auch keine Notwendigkeit, die vorläufige Regelung hinsichtlich des Aufenthalts der Kinder aufzuheben, zumal die Antragstellerin Zugang zu den Kindern hat. Andererseits kann das Gericht auch dem Antrag des Antragsgegners auf einstweilige Anordnung nicht folgen. Es sieht auch auf seiner Seite keine Dringlichkeit gegeben. Zusätzlich wird in den Begründungen auf das Parallelverfahren zur Regelung der elterlichen Sorge verwiesen, dessen Ausgang als entscheidungsrelevant in der Hauptsache, der Zuweisung der Ehewohnung an einen Ehepartner während des Getrenntlebens, angesehen wird. Der Verlauf des Verfahrens nach § 1361 b BGB wird also durch die Berücksichtigung des Parallelverfahrens sowohl in der Sache als auch zeitlich wesentlich mitbestimmt.

Mit einem weiteren Fall, der bereits im vorangegangenen Kapitel behandelt wurde, soll deutlich werden, daß die schnelle Reaktion des Gerichts zum Schutze der Antragstellerin und der Kinder vor physischer Gewalt manchmal von der Antragstellerin selbst unterlaufen wird.

Beispiel 4:

Eingangsbedingungen: 1 gemeinsames Kind (4 Jahre), Zwillinge (w/m, 10 ½ Jahre).	
25.03.96	Antrag: Die Antragstellerin stellt Antrag auf einstweilige Anordnung unter Zuhilfenahme eines Gerichtsvollziehers. **Begründung**: Vom 24.03. auf den 25.03.96 schlägt der Antragsgegner mit Fäusten auf die Antragstellerin ein und beschimpft sie als Hure und Nutte. Der Anlaß ist, wie auch schon oft vorher, die unbegründete Eifersucht des Antragsgegners. Auch die Kinder, insbesondere die Zwillinge werden vom Antragsgegner beschimpft und angeschrien. Die Zwillinge erhalten von ihm im Vorbeigehen ohne Anlaß Ohrfeigen. Sie sind verschreckt und verschüchtert. **Beweis:** Eidesstattliche Versicherung der Antragstellerin, ärztliches Attest über Hämatome im Gesicht, an den Oberarmen und Schultern/Rücken der Antragstellerin.
26.03.96	Beschluß: einstweilige Anordnung erlassen wegen Dringlichkeit ohne Anhörung
29.04.96	RA/AS Die Parteien haben sich gütlich über die Nutzung der Ehewohnung geeinigt. Der Termin für die mündliche Verhandlung wird abgesetzt. Der Antragsgegner ist noch nicht aus der Ehewohnung ausgezogen.
12.06.96	Beschluß: Verfahren ist in der Hauptsache erledigt. Der Beschluß vom 26.03.96 wird aufgehoben, gemäß dem Vortrag der AS über die Einigung.

In diesem Fall sieht das Gericht offenbar keine Veranlassung oder Möglichkeit, das Kindeswohl bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen, obwohl dieses Gegenstand des Antrags war. Dieser Umstand hat in anderen Fällen zur Folge, daß eine Bestandsaufnahme bzw. die Einschaltung des Jugendamtes veranlaßt wird und eine Überprüfung im Sinne des Kindeswohls erfolgt.

4.8 Die mündliche Verhandlung und der Ausgang des Verfahrens

Wir gehen im folgenden zuerst auf die mündliche Verhandlung ein und veranschaulichen an Beispielen die verschiedenen Arten der Verfahrensbeendigung: Rücknahme des Antrags, Vergleich bzw. Beschluß.

Danach geben wir (auf der Grundlage der Analyse von 2079 Verfahren)

- einen Überblick über die Verfahrensdauer sowie den Ausgang der Verfahren und zeigen, in wievielen Fällen es zu einer einstweiligen Anordnung bzw. zu einem gerichtlichen Beschluß kommt und wie oft Verfahren durch Vergleich oder Rücknahme enden.
- Weiter prüfen wir die Gründe für die Rücknahme von Anträgen und klären,
- bei welchen Vorfällen es zu einem Beschluß kommt,
- welche Sachverhalte bei Beschlüssen von dem/der Richter/-in als „schwere Härte“ anerkannt werden und welche sonstigen, weiteren Begründungen von dem/der Richter/-in für die Entscheidung angeführt werden,
- inwieweit Beweise und das Kindeswohl bei Beschlüssen berücksichtigt werden und
- welche Auswirkungen das Verfahren auf die Wohnsituation von Antragstellerin und Antragsgegner hat.

4.8.1 Die mündliche Verhandlung als Grundlage verschiedener Arten der Verfahrensbeendigung

Wie die Ausführungen zur einstweiligen Anordnung zeigen, wird nur in den wenigsten Fällen ohne vorherige Anhörung des Antragsgegners entschieden.

Bei zwei Drittel aller Fälle gab es mindestens eine mündliche Verhandlung. Die mündliche Verhandlung entfällt meist dann, wenn der Antrag vor dem anberaumten Termin zurückgenommen oder für erledigt erklärt wird, da einer der Partner ausgezogen ist oder die Paare sich wieder versöhnt haben. Voraussetzung für eine mündliche Verhandlung ist allerdings, daß eine Entgegnung des Antragsgegners erfolgt ist oder er gegen eine vorläufige Regelung Beschwerde eingelegt hat. Ziel der mündlichen Verhandlung ist einmal, dem Antragsgegner Gelegenheit zu geben, seine Sichtweise der Dinge vorzutragen. Damit hat der/die Richter/-in bei widersprüchlichen Darstellungen des Sachverhalts durch die Parteien die Möglichkeit, sich durch die Befragung ein eigenes Bild sowohl vom Sachverhalt als auch von den Parteien zu machen und die vorgelegten Beweise angemessen zu würdigen. In manchen Fällen werden Zeugen für die Vorfälle, die im Antrag oder in der Entgegnung geschildert wurden, angehört. Dies können die Kinder der Parteien sein, nahe Verwandte, Freunde und Nachbarn und in seltenen Fällen die Polizei. Wird das Kindeswohl im Antrag als Argument angeführt, muß es von dem/der Richter/-in berücksichtigt werden. Dies geschieht in

jedem Fall, wenn gleichzeitig mit der Zuweisung der Ehewohnung auch die vorläufige Regelung der elterlichen Sorge anhängig ist oder wenn ein dem Jugendamt bekannt gemachter Kindesmißbrauch bzw. eine Kindesmißhandlung vorliegt. In diesen Fällen nimmt das Jugendamt Stellung, sei es schriftlich oder mündlich. Diese Stellungnahme ist sowohl für den Verfahrensverlauf als auch für die richterliche Entscheidung von großer Bedeutung (siehe Kapitel III 10 Kindeswohl).

Neben der Anhörung der Parteien und der Klärung des Sachverhalts zur Vorbereitung einer richterlichen Entscheidung ist es das Ziel der mündlichen Verhandlung, wenn irgend möglich, eine einvernehmliche Regelung zwischen den Parteien herbeizuführen. Wie im Folgenden gezeigt wird, gelingt dies in über der Hälfte der Fälle auch dann oder vor allem dann, wenn bereits eine einstweilige Anordnung getroffen wurde. Wie der/die zuständige Richter/-in jeweils eine einvernehmliche Regelung herbeiführt, kann nur anhand der sehr kurz gefaßten Ergebnisprotokolle der mündlichen Verhandlung, die der Detailanalyse zur Verfügung standen, interpretierend dargestellt werden. Es lassen sich drei Schritte in der Vorgehensweise der Richter/-innen voneinander abgrenzen:

- **Die Anhörung**

In der Anhörung geht es darum, die Sachlage zu klären und gleichzeitig Ansatzpunkte für eine einvernehmliche Regelung zu finden. Diese können einmal dadurch gegeben sein, daß aufgrund des Parteienvortrags zweifelhaft ist, daß ein „schwere Härte“ im Sinne des Gesetzes vorliegt bzw. wenn durch eine Zuweisung der Ehewohnung an die Antragstellerin die Belange des Antragsgegners unverhältnismäßig beeinträchtigt würden oder das Wohl der Kinder nicht angemessen berücksichtigt wird. Die folgenden Beispiele sollen dies verdeutlichen.

(0335) Beispiel 1:

Unabhängig von den angeführten Gewalttaten weist das Gericht die Antragstellerin in der mündlichen Verhandlung darauf hin, daß kein Regelungsbedarf bestehe, da der Antragsgegner keinen Anspruch auf die Ehewohnung erhebe. Der/Die zuständige Richter/-in schlägt deshalb die Rücknahme des Antrags vor. Erst nachdem der Antragsgegner auch den Kellerschlüssel zurückgegeben hat und schriftlich bekundet, daß er keinen Anspruch auf die Ehewohnung erhebe, ist die Antragstellerin bereit, ihren Antrag zurückzuziehen. Die beantragte Prozeßkostenhilfe wird ihr nicht gewährt.

(0366) Beispiel 2:

Die Parteien erklären sich in der mündlichen Verhandlung übereinstimmend damit einverstanden, das Verfahren ruhen zu lassen, bis die Stellungnahme des Jugendamtes zur Regelung der elterlichen Sorge für die Kinder vorliegt.

(0050) Beispiel 3:

Die Parteien haben drei gemeinsame Kinder. Die beiden älteren leben zum Zeitpunkt der Antragstellung durch die Ehefrau mit ihrem Vater bei dessen Eltern, die jüngste Tochter bei der Mutter in der Ehewohnung. Der Vorfall, der zur Antragstellung führte, ereignete sich, nachdem sich die Eheleute bereits getrennt hatten. Nach Angaben der Antragstellerin war der Antragsgegner betrunken und bedrohte die Antragstellerin im Beisein der Kinder und einer Nachbarin mit einem Küchenmesser. Die jüngste Tochter ging dazwischen. Die Nachbarin ging mit den Kindern aus der Küche und rief die Polizei. In der Zwischenzeit ging der Antragsgegner auf die Antragstellerin (Aussage der Antragstellerin) los und würgte sie. Die herbeigerufenen Polizisten befragten die Kinder und nahmen das Messer mit. Der Antragsgegner behauptet in der mündlichen Verhandlung, er habe die Antragstellerin nicht bedroht, sondern nur mit dem Messer, mit dem er sich ein Brot zurechtmachen wollte, herumgefuchtelt. Er habe die Antragstellerin auch nicht gewürgt, sondern nur von sich weggestoßen. Die Nachbarin, die Kinder, die Mutter des Antragsgegners und der Mann seiner Schwester werden als Zeugen angehört. Ihre Aussagen sind nicht eindeutig. Die Kinder werden zudem befragt, bei welchem Elternteil sie leben wollen. Die zwei älteren Kinder möchten beim Vater bleiben, die jüngste Tochter will mit der Mutter leben. Alle Kinder möchten, daß sich die Eltern wieder vertragen. In der mündlichen Verhandlung kommt zwar keine Einigung zustande, doch kurze Zeit danach zieht die Antragstellerin den Antrag zurück. Als Begründung gibt sie an, die Parteien würden nun wieder gemeinsam mit den Kindern in der Ehewohnung leben.

Wie das letzte Beispiel zeigt, kommen einvernehmliche Regelungen auch bei schweren Konflikten zwischen den Parteien vor. Möglicherweise hat zum Einvernehmen der Parteien beigetragen, daß keiner der Eheleute das Verfahren für sich entscheiden konnte und dies trotz der vielen Zeugenaussagen. Aber auch bei eindeutiger Sachlage d.h. wenn die Sachverhalte zweifelsfrei eine „schwere Härte“ für die Antragstellerin darstellen, sind einvernehmliche Regelungen nicht selten. In allen Fällen ist zu vermuten, daß der/die Richter/-in explizit oder implizit Hinweise gibt, wie eine einvernehmliche Regelung zu erzielen sei und welche Kompromisse von wem gemacht werden müssen, um entweder einen Beschluß oder die Abweisung des Antrags zu vermeiden. Dies kommt durch den Standardsatz in den Protokollen zum Ausdruck : „Die Sachlage wurde mit den Parteien erörtert“ oder „nach Erörterung der Sachlage schlossen die Parteien folgenden Vergleich“.

- **Erarbeitung eines Vergleichs/einer Vereinbarung**

In vielen Fällen kommt eine Vereinbarung bereits in der ersten mündlichen Verhandlung zustande. In anderen folgt eine Verhandlung der anderen und nicht immer gelingt es, das Verfahren durch einen Vergleich abzuschließen. Wie aus den Daten der Grobanalyse ersichtlich wird, endet jedoch die Mehrheit aller Verfahrens nach § 1361 b BGB mit einem Vergleich bzw. ei-

ner Vereinbarung. Die Inhalte von Vereinbarungen /Vergleichen können, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen, sehr unterschiedlich sein, da die Parteien bestimmen, was jeweils in der Vereinbarung geregelt werden soll. Allerdings muß die Vereinbarung so formuliert sein, daß sie wie ein Beschluß vollstreckungsfähig ist. Dies ist umso notwendiger, als eine eventuell vorausgegangene einstweilige Anordnung durch sie aufgehoben wird. Dagegen entfällt die Notwendigkeit einer richterlichen Begründung.

(0332) Beispiel 1:

Wortlaut des Vergleichs:

1. *Die Ehewohnung steht während der Trennungszeit der Antragstellerin zur alleinigen Nutzung zu.*
2. *Der Antragsgegner verpflichtet sich, die Wohnung nicht zu betreten.*
3. *Die Kosten des Verfahrens werden gegeneinander aufgehoben.*

Im folgenden Beispiel wurde die Vereinbarung nach der Regelung des vorläufigen Sorgerechts für die drei gemeinsamen Kinder geschlossen.

(2201) Beispiel 2:

Die Antragstellerin hatte die religiöse Überzeugung und die daraus resultierende rigide Lebensführung, die der Antragsgegner der gesamten Familie aufzwingt, zur Begründung ihres Antrags herangezogen. Zusätzlich verwies sie darauf, daß die unterschiedlichen Einstellungen der Eltern zu einer Spaltung der Geschwister geführt haben. Während die beiden jüngeren Kinder versuchten, sich an die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland anzupassen, sei der Antragsgegner Vorbild für die ältere Tochter. Diese würde versuchen, auf die beiden jüngeren Geschwister Druck auszuüben. Es käme dadurch ständig zum Streit zwischen den Geschwistern.

Vereinbarung:

1. Die Beteiligten sind sich darüber einig, daß die Ehewohnung ab dem .....von der Antragstellerin und der 2. und 3. Tochter sowie – soweit der Kindesvater und die 1. Tochter dies wollen – auch von der 1. Tochter allein genützt wird.

2. Der Antragsgegner verpflichtet sich, die Ehewohnung bis spätestens.....zu räumen und die Hausschlüssel für diese Wohnung an die Antragstellerin herauszugeben.

3. Die Parteien sind sich darüber einig, daß nach Auszug des Kindesvaters die mit der Erziehungsberatungsstelle abgesprochene Probephase beginnen kann. Es besteht Einigkeit darüber, daß die 1. Tochter erst dann in die Wohnung des Kindesvaters zieht, wenn dieser eine angemessene Wohnung gefunden hat und die Tochter dann noch will.

Vereinbarungen beinhalten manchmal eine Regelung zur Aufteilung der Ehewohnung für die Zeit des Getrenntlebens. Nicht selten werden dabei auch Wohlverhaltensklauseln in die Vereinbarung aufgenommen.

(2014) Beispiel 3:

Der Antragsgegner hat die Antragstellerin wiederholt tätlich angegriffen und wüst beschimpft. Nach einer schweren Auseinandersetzung ist die Antragstellerin mit dem jüngeren Kind zu ihren Eltern geflohen. Das ältere Kind blieb mit dem Antragsgegner in der Ehewohnung. Der Antragsgegner randalierte alkoholisiert in der Wohnung der Eltern der Antragstellerin. Der Antragsgegner bestreitet die Vorfälle nicht, ist aber der Meinung, daß die Antragstellerin diese durch ihr Verhalten provoziert habe (indem sie ihren neuen Lebensgefährten mit in die Ehewohnung gebracht habe). In der mündlichen Verhandlung wird nach Erörterung mit dem/der Richter/-In folgende Vereinbarung geschlossen:

1. *Die eheliche Wohnung wird unter den Eheleuten wie folgt aufgeteilt: Die Antragstellerin nutzt das Wohnzimmer alleine. Der Antragsgegner ist nicht berechtigt, das Wohnzimmer ohne Einwilligung der Antragstellerin zu betreten. Der Antragsgegner nutzt das Schlafzimmer alleine. Die Antragstellerin ist nicht berechtigt, das Schlafzimmer ohne Einwilligung des Antragsgegners zu benutzen.*
2. *Beide Kinderzimmer werden von den Kindern wie bisher genutzt.*
3. *Bad Küche und Diele werden von beiden Parteien gemeinsam genutzt.*
4. *Der Garten wird von beiden Parteien gemeinsam genutzt.*
5. *Die Antragstellerin kommt am ... in die Ehewohnung, um aus dem Schlafzimmer ihre persönlichen Sachen herauszuholen.*
6. *Die Antragstellerin verpflichtet sich, ihren neuen Lebensgefährten nicht in die Ehewohnung mitzubringen.*
7. *Die Parteien vereinbaren, jegliche gegenseitige Belästigung zu unterlassen, desgleichen Beleidigungen, Beschimpfungen und Tätlichkeiten. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird Ordnungsgeld bis zu DM 500,- angeordnet.*

- **Die richterliche Beschlußfassung**

Nicht in jedem Fall gelingt es in der mündlichen Verhandlung, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. In diesen Fällen ist das Gericht gezwungen, eine Entscheidung zu treffen und das Verfahren durch einen Beschluß zu beenden. Inwieweit das Gelingen bzw. Nichtgelingen einer einvernehmlichen Lösung von der Schwere der Gewalthandlungen abhängt, kann anhand der Detailanalyse nicht abschließend geklärt werden. Es hat jedoch den Anschein, daß die Schwere der Gewalthandlungen allein nicht ausschlaggebend ist. Von Bedeutung ist wohl auch die grundsätzliche Kompromißbereitschaft der Parteien und die ihrer Vertreter sowie die Einschätzung der Sachlage und das Verhandlungsgeschick dem/der zuständigen Richter/-in. Das folgende Beispiel zeigt, daß es auch in Fällen, wo keine Gewalthandlungen im Sinne des Gesetzes vorliegen, unmöglich sein kann eine einvernehmliche Regelung herbeizuführen.

(0018) Beispiel:

Das Ehepaar hat zwei Töchter (11/14). Die Wohnung ist für eine Aufteilung geeignet. Ein Scheidungsverfahren ist eingeleitet. Nach Angaben der Antragstellerin

möchten die Eltern die gemeinsame Sorge für die Kinder auch nach der Scheidung beibehalten, seien sich aber einig, daß die Kinder überwiegend bei der Mutter leben sollen. Grund der Trennung und Begründung für den Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung ist die Homosexualität des Antragsgegners. Die Antragstellerin argumentiert mit dem Kindeswohl: Die Töchter würden einerseits unter der Homosexualität des Vaters leiden, über die aber nicht gesprochen werden dürfe. Andererseits sei die Ungewißheit darüber, bei wem und wo sie letztendlich leben würden für die Kinder unerträglich. Die jüngere Tochter mußte ein Schuljahr wiederholen und nässe nachts ein. Die ältere Tochter dringe auf eine Entscheidung. Der Antragsgegner stellt Antrag auf Zurückweisung des Antrags auf Wohnungszuweisung, hilfsweise auf eine Räumungsfrist von drei Monaten. In der mündlichen Verhandlung wird deutlich, daß die Parteien zwar nicht miteinander reden aber auch nicht streiten. Die Antragstellerin räumt ein, daß sie durch die Homosexualität des Antragsgegners nicht belästigt werde. Die zuständige Richterin gesteht zu, daß die Situation für die Kinder schwierig sei. Offenbar kämen die Kinder (Anhörung der Kinder) aber mit jedem Elternteil gut zurecht, wenn sie mit ihm allein seien. Es liege auch kein Fehlverhalten des Antragsgegners vor, das eine Zuweisung der Ehewohnung an die Antragstellerin rechtfertige. Wie in der mündlichen Verhandlung und aus der Stellungnahme des Jugendamtes deutlich geworden sei, sei die Sorgerechtsfrage noch nicht in der Weise geklärt, wie dies die Antragstellerin dargestellt habe. Das Gericht dürfe aber mit einer Wohnungszuweisung der Sorgerechtsentscheidung nicht vorgreifen. Aus diesen Gründen sei der Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung durch Beschluß zurückzuweisen.

Wie dargestellt führt die mündliche Verhandlung nicht nur die Klärung des Sachverhalts, sondern in den meisten Fällen auch zur Festlegung des Verfahrensausgangs. Anhand der Daten aus der Grobanalyse ist es möglich, repräsentative Aussagen zur Verteilung der unterschiedlichen Formen der Beendigung eines Verfahrens zu machen. Zudem soll die Grobanalyse Aufschluß darüber geben, ob es typische Sachverhalte gibt, die einen bestimmten Ausgang des Verfahrens begründen. Davon ausgehend zeigen wir anhand einiger Fakten zur Verfahrensdauer, inwieweit bei Eilbedürftigkeit dem Anliegen bedrohter Frauen im Gerichtsverfahren Rechnung getragen werden kann.

- **Verfahrensdauer:**

Obwohl bei den Verfahren zu § 1361 b BGB (nur) vorläufige (d.h. für die Zeit des Getrenntlebens geltende) Entscheidungen über die Nutzung der Ehewohnung getroffen werden, dauert das Hauptverfahren im Durchschnitt ca. 2 Monate. Jedoch besteht bei der Verfahrensdauer eine breite Streuung, so daß einige wenige Verfahren, die sich aus besonderen Gründen[17]

[17] Z.B. wenn das Verfahren zwischendurch eine zeitlang ruht, da der Antragsgegner eine Entziehungskur macht; oder wegen eines Krankenhausaufenthaltes.

sehr in die Länge ziehen, den Durchschnittswert nach oben verzerren. Nimmt man den Median als Maßzahl, dann liegt die Verfahrensdauer von Hauptverfahren bei durchschnittlich 6 Wochen, was bedeutet, daß 50% der Verfahren innerhalb von sechs Wochen beendet wurden. Bei der einstweiligen Anordnung liegt der Median zur Verfahrensdauer bei 2,5 Wochen. In Anbetracht der Überlastung mancher Familiengerichte und den Verfahrensdauern am Amtsgericht insgesamt, kommt es bei § 1361 b BGB-Verfahren also relativ schnell zu einer Entscheidung oder Erledigung.

4.8.2 Der Ausgang von Verfahren zu § 1361 b BGB: ein Überblick

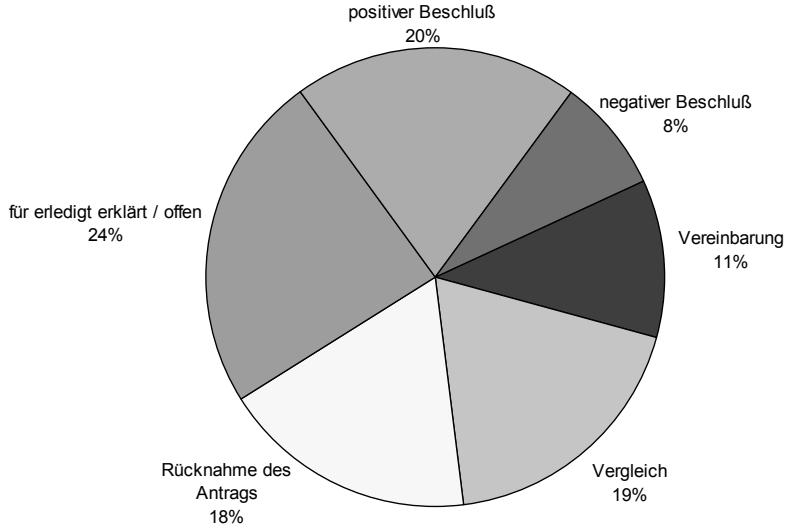
In der Grobanalyse haben wir beim Ausgang des Verfahrens zunächst unterschieden, ob ein Vergleich/eine Vereinbarung[18] geschlossen wird, der Antrag zurückgenommen bzw. für erledigt erklärt wird oder ob es einen Beschluß gibt. Je nachdem, wie das Verfahren endet, haben wir festgehalten, wer – im Falle eines Vergleichs – aus der Wohnung geht oder ob – im Falle eines Beschlusses – dem Antrag stattgegeben wird oder nicht.

Wie die folgende Grafik zeigt, kommt es nur in einer begrenzten Zahl der Fälle zu einem gerichtlichen Beschluß.

Mehr als jedes zweite Hauptverfahren endet mit einem Vergleich/einer Vereinbarung oder wird für erledigt erklärt. 18% nehmen ihren Antrag (in der Hauptsache) zurück, so daß letztlich nur gut ein Viertel der Wohnungszuweisungen durch den/die Richter/-in entschieden werden.

[18] Der Unterschied zwischen Vergleich und Vereinbarung ist nicht von entscheidender Bedeutung. Eigentlich ist es so, daß bei einem Vergleich beide Parteien einen Kompromiß eingehen, also z.B. der Antragsgegner sich bereit erklärt auszuziehen und die Antragstellerin ihm dafür eine angemessene Auszugsfrist gewährt. Bei einer Vereinbarung gehen die Parteien nicht aufeinander zu, sondern einer akzeptiert die Forderungen des anderen. Die Praxis in den Akten zeigte uns aber, daß die beiden Begriffe oft synonym verwendet werden, weswegen wir sie bei den meisten Analysen in einer Kategorie zusammenfassen.

Grafik II/5: Ausgang des Verfahrens



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Denkt man an die – zum Teil doch gravierenden – Vorfälle, dann verwundert zunächst der hohe Anteil von Vergleichen, Erledigungen und Rücknahmen. Dies kann zu einem Teil auf den Einfluß der/die Familienrichter/-in in der mündlichen Verhandlung zurückzuführen sein. Nach Abwägen der Situation kann und soll der/die Richter/-in bei FGG – Verfahren den Parteien vorschlagen bzw. nahelegen, einen Vergleich zu schließen.

Zum anderen ist ein Vergleich/eine Vereinbarung oder eine Rücknahme/Erledigung im Hauptverfahren auch dann anders zu bewerten, wenn vorher bereits eine Entscheidung in der einstweilige Anordnung getroffen wurde. Leider ist der Ausgang der einstweiligen Anordnung nur selten aus den Aktenauszügen der Grobanalyse ersichtlich. Da wir nur den Ausgang jedes vierten Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung kennen, können wir insgesamt nur in 15% (n=316) aller Fälle den Ausgang des Eilverfahrens direkt mit dem Ausgang des Hauptverfahrens vergleichen und somit keine repräsentativen Aussagen treffen. Zur Veranschaulichung: Wir wissen, daß die Wohnung im Wege der einstweiligen Anordnung vorläufig zugewiesen wurde (n=126). In fast der Hälfte dieser Fälle (n=53) wurde der Antrag in der Hauptsache zurückgenommen, wodurch die einstweilige Anordnung gegenstandslos wird; oder die Antragstellerin hat den Antrag in

der Hauptsache für erledigt erklärt, was meist dann der Fall ist, wenn die Antragsgegnerin aufgrund der einstweiligen Anordnung aus der Ehewohnung ausgezogen ist. Bei gut einem Drittel (n=44) wird die Ehewohnung im Hauptverfahren zugewiesen, 18% (n=23) schließen im Hauptverfahren einen Vergleich/eine Vereinbarung und bei 5% (n=6) wendet sich der Beschluß im Hauptverfahren zum Gegenteil – der Antrag wird zurückgewiesen.

Sofern wir den Ausgang von einstweiliger Anordnung und Hauptverfahren kennen, ist das Ende der beiden Verfahren in jedem zweiten Fall identisch. Oft werden einstweilige Anordnung und Hauptverfahren auch zusammen verhandelt.

Kommt es im Hauptverfahren zu einem Vergleich, zieht in der Regel der Antragsgegner aus, (67%) oder die beiden Ehepartner treffen ein Wohnarrangement (25%). Dies zeigt, daß viele der Antragsgegner zumindest nicht bis zum Schluß auf dem Standpunkt verharren, in der Wohnung bleiben zu wollen und daß auch die Antragstellerinnen kompromißbereit sind. Es ist zu vermuten, daß Vergleiche, Rücknahmen und negative Beschlüsse eher bei Verfahren vorkommen, die sich auf weniger schwere Gewalt beziehen, während der/die Familienrichter/-in bei den konfliktgeladenen, schweren Fällen zum einen häufiger eine Entscheidung fällen muß und zum anderen diese Entscheidung meist zu Gunsten der Antragstellerin geht. Ob der Verfahrensgang sich tatsächlich in dieser Richtung unterscheidet und die richterliche Entscheidung bei verschiedenen Gewalttypen einheitlich ist, werden wir im Kapitel II 4.8.4 überprüfen. Ob sich der Antragsgegner an den Vergleich oder Beschluß hält, ist eine Frage, die wir nur ansatzweise mit Hilfe der Betroffenen- und Expertenbefragung klären können. Bevor wir zur Rechtsprechung und deren Begründung kommen, betrachten wir noch, warum Antragstellerinnen den Antrag zurücknehmen oder das Verfahren für erledigt erklären.

4.8.3 Gründe für die Erledigung oder Rücknahme des Antrags

Für die Rücknahme des Antrags wird zum Teil in den Akten zwar keine Begründung angegeben; die Akte endet einfach mit: „Hiermit nehme ich/nimmt mein(e) Mandant(in) den Antrag zurück“. Doch zu 68% aller Rücknahmen/Erledigungen (n=491) gab es eine kurze Erklärung: Bei 49% ist der Antragsgegner ausgezogen und ein Viertel dieser Ehepaare hat sich wieder versöhnt (vgl. Tabelle II/21).

Tab. II/21: Gründe für Rücknahme oder Erledigung des Verfahrens (nur Hauptverfahren) (in Prozent)

Verfahren wurde zurückgenommen / erledigt, da ...	%
Antragstellerin ausgezogen	15
Antragsgegner ausgezogen	49
beide ausgezogen	3
Versöhnung der Ehegatten	26
Wohnarrangement zwischen den Partnern	6
Tod eines Ehegatten	1
Fallzahl (n) =	491

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

4.8.4 Entscheidungsrelevanz von Sachverhaltsbehauptungen

Bei der Beschreibung der Sachverhaltsbehauptungen in Anträgen haben wir zunächst einen allgemeinen Gewaltindex gebildet, der illustriert, welche Form von Gewalt bei den Ehepaaren und Familien vorkommt. Stellen wir diesen allgemeinen Index – zunächst ohne Berücksichtigung von Alkohol und sonstiger Gewalt – dem Verfahrensausgang gegenüber, dann zeigt sich, daß es häufiger zu (positiven) Beschlüssen kommt, je mehr Formen von Gewalt von der Antragstellerin angeführt werden:

Tab. II/22: Art der Gewalt und Verfahrensausgang*

Art der Gewalt	Ausgang des Verfahrens				
			Beschluß	davon:	
	Vergleich/ Vereinbarung	Rücknahme/ Erledigung	insgesamt	Antrag wird stattgegeben	Antrag wird abgelehnt
nur psychisch (n=346)	33%	44%	23%	14%	9%
nur körperlich (n=208)	29%	44%	27%	20%	7%
nur sexuell (n=8)	25%	50%	25%	25%	-
psychisch und körperlich (n=819)	31%	41%	28%	21%	7%
psychisch und sexuell (n=13)	38%	54%	8%	8%	-
körperlich und sexuell (n=15)	27%	20%	54%	47%	7%
psychisch, körperlich und sexuell (n=69)	27%	32%	41%	38%	3%
keine (n=178)	26%	48%	27%	10%	17%
Fallzahl (n) =	501	701	454	318	136

* Die Werte sind Zeilenprozente. Im Index „Art der Gewalt" sind nur körperliche, psychische und sexuelle Gewalt (keine sonst. Gewalt und Alkohol) berücksichtigt.

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Auch bei Berücksichtigung der Formen von Gewalt zeigt sich, daß insgesamt ca. 70% bis 80% aller Hauptverfahren durch Erledigung/Rücknahme oder Vergleich/ Vereinbarung enden, und zwar weitgehend unabhängig von der Gewaltkombination.[19] Zu einem Beschluß kommt es nur bei ca. einem Viertel der Verfahren. Eine Ausnahme bilden hier nur Anträge, die mit körperlicher und sexueller (teilweise zusätzlich auch mit psychischer) Gewalt

[19] Eine Ausnahme bildet die Kombination *körperlich und sexuelle* Gewalt; allerdings nur n=15 Fälle.

begründet sind. In diesen Fällen endet ca. die Hälfte der Verfahren durch einen Beschluß.

Ergeht ein Beschluß, wird dem Antrag meist (zu ca. ¾) stattgegeben. Noch höher ist der Anteil antragsgemäßer Beschlüsse im Falle körperlicher und sexueller (bzw. zusätzlicher psychischer) Gewalt, geringer (ca. 60%) dagegen bei Anträgen, die sich ausschließlich auf psychische Gewalt stützen und noch geringer (37% der Beschlüsse) bei Anträgen, die keine Gewalt anführen. Dieses Ergebnis läßt sich auch anders pointieren: Zu Anträgen, die sich *nicht* auf Gewaltanwendung stützen, ergeht in mehr als einem Viertel der Fälle ein Beschluß, wobei in 37% dieser Beschlüsse, die Wohnung zugewiesen wird. Bezogen auf alle Anträge ohne Gewaltargument bekommt jeder Zehnte die Ehewohnung zugewiesen. Sonstige Gewalttaten und Alkohol wurden hier allerdings nicht mit berücksichtigt. Über den Ausgang von Verfahren, die ausschließlich durch den Alkohol-/Drogenkonsum des Antragsgegners begründet werden, können wir keine repräsentativen Aussagen treffen, da dies so gut wie nicht vorkommt. Insgesamt bleiben 78 Fälle übrig, die weder von irgendeiner Form von Gewalt noch von Alkohol-/Drogenproblemen zeugen. Die meisten dieser Fälle (69%) enden ebenfalls durch Vergleich/Vereinbarung oder Rücknahme/Erledigung; bei 21% wird der Antrag abgelehnt und bei 10% dem Antrag stattgegeben.

Die bisherige Gegenüberstellung von angeführter Gewalt und Verfahrensausgang zeigt, daß es einen Zusammenhang zwischen Gewalt und Ausgang des Verfahrens gibt, daß nämlich die Wohnung der Antragstellerin dann häufiger zugewiesen wird, wenn körperliche Gewalt mit im Spiel ist und je mehr Arten von Gewalt insgesamt angeführt werden. Es wird aber auch deutlich, daß es psychische und körperliche Gewalthandlungen gibt, die von Richter/-innen nicht als „schwere Härte“ anerkannt werden und umgekehrt, daß „schwere Härte“ angenommen wird, obwohl keine Gewalthandlung im Antrag angeführt wird. Hier wird bereits der Entscheidungsspielraum sichtbar, den Richter/-innen bei der Beurteilung, ob eine „schwere Härte“ vorliegt oder nicht, nutzen.

Besser beurteilen lassen sich die Entscheidungen, wenn man die Stärke der angeführten Gewalt mit einbezieht. Unterscheidet man zwischen weniger schweren, mittelschweren, schweren und lebensbedrohlichen Gewalttaten gegen die Antragstellerinnen, so ist festzustellen, daß Anträge in denen mit schweren oder lebensbedrohlichen Gewalttaten argumentiert wird, ähnlich häufig zurückgenommen oder per Vergleich/Vereinbarung geregelt werden wie solche, die sich auf weniger schwere Gewalttaten beziehen.

Auch bei schwerer körperlicher Gewalt gegen die Antragstellerinnen enden die Verfahren zu einem Drittel mit einem Vergleich/ einer Vereinbarung;[20] 43% der Anträge werden zurückgenommen oder für erledigt erklärt (lebensbedrohliche körperliche Gewalt: 35%). Ähnliches gilt für psychische Gewalttaten gegen Antragstellerinnen.

Einen Unterschied kann man dann feststellen, wenn es zu einem Beschluß kommt: Ein Beschluß fällt häufiger positiv für die Antragstellerin aus, je schwerer die körperliche Gewalt des Ehepartners gegen sie ist. Dies trifft allerdings nur für körperliche, nicht für psychische Gewalt zu.

Aus dem bisherigen wissen wir, daß:

- durchaus auch bei schweren Gewalttaten gegen die Antragstellerin Vergleiche geschlossen werden oder der Antrag zurückgenommen wird;
- im Falle eines Beschlusses die Stärke der körperlichen Gewalt gegen die Antragstellerin von Bedeutung ist;
- es trotz schwerer psychischer (und in Einzelfällen auch schwerer körperlicher) Gewalt gegen die Antragstellerin vorkommen kann, daß der/die Richter/-in die Wohnung der Antragstellerin nicht zuweist.
- Betrachten wir deshalb als nächstes, welche Sachverhalte die Richter/-innen bei einem Beschluß als „schwere Härte“ anerkennen.

[20] bei lebensbedrohlicher körperlicher Gewalt 34%

Tab. II/23: Stärke der Gewalt und Anerkennung als „schwere Härte“ im Beschluß (in Prozent)

wenn folgende Gewalt von der Antragstellerin angeführt wird	von Richter/-innen im Beschluß als „schwere Härte“ anerkannt		
	Ja	Nein	Fallzahl (n)
körperliche Gewalt:			
weniger schwer/mittelschwer	75%	25%	173
schwer	88%	12%	60
lebensbedrohlich	89%	11%	28
global beschrieben	67%	33%	15
psychische Gewalt:			
global beschrieben	89%	11%	9
weniger schwer	59%	41%	93
mittelschwer	59%	41%	81
schwer/ lebensbedrohlich	70%	30%	145
sexuelle Gewalt:			
Vergewaltigung	78%	22%	32
sonstige Gewalt:			
weniger schwer	25%	75%	8
mittelschwer	33%	67%	9
schwer/ lebensbedrohlich	38%	62%	32
Alkohol:			
ist im Spiel	63%	37%	112
Suchtkrankheit	83%	17%	64

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Tab. II/24: Anerkennung von „schwerer Härte“ und Wohnungszuweisung (antragsgemäßer Beschluß, in dem die angeführte Gewalt von Richter/-innen als „schwere Härte“ anerkannt wurde; in Prozent)

Form der Gewalt:	positiver Beschluß
körperliche Gewalt	93%
psychische Gewalt	94%
sexuelle Gewalt	100%
sonstige Gewalt	88%
Alkohol	99%

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Aus der Tabelle kann man sehen, daß psychische Gewalt seltener als „schwere Härte“ anerkannt wird. Das Kriterium „schwere Härte“ an sich ist für den Beschluß ausschlaggebend; denn wird die Gewalt von dem/der Richter/-in als „schwere Härte“ angesehen, wird fast immer die Wohnung zugewiesen – egal ob es sich um körperliche, psychische, sexuelle oder sonstige Gewalt handelt. Beim Alkohol werden Suchtkrankheiten des Antragsgegners überwiegend anerkannt; ist „nur“ der Alkoholkonsum (nicht aber Alkoholsucht) das Antragsargument, sehen die Familienrichter/-innen dies zu gut einem Drittel nicht als „schwere Härte“ bei einem Beschluß. Erkennt der/die Richter/-in gar keine der vorgebrachten Gewalttaten als „schwere Härte“ an, dann fallen 83% der Beschlüsse (n=83) negativ aus.

4.8.5 Beweiswürdigung

Zum einem gibt es, wie wir zeigten, nur wenige Anträge, die Gewalttaten nennen, aber keine Beweise dazu anführen, zum anderen kommt es insgesamt nur relativ selten zu einem gerichtlichen Beschluß. Die Gesamtzahl der in die Analyse einbezogenen Beschlüsse ist daher begrenzt. Dies gilt insbesondere für Beschlüsse zu Anträgen, bei denen keine Beweise vorgelegt worden waren. Da eine Untersuchung, ob bestimmte Gewalttaten im Beschluß eher als „schwere Härte“ anerkannt werden, wenn es Beweise dazu gibt, auf einem Vergleich von Beschlüssen mit und ohne beweisgestützten Anträgen basiert, muß sie (auch in der Grobanalyse) zum Teil auf geringen Fallzahlen basieren.

Die folgende Tabelle zeigt, daß es bei der Beurteilung einer „schweren Härte“ für den/die Richter/-in anscheinend keine große Rolle spielt, ob für die Gewalttaten Beweise vorliegen oder nicht.

Tab. II/25: Anerkennung von Gewalt als „schwere Härte“ und Vorlage von Beweisen (in Prozent)

Art der Gewalt	im Beschluß als „schwere Härte“ anerkannt	
	wenn Beweis(e) vorgelegt wurden	wenn keine Beweise vorgelegt wurden
körperliche Gewalt Fallzahl (n) =	80% (265)	71% (41)
psychische Gewalt Fallzahl (n) =	66% (242)	64% (53)
sexuelle Gewalt Fallzahl (n) =	80% (30)	83% (6)

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Auch beim Ausgang des Verfahrens (Vergleich, Rücknahme etc.) macht es kaum einen Unterschied, ob Beweise angeführt wurden oder nicht. Lediglich im Falle eines Beschlusses wirkt sich die Tatsache, daß Beweise vorgelegt werden, positiv aus.

Zur Anzahl der Beweise ist anzumerken, daß zwar ein Zusammenhang besteht: Je mehr Beweise angeführt werden, desto häufiger wird der Vorfall als „schwere Härte“ anerkannt. Wie sich zeigen läßt ist dieser Zusammenhang aber weniger auf die Anzahl der Beweise als auf die Stärke der Gewalt zurückzuführen. Je intensiver Gewalthandlungen sind, umso mehr Beweise werden vorgelegt und umso eher werden Gewalthandlungen als „schwere Härte“ angesehen, wobei die Anerkennung als „schwere Härte“ offenbar in erster Linie aufgrund der Intensität der Gewalt erfolgt, weniger aufgrund der Beweise.

Daß bestimmte Beweismittel die Glaubwürdigkeit und damit die Anerkennung einer „schweren Härte“ begünstigen, können wir aus der Grobanalyse nicht bejahen. Die meisten Antragstellerinnen legen vor Gericht eine eidesstattliche Erklärung vor. Werden Atteste oder Polizeiprotokolle vorgelegt, ändert das die Entscheidung der Richter/-in kaum, außer – wie gesagt – wenn mehrere dieser Beweise gleichzeitig vorliegen.

4.8.6 Berücksichtigung des Kindeswohls

Schwerpunkt dieses Kapitels ist die Frage, inwieweit die (drohende) Gefährdung des Kindeswohls Auswirkungen auf den Verfahrensausgang hat und inwiefern bzw. wann die Richter/-in bei Beschlüssen das Kindeswohl mit berücksichtigt. Daneben möchten wir hier noch etwas detaillierter als bei der Schilderung der Gewalt gegen Kinder auf die Situation der Kinder eingehen, wenn im Antrag von einer Gefährdung des Kindeswohls gesprochen wird.

72% der antragstellenden Mütter geben das Kindeswohl zur Antragsbegründung (mit) an. Ist dies der Fall, so zeigen sich einige Unterschiede zu den übrigen Antragstellerinnen mit Kindern: Der naheliegendste und bedeutendste Unterschied ist bei der Gewalt, die sich gegen die Kinder richtet, zu finden. Sind die Kinder von den Gewalttaten des Antragsgegners (mit)betroffen, so wird in den Anträgen signifikant häufiger auf eine Gefährdung des Kindeswohls hingewiesen. Weiterhin ist auffällig, daß das Kindeswohl häufiger bei gemeinsamen Kindern angeführt wird. Leben in der Familie ausschließlich Kinder der Antragstellerin, dann führen „nur“ 64% das Kindeswohl im Antrag an. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Antragsgegner genauso häufig direkt gegen die eigenen Kinder wie gegen die Kinder der Antragstellerin gewalttätig werden (sexuell sogar etwas häufiger). Auch in der Wohnsituation gibt es einen Unterschied: Sofern die Antragstellerinnen von einer Gefährdung des Kindeswohls sprechen, leben Antragsgegner, Antragstellerinnen und Kind(er) häufiger (noch) zusammen in der Ehewohnung (60%), während sonst vielfach einer der beiden Ehepartner die Wohnung zunächst verlassen hat.

Beschlüsse in Eilverfahren fallen häufiger positiv aus, wenn das Kindeswohl genannt wird (32% versus 18%). In gut jedem zweiten Beschluß im Hauptverfahren wird das Kindeswohl in der Begründung mit angeführt – fast immer dann, wenn es auch im Antrag stand: Greift der/die Richter/-in das Kindeswohl im Beschluß auf, so wurde es zu 89% im Antrag auch angesprochen. 11% der Richter/-innen sahen eine Gefährdung des Kindeswohls, obwohl im Antrag nicht explizit darauf hingewiesen wurde.[21] Die folgende Tabelle zeigt die Beachtung des Kindeswohls in Antrag und Beschlüssen.

[21] Dies entspricht 6% aller Beschlüsse bei Familien (vgl. Tabelle II/ 25).

Tab. II/26: Anführung des Kindeswohls im Antrag und bei gerichtlichen Beschlüssen (Basis: Beschlüsse zu Familien mit Kindern; in Prozent)

Wurde das Kindeswohl angeführt?	%
Im Antrag ja / Im Beschluß ja	46%
Antrag ja / Beschluß nein	26%
Antrag nein / Beschluß ja	6%
Antrag nein / Beschluß nein	22%
Fallzahl (n) =	401

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Der Zusammenhang zwischen der Stärke der vorgefallenen Gewalt und dem Verfahrensende wirkt sich bei Kindern, ähnlich wie bei Antragstellerinnen, kaum aus. Die Stärke der Betroffenheit von Kindern hat keinen Einfluß darauf, in welcher Form (Vergleich, Rücknahme, Beschluß, etc.) das Verfahren beendet wird; ein Unterschied ist auch hier lediglich beim Beschluß festzustellen: Je stärker Kinder direkt von der Gewalt betroffen sind, desto seltener wird der Antrag auf Wohnungszuweisung abgelehnt.

4.9 Die Veränderung der Wohnsituation als Folge des Verfahrens

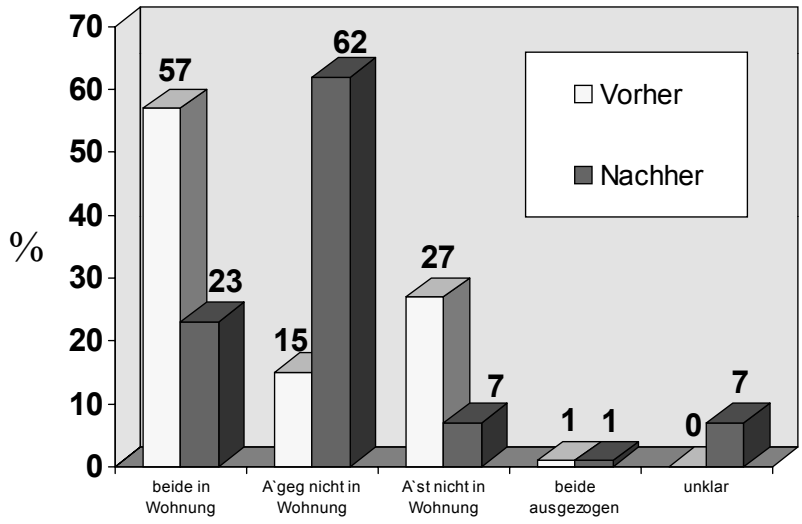
Ziel von § 1361 b BGB-Verfahren ist, das Getrenntleben vom Partner zu ermöglichen, in der Regel in Form einer durch gerichtliche Entscheidung abgesicherte räumliche Trennung. Intention der Antragstellerin ist, während der Trennungszeit alleine in der Ehewohnung zu leben.

Im folgenden wollen wir überprüfen, inwieweit dieses Ziel erreicht wird, bzw. (allgemeiner) wie § 1361 b BGB-Verfahren auf die Wohnsituation von Antragstellerin und Antragsgegner einwirken und ob der (vorläufige) Auszug eines Ehepartners vor Antragstellung Einfluß auf die (neue) Wohnsituation nach dem Verfahren hat.

Die Ausgangssituation: Bei Antragstellung lebten 57% der Ehepaare zusammen in der gemeinsamen Ehewohnung, 27% der Antragstellerinnen und 15% der Antragsgegner hatten die Wohnung verlassen, so daß der jeweils andere Partner die Ehewohnung alleine bewohnte. Nach Abschluß des Verfahrens sieht die Situation so aus, daß 85% der Antragstellerinnen in der Ehewohnung sind, jedoch nur 63% alleine. 23% leben nach wie vor

mit dem Ehepartner zusammen in der Wohnung, wobei nur bei 9% eine Versöhnung stattgefunden hat. Wie sich das Verfahren auf die Wohnsituation auswirkt, zeigt folgende Grafik, in der die Wohnform der Ehepaare vor und nach dem Verfahren gegenübergestellt wird. Zur Wohnform ist anzumerken: Aus den Akten wissen wir nicht, wie die tatsächliche Wohnform ist. Maßgebend für die Situation „nach dem Verfahren" ist, was in dem Vergleich, der Erledigung oder dem Beschluß festgesetzt wurde. Wenn der Antragsgegner sich in einem Vergleich bereit erklärt, auszuziehen, aber eine Auszugsfrist von z.B. 6 Wochen hat, fällt das in die Kategorie „Antragsgegner freiwillig ausgezogen", auch wenn er unmittelbar nach dem Verfahren noch in der Wohnung wohnt und wir nicht wissen, ob er sich tatsächlich an die Abmachung hält. Letzteres wurde in der Betroffenenbefragung überprüft (siehe Kap. III).

Grafik II/6: Wohnsituation bei Antragstellung und nach Verfahrensende



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

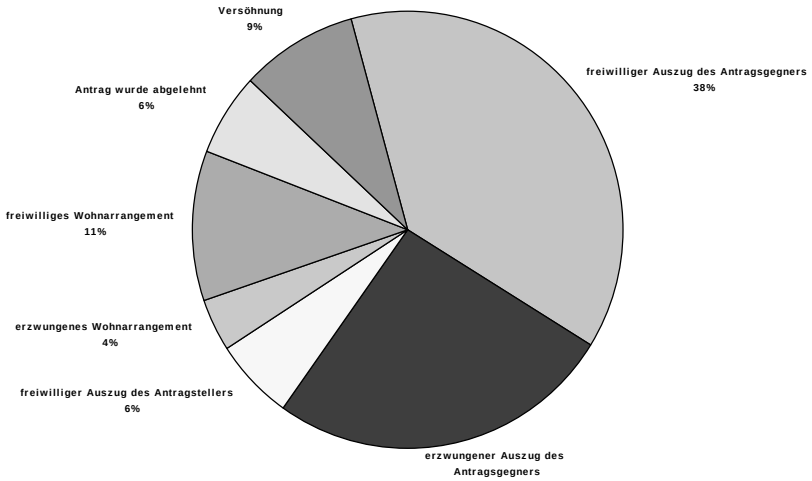
Die Grafik zeigt, daß nach dem Verfahren der Anteil gemeinsam (getrennt) lebender Paare von 57% auf 23% abnimmt, zahlreiche Antragsgegner ausgezogen (bzw. nach vorherigem Auszug nicht mehr in die Ehewohnung zurückgekehrt) sind und relativ viele Antragstellerinnen (nach Auszug) in die Ehewohnung zurückkehrten. Insgesamt leben 86% der Antragstellerinnen nach dem Verfahren (wieder) in der Ehewohnung. Von diesen lebte ein

Viertel vor Antragstellung nicht in der Ehewohnung, d.h. sie konnten nach dem Verfahren wieder in die Wohnung zurück.

Betrachten wir deshalb die Veränderung der Wohnform in Abhängigkeit von der Ausgangssituation.

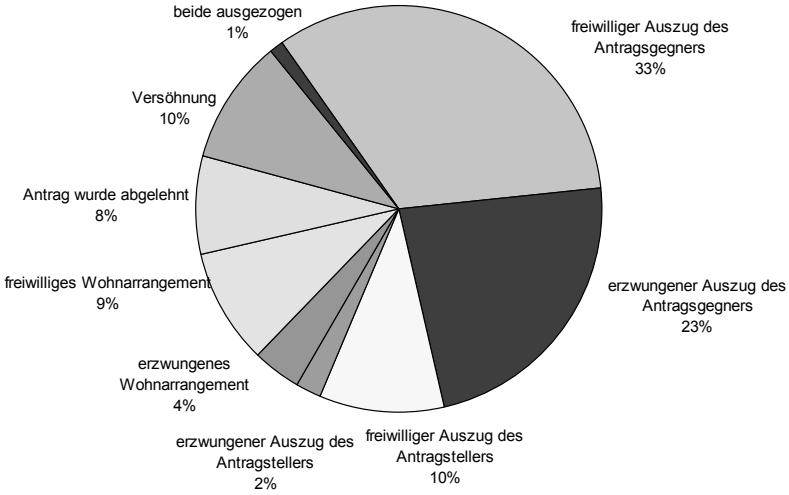
Die drei Abbildungen zeigen, daß die Wohnform nach Verfahrensende in allen Gruppen relativ ähnlich ist, d.h. die ursprüngliche Wohnsituation kaum ausschlaggebend für die spätere Wohnform ist. Es gibt allerdings eine Tendenz dahingehend, daß der Antragsgegner etwas öfter zum Auszug gezwungen wird, wenn er schon vorher nicht in der Wohnung lebte und daß die Antragstellerin häufiger freiwillig aus der Wohnung geht, wenn sie bereits bei Antragstellung nicht in der Wohnung wohnte.

Grafik II/7: Wohnform nach Verfahrensausgang
- Vorher: zusammen in der Ehewohnung



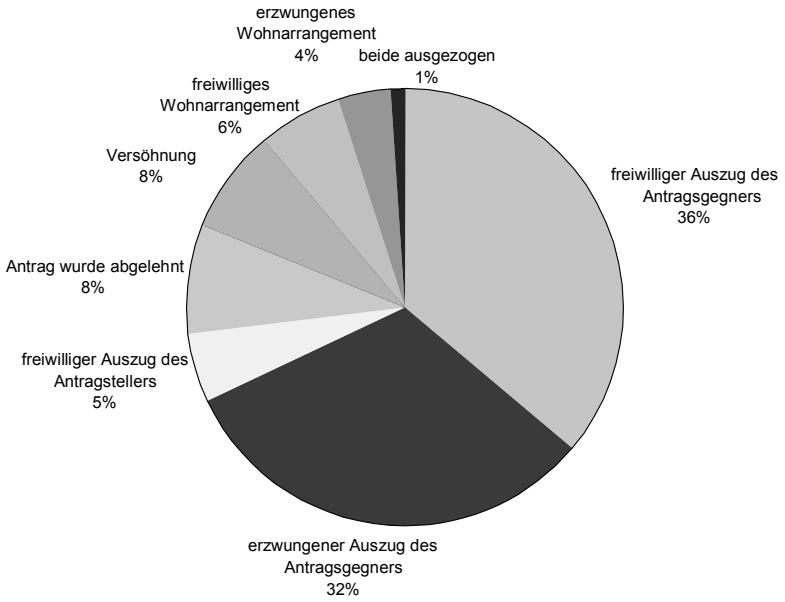
Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Grafik II/8: Wohnform nach Verfahrensausgang - Vorher: Auszug Antragstellerin



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998.

Grafik II/9: Wohnform nach Verfahrensausgang - Vorher: Auszug Antragsgegner



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998.

5 Beurteilung der Rechtslage anhand der Aktenanalyse

5.1 Interpretationsspektrum von „schwerer Härte“

Wir haben bisher die Entscheidungsrelevanz einzelner Sachverhaltsbehauptungen für den Tatbestand „schwere Härte“ sowie des Kindeswohls analysiert. Die Analyse erfolgte getrennt nach verschiedenen Arten und dem Sachverhalt der Gewalt.

Ziel der Analyse ist letztendlich, einen Überblick über das Interpretationsspektrum des Begriffs „schwere Härte“ zu erhalten. Wir führen zu diesen Zweck die bisherigen Indikatoren zu Art und Schweregrad der Gewalt gegen Antragstellerin und Kind zu einem gemeinsamen Index zusammen und veranschaulichen daran, wie weit das Interpretationsspektrum von „schwerer Härte“ in den Anträgen ist, wie es sich auf den Verfahrensausgang auswirkt und welche Interpretationen von Gewalt und anderen Antragsbe-

gründungen in bezug auf „schwere Härte“ de facto den Beschlüssen zugrunde liegen.

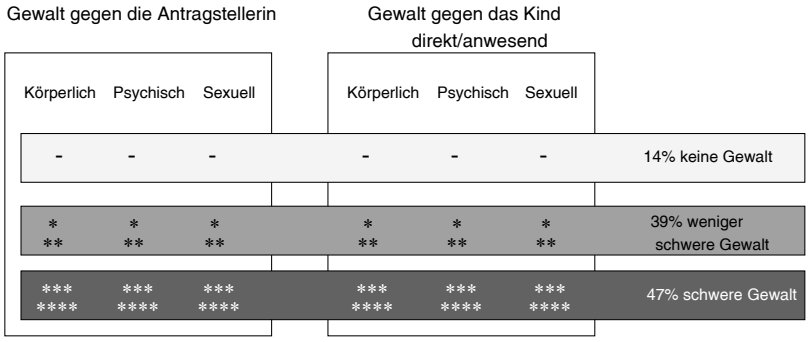
Um die Ausdehnung der Antragsvoraussetzung – Vorliegen einer „schweren Härte“ – abbilden zu können, haben wir drei Abstufungen vorgenommen, die sich an der Schwere der Gewalt orientieren:

1. Vorliegen von schwerer Gewalt: Es wird schwere und/oder lebensbedrohliche Gewalt angeführt.
2. Vorliegen von weniger schwerer Gewalt: Es werden mittel schwere oder weniger schwere Gewalttaten angeführt.
3. Es liegt keine Gewalt vor, sondern es werden (höchstens) sonstige (berechtigte) Gründe angeführt.

Eine detaillierte Darstellung, welche Sachverhalte unter die verschiedenen Definitionen subsumiert wurden, befindet sich im Anhang.

Wertet man körperliche, psychische und sexuelle Gewalt in der Antragsbegründung gleich und unterscheidet nur nach der Stärke der Gewalt, so liegt den Anträgen im Prinzip folgender Interpretationsspielraum zu Grunde:

Grafik II/10: Schwere der Gewalt (Index I)



(Basis: Sachverhaltsbehauptungen in den Anträgen, Gewaltarten gleichgewichtet)
- = nicht genannt * = weniger schwer ** = mittel *** = schwer **** = lebensbedrohlich
Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Geht man von dieser Abgrenzung aus, enthalten 47% der Anträge Sachverhaltsbehauptungen, die einer schweren Gewalt entsprechen; bei 39% liegt weniger schwere Gewalt vor, bei 14% keine Gewalt.

Je nach Intensität von Gewalt kommt es zu nachstehendem Verfahrensausgang:

Tab. II/27: Schwere der Gewalt und Verfahrensausgang (in Prozent)

Schwere der Gewalt	Vergleich/ Vereinbarung	Erledigung/ Rücknahme	Antrag stattgegeben	Antrag abgelehnt	Fallzahl (n)
schwere Gewalt	33%	41%	21%	5%	774
weniger schwere Gewalt	29%	42%	20%	10%	600
keine Gewalt	26%	50%	11%	13%	236

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Zwar enden Verfahren, in denen die Anträge gemäß dieser Indexbildung nicht mit Gewalt begründet sind, häufiger mit einem Vergleich bzw. der Rücknahme oder die Anträge werden im Falle eines Beschusses häufiger abgewiesen. In 24% dieser Anträge ergeht ein Beschluß. Immerhin wird bei fast jedem zweiten Beschluß die Wohnung zugewiesen. Verfahren, in denen sich die Antragstellerinnen auf weniger schwere Gewalt stützen, enden zu 30% mit einem Beschluß, wobei in zwei von drei Fällen dem Antrag stattgegeben wird.

Gegen diese Begriffsfassung ließe sich einwenden, daß sie der Realität nicht gerecht wird. Bei der Anerkennung von Gewalt als „schwerer Härte“ vor Gericht hat sich gezeigt, daß Richter/-innen die psychische Gewalt weniger stark berücksichtigen. Im Gegensatz zu körperlichen oder sexuellen Mißhandlungen, werden rein psychische Vorfälle von den Richter/-innen häufiger erst ab einer höheren Beeinträchtigungsstufe als „schwere Härte“ anerkannt. Dies kann an der Unklarheit darüber liegen, inwieweit (und in welcher Form) psychische Gewalt als „schwere Härte“ zu betrachten ist; dies kann auch an den Schwierigkeiten liegen, die Schwere psychischer Gewalt zu beweisen. Stellt man aber exemplarisch rein psychische Gewalttaten (gegen die Antragstellerin) den körperlichen gegenüber, dann zeigt sich, daß das Ausmaß psychischer Gewalt von den Richter/-innen bei der Beschlußfassung zwar berücksichtigt wird, doch die Eintrittsschwelle für das Vorliegen einer „schweren Härte“ im allgemeinen höher angesetzt wird als bei körperlicher Gewalt (vgl. Tabelle II/28).

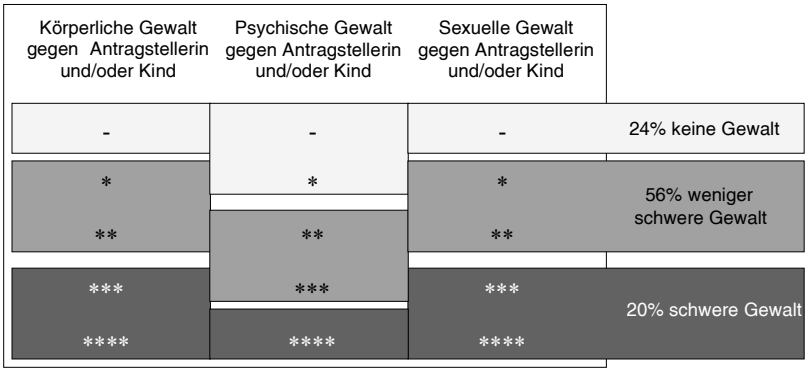
Tab. II/28: Zuweisung der Ehewohnung bei (ausschließlich) psychischer bzw. körperlicher Gewalt (in Prozent)

Art und Schwere der Gewalt	Beschluß		
	Zuweisung	Ablehnung	Fallzahl (n)
nur psychische Gewalt			
weniger/ mittel schwer	54%	46%	101
schwer/ lebensbedrohlich	68%	32%	77
nur körperliche Gewalt			
weniger/ mittel schwer	78%	22%	47
schwer/ lebensbedrohlich	89%	11%	18

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Wir modifizieren den „Gewaltindex“ daher durch geringere Gewichtung von psychischen Gewalttaten. Die nachfolgende Grafik zeigt den Interpretationsrahmen von „schwerer Gewalt“ und die Abstufungen des „Gewaltindex II“.

Grafik II/11: Schwere der Gewalt (Index II)

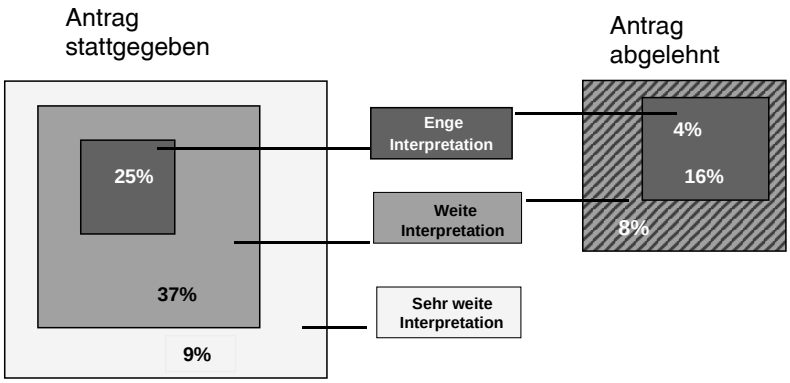


(Basis: Sachverhaltsbehauptungen in den Anträgen, psychische Gewalt geringer gewichtet)
- = nicht genannt * =weniger schwer ** =mittel *** = schwer **** = lebensbedrohlich
Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

In diesem Rahmen werden Entscheidungen über die Zuweisung der Ehewohnung getroffen. Je nachdem, wie eng der/die Richter/-in den Begriff „schwere Härte“ für sich definiert und welche der vorgetragenen Sachverhalte seiner Definition entsprechen, wird er dem Antrag stattgeben oder die Zuweisung ablehnen, sofern es zwischen den Parteien zu keiner anderen Einigung kommt.

Die Beschlüsse in unseren Akten beinhalten folgende Interpretationen von Gewalt als „schwere Härte“:

Grafik II/12: Interpretation von Gewalt als „schwere Härte“



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die *dunkelgrauen* Felder bedeuten, daß eine Entscheidung auf der Basis einer engen Interpretation gefallen ist (insg. 45%), d.h.:

- die Wohnung wurde bei Vorliegen von schwerer Gewalt zugewiesen (25%);
- der Antrag wurde bei Vorliegen (Behauptung) von weniger schwerer Gewalt abgelehnt (16%);
- der Antrag wurde trotz Vorliegen (Behauptung) von schwerer Gewalt abgelehnt (4%).

Im *hellgrauen* Bereich wurde eine Entscheidung aufgrund einer weiteren Interpretation (insg. 45%) getroffen, d.h.

- die Wohnung wurde bei Vorliegen einer weniger schweren Gewalt zugewiesen (37%);

– der Antrag auf Zuweisung der Wohnung wurde abgelehnt (8%), da keine Gewalt vorlag. (Diesen Beschlüssen liegt u.U. eine enge Interpretation zugrunde).

Auf einer sehr weit gefaßten Interpretation basieren Entscheidungen im *weißen* Bereich (9%): Hier wurde die Wohnung zugewiesen, ohne daß Gewalt vorlag.

Dies sind im übrigen Angaben zu den Entscheidungen je Antrag; sie charakterisieren nicht den Entscheidungsstil der einzelnen Richter/-innen, sondern nur den einzelnen Beschluß. Inwieweit sich Richter/-innen konsequent an bestimmte Interpretationen von „schwerer Härte" halten oder je Verfahren (soweit erkennbar) unterschiedliche Maßstäbe anlegen, wird im nächsten Kapitel untersucht. Ob Gewalt vorliegt und wie schwer sie ist, wird hier an den Sachverhaltsbehauptungen im Antrag gemessen. Ob die vorgebrachten Sachverhalte der Realität entsprechen, ist für die Beurteilung des Interpretationsspektrums unwesentlich: Bei Beschlüssen, denen (nach der hier verwendeten Definition) eine enge Interpretation zugrunde liegt, erübrigt sich der Nachweis, „wie es wirklich war". Im Falle der Wohnungszuweisung wegen Vorliegens schwerer Gewalt ist die Überprüfung, ob diese tatsächlich vorgelegen hat, für unsere Fragestellung obsolet. Im Falle der Ablehnung des Antrags wegen des Fehlens von schwerer Gewalt gilt dasselbe. Ziel der Analyse ist ausschließlich, zu zeigen, bei wievielen Beschlüssen sich Richter/-innen an einer engen Interpretation orientieren.

Auch bei Beschlüssen, die eine weitere Interpretation zugrundelegen, erübrigt sich die Überprüfung des Wahrheitsgehaltes der Sachverhaltsbehauptungen, da im Beschluß keine schwere Gewalt vorausgesetzt worden war.

Ausgehend von den o.a. Kriterien kommen wir daher zu folgender Einschätzung:

Bei etwa der Hälfte der Beschlüsse[22] wird ein Maßstab angesetzt, der nicht der engen Interpretation von schwerer Gewalt entspricht – also die Eintrittsschwelle für das Vorliegen einer „schweren Härte" de facto niedriger ansetzt.

[22] Werden hier nur Beschlüsse einbezogen, bei denen die Wohnungszuweisung bei Vorliegen von weniger schwerer Gewalt bzw. ohne daß Gewalt angeführt wird, erfolgt, liegt der Anteil von Beschlüssen, die eine weite Interpretation zugrundelegen, bei 46%. Bezieht man hier zusätzlich Beschlüsse, die Anträge ablehnen, weil keine Gewalt vorlag, ein, erhöht sich der Anteil auf 54%.

Auf der anderen Seite zeigt die Aktenanalyse auch, daß der Interpretationsspielraum groß ist. Immerhin wird bei gut jedem vierten Beschluß der Antrag abgelehnt, bei 4% sogar, obwohl laut den im genannten Antrag Tätlichkeiten schwere Gewalt vorlag bzw. behauptet wird, bei 16%, weil keine Gewalt gegeben ist, aber eigentlich Sachverhalte genannt worden waren, die bei relativ vielen Beschlüssen für die Zuweisung der Wohnung ausreichen.

Dies bildet u. E. einen Hinweis darauf, daß der Begriff „schwere Härte“ in der Praxis

- oft sehr weit gefaßt wird und
- uneinheitlich interpretiert wird.

5.2 Einflußfaktoren auf die Interpretation von Sachverhalten als „schwere Härte“ in Beschlüssen

Da Beschlüsse in Hauptverfahren vermutlich nicht nur an Art und Grad von Gewalttätigkeit, sondern an einer Reihe weiterer Kriterien orientiert sind, wurde überprüft, ob sich die Interpretation von Sachverhalten und die Beschlüsse aus anderen Kennzeichen des Falles erklären lassen. Dies ist nicht der Fall. Beispielsweise wurden bei Familien in großzügiger bemessenen Wohnungen im Durchschnitt eine weitere Interpretation von Gewalt zugrundegelegt als bei Familien in beengten Wohnverhältnissen! Sonstige Gründe (wie z.B. schwere Krankheit der Antragstellerin, die Tatsache, daß der Antragsgegner leichter eine Wohnung findet, der Beruf in der Wohnung ausgeübt wird) sowie die Anzahl der Beweise haben offenbar keinen Einfluß auf die Beschlußfassung und die Interpretation der Sachverhalte. Die Anzahl der Beweise ist bei Beschlüssen, die eine relativ weite Interpretation von „schwerer Härte“ zugrunde legen, sogar geringer als bei Beschlüssen, die sich an einer engen Interpretation orientieren.

Vom Antragsgegner vorgebrachte Sachverhalte und seine Beweisführung haben allerdings, wie bereits gezeigt wurde, Einfluß auf die Beschlußfassung und die Interpretation: Legt der Antragsgegner Beweise vor, kommt es häufiger zur Ablehnung von Anträgen, die eine schwere Gewalt behaupten und seltener zur Wohnungszuweisung bei Anträgen, die sich auf weniger schwere (oder nicht auf) Gewalt stützen.

5.3 Variabilität der Interpretation von „schwerer Härte“

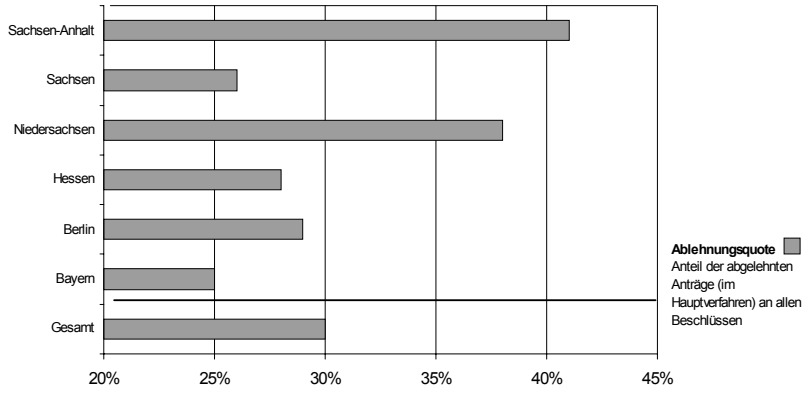
Um die Variabilität der Entscheidungsgänge in bezug auf § 1361 b BGB-Verfahren zu rekonstruieren, wurden Verfahrensdauer und Beschlußquote in den verschiedenen Bundesländern bzw. den einzelnen Amtsgerichten verglichen sowie überprüft, wie häufig (im Falle eines Beschlusses) Anträge abgelehnt wurden und ob diese eine enge Interpretation (gemäß Gewaltindex II), eine gemäßigte Haltung (Wohnungszuweisung bei weniger schwerer Gewalt/ohne Gewaltargument) oder eine sehr enge Haltung (Ablehnung von Anträgen, die schwere Gewalt anführen) offenbaren.

Dabei zeigt sich eine erhebliche Variabilität: Die Verfahrensdauer schwankt je nach Bundesland zwischen sieben und zwölf Wochen; vergleicht man die verschiedenen Amtsgerichte, liegt die durchschnittliche Verfahrensdauer teilweise bei fünf bis sieben Wochen, bei anderen Amtsgerichten (im Durchschnitt) bei bis zu elf bzw. dreizehn Wochen (höchster Durchschnittswert: 22 Wochen).

Auch an der Beschluß-/Ablehnungsquote wird deutlich, daß je nach Bundesland bzw. auch in den einzelnen Amtsgerichten durchaus unterschiedlich verfahren wird. Zum Teil bemühen sich die Richter/-innen der einzelnen Amtsgerichte intensiv um die Vermittlung zwischen den Parteien und vermeiden Beschlüsse weitestgehend (Beschlußquote liegt dann teilweise bei nur 6% bis 20%). An anderen Amtsgerichten tendieren Richter/-innen häufiger dazu, Verfahren durch eine richterliche Entscheidung zu beenden (Beschlußquote bei 30% bis 60%).

Ob im Rahmen dieser Beschlüsse die Wohnung zugewiesen oder der Antrag abgelehnt wird, variiert ebenfalls stark von Bundesland zu Bundesland, noch mehr von Amtsgericht zu Amtsgericht. Die Ablehnungsquote (Anteil ablehnender Beschlüsse an allen Beschlüssen) schwankt auf Länderebene zwischen 25% und 41%, auf Amtsgerichtsebene zwischen 0% und 100% (siehe dazu Grafik II/13 und 14).

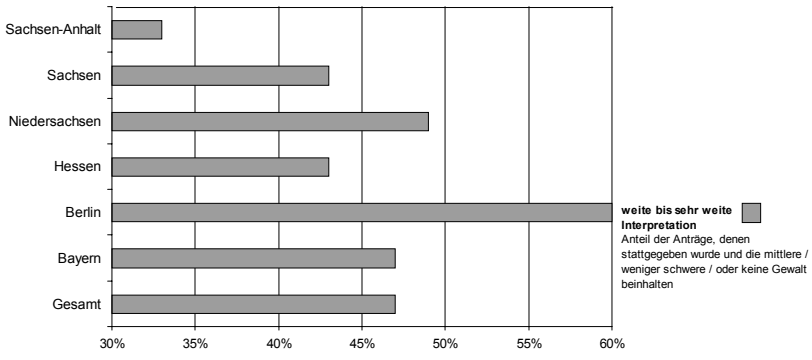
Grafik II/13: Variabilität der Handhabung von § 1361 b BGB in den einzelnen Bundesländern (Ablehnungsquote)



Datenbasis sind alle Fälle, in denen ein(e) RichterIn einen Beschluß gefaßt hat. Wenn sowohl eine einstweilige Anordnung als auch ein Beschluß im Hauptverfahren bekannt ist, wurde der Beschluß des Hauptverfahrens als Datenbasis gewählt.

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Grafik II/14: Variabilität der Handhabung von § 1361 b BGB in den einzelnen Bundesländern (Quote weite bis sehr weite Interpretation)



Datenbasis sind alle Fälle, in denen ein(e) RichterIn einen Beschluß gefaßt hat. Wenn sowohl eine einstweilige Anordnung als auch ein Beschluß im Hauptverfahren bekannt ist, wurde der Beschluß des Hauptverfahrens als Datenbasis gewählt.

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Eine ähnlich starke Variabilität zeigt sich bei der Interpretation von Gewalt in den untersuchten Beschlüssen. Während z.B. Richter/-innen in Sachsen überwiegend ihren Entscheidungen eine strenge Interpretation zugrundelegen, tendieren Richter/-innen in Berlin zu einer sehr gemäßigten Haltung, weisen also öfter auch bei Vorliegen von weniger schwerer Gewalt oder ohne daß Gewalt angeführt wird Wohnungen zu. Tendenziell gilt dies auch für Richter/-innen in Niedersachsen und Bayern.

Eine noch stärkere Variation des Maßstabes, der bei der Interpretation von „schwerer Härte“ angelegt wird, läßt sich auf der Analyseebene „Amtsgericht“ nachweisen. Bei einer Reihe von Amtsgerichten kann mit hoher Sicherheit von einer gemäßigten Haltung ausgegangen werden, bei anderen dagegen von einer sehr engen Interpretation von „schwerer Härte“.

Dieses Ergebnis zeigt sich auch bei der Analyse der Entscheidungsstile verschiedener Richter/-innen. Die bisherigen Ausführungen bezogen sich ja auf Anträge bzw. Beschlüsse, unabhängig davon, welche/r Richter/-in sie zuzuordnen sind. Untersucht man je Richter/-in, unter welchen Voraussetzungen die Wohnung zugewiesen wird, läßt sich zeigen, daß einzelne Richter/-innen konsequent zu einer strengen Haltung tendieren, andere eine strenge bis gemäßigte, wieder andere eine durchweg gemäßigte und weite Interpretation von „schwerer Härte“ der Beschlußfassung zugrunde legen. Auch auf dieser Analyseebene wird deutlich, daß die Interpretation von § 1361 b BGB relativ stark variiert.

Die Beschlußfassung differiert zudem nach Ortsgröße: In Ballungszentren und Städten wird im Durchschnitt eine weitere Interpretation von § 1361 b BGB zugrundegelegt als in ländlichen Gebieten.

6 Zusammenfassung

Ausgangssituation, Verfahrenskennzeichen und Rechtsprechung bei der Wohnungszuweisung (Ergebnisse der Aktenanalyse)

6.1 Erhebungsdesign

Die Ergebnisse dieses Kapitels basieren auf einer zweistufigen Aktenanalyse: In der Grobanalyse der Akten wurden insgesamt 2079 Akten ausgewertet. Einbezogen waren dabei jeweils der Antrag, die Antragserwiderung bzw. der Gegenantrag sowie der Beschluß oder sonstige Hinweise auf den Ausgang des Verfahrens. Die Anträge stammen aus 140 Amtsgerichten in

den Bundesländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin. In der Regel handelt es sich um eine Vollerhebung (je Amtsgericht) zu den Verfahren der Jahre 1995 und 1996.

Ergänzend dazu wurde eine Detailanalyse der Akten durchgeführt. Ausgangspunkt dieser Analyse waren 250 Akten, bei denen das Verfahren vollständig erfaßt war. Aus diesen wurden nach verschiedenen Kriterien 74 typische Fälle ausgewählt und im Detail analysiert. Einbezogen waren dadurch die Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Sachsen und Berlin und dort sowohl Amtsgerichte in Ballungszentren als auch in Großstädten und in kleineren Städten (München, Regensburg, Schweinfurt, Lichtenfels, Coburg, Altötting, Oldenburg, Wolfsburg, Berlin und Meißen).

6.2 Ergebnisse

- **Ausgangssituation und Merkmale betroffener Personen**

Antragstellende nach § 1361 b BGB sind zu 91% Frauen. Männliche Antragstellende bilden also eine nur sehr kleine mit spezifischen Kennzeichen versehene Gruppe. In den meisten Fällen (88%) sind Familien mit Kindern betroffen. Überwiegend leben gemeinsame Kinder von Antragstellerin und Antragsgegner in der Ehewohnung. Der weit überwiegende Teil der Kinder ist minderjährig, hauptsächlich im Kindergarten- und Schulalter. Der Anteil von Ausländern und Arbeitslosen in den betroffenen Familien ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hoch. Schichtzugehörigkeit und ökonomische Situation differieren: Auch wenn Familien unterer sozialer Schichten überrepräsentiert sind, befinden sich unter den Antragstellerinnen zu nicht geringem Anteil Angehörige anderer sozialer Schichten.

Im Durchschnitt sind die Paare zum Zeitpunkt der Antragstellung 10 Jahre verheiratet bis es zur Antragstellung kommt und leben seit 5 ½ Monaten (meist in der ursprünglichen Ehewohnung) getrennt. Häusliche Gewalt und Antragstellung auf Wohnungszuweisung ist also meist kein Phänomen junger Ehen und ist in der Regel nicht auf eine spontane, einmalige Kurzschlußhandlung zurückzuführen.

Vielfach wohnen die Familien in beengten Wohnverhältnissen. Bei etwa 50% scheint ein Getrenntleben innerhalb der Ehewohnung aufgrund der verfügbaren Zimmerzahl kaum möglich. Im besonderen Maße gilt dies für die Familien mit drei und mehr Kindern. Entsprechend versucht nur ein begrenzter Teil der Paare (57%) die Trennungsphase durch die Aufteilung der gemeinsamen Ehewohnung zu bewältigen. Ein Viertel der Antragstellerin-

nen verlassen bei bzw. vor der Antragstellung die Ehewohnung und wohnen dann (in der Regel mit den Kindern) meist bei Eltern, Freunden oder im Frauenhaus. Bei 15% befindet sich der Antragsgegner nicht mehr in der Ehewohnung; meist wohnt er bereits in einer eigenen Wohnung oder bei einem neuen Partner.

- **Begründung der Anträge**

Zu 68% werden Anträge mit körperlicher Gewalt des Partners begründet. Noch etwas häufiger (75%) wird psychische Gewalt angeführt. Mit sexueller Gewalt begründen 7% der Betroffenen ihr Begehren. Häufig (40%) werden (meist als zusätzliches Argument) Alkohol – und Drogenprobleme genannt.

Oft kommen mehrere dieser Gewalttaten gleichzeitig vor. Die häufigsten genannten Kombinationen sind: körperliche und psychische Gewalt (26%) sowie körperliche, psychische Gewalt und Alkoholprobleme (24%). Aufbauend auf den in den Anträgen genannten Vorfällen und unter zusätzlicher Berücksichtigung der Gewaltfolgen wurde in der Aktenanalyse auch versucht, die verschiedenen Arten der Gewalt in ihrer Schwere zu klassifizieren. Diese Klassifizierung zeigt: Wird körperliche Gewalt als Antragsbegründung angeführt, dann handelt es sich zu 58% um (maximal) mittelschwere, zu 33% um schwere bis lebensbedrohliche Gewaltformen. 9% lassen sich aufgrund nur globaler Sachverhaltsbeschreibungen nicht kategorisieren. Wird psychische Gewalt angeführt, handelt es sich zu jeweils einem Viertel um (maximal) weniger schwere bis mittelschwere, bei 45% um schwere Formen der Gewalt (Rest: nicht zuordenbar).

Daneben werden als (ausschließlicher bzw. zusätzlicher) Grund weitere Argumente genannt, die sich meist auf die Chancen der Antragstellerinnen bzw. der Antragsgegner auf dem Wohnungsmarkt, die Eigentumsverhältnisse an der Ehewohnung, die ökonomische, berufliche oder gesundheitliche Situation der Antragstellerinnen bzw. der Antragsgegner oder der Kinder beziehen. Daß ausschließlich solche Gründe für den Antrag angeführt werden, ist selten (5%). Diese Antragstellenden sind überdurchschnittlich häufig Männer, Wohnungs-/Hauseigentümer und/oder Paare, die ein Wohnarrangement getroffen haben und bei denen Einvernehmen in bezug auf den Trennungswunsch besteht.

- **Kindeswohl**

72% der Antragstellerinnen mit Kindern führen auch das Kindeswohl als (fast durchweg nur zusätzlichen) Grund für die Wohnungszuweisung an.

Vielfach sind Kinder von Gewalt direkt oder indirekt betroffen. Beispielsweise sind 14% der Kinder direkt von körperlicher Gewalt betroffen, 20% bei solchen Gewalthandlungen anwesend. Noch häufiger sind Kinder Zielscheibe psychischer Gewalt (21%) oder Zeuge psychischer Gewalttaten (26%). 1% der Kinder ist direkt von sexueller Gewalt betroffen, ebenso viele bei sexuellen Gewalttaten anwesend. Wenn es zu bestimmten Gewalttaten kommt, sind Kinder im übrigen jeweils im höheren Maße als hier aufgeführt, involviert. Beispielsweise sind in den Familien, in denen sexuelle Gewalt vorkommt, Kinder zu 19% direkt von sexueller Gewalt betroffen, 10% der Kinder bei sexuellen Gewalttaten anwesend. Berücksichtigt man alle Gewaltformen, zeigt sich das hohe Ausmaß, in dem Kinder mit häuslichen Konflikten und Gewalttaten konfrontiert sind: Insgesamt sind 80% der hier untersuchten Kinder direkt oder indirekt den (meist mittelschweren bzw. schweren) Gewalttaten und/oder Drogenproblemen eines Elternteils ausgesetzt.

Wenn Gewalt gegenüber Kindern im Antrag angeführt wird, so sind die Kinder selten allein von den Gewalthandlungen eines Elternteils betroffen. In den meisten Fällen wird Gewalt gegenüber der Antragstellerin und zusätzlich gegenüber den Kindern ausgeübt. Für die Antragstellerinnen bedeutet dies, daß sie häufig doppelter Gewalt ausgesetzt sind, nämlich der Gewalt gegen sich selbst und der Gewalt gegen die Kinder, die sie oft nicht anders als durch Auszug und den Gang zum Gericht schützen können. Umgekehrt gilt für die Kinder, daß sie auch dann zumindest von psychischer Gewalt betroffen sind, wenn diese nicht direkt gegen sie gerichtet ist. Sie versuchen, einen Elternteil zu schützen, wenn er physischer Gewalt durch den anderen Elternteil ausgesetzt ist, erleben mit, daß ein Elternteil ständig herabgesetzt, gedemütigt und bedroht wird. Sie werden häufig in die Konflikte der Eltern einbezogen, sei es, daß sie als Schiedsrichter benützt oder in Allianzen gezwungen werden. Als Folgen der Gewalt müssen sie in den meisten Fällen die Isolation der Familie und/oder den Verlust ihres sozialen Umfeldes, manchmal sogar gespaltene Loyalitäten in der Geschwistergruppe und Geschwistertrennungen hinnehmen und verarbeiten; dies häufig ohne Unterstützung ihrer Eltern.

- **Gewalt von Frauen gegen Männer**

Wie erwähnt sind 9% der Antragstellenden Männer. Sie führen zu 75% Gewalttaten der Partnerin an. Im Vergleich zu Frauen begründen Männer Zuweisungsanträge häufiger mit psychischer Gewalt ihrer Partnerinnen bzw. mit psychischer und körperlicher Gewalt. Soweit in den Anträgen erkennbar, sind Frauen, wenn sie körperlich gewalttätig werden, aggressiver und führen schwerwiegendere Gewalttaten aus als Männer. Im Vergleich

zu Männern steht Gewalt bei ihnen seltener mit Alkohol-/Drogenkonsum in Verbindung. 25% der Männer führen keine Gewalttaten der Partnerin an. Diese Anträge sind überdurchschnittlich häufig durch die Besitzverhältnisse (Mann ist Haus-/Wohnungsbesitzer oder Alleinverdiener) motiviert.

- **Folgen von Gewalt**

Die in den Anträgen angeführten Folgen körperlicher Gewalt reichen von blauen Flecken, Prellungen (die jeweils ein Fünftel der Antragstellerinnen anführen) über offene Wunden, Verstauchungen, Knochenbrüche, ausgeschlagenen Zähne bis zu dreiwöchigem Koma, oder Folgen, die eine stationäre Behandlung erfordern; teils werden Gegenstände zerstört oder die Wohnungseinrichtung demoliert. Als Hauptfolgen psychischer Gewalt werden Ängstlichkeit (33%), psychische Störungen, teilweise auch Suizidgedanken angeführt. Bei Kindern dominiert als Folge elterlicher Gewalt Ängstlichkeit, psychische Störungen und eine (teils massive) Beeinträchtigung von Schulleistungen.

Dies sind allerdings nur die in den Anträgen aufgeführten und auf die Antragsvoraussetzung „schwere Härte“ fokussierten Folgen, also die Folgen, die sich im Sinne des Gesetzes für den Antrag instrumentalisieren lassen. Darüber hinaus haben die Konfliktsituationen in den betroffenen Familien vielfältige andere psychische, physische und soziale Auswirkungen, die in den Begründungen der Anträge nicht aufgeführt werden, für die Betroffenen jedoch schwerwiegende Folgen darstellen. Letztendlich ist diese Selektion bestimmter Folgen eine Auswirkung gesetzlicher Vorgaben.

- **Beweise**

Bei mehr als 80% der Anträge werden Beweise angeführt. Das verbreitetste Beweismittel ist die eidesstattliche Erklärung. Daneben werden bei körperlicher Gewalt vor allem Atteste, Zeugenaussagen und Polizeiprotokolle als Beweismittel beigefügt. Psychische Gewalt und sexuelle Gewalthandlungen werden (soweit Beweise beigegeben werden) durch Zeugenaussagen und ärztliche Atteste untermauert. Vor allem bei diesen Gewaltarten sowie bei Drogen- und Alkoholproblemen besteht die Schwierigkeit, außer einer eidesstattlichen Erklärung dem Antrag andere stichhaltige Beweise beizugeben.

- **Die Gegenseite: Akzeptanz, Erklärung, Widerspruch**

Ca. die Hälfte der Anträge wird schriftlich erwidert, und zwar meist durch eine/n Anwalt/-in. In 70% dieser Erwiderungen wird Zurückweisung beantragt, die Begründung der Anträge abgestritten bzw. richtiggestellt und (bei

58%) Gegenvorwürfe erhoben. 10% stellen ihrerseits Antrag auf Zuweisung. In ca. der Hälfte der Erwiderungen werden Beweise angeführt, und zwar insbesondere dann, wenn der Antragsgegner einen eigenen Antrag auf Wohnungszuweisung stellt. Auch bei den Antragsgegnern ist das häufigste Beweismittel die eidesstattliche Erklärung.

Die Ergebnisse der Detailanalyse zeigen, daß in manchen Fällen die Entgegnung dem Antrag die rechtliche Grundlage entzieht. Dies ist immer dann der Fall, wenn der Antragsgegner nach Antragstellung die Ehewohnung verlassen hat und keinen Anspruch mehr auf sein Wohnrecht geltend macht. In diesen Fällen legen die Richter/-innen den Antragstellerinnen regelmäßig nahe, ihren Antrag in der Hauptsache nicht weiter zu verfolgen. Dies häufig auch dann, wenn die Antragstellerin aus Angst, der Partner könnte zurückkehren und sich gewaltsam Eintritt in die Wohnung verschaffen, ihren Antrag auch in der Hauptsache aufrechterhalten will.

Eine weitere Möglichkeit, dem Antrag die Grundlage zu entziehen ist, daß die Entgegnung nachweislich deutlich macht, daß die Eheleute gegenseitig Gewalt anwenden. In derartigen Fällen müssen andere Kriterien als „Gewalt“ für eine Entscheidung herangezogen werden.

Möglich ist jedoch auch, daß die Antragsentgegnung das Vorliegen einer „schweren Härte“ für die Antragstellerin unterstreicht. Ein solcher Fall ist meist dann gegeben, wenn der Antragsgegner kein Unrechtsbewußtsein hat und seine Handlungen dementsprechend als gerechtfertigt darstellt, obwohl sie nach dem Gesetz eine „schwere Härte“ begründen.

Berücksichtigt man alle Fakten, die zu Antrag und Gegenantrag sowie zur Beschlußfassung vorliegen, dann ist davon auszugehen, daß die meisten Tatsachenvorträge nachvollziehbar waren. Anhaltspunkte dafür sind die große Zahl der positiven Beschlüsse und die Tatsache, daß auch Vergleiche und Vereinbarungen, bzw. sonstige Formen der Beendigung des Verfahrens überwiegend zu der im Antrag gewünschten Wohnsituation (Auszug des Antragsgegners) führen.

- **Das Verfahren**

Im Gegensatz zu den Antragsgegnern sind die Antragstellerinnen zu 90% durch eine/n Anwalt/-in vertreten. Fast alle beantragen die alleinige Zuweisung der Ehewohnung und stellen (zu ca. 60%) auch einen Antrag auf einstweilige Anordnung. Etwa ebenso häufig wird ein Betretungsverbot beantragt. 57% stellen zusätzlich auch einen Antrag auf Prozeßkostenhilfe.

Gemessen an der durchschnittlichen Dauer sonstiger Gerichtsverfahren werden Anträge auf Wohnungszuweisung äußerst zügig bearbeitet: Bis zu einer einstweiligen Anordnung dauert es im Durchschnitt zweieinhalb Wochen; die Dauer des Hauptverfahrens beträgt durchschnittlich sechs Wochen. Dies bedeutet nicht, daß die Verfahrensdauer immer der Eilbedürftigkeit und Bedrohlichkeit der Situation, in der sich einige Antragstellerinnen befinden, gerecht wird. Ein Teil der Verfahren zieht sich sehr lange hin, insbesondere dann, wenn Entscheidungen in Parallelverfahren abgewartet werden, wie z.B. die vorläufige Regelung der elterlichen Sorge.

Die mündliche Verhandlung ist von ausschlaggebender Bedeutung für den Fortgang des Verfahrens. Durch sie ist es der/die Richter/-in möglich, Argumente und Gegenargumente aus eigener Anschauung gegeneinander abzuwägen und, seinem Auftrag gemäß, Möglichkeiten zur einvernehmlichen Lösung des Rechtsstreits zu identifizieren und zu nützen. Die große Zahl von Vereinbarungen/Vergleichen belegt, zumindest nach der Aktenlage, die Wirksamkeit dieses Vorgehens.

- **Ausgang des Verfahrens**

Nur ein begrenzter Teil der Verfahren endet durch gerichtlichen Beschluß (28%). In der überwiegenden Zahl der Fälle gelingt den Verfahrensbeteiligten also eine Einigung ohne richterliche Entscheidung. Zu 30% schließen die Parteien einen Vergleich bzw. eine Vereinbarung. Bei einem Viertel wird das Verfahren für erledigt erklärt. Den häufigsten Grund für diese Formen der Beendigung des Verfahrens bildet der Auszug des Antragsgegners. Ein knappes Fünftel der Anträge wird zurückgenommen, und zwar meist deshalb, weil sich die Parteien versöhnt haben. Insgesamt spielt die Versöhnung allerdings nur eine untergeordnete Rolle: Von allen Verfahren zu § 1361 b BGB enden nur 6% durch Versöhnung.

Wie das Verfahren ausgeht, hängt auch von der Art der Gewalt ab. Anträge, die sich auf körperliche und sexuelle (teilweise zusätzlich: psychische) Gewalt stützen, enden häufiger (zur Hälfte) mit einem Beschluß.

In drei Vierteln der Beschlüsse wird dem Antrag stattgegeben und die Wohnung zugewiesen. Das Ausmaß antragsgemäßer Beschlußfassung variiert nach Art der Gewalt: Im Falle körperlicher und sexueller (teilweise zusätzlich psychischer) Gewalt sind antragsgemäße Entscheidungen noch häufiger, wenn „nur“ psychische bzw. keine Gewalt vorliegt seltener bzw. weit seltener. Allerdings: Bei 37% der Beschlüsse zu Anträgen ohne Gewaltargument erfolgt eine Wohnungszuweisung.

- **Beweiswürdigung (in Beschlüssen)**

Das Vorliegen von Beweisen wirkt sich kaum auf die Anerkennung von bestimmten Sachverhalten (als „schwere Härte“) in Beschlüssen aus. Sachverhalte werden also, gleichgültig ob Beweise dazu vorgelegt wurden oder nicht, etwa im selben Umfang als gegeben anerkannt. Dies gilt sowohl für körperliche als auch für psychische und sexuelle Gewalt. Ganz wesentlich für die Beweiswürdigung ist offenbar die mündliche Verhandlung, in der sich der/die Richter/-in ein persönliches Bild von der Glaubwürdigkeit beider Parteien macht.

- **Interpretationsspektrum von „schwerer Härte“ bei Beschlüssen**

Um einen Überblick über das Interpretationsspektrum von „schwerer Härte“ in den 2079 in der Aktenanalyse erfaßten Verfahren zu erhalten, wurden die in jedem Verfahren vorgebrachten Sachverhaltsbehauptungen mit Hilfe eines Indexes zusammengefaßt und aufbauend auf der oben beschriebenen Klassifizierung von Arten und Graden von Gewalt Gruppen zugeordnet:

1. Anträge, die auf (mindestens eine) schwere oder lebensbedrohliche Gewalttat gegründet werden.
2. Anträge, die sich (höchstens) auf mittelschwere Gewalt beziehen.
3. Anträge, die nicht auf Gewalthandlungen fußen.

Die Gruppierung wurde anhand von zwei Indikatoren durchgeführt:
Gewaltindex I: Hier wird die psychische Gewalt gleichgewichtet mit anderen Gewaltarten
Gewaltindex II: Hier wird (ähnlich wie in den meisten Gerichtsverfahren) ein härterer Maßstab an psychische Gewalt angelegt.

Legt man Gewaltindex II zugrunde, berufen sich 29% der Antragstellerinnen auf schwere Gewalt, 53% auf weniger schwere bzw. mittelschwere Gewalt, 29% nicht auf Gewalt.

Die Analyse der Beschlüsse zeigt, welches Interpretationsspektrum bei gerichtlichen Entscheidungen zu § 1361 b BGB zugrunde gelegt wird.

1. Eine enge Interpretation des § 1361 b BGB ist in folgenden Urteilen erkennbar:
   - Wohnungszuweisung bei Vorliegen von schwerer Gewalt (25%)
   - Ablehnung des Antrags bei Vorliegen von weniger bis mittelschwerer Gewalt (16%) bzw. trotz Vorliegen (Behauptung) schwerer Gewalt (4%).

Insgesamt orientieren sich also 45% der Beschlüsse an einer solch engen Auslegung von § 1361 b BGB. Dazu können auch noch Beschlüsse gezählt werden, in denen Anträge abgelehnt werden, die sich nicht auf Gewalt berufen (8%).

2. Weitere und sehr weite Interpretation:

Dazu gehören Beschlüsse, bei denen eine Wohnung zugewiesen wird, obwohl nur weniger bzw. mittelschwere oder keine Gewalt vorliegt (37% und 9%).

Insgesamt wird also bei (mindestens) 46% der Beschlüsse die Interpretation von § 1361 b BGB auf Tatbestände ausgedehnt, die weniger bzw. mittelschwere oder keine Gewalt beinhalten.

- **Einflußfaktoren auf die Interpretation von Sachverhalten als „schwere Härte“ in Beschlüssen**

Da Beschlüsse vermutlich nicht nur an Art und Grad von Gewalttätigkeit, sondern an einer Reihe weiterer Kriterien orientiert sind, wurde überprüft, ob sich die Interpretation von Sachverhalten und die Beschlüsse aus anderen Merkmalen des Falles erklären lassen. Dies ist nicht der Fall.

Ausnahmen: Wenn der Antragsgegner nicht mehr in der Ehewohnung wohnt, orientieren sich Richter/-innen in etwas höherem Maße an einer weiteren Interpretation von § 1361 b BGB. Ähnliches gilt, wenn die Wohnung der Antragstellerin gehört.

Beweise des Antragsgegners haben einen Einfluß auf Beschlußfassung und Interpretation: Werden solche Beweise vorgelegt, kommt es häufiger zur Ablehnung von Anträgen, die eine „schwere Härte“ behaupten und seltener zur Wohnungszuweisung bei Anträgen, die sich auf „unbillige Härte“ oder „Härte“ stützen.

- **Variabilität der Interpretation von „schwerer Härte“**

Um die Variabilität der Entscheidungsgänge in bezug auf § 1361 b BGB-Verfahren zu rekonstruieren, wurden Verfahrensdauer und Beschlußquote in den verschiedenen Bundesländern und den einzelnen Amtsgerichten verglichen, sowie überprüft, wie häufig (im Falle eines Beschlusses) Anträge abgelehnt wurden und ob die Entscheidungen eine enge Interpretation (gemäß Gewaltindex II), eine gemäßigte Haltung oder eine eher strenge Haltung (Ablehnung von Anträgen, die eine schwere Gewalt anführen) beinhalten.

Dabei zeigt sich eine erhebliche Variabilität: Die Verfahrensdauer schwankt je nach Bundesland zwischen sieben und zwölf Wochen; noch stärker von Amtsgericht zu Amtsgericht. An der Beschluß-/Ablehnungsquote wird auch deutlich, daß sich Richter/-innen in bestimmten Bundesländern bzw. Amtsgerichten intensiv um die Vermittlung zwischen den Parteien bemühen und Beschlüsse weitestgehend vermeiden (Beschlußquote liegt dann teilweise bei nur 6% bis 20%). In anderen Amtsgerichten tendieren Richter/-innen häufiger dazu, Verfahren durch eine richterliche Entscheidung zu beenden (Beschlußquote bei 30% bis 60%).

Eine ähnlich starke Variabilität zeigt sich bei der Ablehnungsquote und bei der Interpretation von § 1361 b BGB in den untersuchten Beschlüssen. Während z.B. Richter/-innen in Sachsen überwiegend unter Zugrundelegung einer engen Interpretation entscheiden, tendieren Richter/-innen in Berlin zu einer sehr gemäßigten Haltung, weisen also öfter auch bei Vorliegen von weniger schwerer Gewalt Wohnungen zu. Tendenziell gilt dies auch für Richter/-innen in Niedersachsen und Bayern.

Eine noch stärkere Variation des Maßstabes, der bei der Interpretation des § 1361 b BGB angelegt wird, läßt sich auf der Analyseebene „Amtsgericht“ und bezüglich der Entscheidungsstile der einzelnen Richter/-innen nachweisen. Bei einer Reihe von Amtsgerichten bzw. Richter/-innen kann bei den einen mit hoher Sicherheit von einer gemäßigten Haltung ausgegangen werden, bei den anderen wieder von einer engen bis sehr engen Interpretation des § 1361 b BGB.

Die Beschlußfassung differiert nach Ortsgröße: In Ballungszentren und Städten wird im Durchschnitt eine weitere Interpretation von „schwerer Härte“ zugrunde gelegt, als in ländlichen Gebieten.

III. Erfahrungen und Sichtweisen von betroffenen Personen: Ein Vergleich zwischen Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag stellten

(H.P. Buba, B. Hofmann)

Die Aktenanalyse konnte bereits einen guten Einblick in die Vielfalt möglicher Vorfälle zwischen getrenntlebenden Ehepaaren geben. Sehr deutlich wurde dort auch die richterliche Handhabung des Begriffs „schwere Härte“: Insgesamt wird dieser Begriff weit gefaßt, aber es gibt deutliche Unterschiede in der Interpretation.

Doch die Analyse von Akten ließ auch eine Reihe von Fragen unbeantwortet bzw. warf weitere Fragen auf, so z.B., wie viele und warum von Gewalthandlungen des Ehepartners Betroffene keinen Antrag stellen; was Betroffene zur Antragstellung bewegt, welche Motive und/oder Ängste die Antragstellung begleiten bzw. ihr entgegenstehen etc. Es macht einen Unterschied, die Antragsschrift einer/-em Anwalt/-in bzw. die vom Rechtspfleger gefertigte Niederschrift eines Antrags zu analysieren oder zu hören, was Betroffene selbst erzählen, vor allem Betroffene, die keinen Antrag gestellt haben. Eben diese Gruppe blieb bisher ausgeklammert. Gleichzeitig präsentiert die Aktenanalyse nur einen bestimmten Ausschnitt der Realität: Anträge werden auf das fokussiert, was vor Gericht tatsächlich relevant ist. Sicherlich ist das ausschlaggebend und sehr wichtig, um die Handhabung eines Gesetzes zu beurteilen. Die Sicht der Betroffenen jedoch enthält eine andere Perspektive. Sie selektiert nicht vorab das, was im Hinblick auf die geltende Rechtslage relevant und bei Gericht durchsetzbar erscheint. Die Perspektive der Betroffenen geht über diese vorselektierte Sicht hinaus und gibt umfassender Auskunft über Ausgangssituationen häuslicher Gewalt, ihre Entstehungsgeschichte, über Konfliktformen und -verlauf sowie Problemlösungsversuche der Betroffenen, und zwar auch jenseits der Bestrebungen, einen Konflikt mit Hilfe des Gerichts zu lösen. Sie gibt auch Auskunft über (scheinbar) rechtlich Irrelevantes oder nicht Beweisbares und bringt die subjektive Einschätzung der Rechtslage sowie Verbesserungsvorschläge von Betroffenen zur Geltung.

Diese erweiterte Perspektive bildet einen wichtigen zusätzlichen Bestandteil der Evaluation des § 1361 b BGB. Vor allem wird hier auch erkennbar, welche Betroffenen *keinen* Antrag auf Wohnungszuweisung stellen, was sie von einer Antragstellung abhält, wie diese Betroffenen ihre Situation bewäl-

tigen und ob die gegenwärtige Fassung von § 1361 b BGB Betroffene ausreichend vor häuslicher Gewalt schützt. Dies wird im folgenden anhand eines Vergleichs von Betroffenen, die einen Antrag auf Wohnungszuweisung stellten, und solchen, die auf eine Antragstellung verzichteten, deutlich.

1 Datengrundlage, Zugang zu den Betroffenen und Gewinnung der Stichprobe

Einer der schwierigsten Bereiche dieser Studie war die Rekrutierung einer Stichprobe von 250 Betroffenen mit und ohne Antragstellung. Um den Anforderungen des Datenschutzes gerecht zu werden, wählten wir für die Recherche der Adressen ein Einwilligungsverfahren. D.h., wir baten Gerichte, Anwälte/-innen, Frauenhäuser, die Polizei und weitere relevante Einrichtungen, ein von uns verfaßtes Anschreiben an Betroffene zu schicken. Diese konnten ihr Einverständnis mit der Teilnahme an der Befragung durch Rücksendung ihrer Adresse auf einer beiliegenden Antwortkarte an uns bekanntgeben.

Wir gingen bei diesem Verfahren von einer – für solche Fälle eher optimistischen – Rücklaufquote von 5%-10% aus.[23] Dies bedeutet, daß bei einer Stichprobengröße von 250 Personen ca. 4000 Personen angeschrieben werden mußten. Die tatsächliche Rücklaufquote je Gericht, Anwalt/-in oder Frauenhaus ist nicht feststellbar, zumal wir anhand der eingetroffenen Adressen nicht zurückverfolgen können, von wem die Betroffenen angeschrieben wurden. Außerdem wissen wir nicht, wieviele Anschreiben die einzelnen Anwälte/-innen und Frauenhäuser letztendlich verschickt haben. Soweit Anhaltspunkte dazu vorliegen, haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Rücklaufquote je Ort sehr unterschiedlich war. In den östlichen Bundesländern war z.B. der Rücklauf wesentlich geringer als im Westen. Insgesamt liegt die Rücklaufquote schätzungsweise zwischen 3% und 20%.

Über dieses Einwilligungsverfahren hinaus haben wir zusätzlich an verschiedenen Orten über einen Zeitungsartikel Betroffene aufgerufen, sich für ein Interview bei uns zu melden.

---

[23] Dabei ist zu bedenken, daß die Mobilität von getrennten Ehepaaren sehr hoch ist; auch wenn ein Antrag nach § 1361 b BGB gestellt wurde. Antragsteller/-innen, denen die Wohnung nicht zugewiesen wurde, sind höchstwahrscheinlich ausgezogen. Wurde dem Antrag stattgegeben, sind sicherlich einige – z.B. nach der Scheidung – trotzdem ausgezogen. Auch deswegen ist es schwierig, die Betroffenen zu erreichen.

Mit diesen verschiedenen Verfahren konnten insgesamt 260 Adressen von Betroffenen akquiriert werden. In der anschließenden Erhebungsphase ließ sich das geplante Interview bei den meisten Personen auch realisieren. Einige Ausfälle entstanden, da sich herausstellte, daß der/die Betroffene doch nicht zur Zielgruppe gehörte, über zu schlechte Deutschkenntnisse verfügte oder vom Interviewer – trotz mehrmaliger Versuche, Kontakt aufzunehmen – nicht zu erreichen war. Verweigerungen gab es fast keine.

Letztendlich verfügen wir über 230 Interviews, darunter sind 68 Personen, die keinen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung gestellt haben.

Durch die Gewinnung der Adressen über Einwilligungsverfahren und Zeitungsartikel ist eine Stichprobenverzerrung nicht zu vermeiden. Sie muß bei der Interpretation der Ergebnisse mit berücksichtigt werden. Auf diese Art und Weise gelangt man in erster Linie an aktive und engagierte Personen. In unserem Fall sind vermutlich auch Personen, die sich ungerecht behandelt fühlen, oder solche, die weniger Probleme haben, über dieses Thema zu sprechen und die die Vorfälle schon verarbeitet haben, eher zu einer Befragung bereit gewesen. Zu vermuten ist auch, daß sich (wie bei anderen Befragungen auch) Personen mit höherer Bildung eher zu einem Interview bereit finden und in der Stichprobe wahrscheinlich überrepräsentiert sind.

Die Befragung von Betroffenen wurde in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Berlin durchgeführt. Die Bereitschaft an der Teilnahme zu einem Interview war in den östlichen Bundesländern, wie schon angedeutet, niedriger. Insgesamt liegt der Anteil der Befragten aus den neuen Bundesländern bei 19%, wobei Personen aus Ostberlin überwiegen – von dort kommt über die Hälfte der Befragten aus den neuen Ländern. Ähnlich wie bei der Aktenanalyse umfaßt die Stichprobe der Betroffenenbefragung mehrheitlich Frauen. Doch immerhin haben wir auch 28 Männer befragen können, wovon 12 keinen Antrag auf Wohnungszuweisung gestellt haben. Da Frauen in so hohem Maße überwiegen, sprechen wir im folgenden (wie bei der Aktenanalyse) von „Antragstellerinnen“ (Abkürzung in Tabellen „A“) und von Betroffenen, die keinen Antrag stellen („NA“: Nicht-Antragstellerinnen).

2 Lebenslage und sozioökonomische Merkmale der Befragten

Das sozioökonomische Profil der Befragten deckt sich im wesentlichen mit den diesbezüglichen Angaben aus der Aktenanalyse: Die Befragten sind im

Mittel 41 Jahre alt, der (ehemalige) Partner durchschnittlich zwei Jahre älter.[24] In 92% der Fälle lebten in der Trennungs- bzw. Konfliktphase auch Kinder mit in der Ehewohnung. Auch der über dem Bundesdurchschnitt liegende Ausländer/-innen- und Arbeitslosenanteil bei den (damaligen) Ehepartnern spiegelt sich mit 17% ((Ex-)Partner ist Ausländer/-in) bzw. 16% ((Ex-)Partner ist arbeitslos) hier wieder. Bis es zur Trennung kam, waren die Befragten mit ihrem Partner durchschnittlich 11 Jahre verheiratet. Bei 8% lag die Trennung im „verflixten siebten Jahr", ein Drittel waren noch nicht so lange verheiratet. Die längste Ehedauer hat in der Betroffenenbefragung ein Antragsteller mit 48 Jahren hinter sich. Für 80% war es die erste Ehe. 6% leben jetzt wieder mit dem Partner zusammen, gut die Hälfte ist zwischenzeitlich geschieden.

Die Frage der Bildungs- und Schichtzugehörigkeit konnten wir in der Aktenanalyse nicht eindeutig beantworten. Die Betroffenenbefragung gibt anhand der Angaben zum Schul- und Ausbildungsabschluß, zur beruflichen Tätigkeit (zum Zeitpunkt der Trennung) und dem Einkommen präzisere Hinweise zur Schichtzugehörigkeit: Ein Drittel der Befragten hat Fachabitur oder Abitur. 19% haben auch eine höhere Berufsausbildung abgeschlossen; 21% haben gar keine Berufsausbildung, d.h. daß drei Fünftel im Mittelfeld liegen. Auch wenn man berücksichtigt, daß Betroffene mit höherer Bildung hier (wie bei anderen Befragungen) überrepräsentiert sind, kann die These, häusliche Gewalt komme fast ausschließlich in der Unterschicht vor, durch die Betroffenenbefragung nicht bestätigt werden.

Bei fast der Hälfte der Befragten waren beide Partner berufstätig; 40% waren zur Trennungszeit nicht berufstätig, jedoch verfügten sie über ein monatliches Einkommen wie z. B. Arbeitslosengeld, Erziehungsgeld, Sozialhilfe, so daß „nur" 13% von ihrem (Ex-)Partner finanziell völlig abhängig waren.

Weiter zeigt sich bei Antragstellerinnen eine etwas andere Einkommensstruktur als bei Betroffenen, die keinen Antrag stellen: Letztere erzielen häufiger (19% versus 10%) überhaupt kein eigenes Einkommen, gleichzeitig ist der Anteil der Doppelverdiener um 11%-Punkte geringer. Bei der Höhe des gemeinsamen Einkommens sind Antragstellerinnen häufiger als an-

[24] Alle folgenden Angaben beziehen sich auf den Zeitpunkt der Trennung. Da die Probleme bzw. die Antragstellung bei manchen schon ein paar Jahre zurückliegen, kann sich die aktuelle Situation mittlerweile verändert haben. Wichtig für uns ist jedoch, wie die Situation zum Zeitpunkt der Trennung war. Daraus resultiert auch, daß wir immer vom „damaligen" oder „Ex"-Ehepartner sprechen, denn es besteht sowohl die Möglichkeit, daß der Befragte wieder mit dem Partner (oder mit einem neuen Partner) zusammenlebt, noch von ihm getrennt lebt oder mittlerweile geschieden ist.

dere in der mittleren Einkommensklasse (DM 2000 – DM 4000) anzutreffen, während sich bei Befragten, die keinen Antrag gestellt haben, die Einkommensschere weiter öffnet. Hier verfügen 19% der Paare zusammen über maximal DM 2000 (Antragstellerinnen 11%) und 51% zwischen DM 3000 und DM 6000 (Antragstellerinnen 36%).

Wir können zwar wegen der geringen Fallzahl keine generalisierenden Aussagen treffen, doch es deutet sich zumindest an, daß die Befragten tendenziell eher keinen Antrag stellen, wenn sie in einer sehr schlechten finanziellen Situation sind oder wenn sie relativ wohlhabend sind; erstere vermutlich, da sie Anwalts- und Gerichtskosten fürchten oder Schwierigkeiten hätten, die Kosten der Ehewohnung zu tragen; letztere vermutlich, weil sie bessere Möglichkeiten haben, eine eigene Wohnung zu finden.

3 Konfliktgenese und Trennungsgründe

Die Konfliktgenese ist entscheidend für die Beurteilung häuslicher Gewalt. Sind Gewalthandlungen eher einmalige, spontane Ereignisse oder stehen sie mit einer bereits länger andauernden, eskalierenden Konfliktgeschichte in Zusammenhang? Aus der Aktenanalyse wissen wir zwar bereits, daß in vielen Anträgen geschrieben wird „schon seit Jahren wird die Antragstellerin von ihrem Ehemann geschlagen und bedroht“. Die konkrete Zeitangabe der Betroffenen zeigt nun, wie lange die Konfliktphase tatsächlich dauert. Im Durchschnitt sind es knapp 5 Jahre (bei Betroffenen, die keinen Antrag stellten, ein halbes Jahr länger), im Mittel also oft die Hälfte der gesamten Ehedauer.

Wie die folgende Tabelle zeigt, trennen sich viele erst dann, wenn die Beziehung schon längere Zeit durch Probleme belastet ist.

Tab. III/1: Dauer von Beziehungsproblemen bis zum Trennungsentschluß (in Prozent)

Dauer der Probleme bis zur Trennung	A Antragstellerinnen %	NA „Nicht-Antragstellerinnen“ %
weniger als 1 Jahr	11	11
1-3 Jahre	31	23
3-5 Jahre	16	23
5-10 Jahre	28	22
10-15 Jahre	13	20
Fallzahl (n) =	149	64

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Was ist in dieser langen Zeit alles passiert? Welche Art von Problemen gab es? Was führte letztendlich zur Trennung, was zum Auszug oder zur Antragstellung?

Die nachfolgende Auflistung gibt zunächst die Gründe wieder, warum sich nach Angaben der Antragstellerinnen die Ehepaare (bzw. ein Ehepartner) zur Trennung entschlossen haben (bzw. hat).

Angeführt ist auch, ob es Unterschiede zwischen Antragstellerinnen (= A) und Betroffenen, die keinen Antrag gestellt haben (= NA), gibt und wie groß diese sind.

Trennungsgründe:

- haben sich auseinandergelebt;
- hielten die ständigen Streitereien nicht mehr aus. Die Befragten führten meist (76%) eine Ehe, die geprägt war von Beschimpfungen, Beleidigungen und Erniedrigungen seitens des Partners; bei 31% wurden die Kinder beschimpft (29% A; 36% NA);
- die Befragten trennten sich, weil sie bedroht wurden (56% A; 65% NA) und/oder 22% weil die Kinder bedroht wurden (19% A; 30% NA);
- hatten die Provokationen durch den Partner satt (51% A; 42% NA);
- trennten sich, da der Partner die Kinder gegen sie aufhetzte (21% A; 30% NA);

- trennten sich wegen körperlicher Angriffe (49% A; 61% NA) und/oder 15% wegen körperlicher Angriffe auf die Kinder;
- sind vor den sexuellen Belästigungen des Partners geflohen (19% A; 33% NA) und/oder 1% weil sie die Kinder vor den sexuellen Belästigungen des Partners schützen wollten.
- Ein neuer Partner spielte bei 21% eine Rolle. Allerdings war es bei Antragstellerinnen häufiger der (Ex-)Mann, der eine außereheliche Beziehung begonnen hatte, bei Betroffenen, die keinen Antrag stellten, häufiger die Befragte selbst (2% A; 9% NA).
- Etwa ein Viertel sah sich wegen der grundlosen Eifersucht des Partners zur Trennung veranlaßt (27%);
- andere verzweifelten an dem Alkohol- bzw. Drogenkonsum des Partners und/oder weil der Partner suchtkrank ist/war (31%) bzw.
- hatten sonstige (weitere) Gründe für die Trennung.

Haupttrennungsgründe sind also: Streitereien, Beschimpfen, Bedrohen, Auseinanderleben und körperliche Angriffe auf Befragte. Dies spiegelt auch die Gewichtung der Trennungsgründe durch die Befragten selbst wieder. Meist werden als die drei wichtigsten Trennungsgründe genannt:

1. Beschimpfungen (unter den drei wichtigsten Gründen 83 mal genannt);
2. Streitereien (unter den drei wichtigsten Gründen 73 mal genannt);
3. körperliche Gewalt (unter den drei wichtigsten Gründen 70 mal genannt).

Auch wenn die Trennungsgeschichte von Betroffenen, die einen Antrag nach § 1361 b BGB stellten, und solchen, die auf eine Antragstellung verzichteten, insgesamt sehr ähnlich ist, zeigen sich doch graduelle Unterschiede: Betroffene, die keinen Antrag stellten, waren meist in noch höherem Maße Bedrohungen und körperlichen Angriffen, vor allem auch der sexuellen Belästigung durch den Partner ausgesetzt. Zudem richteten sich Gewalthandlungen häufiger (auch) gegen die Kinder. Insgesamt scheint die Trennungsgeschichte von Betroffenen, die keinen Antrag stellten, also konfliktgeladener und bedrohlicher zu sein als die der Antragstellerinnen.

Weiter gilt, daß Betroffene, die keinen Antrag stellten, etwas häufiger einen neuen Partner haben. Damit ist unter Umständen auch häufiger die Möglichkeit des Wohnens außerhalb der Ehewohnung gegeben, so daß der Grund für einen Antrag nach § 1361 b BGB in den Augen der Betroffenen entfällt. Dies kann allerdings nur für maximal ein Zehntel der Befragten, die auf eine Antragstellung verzichteten, zutreffen.

4 Wohnen in der Trennungsphase

Die Ergebnisse zur objektiven Wohnsituation der Befragten zu Beginn der Trennungsphase stimmen in etwa mit den Daten der Aktenanalyse überein; die Ehepaare lebten überwiegend in einer gemeinsam angemieteten Wohnung. Der Vergleich zwischen Antragstellerinnen und Betroffenen, die auf eine Antragstellung verzichtet haben, zeigt: Neben der häufigsten Situation, nämlich dem gemeinsamen Mietvertrag, ist die Wohnung im Falle der Antragstellung nur bei 2% Eigentum des (Ex-)Partners; wenn die Befragten keinen Antrag gestellt haben, sind es 11%.

Bei der Frage, ob es von den Räumlichkeiten her möglich war/ist, in der (ehemaligen) Ehewohnung vom Partner getrennt zu leben, zeigt sich: Für ca. die Hälfte der Befragten war es allein schon von der Wohnsituation her nicht vorstellbar, das Trennungsjahr in der gemeinsamen Wohnung durchzuführen.

Tab. III/2: Möglichkeit des Getrenntlebens in der Ehewohnung (in Prozent)

Ist/war es in der (ehemaligen) Ehewohnung möglich, vom Partner getrennt zu leben?	A %	NA %
Ja, das Haus hatte eine (abgeschlossene) Einliegerwohnung	4	2
Ja, die Wohnung hatte mehrere Stockwerke und zwei Bäder/ Toiletten	7	9
Im Prinzip schon; man müßte sich nur die Benutzung von Küche, Bad und Toilette aufteilen	23	20
Nein, man würde sich ständig über den Weg laufen	34	25
Nein, die Wohnung ist/war viel zu klein	17	22
Sonstiges	15	22
Fallzahl (n) =	159	64

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Einen objektiven Indikator für die Möglichkeit eines Zusammenlebens in der gemeinsamen Wohnung stellt das Verhältnis von Personen- und Zimmerzahl der Wohnung dar. Auch diese Relation bestätigt, daß die hier untersuchten Paare bzw. Familien aufgrund der Wohnverhältnisse häufig nur

schwer ein getrenntes Leben in einer gemeinsamen Wohnung realisieren könnten. Der Indikator belegt auch, daß die Wohnungen von Betroffenen, die keinen Antrag stellten, insgesamt etwas mehr Raum bieten als die der Antragstellerinnen.

Tab. III/3: Wohnsituation: Relation zwischen Zimmer und Zahl der im Haushalt lebenden Personen (in Prozent)

Verhältnis der Personenzahl im Haushalt zur Anzahl der Zimmer	A %	NA %
Personenzahl größer als Anzahl der Zimmer	37	31
Personenzahl entspricht Zimmerzahl	35	32
Personenzahl kleiner als Anzahl der Zimmer	**28**	**37**
Fallzahl (n) =	160	65

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Tatsächlich haben bzw. mußten zunächst 57% die Trennungsphase innerhalb der Ehewohnung beginnen, und zwar durchschnittlich 7 Monate lang (bis zum Befragungszeitpunkt oder Zeitpunkt des Auszugs). Wer die Trennung in der gemeinsamen Wohnung erst gar nicht begonnen hat, ist zu 73% sofort ausgezogen. Beim Rest (10% aller Befragten) hat der Partner die Wohnung verlassen. Hier unterscheiden sich Antragstellerinnen wiederum von den übrigen Befragten: Sie ziehen seltener (nur zu 21%) sofort aus der Wohnung aus als Betroffene, die keinen Antrag stellen (47%).

Die Flucht aus der gemeinsamen Wohnung ist häufig mit einer „spezifischen Wohnkarriere“ verbunden. Die bedrohte Ehepartnerin versucht (in der Regel gemeinsam mit den Kindern) durch mehrfache Umzüge, den Bedrohungen des Ehepartners zu entgehen und eine zufriedenstellende Lösung des Wohnproblems für sich (und meist auch für die Kinder) zu finden. Diese „Wohnkarriere“ umfaßt, wie die folgende Tabelle zeigt, zum Teil mehrere Stationen bzw. Aufenthaltsorte.

Tab. III/4: Anzahl der Umzüge während der Trennungszeit (in Prozent)

Anzahl der Umzüge	A %	NA %	Gesamt %
0	41	13	33
1	13	29	17
2	27	38	30
3	12	13	12
4	6	6	6
5 und mehr	1	2	3
Fallzahl (n) =	162	63	225

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die Tabelle zeigt, daß

- zwei Drittel der von häuslicher Gewalt Betroffenen während der Trennungszeit mindestens einmal umziehen;
- die „Wohnkarriere“ derer, die die eheliche Wohnung verlassen, häufig mehrere Stationen umfaßt. Im Durchschnitt wechseln die betroffenen Frauen während der Trennungszeit zweimal ihren Aufenthaltsort. Weiter zeigt sich, daß
- Antragstellerinnen häufiger die gesamte Trennungszeit in der Ehewohnung verbringen, während Betroffene, die keinen Antrag stellen, häufiger gleich in eine eigene Wohnung ziehen und auch dort bleiben,
- Antragstellerinnen die Ehewohnung (falls sie ausziehen) oft nur vorübergehend verlassen und dann wieder in die Ehewohnung zurückkehren.

Die Flucht aus der Wohnung beginnt bei den Betroffenen, die keinen Antrag stellen, häufig mit dem Wohnen im Frauenhaus: 32% der Betroffenen, die keinen Antrag stellen, ziehen bzw. fliehen als erstes ins Frauenhaus (24% sofort bei Trennung; 8%, nachdem sie zunächst eine Zeitlang mit dem Partner getrennt in der Ehewohnung gelebt haben).

Die Verlaufsmuster der Wohnkarrieren während der Trennung sind sehr individuell, weshalb wir darauf verzichten, alle darzustellen. Doch es lassen sich sowohl bei Antragstellerinnen als auch bei Betroffenen, die keinen Antrag gestellt haben, einige Verläufe erkennen, die häufiger vorkommen und

daher vielleicht als „typisch“ bezeichnet werden können. Solche „typischen“ bzw. häufiger vorkommenden Verlaufsmuster sind:

Bei Antragstellerinnen:

- nach Getrenntleben in der Ehewohnung alleine in der Ehewohnung 20% (NA 8%)
- ab Trennung alleine in der Ehewohnung 13% (NA 3%)
- dauerhaft getrenntes Wohnen in der Ehewohnung 8% (NA 2%)

Bei Betroffenen, die keinen Antrag stellen:

- ins Frauenhaus, dann in eigene Wohnung 14% (A 1%)
- gleich in eigene Wohnung und dort geblieben 12% (A keine)
- erst zu Freunden, dann ins Frauenhaus 5% (A 1%)
- nach getrenntem Wohnen in der Ehewohnung in eigene Wohnung 5% (A 4%)

Auch an den Verläufen zeigt sich, daß die Betroffenen, die keinen Antrag stellen, wesentlich seltener in der Ehewohnung bleiben und ihre Partner nur ganz selten die Ehewohnung freiwillig verlassen. Daß der freiwillige Auszug des Ehepartners die Ursache für den Verzicht auf eine Antragstellung ist, können wir daher im großen und ganzen ausschließen.

Wir gehen nun nochmals genauer auf die Gruppe der Befragten ein, die die Trennungszeit in der gemeinsamen Ehewohnung beginnt, die also das vom Gesetzgeber vorgesehene „Wohnmodell“ in der Trennungsphase zu realisieren versucht. Wie erwähnt, tun dies ca. 60% der Befragten. Vergegenwärtigt man sich die oben geschilderten Trennungsgründe, birgt diese Wohnform eine kritische Situation, in der bestehende Spannungen sehr leicht noch weiter eskalieren.

Eine der Ursachen für diese Eskalation ist, daß sich fast jeder zweite Partner nicht an die vereinbarte Aufteilung der Wohnung hält. Fast 90% der Befragten berichten, daß ihr Partner die Familie in der Phase „gemeinsamen Getrenntwohnens“ tyrannisiert hat, z.B. daß er nichts mehr in der Wohnung aufräumte, persönliche Sachen von Familienmitgliedern durchwühlte, nicht mehr mit dem Partner geredet hat, nachts absichtlich die Türen zuknallte, die Post abgefangen hat usw.

Ein eigenes Zimmer schützt die Privatsphäre nicht, wenn man ständig durch geschlossene Türen beschimpft wird, das Zimmer aufgebrochen wird, Wohnungsschlüssel mehrfach versteckt werden, Telefonate getrennt

oder Telefonstecker gezogen werden oder ganz einfach der Strom abgemeldet, daß Wasser abgedreht, der Zugang zum Auto verwehrt wird. Die Liste der Provokationen, die das Getrenntwohnen in der Ehewohnung der von uns Befragten begleiten, ließe sich noch fortführen. Diese Beispiele sollen ausreichen, um den Einfallsreichtum von Ehepartnern zu illustrieren, die die Trennungsphase in der gemeinsamen Wohnung zur „Provokationszone“ verwandeln, mit dem einzigen Ziel, dem Partner das Leben möglichst zur Hölle zu machen.

Die Phase des Getrenntlebens in der gemeinsamen Ehewohnung ist bei den meisten Familien durch Beleidigungen und Drohungen gekennzeichnet. Zwei Drittel der Befragten berichten auch von Gewalttätigkeiten des Partners, von Bedrohung, von Randale und Zerstörung der Wohnungseinrichtung oder von übler Nachrede. Alle diese Ergebnisse verdeutlichen, daß bei diesen Paaren das getrennte Leben in einer gemeinsamen Wohnung die ohnehin schon problematische Beziehung noch weiter verschlechtert und bestehende Konflikte eskalieren.

5 Gewalttaten, die den Auszug oder die Antragstellung veranlassen

Bisher haben wir gezeigt, warum es zur Trennung kam, wie konfliktreich die Phase des gemeinsamen Wohnens in der Trennungsphase bei diesen Paaren abläuft und wie bedrohte bzw. mißhandelte Ehefrauen versuchen, das Problem des Wohnens zu lösen. Wie erwähnt, sieht ein Teil der Frauen keine andere Möglichkeit, als die Ehewohnung zu verlassen. Viele von ihnen verzichten darauf, die Wohnungszuweisung zu beantragen. Die übrigen versuchen (teils nach dem Verlassen der Ehewohnung, teils während des gemeinsamen Wohnens), eine gerichtliche Zuweisung der Ehewohnung zu erreichen. Welche Ereignisse veranlassen den Auszug bzw. die Stellung des Antrags auf Wohnungszuweisung? Wir fragen also nach den konkreten Vorfällen, die bei Gericht entscheidungsrelevant sind bzw. bei den Betroffenen, die nicht vor Gericht gehen, für eine Wohnungszuweisung ausschlaggebend wären. Diese können zum Teil identisch mit den Trennungsgründen sein. Der Unterschied jedoch ist, daß wir sie wesentlich detaillierter benennen und zeigen können:

- was genau passiert ist
- wer davon betroffen war (Kind und/oder Befragter)
- wie häufig es zu Gewalttaten kam, bzw. wie intensiv diese waren.

Dies ermöglicht eine differenzierte Analyse der verschiedenen Formen von Gewalt, die wir zunächst graphisch im Vergleich von Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag gestellt haben, darstellen möchten. Daran wird erkennbar, inwieweit sich die Situation von Antragstellerinnen und von Betroffenen, die auf eine Antragstellung verzichten, unterscheidet.

Die detaillierte Erfassung der Vorfälle gibt uns weiterhin die Möglichkeit – in Anlehnung an die Aktenanalyse -, Gewalttaten nach ihrer Intensität zu differenzieren, darauf aufbauend einen Index nach Art, Ausmaß und Stärke der Gewalt zu bilden und auf dessen Grundlage zu klären, ob die Betroffenen, die einen Antrag auf Wohnungszuweisung stellen, intensiver und häufiger Gewalthandlungen ausgesetzt sind als Betroffene, die auf eine Antragstellung verzichten.

Vorab sei festgehalten: Wie sich zeigen wird, sind die bei der Befragung einbezogenen Betroffenen intensiverer Gewalt und gravierenderen Folgen von Gewalt ausgesetzt, als die bei der Aktenanalyse erfaßten Ehepartner. Die Ergebnisse der Aktenanalyse sind hier sicher repräsentativer. Wo dies nicht so ist (wie z.B. bei den Ergebnissen zu sexueller Gewalt), werden Abweichungen im einzelnen diskutiert. Die Daten der Betroffenenbefragung dienen zwar auch der allgemeinen Charakterisierung der Situation, in der sich die Befragten befanden; nur so werden die weiteren Ergebnisse verständlich. Im wesentlichen zielen sie aber auf die eben erwähnte Analyse von Unterschieden zwischen Antragstellerinnen und Betroffenen, die kein Verfahren nach § 1361 b BGB anstreben.

5.1 Körperliche Gewalt

Die beigefügte Grafik zeigt, welchen Formen körperlicher Gewalt die Befragten ausgesetzt waren. Die am häufigsten vorkommenden Gewaltarten sind: Schubsen, Festhalten, Treten, Stoßen und ins Gesicht schlagen. Meist handelt es sich nicht um ein einmaliges „Ausrasten“ des Ehepartners, sondern um häufige bzw. gelegentliche – also relativ kontinuierliche – Gewaltanwendung. Gleichzeitig ist erkennbar, daß Betroffene, die keinen Antrag stellen, häufiger und auch mit intensiveren Formen körperlicher Gewalt konfrontiert werden als Antragstellerinnen.

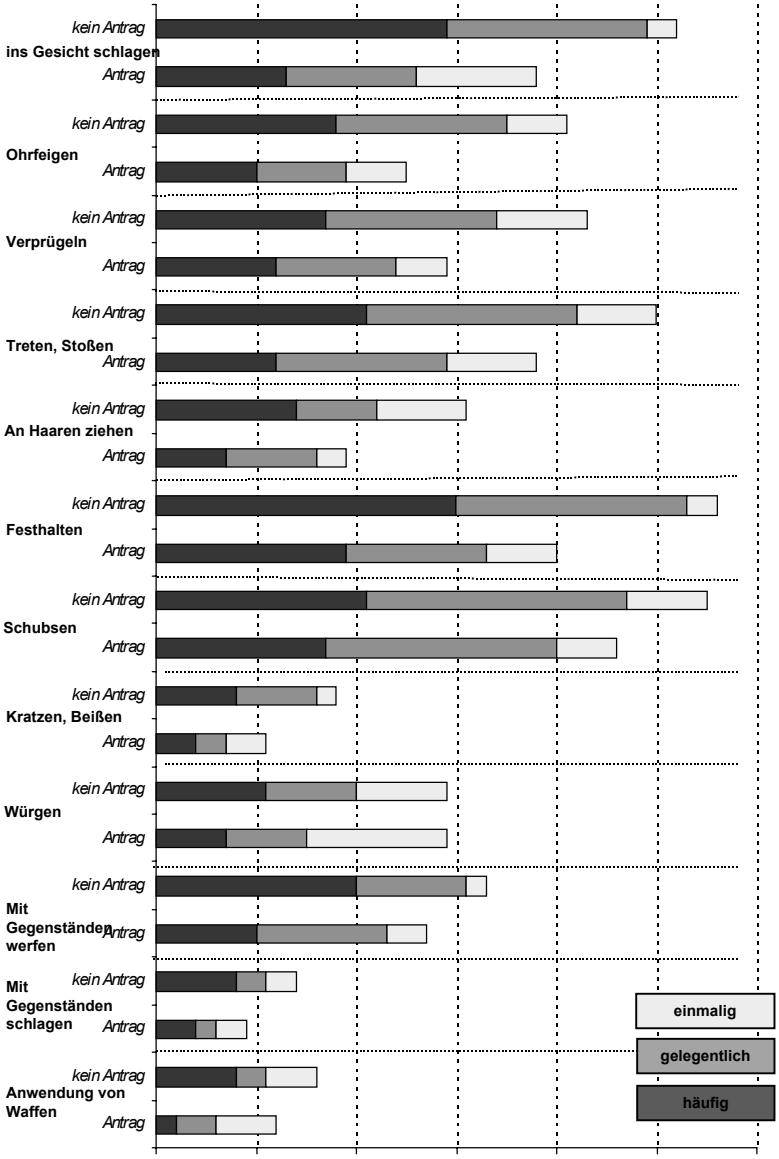
56% aller Befragten haben körperliche Folgen von Gewalt erlitten, 30% weniger schwere, 26% auch schwere. Die häufigsten körperlichen Folgen bei mißhandelten Frauen, teils auch bei ihren Kindern waren blaue Flekken, Prellungen, Kopfschmerzen, Gehirnerschütterungen, sowie Würgemale.

Tab. III/5: Die häufigsten Folgen körperlicher Gewalt (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Folgen	Befragte	Kind(er) der Befragten
blaue Flecken	49%	15%
Kopfschmerzen, Gehirnerschütterung	26%	6%
Würgemale	18%	3%
Prellungen	36%	11%
Basis: alle Befragte (A und NA)	n = 225	

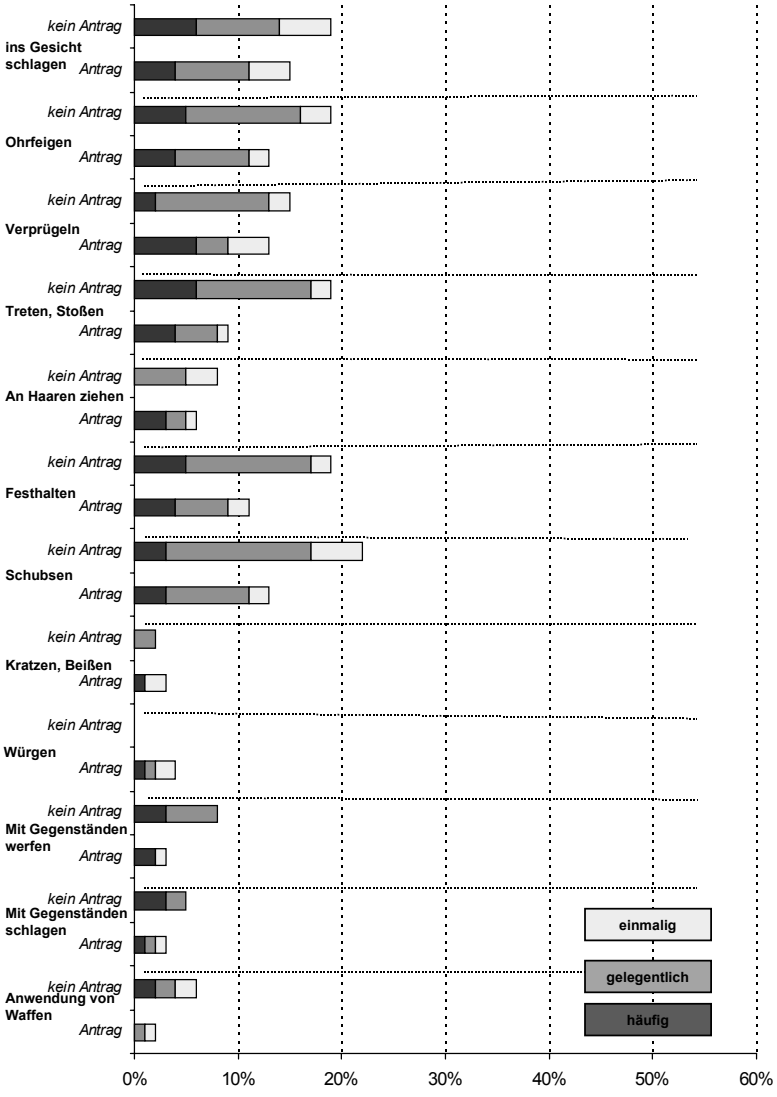
Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Grafik III/1: Körperliche Gewalt gegen die Mutter



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Grafik III/2: Körperliche Gewalt gegen das/die Kind(er)



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

5.2 Psychische Gewalt

Wie die nachfolgenden Grafiken veranschaulichen, sind die von uns Befragten in hohem Maße psychischer Gewalt ausgesetzt gewesen. Beschimpfungen und Beleidigungen waren in der Phase vor dem Auszug bzw. der Antragstellung ein Bestandteil des Alltags dieser Paare. Viele Befragte waren auch einem regelrechten Psychoterror des Partners ausgesetzt und/oder häufigen Drohungen mit Schlägen (bis hin zu Morddrohungen) sowie anderen Formen des „Angst Einjagens". Häufig versuchen die Partner auch, Kinder als Druckmittel zu benutzen und/oder randalierten, z.B. indem sie die Wohnungseinrichtung zertrümmern. Auch zu diesen Formen von Gewalt kommt es – soweit sie eingesetzt werden – häufig und kontinuierlich. Auch hier sind Betroffene, die keinen Antrag auf Wohnungszuweisung gestellt haben, tendenziell häufiger und intensiver den Gewalthandlungen des Partners ausgesetzt als Antragstellerinnen.

70% aller Befragten nennen Folgen psychischer Gewalt: Angst, sonstige seelische Folgen, Verhaltensauffälligkeiten, Wein- und Schreikrämpfe, Arbeitsunfähigkeit sind die am häufigsten genannten Folgen.

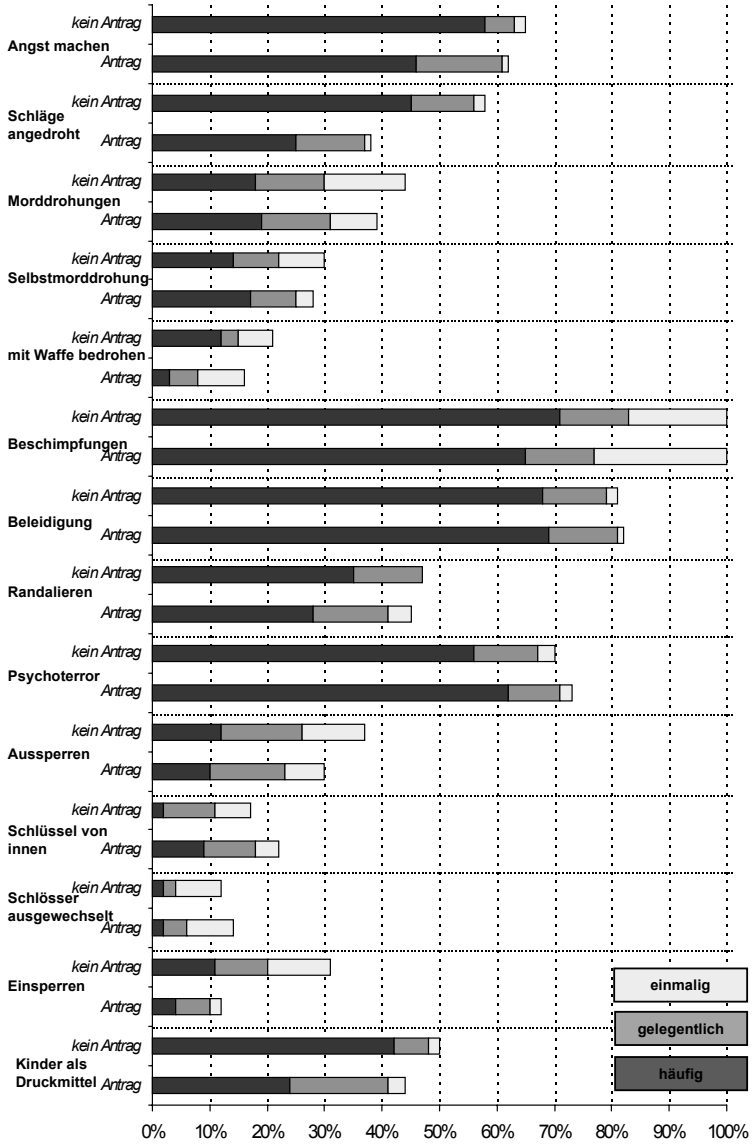
Wie sehr auch die Kinder psychischer Gewalt ausgesetzt werden und unter ihren Folgen zu leiden haben, wird an nachfolgenden Ergebnissen – zumindest andeutungsweise – deutlich: Bei 40% bis 60% münden psychische Gewalthandlungen in Angst, Verhaltensauffälligkeiten und schlechte Schulleistungen, bei 15% bis 30% in Schlaflosigkeit bzw. sonstige seelische Folgen.

Tab. III/6: Folgen psychischer Gewalt (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

Folgen	Befragte	Kind
Angst	70%	57%
Schlaflosigkeit	51%	20%
seelische Folgen	62%	29%
Verhaltensauffälligkeiten	32%	42%
Schrei-, Weinkrämpfe	25%	15%
Basis: alle Befragte (A und NA)	n = 225	

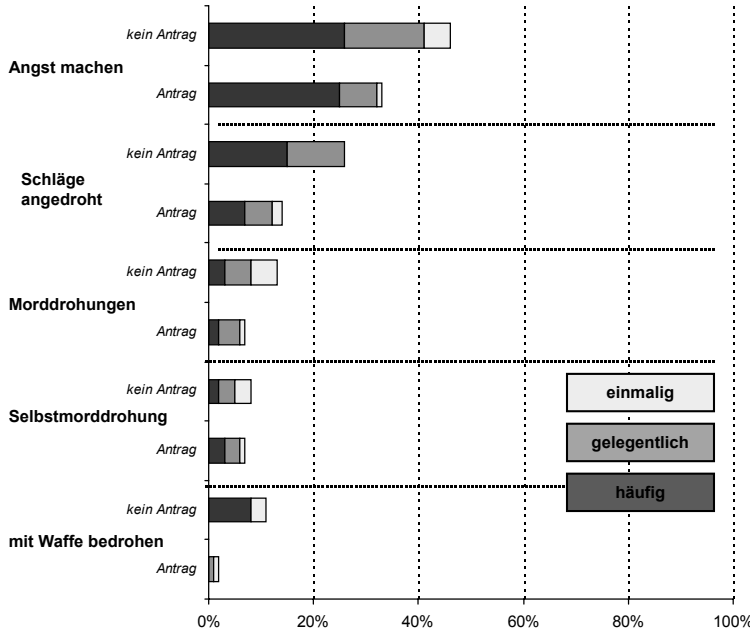
Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Grafik III/3: Psychische Gewalt gegen die Mutter



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Grafik III/4: Psychische Gewalt gegen das/die Kind(er)



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

5.3 Sexuelle Gewalt

Nach den Erlebnissen und Erfahrungen der von uns befragten Frauen, kommt es in der Trennungsphase wesentlich häufiger zu sexueller Gewalt, als aufgrund der Ergebnisse der Aktenanalyse zu vermuten war. Knapp 20% bzw. 30% der Befragten berichten, sie wären gegen ihren Willen intim berührt worden; in etwa ähnlichen Ausmaß waren die von uns befragten Frauen Vergewaltigungsversuchen ausgesetzt. Zu einer bzw. auch zu mehrfachen Vergewaltigungen kam es bei 13% der Antragstellerinnen und bei 23% der Frauen, die auf eine Antragstellung verzichtet haben. In etwa ähnlichem Umfang wurden die von uns befragten Frauen gegen ihren Willen zu sexuellen Praktiken genötigt.

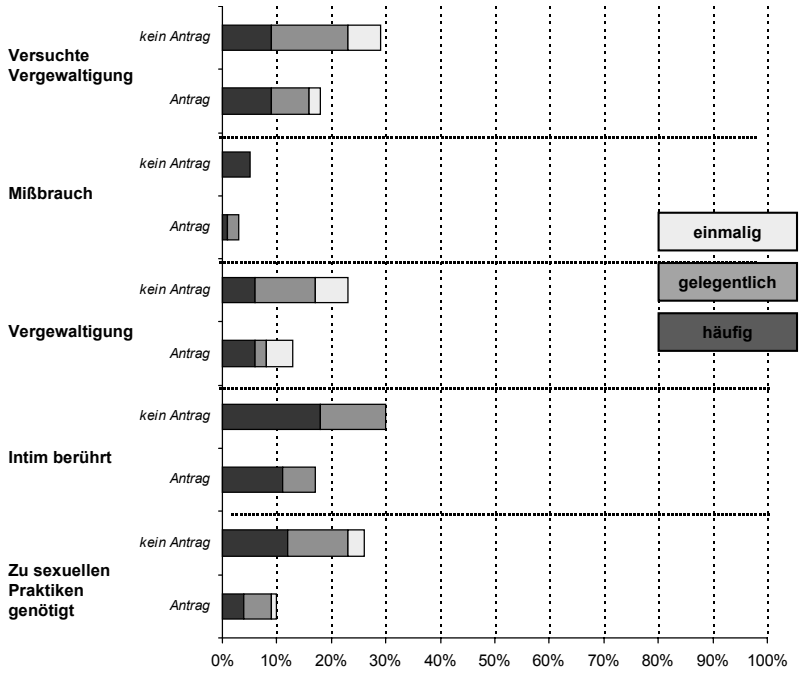
Wie die Grafik zeigt, handelt es sich bei diesen Gewaltarten ebenfalls nicht um spontane „Einmal-Handlungen“, sondern meist um kontinuierliche Ge-

waltanwendung. Auch und gerade hier sind Frauen, die auf die Stellung eines Antrags nach § 1361 b BGB verzichten, häufiger und intensiver von sexueller Gewalt betroffen als Antragstellerinnen.

Vor dem Hintergrund der Aktenanalyse müssen die Ergebnisse der Betroffenenbefragung etwas relativiert werden: Wie eingangs erwähnt, ist davon auszugehen, daß in der Betroffenenbefragung tendenziell eher Betroffene erreicht wurden, die überdurchschnittlich engagiert sind bzw. die mit intensiveren Problemen konfrontiert waren. Trifft dies zu, ist plausibel, daß die bisher referierten Ergebnisse zu häuslicher Gewalt (so auch die zu sexueller Gewalt) das tatsächlich insgesamt existierende Gewaltniveau etwas überzeichnen.

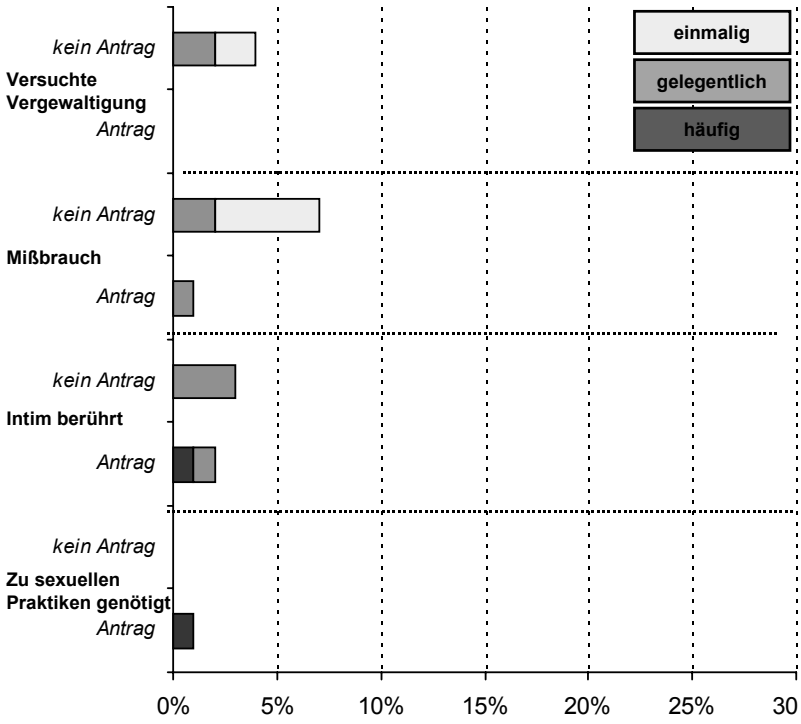
Gleichzeitig gehen wir davon aus, daß bei der Begründung von Anträgen auf Wohnungszuweisung sexuelle Gewalt öfters auch dann nicht angeführt wird, wenn Frauen dieser Gewaltform ausgesetzt waren. Die Hemmschwelle, über diese Form der Gewalt zu sprechen, ist sicher höher als bei anderen Gewaltformen. Auch sind sexuelle Gewalthandlungen schwerer zu belegen als andere Gewaltformen. Dies alles dürfte nach unserer Einschätzung dazu führen, daß das Ausmaß sexueller Gewalt, dem Frauen in der Trennungsphase ausgesetzt sind, aufgrund der Ergebnisse aus der Aktenanalyse unterschätzt wird.

Grafik III/5: Sexuelle Gewalt gegen die Mutter



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Grafik III/6: Sexuelle Gewalt gegen das/die Kind(er)



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Auch dann, wenn man die Ergebnisse in der Betroffenenbefragung wie der Aktenanalyse relativiert, bleibt für sexuelle Gewaltformen festzuhalten:

- Kommt es während der Trennungsphase – wie bei den von uns untersuchten Paaren – zu massiven, gewaltsamen Konflikten, ist sexuelle Gewalt gegen Frauen – gemessen an ihrer Häufigkeit, ihrer Intensität und Kontinuität – eine wichtige, sehr ernst zu nehmende Gewaltform.
- Das gemeinsame Wohnen in der Konflikt- und Trennungsphase erhöht vermutlich die Gefahr sexueller Bedrohung;
- Frauen, die darauf verzichten, einen Antrag auf Wohnungszuweisung zu stellen, sind häufiger und intensiver sexueller Gewalt ausgesetzt gewesen, als Antragstellerinnen. Offenbar sehen vor allem die massiv sexuell bedrohten Frauen keine andere Möglichkeit, sich der sexuellen Ge-

walttaten ihres Partners zu erwehren, als möglichst rasch die gemeinsame Ehewohnung zu verlassen und jegliche Konfrontation und Kontakt mit dem früheren Ehepartner zu vermeiden.
- Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch im Rahmen der vor Gericht verhandelten Verfahren auf Wohnungszuweisung sexuelle Gewalt (aufgrund von Unkenntnis, Scham oder Beweisschwierigkeiten) weit seltener angeführt wird, als dies aufgrund tatsächlich ausgeführter Gewalthandlungen möglich wäre.

5.4 Ausmaß und Schwere der Gewalt (Gewaltindex)

Ähnlich wie bei der Aktenanalyse wurden die verschiedenen Sachverhalte nach Schwere der Gewalt geordnet und die einzelnen Fälle – ausgehend vom gravierendsten Sachverhalt – in Gruppen unterschiedlicher Gewaltintensität klassifiziert. (Details zur Zuordnung von Gewalttaten zu Kategorien „Schwere der Gewalt“: siehe Anhang)

Tab. III/7: Ausmaß und Schwere der Gewalt (in Prozent)

Schwere der Gewalt	körperliche Gewalt		psychische Gewalt		sexuelle Gewalt	
	A %	NA %	A %	NA %	A %	NA %
keine Gewalt	28	21	9	5	73	53
weniger schwere Gewalt	12	12	1	-	-	-
mittel schwere Gewalt	27	18	12	11	1	2
schwere Gewalt	22	33	63	64	26	45
lebensbedrohliche Gewalt	12	15	16	21	-	-
Fallzahl (n) =	162	66	162	66	162	66

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die Tabelle belegt nochmals die in den vorangegangenen Kapiteln dargestellten Ergebnisse:

- das insgesamt hohe Ausmaß von schwerer und lebensbedrohlicher Gewalt, der die von uns Befragten ausgesetzt waren;
- die große Bedeutung von psychischer, aber auch von sexueller Gewalt. Ca. 80% der Befragten waren mit schweren bis lebensbedrohlichen

Formen psychischer Gewalt, 25% bzw. 45% mit schwereren Formen sexueller Gewalt (Nötigung – Vergewaltigung) konfrontiert;
- Befragte, die auf einen Antrag auf Wohnungszuweisung verzichteten, waren durchwegs mit schwereren Formen von Gewalt konfrontiert als Antragstellerinnen. Dies gilt sowohl in bezug auf körperliche Gewalt als auch bezüglich psychischer und sexueller Gewalt.

Betrachtet man verschiedene Gewaltformen in Kombination, zeigt sich, daß nur 5% überhaupt nicht von Gewalt sprechen und 19% allein von psychischer Gewalt. Ausschließlich körperliche Gewalttätigkeit ist selten (2%). Wie auch in der Aktenanalyse schon gezeigt wurde, ist körperliche Gewalt fast immer mit Drohungen, Beschimpfungen oder anderen Formen psychischer Gewalt verbunden.

Die häufigsten Formen von Gewalt sind:

- ausschließlich schwere psychische Gewalt (17% A; 11% NA)
- schwere psychische Gewalt und mittelschwere körperliche Gewalt (10% A; 12% NA)
- schwere psychische Gewalt und schwere körperliche Gewalt (sowohl A als auch NA: 9%)

Von extrem schweren Gewalttaten (alle Arten von Gewalt werden vom Partner eingesetzt, mindesten eine ist lebensbedrohlich bzw. bei sexueller Gewalt „Vergewaltigung“) sind die Befragten, die keinen Antrag auf Wohnungszuweisung stellten, häufiger betroffen als Antragstellerinnen (23% NA; 6% A).

Auf der Basis der Schwere der Gewalt haben wir – wie in der Aktenanalyse – eine Einordnung der Vorfälle nach einem zusammenfassenden Gewaltindex vorgenommen (Zuordnungsverfahren und Indexbildung: siehe Abschnitt Aktenanalyse). Ausgehend vom Gewaltindex I zeigt sich:

- von „weniger schwerer Gewalt“ betroffen waren 5% unserer Befragten (6% A; 4% NA);
- mit „mittelschwerer Gewalt“ (= eine oder alle der drei Gewaltarten sind max. mittelschwer) waren 9% konfrontiert (11% A; 5% NA);
- „schwerer bis lebensbedrohlicher Gewalt“ (= eine oder alle der Gewaltarten sind mind. schwer) waren 86% ausgesetzt (83% A; 91% NA).

In der Aktenanalyse haben wir gesehen, daß die Richter/-innen psychische Gewalt etwas geringer gewichten. Wie wir anschließend noch sehen werden, wurden (nach dem Eindruck der Befragten) bei der Zuweisung der

Ehewohnung von der RichterIn auch psychische Mißhandlungen berücksichtigt; subjektiv hatten die Befragten jedoch den Eindruck, daß für die richterliche Entscheidung körperliche Gewalttaten ausschlaggebender waren als andere Gewaltformen.

Gewichtet man psychische Gewalt bei der Einstufung nach der Schwere der Gewalt (entsprechend der richterlichen Relevanz bei Beschlüssen) geringer, modifiziert sich das Bild. Gewaltindex II gibt dies wieder. Hier wird weniger schwere bzw. mittelschwere psychische Gewalt der Kategorie „weniger schwere Gewalt“ zugeordnet; schwere psychische Gewalt geht als „mittelschwere Gewalt“ in den Index ein.

Auf der Basis des Gewaltindex II ergibt sich:

- 5% der Befragten sind von weniger schwerer Gewalt betroffen,
- 42% von mittelschwerer Gewalt,
- 53% von schwerer Gewalt.

Hier zeigt sich ein Unterschied zur Aktenanalyse: Auch bei der Betroffenenbefragung fallen (und zwar auch bei der Gruppe der Antragstellerinnen) wesentlich mehr in die Kategorie „schwere Gewalt“. Für diese Abweichung scheinen zwei Gründe relevant:

Die systematische Erfassung des Geschehens im Fragebogen fördert die Ausführlichkeit und Vollständigkeit der Darstellung von Gewalthandlungen. Die Befragten schildern die Situation daher detaillierter als Vorfälle in einem Antrag beschrieben werden. Möglicherweise erfahren wir in der Betroffenenbefragung genau das, was die RichterIn in der mündlichen Verhandlung hört.

1. Stichprobenverzerrung: Da die Befragung ja freiwillig war, ist wahrscheinlich, daß eher die Betroffenen zu einem Interview bereit waren, die „Außergewöhnliches“ erlebt haben und bei denen der Grad der Betroffenheit (und das Ausmaß der Gewalt) überdurchschnittlich hoch war.

Auch wenn das erstgenannte Argument zutreffen dürfte, die Stichprobenverzerrung wird der Hauptgrund für die Unterschiede zwischen Aktenanalyse und Betroffenenbefragung sein. Insgesamt wird die Aktenanalyse, die ja auf der Basis von mehr als 2000 in systematischer Zufallstichprobe ausgewählten Fällen basiert, das tragfähigere, vor allem das repräsentativere Ergebnis bieten, wenn es um Gesamtaussagen geht; die Betroffenenbefragung ermöglicht ergänzende Hinweise zu strukturellen Zusammenhängen.

Als Grundlage der nachfolgenden Überlegungen wählen wir Gewaltindex I (psychische Gewalt gleichgewichtet). Um zu kontrollieren, ob die Zuordnung der Befragten auf der Basis dieses Indexes plausibel und inhaltlich korrekt ist, haben wir sie mit den Angaben zu den Folgen von Gewalthandlungen abgeglichen. Es zeigt sich, daß in der Kategorie „weniger schwere Gewalt“ 67% der Befragten keine Folgen nennen. Das restliche Drittel gibt psychische Folgen an, die evtl. auch durch Alkoholprobleme oder sonstige Taten des Partners, die nicht in den Index eingingen, hervorgerufen werden. In der Kategorie „mittelschwere Gewalt“ nennen 10%, in der Kategorie „schwere Gewalt“ nur 4% keine Folgen. Dies macht plausibel, daß der Index unterschiedliche Intensitätsgrade von Gewalt relativ gut wiedergibt.

Neben der Intensität von Gewalt haben wir – bezogen auf einzelne Gewalthandlungen – auch Ergebnisse zur Kontinuität von Gewaltanwendung erhoben. Wir fassen diese Ergebnisse im folgenden zusammen und zeigen, inwieweit die Betroffenen mit den verschiedenen Formen körperlicher, psychischer bzw. sexueller Gewalt insgesamt öfters konfrontiert waren oder ob es sich dabei eher um einmalige „Ausraster“ handelt.

Tab. III/8: Kontinuität von Gewalthandlungen (in Prozent)

Wie häufig kam es zu Gewalt?	körperliche Gewalt %	psychische Gewalt %	sexuelle Gewalt %
nie	26	8	68
einmalig	11	-	2
öfter	63	92	30
Fallzahl (A und NA) (n) =	228	228	228

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die Tabelle bestätigt nochmals die bezogen auf einzelne Gewalthandlungen erkennbare Tendenz: Gewalthandlungen wurzeln in einer längeren Konfliktgeschichte. Diese Konflikte eskalieren und münden in eine vielfach länger andauernde Phase von Gewalt, überwiegend in Form psychischer Gewalt. 92% der Befragten berichten, sie wären gelegentlich oder ständig verschiedenen Formen psychischer Gewalt (Beschimpfung, Drohung, Erniedrigung, Demütigung etc.) ausgesetzt gewesen. Bei 63% kam es öfters

zu körperlicher Gewalt, 30% waren ständig bzw. gelegentlich mit sexueller Gewalt konfrontiert.

Wichtiger als die Gesamtsicht ist der Vergleich zwischen Antragstellerinnen und Befragten, die auf eine Antragstellung verzichtet haben. Betroffene, die keinen Antrag stellten, sind insgesamt gesehen mit schwereren Formen von Gewalt konfrontiert. Dies gilt vor allem bei körperlichen und sexuellen Gewalthandlungen. Auch die hohe Kontinuität der Gewalthandlungen belegt, daß die Situation dieser Betroffenen schwieriger und noch mehr durch Gewalt belastet war als die Situation der Antragstellerinnen.

Der Grund dafür, daß die (hier befragten) von häuslicher Gewalt Betroffenen keinen Antrag auf Wohnungszuweisung stellen, ist also nicht darin zu suchen, daß sie nur mit weniger schweren Formen von Gewalt konfrontiert sind. Alle in der hier vorliegenden Betroffenenbefragung erzielten Ergebnisse weisen darauf hin, daß vielmehr das Gegenteil der Fall ist: Betroffene, die keinen Antrag stellen, sind insgesamt schwereren Formen von Gewalt ausgesetzt als Antragstellerinnen.

Dies legt die Frage nahe, warum trotz Konfrontation mit massiver Gewalt ein Teil der Betroffenen auf eine Antragstellung verzichtet.

6 Motive, keinen Antrag zu stellen

Die folgende Zusammenstellung zeigt die verschiedenen Motive und Ursachen auf, warum Betroffene auf die Antragstellung nach § 1361 b BGB verzichten.

Zu berücksichtigen ist, daß wir nicht direkt und offen nach den Motiven, eine Antragstellung zu unterlassen, gefragt haben, sondern versuchten, anhand eines detaillierten Fragenkatalogs mögliche Ursachen umfassend zu eruieren. Die Basis für die Prozentangaben bildet die Zahl der NA n=68.

- **Motiv: Keine Antragstellung wegen Unwissenheit**

45% der Befragten, die keinen Antrag gestellt haben, wissen überhaupt nicht, daß es möglich ist, sich die Ehewohnung während der Trennungszeit zur alleinigen Nutzung zuweisen zu lassen. Von den „Unwissenden“ meinen (nach Erläuterung des § 1361 b BGB), daß sie sicher (35%) oder vielleicht (10%) einen Antrag gestellt hätten, wenn sie den Paragraphen bzw. seinen Inhalt gekannt hätten.

- **Motiv: Eintrittsvoraussetzung „schwere Härte“ ist nicht erfüllt**

An den angeführten Gewalthandlungen konnte man bisher eher erkennen, daß „schwere Gewalt“ bei Betroffenen, die auf eine Antragstellung verzichten, sogar noch häufiger gegeben ist als bei Antragstellerinnen. Dennoch ist es möglich, daß eine Anwalt/-in (der möglicherweise der zuständigen RichterIn und ihre Maßstäbe kennt) oder der Befragte selbst skeptisch ist, ob die Voraussetzungen für eine Wohnungszuweisung gegeben sind.

80% haben nach der Trennung bzw. dem Trennungsentschluß eine Anwalt/-in aufgesucht. 60% von diesen haben auch die Wohnungsfrage mit ihm gesprochen. Bei einem Drittel hat die Anwalt/-in dann von einer Antragstellung abgeraten, überwiegend da nach seiner Einschätzung keine „schwere Härte“ im Sinne von § 1361 b BGB vorlag oder um die Kinder nicht noch mehr zu belasten.

Wenn die Anwalt/-in keine Einwände gegen eine Antragstellung äußerte, hatten die Befragten auch keine Bedenken, das Vorliegen einer „schweren Härte“ anzunehmen. Hier waren andere Gründe ausschlaggebend, wie z.B. Angst vor der Reaktion des Partners oder daß die Befragte einfach nicht mehr in der Wohnung leben wollte. Auf diese persönlichen Gründe kommen wir aber gleich noch ausführlicher zu sprechen.

- **Motiv: „schwere Härte“ kann nicht bewiesen werden**

Möglicherweise haben die Betroffenen, die keinen Antrag stellen, auf die Vorfälle anders reagiert, sind z.B. nicht zum Arzt gegangen oder hatten keine Zeugen, so daß sie aus diesem Grund keine Chance sahen, vor Gericht eine „schwere Härte“ nachzuweisen.

Wir fragten die Betroffenen, was sie nach oder während der gewaltsamen Konflikte unternommen haben, ob sie Zeugen oder sonstige Beweismittel für die Tätlichkeiten hatten.

Tab. III/9: Beschaffte und vorhandene Beweise (in Prozent, Auswahl, nur häufigere Nennungen)

Wurde aufgrund der Vorfälle etwas unternommen?	A	NA
JA,		
ärztliches Attest erstellen lassen	44%	23%
Krankenhausaufenthalt	15%	18%
psychologisches Gutachten erstellen lassen	17%	13%
Polizei gerufen	57%	36%
es waren Zeugen da	20%	15%
NEIN,		
schämte sich zum Arzt zu gehen	6%	3%
konnte nichts machen	6%	13%
nicht daran gedacht	11%	13%
Notwendigkeit nicht bewußt	14%	13%
Fallzahl (n) =	160	65

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Betroffene, die keinen Antrag stellten, gingen – trotz schwerer Gewalt – seltener zum Arzt und/oder haben die Polizei nicht so oft gerufen. Der Grund dafür ist weniger Scham als die Tatsache, daß es ihnen aufgrund der Umstände der (gewaltgeladenen) Situation nicht möglich war. Die fehlende Kenntnis über die Notwendigkeit von Beweisen, spielt zwar (bei 13%) eine Rolle, aber keine größere als bei Antragstellerinnen.

- **Motiv: Kein Antrag, da Ehepartner obdachlos werden würde**

12% der Betroffenen, die keinen Antrag stellten, hätten durch eine Zuweisung der Ehewohnung den Ehepartner „auf die Straße gesetzt". Dies rechtfertigt zwar nicht unbedingt, von einem Antrag abzusehen, doch kann der Antrag bei Gericht abgelehnt werden, wenn die Betroffene selbst eine (wenn auch nur vorläufige) Unterkunft hätte. Die Belange des anderen Ehegatten sind bei einer Entscheidung mit zu berücksichtigen. Aus der Grobanalyse wissen wir, daß es in der Beschlußbegründung heißen kann: „Die Frau hat immerhin die Möglichkeit, zunächst im Frauenhaus unterzukommen." Es gibt zwar einzelne, die aus Rücksicht oder wegen der Gefahr, der Partner würde obdachlos werden, den Antrag nicht gestellt haben; für

das Gros jedoch ist dies kein Motiv. Die Mehrheit geht davon aus, daß der Partner woanders hätte wohnen können oder sich leicht eine eigene Wohnung hätte nehmen können.

- **Motiv bzw. Grund: Bedenken seitens der Anwalt/-in**

Von den Betroffenen, die keinen Antrag stellen, haben knapp die Hälfte die Frage der Wohnungszuweisung mit einer Anwalt/-in besprochen. Von diesen (n=32 Befragte) wurde jeder Dritten (11 Befragte) von der Anwalt/-in abgeraten, einen Antrag auf Wohnungszuweisung zu stellen. Die nachfolgende Zusammenstellung basiert auf der Auskunft von nur wenigen Befragten und gibt daher nur einen ungefähren Anhaltspunkt zur Beratungspraxis von Anwälte/-innen.

Die häufigsten Gründe, warum eine Anwalt/-in von einer Antragstellung abgeraten hat sind:

– keine „schwere Härte“ (64%)
– Kinder nicht noch mehr zu belasten (55%)
– psychischer/gesundheitlicher Zustand des Befragten (27%)

- **Persönliches Motiv**

Wie schon erwähnt ist eines der Hauptmotive, von einer Antragstellung abzusehen, daß die Befragten nicht mehr in der Wohnung leben wollten. Dies sagen z.B. 30% derer, die trotz Zuraten der Anwalt/-in keinen Antrag gestellt haben. Ein weiteres Motiv ist die Angst davor, daß der Ehepartner völlig ausrasten könnte, oder daß man den Kindern das gerichtliche Verfahren ersparen möchte.

Um noch näher zu den subjektiv empfundenen Motiven vorzudringen, ließen wir die betreffende Gruppe der Befragten zusätzlich mit eigenen Worten beschreiben, warum sie keinen Antrag gestellt haben. Oft werden mehrere Umstände gleichzeitig genannt. Hier eine Zusammenstellung zentraler Motive:

- Verfahrensdauer ist zu lang
  „weil es zu lange dauert; findet schneller eigene Wohnung; es besteht sofortiger Handlungsbedarf“ (Frau; lebensbedrohliche körperliche und psychische Gewalt, sexuelle Nötigung)
  „wollte den Mann loswerden; hätte sich zulange hingezogen; Wohnung war zu teuer“ (Frau; weniger schwere körperliche Gewalt, schwere psychische Gewalt, Vergewaltigung)

- Aus Angst
  „Sicherheit vor dem Mann; ich habe mich im Frauenhaus wohlgefühlt“ (Frau; schwere körperliche und psychische Gewalt)
  „mein Mann wurde so gewalttätig, daß ich nur noch weg wollte. Ich hatte Angst um mein Leben und das meiner noch nicht geborenen Tochter“ (Frau; lebensbedrohliche körperliche und psychische Gewalt, Vergewaltigung)
  „ich wollte es nicht zu einer Eskalation kommen lassen“ (Frau; mittelschwere körperliche Gewalt, schwere psychische Gewalt)

- „Raus aus der Wohnung“
  „ich wollte nicht in der Ehewohnung bleiben“ (Frau; mittelschwere körperliche Gewalt, schwere psychische Gewalt)
  „fort aus diesem Umfeld“ (Mann; mittelschwere psychische Gewalt)
  „ich wollte sowieso nicht in unserem gemeinsamen Haus bleiben; beruflich wollte ich nach Afrika“ (Mann; keine Gewalt)
  „es war leichter, einfach wegzugehen“ (Frau; schwere körperliche und psychische Gewalt, Vergewaltigung)
  „ich wollte nicht in der Stadt bleiben, weil ich Angst hatte“ (Frau; lebensbedrohliche körperliche und psychische Gewalt, Vergewaltigung)

- Andere Unterkunft und Sonstiges
  „hatte auch einen Freund, zu dem ich wollte“ (Frau; schwere psychische Gewalt)
  „Hauseigentümer sind die Schwiegereltern; kein Mietvertrag“ (Frau; mittelschwere körperliche Gewalt, schwere psychische Gewalt)
  „RechtsAnwalt/-in sagte, es sei besser, sich eine neue Wohnung zu suchen“ (Frau; mittelschwere körperliche Gewalt, schwere psychische Gewalt)

Der Entschluß, keinen Antrag auf Wohnungszuweisung zu stellen, wird also an unterschiedlichen Motiven festgemacht: Neben dem (vermeintlichen) Fehlen der Eintrittsvoraussetzung „schwere Härte“, der Unkenntnis im bezug auf den § 1361 b BGB, den Schwierigkeiten, das Vorliegen von „schwerer Härte“ zu beweisen spielen auch Bedenken von Seiten der Anwalt/-in bzw. seine Beratungspraxis, Befürchtungen, das Verfahren würde zu lange dauern, die Unsicherheit, wie ein solches Verfahren ausgeht, eine wichtige Rolle für den Entschluß, auf einen Antrag nach § 1361 b BGB zu verzichten. Hauptmotiv ist oft aber auch die intensive Angst vor dem Partner, seiner Gewalttätigkeit und seiner Reaktion auf eine Antragstellung, die Sorge um die Kinder, und das Bestreben, so schnell wie nur irgend möglich vom Partner und aus seinem Umkreis irgendwohin zu flüchten, wo man vor ihm sicher ist. Daneben sind für diese Entscheidung auch persönliche Mo-

tive sowie Bedenken, eine eventuelle Obdachlosigkeit des Partners könne den Ausgang des Verfahrens negativ beeinflussen, relevant.

Die hohe Eintrittsschwelle „schwere Härte“ ist nicht das vorrangige Motiv, auf eine Antragstellung nach § 1361b BGB zu verzichten. Hauptmotivation für den Verzicht ist vielmehr: Raus aus der Wohnung und zwar so schnell wie möglich!

Dieses Motiv führt dazu, daß Betroffene, die keinen Antrag stellen, sich etwas weniger um Beweise für Gewalthandlungen und andere Vorfälle kümmern. Sie wollen sich und oftmals auch den Kindern die Belastung des gerichtliche „Verfahrens“, die Beschaffung von Beweisen, die Verhandlung, Zeugenaussagen, etc. ersparen. Dafür nehmen viele sogar einen vorläufigen oder längeren Aufenthalt im Frauenhaus in Kauf. Das Motiv „raus aus der Wohnung“ soll aber nicht den Eindruck vermitteln, die Betroffenen, die keinen Antrag stellten, wollen gar nicht in der Wohnung bleiben. Sie wollen nur unter diesen Umständen nicht in der Wohnung bleiben und gehen den gerichtlichen Weg z.T. aus fehlendem Wissen, zum Teil wegen der hohen Eintrittsschwelle (Nachweis der „schweren Härte“ und den damit verbundenen Umständen) nicht. Wäre die Zuweisung einfacher gewesen, meinen immerhin 40%, daß sie dann sicherlich einen Antrag gestellt hätten.

7 Wie die Betroffenen die Situation empfinden

Die Motive, die von Gewalt Betroffene veranlassen, ihr Recht auf die Ehewohnung nicht gerichtlich zu erstreiten, belegen bereits, daß mit dem gesetzlichen Instrumentarium der „schweren Härte“ die Situation Betroffener nur ausschnitthaft erfaßt wird. Um angemessen durch rechtliche, oder gegebenenfalls auch durch andere Maßnahmen (z.B. Konfliktberatung, polizeiliche Maßnahmen u.a.) vor Gewalt zu schützen, muß ein Verständnis dafür entwickelt werden, wie Betroffene Gewaltsituationen empfinden. Wir haben diese Situationsbeschreibungen, da sie uns sehr wichtig erscheinen, im Anhang (geordnet nach inhaltlichen Schwerpunkten), ausführlich wiedergegeben und fassen hier nur exemplarisch zusammen, auf welche Dimensionen sich das Erleben von Gewaltsituationen bezieht. Je Dimension wird dabei an den Aussagen einzelner Befragter verständlich gemacht, wie Betroffene Gewalt empfinden.

- **Gewalt bedeutete eine große seelische Belastung**
  - Schlimmste Zeit in meinem Leben, trotz Gesprächstherapie
  - Unheimliche psychische Belastung

- Extrem seelisch belastend; ungeheure nervliche Anspannung; beobachtet und kontrolliert; unerträglich
- Schlimm, aber ich dachte, ich muß das durchstehen, denn wo hätte ich mit 4 Kindern wohnen können

- **Die Situation war unerträglich**
  - Es ist eine kaum zu beschreibende, katastrophale Situation, per Gesetz gezwungen zu sein, noch ein Jahr mit jemandem in einem Haus zu verbringen, der alles Erdenkliche tut, ihnen das Leben zur Hölle zu machen
  - Situation war psychisch unerträglich; permanentes Reizklima; permanente Aggressionen; verbale Attacken
  - Unerträglich und demütigend
  - Ständig, über Monate hinweg, in Spannung gelebt; Angst; Wut (auch über sich, weil man sich nicht wehrt); Wut auf den Partner
  - Furchtbar, wie Kriegszustand
  - Unerträglich: Zusammenleben war unmöglich; Angst vor dem Mann in Permanenz
  - Unerträglich, furchtbar, Hilflosigkeit

- **Ich war einsam, fühlte mich hilflos und hatte große Angst**
  - Schrecklich, furchtbar, Angst, hilflos. es ist nicht zu beschreiben. Angst um die Kinder
  - Schreckliche Angst, daß er die Morddrohung im Rausch tatsächlich durchführt. Sie muß ständig darauf achten, daß das Kind bewacht ist
  - Grauenvoll und im Prinzip unbegreiflich; ständige Angst; ich hatte Angst, auf die Straße zu gehen, wegen der Morddrohungen
  - Erniedrigung, Machtlosigkeit, Ausgeliefertsein; weil über allem die Angst schwebte, er könnte den Kindern etwas antun, auch wenn dies effektiv nicht passierte
  - Erniedrigend, demütigend, man ist wehrlos, keiner schenkt einem Gehör und Glauben wie z.B. Jugendamt, Umwelt usw. Man erhält keine Unterstützung, weil man selbst gegangen ist
  - Erniedrigend, sehr schmerzvoll, ich fühlte mich allem machtlos ausgeliefert, vor allem, weil von niemanden Hilfe zu erhalten war, schon gar nicht von der Polizei
  - Total hilflos, klein, mickrig; hatte aber das Gefühl etwas für die Kinder tun zu müssen, daß sie da rauskommen
  - Nur Angst um die Kinder und um mein Leben
  - Lähmend; machte wütend; Hilflosigkeit
  - Ausweglos; Hilflosigkeit; den Problemen selbst überlassen

- Machtlosigkeit; als Katastrophe; fühlte sich im Stich gelassen von Anwalt und Jugendamt
- Totaler Streß, Angst und Panik. Völlige nervliche Überlastung; Belastung. Angst um die Kinder. Zeitweise Angst ums eigene Leben
- Hilflos, allein gelassen, ohnmächtig der körperlichen Kraft des Partners ausgesetzt; Angst um die Kinder
- Angst; Hilflosigkeit; Bangen um mein Leben und das der Kinder; vor der Trennung Angst vor der Unberechenbarkeit des Ex-Partners; Sehnsucht nach Frieden; wollte Ex-Partner nur noch los werden

- **Die Gewalt hat mich zutiefst erniedrigt, ich fühlte Scham, Enttäuschung und Selbstzweifel**
  - Verlassen, zerrissen, gedemütigt, hintergangen, zum Teil hoffnungslos, traurig
  - Erniedrigend; menschenunwürdiges Leben; sehr deprimierend
  - Die Situation als totale Erniedrigung und völlige Machtlosigkeit empfunden; ständige Überbelastung führte zu absoluter Überanstrengung, Nerven am Ende
  - Sie hat diese Situation als völlige Entwürdigung empfunden, sich selber als Versagerin, außerdem fühlte sie sich total überfordert
  - Demütigend. Ich zweifelte an meinen Verstand. Ich fragte mich: Mit wem lebte ich 22 Jahre? Was ist das für ein Mensch?
  - Erniedrigung, fühlte sich nicht mehr leistungsfähig, fühlte sich zum Recycling freigegeben, nach „20 Jahren“ Aufopfern für die Familie praktisch zum Müll geworfen
  - Die Demütigung – er hat mich vor den Kindern schlecht gemacht
  - Ich fühlte mich furchtbar gedemütigt; so geschunden und geschlagen ins Krankenhaus zu kommen

Die hier exemplarisch zusammengestellten Äußerungen Betroffener dokumentieren, daß sich Gewalt vor allem als extreme psychische Belastung auswirkt, in hohem Maße Angst und gleichzeitig Hilflosigkeit verursacht und in ein Gefühl von Erniedrigung und Demütigung sowie identitätsgefährdende Selbstzweifel mündet. Ganz im Gegensatz zum Gesetz betonen Betroffene also weniger die körperliche Gewalt und ihre körperlichen Folgen, sondern vielmehr die psychischen Konsequenzen. Die Diskrepanz zwischen dem gesetzlichen Instrumentarium und der subjektiven Eigendefinition von Gewaltsituationen durch Betroffene macht auch deutlich, daß Rechtsnormen und Gerichtsverfahren die Situation nur partiell bereinigen können und grundlegende Probleme Betroffener außen vor lassen müssen.

8 Ablauf und Beurteilung des Verfahrens

An mehreren Stellen der Grobanalyse von Akten haben wir darauf hingewiesen, daß wir z.B. zur Beweiswürdigung oder zur Einschätzung der Glaubwürdigkeit von Sachverhalten nicht viel sagen können, da vermutlich viel von dem Eindruck der RichterIn in der mündlichen Verhandlung abhängt. Die Detailanalyse konnte bereits einzelne Verläufe von Verfahren abbilden, nicht aber die subjektive Wahrnehmung und Zufriedenheit der Betroffenen mit dem Verfahren, dem Ausgang und der RichterIn. Hierzu bietet die Betroffenenbefragung ergänzende Informationen.

8.1 Motive der Antragstellung und Verfahrensverlauf

Ähnlich wie wir im vorangehenden Kapitel nachzuvollziehen versuchten, welche Motive Betroffene von einem Antrag auf Wohnungszuweisung abhalten, klären wir hier eingangs die Voraussetzungen für die Entscheidung, die Wohnungszuweisung per Gerichtsverfahren durchzusetzen.

Die Kenntnis des § 1361 b BGB ist bei Antragstellerinnen zum Zeitpunkt der Trennung in etwa vergleichbar mit dem Informationsstand von Betroffenen, die keinen Antrag stellen: 43% der Antragstellerinnen kennen den Paragraphen bereits; der Rest (57%) hat von der Möglichkeit einer Antragstellung durch die Anwalt/-in erfahren, andere durch Freunde, Bekannte etc. Zu dem Schritt, den Antrag tatsächlich zu stellen, wird den Befragten am häufigsten ebenfalls durch die Anwalt/-in geraten (43%) oder sie haben sich von alleine dazu entschieden (29%).

Bevor es zu einem Antrag kommt, haben i.d.R. bereits mehrere Versuche stattgefunden, den Partner ohne Hilfe des Gerichts zu einem Auszug aus der Wohnung zu veranlassen. Nur 17% der Antragstellerinnen gingen sofort den gerichtlichen Weg. Die Hälfte forderte den Partner vorher mehrmals auf zu gehen. Das restliche Drittel ließ ihn (auch) durch die Anwalt/-in dazu auffordern. Die Antragstellung selbst ist ein entscheidender, mit Angst und vielen Unsicherheiten besetzter Schritt: 64% der Antragstellerinnen hatten Angst vor der Reaktion des Partners auf den Antrag (was ja auch häufig einer der Gründe war, keinen Antrag zu stellen).

Tatsächlich hat sich durch die Antragstellung in der Mehrzahl der Fälle nichts geändert bzw. der Partner hat den Antrag völlig ignoriert (60%). Wenn dies jedoch nicht der Fall war, dann wirkte sich die Antragstellung i.d.R. negativ für die Befragten aus, bei 30% ist der Partner sogar „total

ausgerastet“; nur bei 10% hat die Antragstellung zu einer Reduktion der Aggressivität des Partners geführt.

Im Verfahren selbst hatten – wie bei der Grobanalyse – 97% eine Anwalt/-in. (Es sei angemerkt, daß es nur 16% bewußt war, daß sie auch ohne Anwalt/-in den Antrag hätten stellen können.) Der Antragsgegner hatte zu 75% auch eine Anwalt/-in.

Meist wurde die Anwalt/-in von Freunden und/oder Bekannten empfohlen (46%). Zum Teil wählten die Befragten die Anwalt/-in auf Empfehlung sozialer Einrichtungen (14%) oder sie haben z.B. einfach im Telefonbuch nachgesehen.

Tab. III/10: Auswahl von Anwälten (in Prozent)

Wie sind Sie an die Anwalt/-in gekommen?	%
persönlich bekannt	12
durch Empfehlung des Frauenhauses	7
durch Empfehlung von Freunden, Bekannten	49
per Zufall (Telefonbuch, räumliche Nähe)	12
Fallzahl (n) =	154

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die Befragten waren überwiegend mit der Betreuung und Beratung der Anwalt/-in zufrieden. 16% hatten das Gefühl, daß Familienrecht nicht sein Fach war, bzw. er nicht ausreichend informiert war oder sich nicht genügend einsetzte. Persönlich bekannte oder von Freunden/Bekannten empfohlene Anwälte/-innen erscheinen den Befragten erfolgreicher bzw. arbeiteten zufriedenstellender als eher zufällig bzw. wegen der räumlichen Nähe kontaktierte.

Tab. III/11: Zugang zu Anwälten und Zufriedenheit mit der Beratung/Betreuung (in Prozent)

Wie sind Sie an die Anwalt/-in gekommen?	Fall-zahl	Beratung/Betreuung durch die Anwalt/-in war:		
	(n)	sehr gut	in Ordnung	nicht gut
persönlich bekannt	17	65%	18%	6%
durch Empfehlung des Frauenhauses	10	60%	30%	10%
durch Empfehlung von Freunden/ Bekannten	75	52%	24%	16%
räumliche Nähe	7	29%	29%	29%
Telefonbuch	17	35%	24%	24%

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Soweit der Weg bis zur Antragstellung. Über das Verfahren selbst haben wir in der Aktenanalyse ausführlich berichtet. Hier nur Hauptkennzeichen und ergänzende Hinweise zum Verfahrensverlauf und zur subjektiven Einschätzung von Antragstellerinnen.

Hauptkennzeichen der Verfahren:
- 62% hatten auch eine einstweilige Anordnung beantragt.
- Bei 74% hat mindestens eine mündliche Verhandlung stattgefunden, die ja, wie wir aus der Grobanalyse vermuten, ausschlaggebend für den Verfahrensausgang ist. Meist war der Antragsgegner bei der mündlichen Verhandlung anwesend (86%), nur selten (4%) ließ er sich nur durch seine Anwalt/-in vertreten, bei jedem zehnten Fall erschien kein Vertreter der Gegenseite. War bei der mündlichen Verhandlung eine GegenAnwalt/-in anwesend, wurde die Wohnung etwas häufiger vom Gericht aufgeteilt.
- Waren Kinder vorhanden, dann hat die RichterIn zu 66% das Jugendamt eingeschaltet.
- Das Verhalten der RichterIn wurde von 44% der Befragten als juristisch korrekt empfunden. 31% hatten den Eindruck, die RichterIn orientierte sich bei seiner Entscheidung primär am Kindeswohl. Parteiisch erschien die RichterIn etwa einem Drittel der Befragten: 19% hatten den Eindruck, er tendierte dazu, auf ihrer Seite zu stehen. 16% meinten, er hat eher für die Gegenseite Partei ergriffen.

8.2 Beweisführung und Beweiswürdigung

Die Mehrheit der Befragten (72%) fügten den Anträgen Beweise bei. Wie bei der Aktenanalyse erweist sich auch bei dieser Erhebung die eidesstattliche Erklärung als das wichtigste Beweismittel. Entsprechend der überdurchschnittlichen Intensität von Gewalt, der die hier Befragten ausgesetzt waren, sind ärztliche Atteste von den hier erfaßten Betroffenen etwa ähnlich häufig wie eidesstattliche Erklärungen vorgelegt worden. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt, welche Beweise die Befragten ihren Anträgen sonst noch beigegeben haben:

- keine 28%
- eidesstattliche Erklärung 33%[25]
- Beteiligtenvernehmung 19%
- Zeugen 17%
- Polizeiprotokoll 16%
- ärztliches Attest 34%
- Fotos 7%
- Gutachten 12%
- Sonstiges 11%

Auch hier gilt, daß die Aktenanalyse die Formen der Beweisführung repräsentativer abbildet als die Betroffenenbefragung. Wichtiger ist, wie die Befragten die Beweiswürdigung einschätzen. In der Regel hatten sie den Eindruck, der RichterIn reichten die Beweise aus. Nur 2% wurden aufgefordert, noch weitere Beweise zu erbringen.

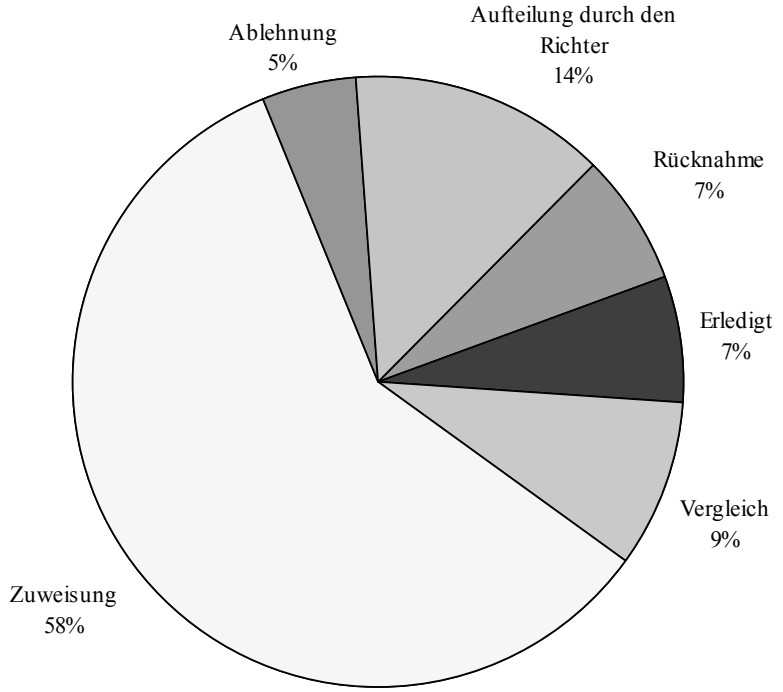
8.3 Zum Verfahrensausgang

Der Ausgang der Verfahren spiegelt die Spezifika des in der Betroffenenbefragung erfaßten Klientels wieder: Im Gegensatz zur Aktenanalyse kam es hier bei drei Viertel der Verfahren zu einem Beschluß. Die höhere Beschlußquote entspricht dem größeren Ausmaß von Gewalt, das die in die Betroffenenbefragung einbezogenen Fälle kennzeichnet. Daß die Beschlüsse im Sinne des Antrags meist positiv ausfallen, stimmt mit dem hohen Anteil von Fällen, bei denen (nach den Angaben der Befragten) schwe-

[25] Im Vergleich zum Ergebnis der Aktenanalyse wurden hier eidesstattliche Erklärungen als Beweise vergleichsweise seltener vorgelegt. Erklärungen dafür wären:
1. Die hier Befragten haben andere Beweisformen stärker genutzt, daher auf eidesstattliche Erklärungen verzichten können.
2. Teilweise wird diese Form der Beweisführung den Befragten nicht (mehr) bewußt und in Erinnerung sein, weil sie routinemäßig vom Anwalt ausgeht.

re Gewalt und damit die Voraussetzungen für eine Wohnungszuweisung gegeben waren, überein.

Grafik III/7: Verfahrensausgang



Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Die hohe Beschlußquote und der große Anteil von Wohnungszuweisungen ist als Spezifikum dieser Befragung zu werten. Für die Frage, wie Verfahren zu § 1361 b BGB enden, ist das Ergebnis der Aktenanalyse repräsentativer und daher relevanter. Wie gezeigt wurde, enden Verfahren zu § 1361 b BGB deutlich häufiger mit Vergleichen bzw. Rücknahmen und seltener mit Beschlüssen.

Wir können die hohe Beschlußquote der in der Betroffenenbefragung einbezogenen Verfahren jedoch dazu nützen, die gerichtlichen Entscheidungen und ihre Konsequenzen genauer zu analysieren. Zunächst prüfen wir, unter welchen Voraussetzungen die Wohnung zugewiesen bzw. der Antrag

abgelehnt wurde: Ähnlich wie bei der Aktenanalyse ist erkennbar, daß im Falle einer Wohnungszuweisung der Antrag zwar häufig mit schwerer/lebensbedrohlicher körperlicher oder psychischer Gewalt begründet wurde; auch bei der Betroffenenbefragung zeigt sich jedoch, daß bei einer durchaus nennenswerten Zahl der Fälle selbst bei Vorliegen von „nur“ mittelschwerer bis weniger schwerer Gewalt eine Wohnungszuweisung erfolgte.

Was war nach Meinung der Befragten für die RichterIn ausschlaggebend, die Wohnung zuzuweisen? Die bereits erwähnten körperlichen und psychischen Formen von Gewalt waren nach Meinung von jeweils zwei Fünftel der Befragten für die RichterIn der ausschlaggebende Grund, die Wohnung zuzuweisen; Alkohol spielte eine etwa ähnlich wichtige Rolle (31% hielten Alkoholprobleme für entscheidungsrelevant). Ausschlaggebender als Gewalt war (aus der Sicht der Befragten) jedoch das Kindeswohl: 64% meinen, die Wahrung des Kindeswohls war für die Wohnungzuweisung entscheidungsrelevant. In eine ähnliche Richtung geht die Überlegung der RichterIn, die Wohnung deshalb der Antragstellerin zuzuweisen, weil sie bereits die vorläufige Sorge für das Kind hatte (was 30% der Befragten meinen). Beengte Wohnverhältnisse, die ein gemeinsames Getrenntleben in der Ehewohnung unmöglich machten, bzw. die Chance des Ehepartners, der aus der Wohnung gewiesen wird, anderweitig unterzukommen, sind (nach Einschätzung der Befragten) weitere für die RichterIn ausschlaggebende Überlegungen bei der Wohnungszuweisung gewesen.

Komplementär dazu ist die Einschätzung der Befragten zu den Ablehnungsgründen: Hauptursache für die Ablehnung von Anträgen war, daß laut RichterIn keine „schwere Härte“ vorlag, oder sonstige Voraussetzungen für die Wohnungzuweisung fehlten. Ein Fünftel der Befragten, deren Antrag abgelehnt wurde, hatten den Eindruck, der Antrag scheiterte vor allem an der Einschätzung der RichterIn, das Kindeswohl wäre nicht gefährdet. Etwa ähnlich viele halten die dem Ehepartner im Falle einer Wohnungszuweisung drohende Obdachlosigkeit für den ausschlaggebenden Ablehnungsgrund.

Auch die Gründe für einen Vergleich oder die Erledigung des Verfahrens entsprechen dem bei der Aktenanalyse Gesagten: Die Erledigung des Verfahrens ergibt sich meist aufgrund des Auszugs des Antragsgegners, zum Teil durch den Auszug der Antragstellerin. Der Hauptgrund für einen Vergleich ist die Bereitschaft des Antragsgegners, nach einer bestimmten Frist auszuziehen (50% derer, die einen Vergleich schließen). Ein geringerer Teil der Paare, die einen Vergleich schließen, trifft ein Wohnarrangement (19%).

9 Die aktuelle Situation: Wohnen und Beurteilung eigener Problemlösungsstrategien

9.1 Wohnform und Wohnzufriedenheit

Wie die aktuelle Wohnsituation zeigt, mündet die „Wohnkarriere“ von Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag stellen, in unterschiedliche Wohnformen.

Tab. III/12: Aktuelle Wohnsituation (in Prozent)

Aktuelle Wohnsituation der Befragten	A %	NA %
im Frauenhaus	1	12
bei den Eltern	1	0
bei Verwandten / Bekannten	0	0
in einer eigenen Wohnung (neuen Wohnung)	25	61
alleine in der (früheren) Ehewohnung	56	11
mit neuem Partner in der (früheren) Ehewohnung	4	3
mit neuem Partner in einer neuen Wohnung	4	9
getrennt vom Partner in der Ehewohnung	6	2
mit Ehepartner in der Wohnung/wieder versöhnt	3	2
Fallzahl (n) =	162	66

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Antragstellerinnen verbleiben letztendlich zu 70% in der ursprünglichen Ehewohnung, und zwar meist alleine, selten mit dem Ehepartner bzw. mit einem neuen Partner. Von den Betroffenen, die keinen Antrag stellen, bleiben nur wenige (18%) in der früheren Ehewohnung, wobei auch bei diesen der Ehepartner sehr häufig ausgezogen ist, sie die Wohnung also alleine bewohnen. Die meisten dieser Betroffenen wohnten zum Befragungszeitpunkt in einer neuen, eigenen Wohnung (62%) zum Teil auch (noch) im Frauenhaus (12%).

Die ursprüngliche Situation (also gemeinsames Wohnen und Versöhnung) wiederherzustellen, gelingt nur einem sehr kleinen Teil der Befragten (ca. 3%). Im Vergleich zu den Antragstellerinnen können (oder wollen) sie also weitaus seltener in der gemeinsamen Ehewohnung bleiben. Dennoch emp-

finden 64% der Befragten, die auf die Antragstellung (auf Wohnungszuweisung) verzichteten, ihre Wohnsituation als gut, besonders wenn sie in einer eigenen Wohnung oder ohne Partner in der Ehewohnung leben. Anders wird die Situation (natürlich) empfunden, wenn sich die Befragte momentan z.B. im Frauenhaus aufhält.

Tab. III/13: Einschätzung der momentanen Wohnsituation

Die momentane Situation ist	eigene Wohnung %	Frauenhaus (Anzahl)
gut	73	-
eine Zwischenlösung	22	5 (=71%)
eine Notlösung	5	2 (=29%)
Basis: NA; Fallzahl (n) =	41	7

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

9.2 Beurteilung des Verfahrens durch die Antragstellerinnen

Was bewirkt das Verfahren für die Antragstellerin? Wie geht es nach dem Beschluß weiter? Aus der Aktenanalyse konnte man den Eindruck gewinnen, daß bei den meisten Verfahren kein gerichtlicher Beschluß nötig ist, sondern die Ehepartner vorher zu einer Einigung kommen, sei es, daß sie einen Vergleich schließen oder das Verfahren (meist wegen Auszug eines Partners) für erledigt erklärt wird. Damit endete die Aktenanalyse. Wir wissen also nicht, wie sich der Antragsgegner tatsächlich verhält. Halten beide Partner den Vergleich oder den Beschluß ein? Hält sich der Antragsgegner zwar an die Vereinbarung oder den Beschluß, terrorisiert aber den Partner/die Familie um so mehr außerhalb der Ehewohnung, so daß der Sinn der Zuweisung, vor Bedrohung und Mißhandlung zu schützen, eigentlich verfehlt wird? Waren die Befragten mit der Entscheidung zufrieden? Wir fragten die Antragstellerinnen nach dem Verlauf des Verfahrens und der Zeit danach.

70% der befragten Antragstellerinnen sind mit dem Ausgang des Verfahrens zufrieden. Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit hängt in erheblichem Maße von der Art des Verfahrensausgangs ab. Am zufriedensten sind die Befragten, denen die Wohnung zugewiesen worden ist (87%); ebenfalls als eine zufriedenstellende Lösungen finden es die Antragstellerinnen, die das Verfahren für erledigt erklärt haben: Zwei Drittel dieser Betroffenen empfin-

den die von ihnen gefundene Lösung auch im nachhinein als zufriedenstellend. Geringer ist der Zufriedenheitsgrad dann, wenn Antragstellerinnen im Zuge des Verfahrens zur Rücknahme bzw. zum Vergleich veranlaßt werden oder vom Gericht die Aufteilung der Wohnung verfügt wird. Mit solchen Lösungen ist jeweils nur die Hälfte der Betroffenen zufrieden. – Nahezu durchwegs unzufrieden sind alle diejenigen, deren Antrag abgelehnt wurde.

Wie wirkt sich das Verfahren auf die Beziehung zwischen den Ehepartnern aus? Insgesamt überwiegen – nach der Einschätzung der Betroffenen – die positiven Wirkungen: Vor allem für die Kinder erscheint die jeweils gefundene Lösung als die beste. Auf die Beziehung der Ehepartner wirkt sich das Verfahren meist negativ aus. Zwar gibt es auch Betroffene, die in diesem Verfahren eine Chance sahen, die Ehe zu retten (4%), auch wirkte das Verfahren gelegentlich konfliktmindernd bzw. hat die Scheidung erleichtert (je 7%); insgesamt jedoch überwiegen die negativen Auswirkungen deutlich: Knapp 30% meinen, das Verfahren hätte die Ehe endgültig kaputt gemacht, bei 10% hat es die Scheidung erschwert.

Die Auswirkungen auf die Beziehung und die Kinder werden zwar je nach Verfahrensausgang unterschiedlich bewertet. Die negativsten Auswirkungen haben (nach Einschätzung der befragten Antragstellerinnen) die Verfahren, die mit einer Ablehnung des Antrags enden bzw. bei denen die Antragstellerin zur Rücknahme des Antrags oder zur Aufteilung der Wohnung veranlaßt wird. Positiver werden Verfahren eingeschätzt, bei denen es zu einer Zuweisung oder zu einem Vergleich kommt bzw. bei denen das Verfahren als erledigt erklärt wird. Auch diese Art des Verfahrensausgangs bewirkt selten eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ehepartnern, sie wird aber häufig als „das Beste für die Kinder“ empfunden.

Beschlüsse, auch wenn sie zu einer Wohnungszuweisung führen, erzielen keine sofortige bzw. endgültige Problemlösung. Nur jeder zweite Antragsgegner hielt sich sofort und dauerhaft an den Beschluß. 41% der Antragsgegner verließen die Wohnung erst nach einigen Problemen, 7% weigerten sich überhaupt, dem Beschluß Folge zu leisten und mußten mit Hilfe des Gerichtsvollziehers aus der Wohnung entfernt werden. Eine tragfähigere Konfliktlösung bieten offenbar Vergleiche: Wenn es zu einem Vergleich kam, haben sich auch alle Beteiligten daran gehalten.

Wenn aufgrund der Wohnungzuweisung der Partner aus der Ehewohnung auszieht, bringt dies keinen dauerhaften und völligen Schutz vor Bedrohung. 36% der Antragstellerinnen, die die Wohnung zugewiesen bekommen haben, werden weiterhin von ihrem Partner bedroht, teilweise sogar

stärker als vorher. Insgesamt fühlen sich die meisten durch die gerichtliche Entscheidung jedoch „freier“, empfinden die neue Situation als besser und sind der Meinung, daß sich durch die Wohnungzuweisung die nötige Distanz zwischen den Partnern einstellen konnte.

9.3 Verzicht auf das Verfahren: die richtige Problemlösung?

War der Verzicht auf eine Antragstellung der richtige Weg? 59% der Befragten, die auf eine Antragstellung verzichteten, glauben auch retrospektiv *nicht*, daß es besser gewesen wäre einen Antrag zu stellen; 17% sind sich unschlüssig. Der Großteil dieser Betroffenen hält also auch im Nachhinein am ursprünglichen Entschluß fest.

Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, daß eine gerichtliche Wohnungszuweisung (wie nach § 1361 b BGB vorgesehen) an das Vorliegen einer „schweren Härte“ gebunden ist. Wäre die Zuweisung vor Gericht *leichter*, würden nur 28% eine Antragstellung definitiv ausschließen: 40% meinen, sie hätten dann bestimmt einen Antrag gestellt; 32% sind unschlüssig. Auch wenn die hohe Eingriffsschwelle des § 1361 b BGB nicht das einzige Motiv ist, das von einer Antragstellung abhält, hat es bei einem nennenswerten Teil diese Entscheidung doch beeinflußt. Daraus ist ableitbar, daß eine Modifikation der Rechtsgrundlage für die Wohnungszuweisung eine wichtige Rolle für die Wahrung der Interessen und den Schutz vor häuslicher Gewalt bilden würde. (Welche Verbesserungsvorschläge Betroffene in diesen Zusammenhang haben, zeigen wir am Ende dieses Abschnitts.)

10 Kindeswohl

Um zu einer besseren Einschätzung zu gelangen, wie sehr Kinder betroffen sind, und wie das Kindeswohl berücksichtigt wird gehen wir in diesem Kapitel nochmals zusammenfassend auf die Kinder ein. Alle unsere Erhebungen bestätigen, daß bei der Wohnungsfrage während des Getrenntlebens Kinder eine erhebliche Rolle spielen, denn fast immer leben Kinder mit in der Wohnung. Die gesetzliche Regelung von § 1361 b BGB definiert die Berücksichtigung des Kindeswohls aber bisher nur über die Belastung des Befragten, also inwieweit die Betroffenheit der Kinder eine „schwere Härte“ für die Antragstellerin darstellt. In der Regel werden dadurch Vorfälle und Gewalttaten, die gegen Kinder gerichtet sind, in die Entscheidung der RichterIn mit einfließen. Dennoch ist die RichterIn nicht dazu verpflichtet, explizit das Kindeswohl zu berücksichtigen.

In Ergänzung zu den Ergebnissen der Aktenanalyse klären wir mit Hilfe der Aussagen Betroffener noch, in welcher Form Richter/-innen das Kindeswohl in ihre Entscheidung einbeziehen und wie Betroffene die richterliche Entscheidung zum Kindeswohl beurteilen. Um jedoch diese Aussagen zu verorten, rekapitulieren wir zuerst nochmals, inwieweit Kinder bei den in die Betroffenenbefragung einbezogenen Familien mit Gewalt direkt oder indirekt konfrontiert waren und inwieweit sich Form und Intensität von Gewalt gegen Kinder bei Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag stellten, unterscheiden.

28% der Kinder erfahren körperliche, 42% psychische Gewalt. Sexuelle Gewalt gegen Kinder wird von 4% der Befragten angeführt. Bei etwa der Hälfte der Fälle handelt es sich um mittelschwere bis schwere Gewalttaten.

Tab. III/14: Intensität von Gewalt gegen Kinder (Gewaltindex I: alle Gewaltformen gleich gewichtet) (in Prozent)

Intensität von Gewalt	Kinder von A %	Kinder von NA %	Kinder gesamt %
weniger schwere Gewalt	51	38	47
mittelschwere Gewalt	27	20	25
schwere Gewalt	22	43	28
Fallzahl (n) =	151	61	212

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Tab. III/15: Intensität von Gewalt gegen Kinder (Gewaltindex II: psychische Gewalt geringer gewichtet) (in Prozent)

Intensität von Gewalt	Kinder von A %	Kinder von NA %	Kinder gesamt %
weniger schwere Gewalt	51	38	47
mittelschwere Gewalt	36	34	35
schwere Gewalt	13	28	18
Fallzahl (n) =	151	61	212

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Auch hier zeigt sich, daß im Falle eines Verzichts auf die Antragstellung intensivere Gewaltformen vorherrschen: Je nach Gewichtung psychischer Gewalt sind Kinder, bei denen der betroffene Elternteil auf eine Antragstellung verzichtet, in 43% bzw. 28% von schwerer Gewalt betroffen, Kinder von Antragstellerinnen „nur“ zu 22% bzw. 13%.

Die Kinder leiden nicht nur unter den (hier angeführten) Gewalttaten, die sich direkt gegen sie richten, sondern auch unter der Gesamtsituation, dem „Gewaltklima“, das die Familie prägt. Fast alle Befragten berichten, daß diese Situation für die Kinder (meist) äußerst problematisch und nur sehr schwer zu verarbeiten ist. Dies macht auch verständlich, daß manche der betroffene Frauen auf eine Antragstellung verzichten, um die Kinder durch ein Gerichtsverfahren nicht noch mehr zu belasten. Die Kinder werden im übrigen relativ häufig in die Entscheidung, ob ein Antrag auf Wohnungszuweisung gestellt werden soll oder nicht, mit einbezogen. Etwa die Hälfte der Betroffenen hat dies getan, bei einem weiteren Viertel waren die Kinder noch zu klein; nur ein Viertel der Antragstellerinnen hat also die Kinder nicht in die Entscheidung einbezogen, obwohl dies (aufgrund des Alters der Kinder) im Prinzip möglich gewesen wäre.

Wurden die Kinder in die Entscheidung einbezogen, so haben sie fast durchweg eine Antragstellung befürwortet; besonders dann, wenn Kinder direkt von schwerer Gewalt betroffen waren, haben sie auch selbst auf eine Antragstellung gedrängt. Insgesamt haben mehr als 80% der Kinder, die in die Entscheidung einbezogen worden waren, die Antragstellung befürwortet; 18% wußten nichts damit anzufangen und hatten keine Meinung, nur 1% der Kinder hat eine Antragstellung abgelehnt.

Wir haben bereits anhand des Gewaltindexes dokumentiert, in welchem Maße Kinder direkt schwerer bzw. weniger schwerer Gewalt ausgesetzt sind. Inwieweit hängt der Ausgang des Verfahrens direkt mit der gegen Kinder gerichteten Gewalt zusammen?

Tab. III/16: Gewalt gegen Kinder und Verfahrensausgang (in Prozent)

Verfahrens-ausgang	Insgesamt	Intensität der Gewalt gegen Kinder*)	
		weniger schwere Gewalt	schwere Gewalt
	%	%	%
Rücknahme	8	6	6
erledigt	5	7	3
Vergleich	6	4	6
Zuweisung	63	65	75
Ablehung/ Aufteilung	18	18	9
Fallzahl (n) =	143	72	32

*) Grundlage: Gewaltindex I

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Wie die Tabelle zeigt, hängt der Ausgang des Verfahrens kaum mit der Intensität der gegen Kinder gerichteten Gewalt zusammen. Weitgehend unabhängig davon, ob Kinder mit weniger schwerer oder schwerer Gewalt konfrontiert sind, kommt es in etwa ähnlichem Umfang zu Rücknahmen, Erledigungen oder Vergleichen. Wird das Verfahren durch einen Gerichtsbeschluß beendet, wird die Wohnung bei Vorliegen von schwerer Gewalt gegen Kinder etwas häufiger zugewiesen, als im Falle weniger schwerer Gewalttaten. Komplementär dazu ist die Ablehnungsquote etwas höher, wenn die Intensität der gegen Kinder gerichteten Gewalt sich in Grenzen hält. Zu berücksichtigen ist, daß bei den in der Betroffenenbefragung einbezogenen Verfahren die Beschlußquote überdurchschnittlich hoch ist. Tatsächlich wird es (auch bei Vorliegen von schwerer Gewalt gegen Kinder) häufiger als hier an den Anteilswerten dokumentiert zu Rücknahmen und Vergleichen kommen.

Hier ist auch zu berücksichtigen, daß im Falle schwerer Gewalt gegen Kinder meist gleichzeitig schwere Gewalt gegen die Antragstellerin vorlag (fast nie nur Gewalt gegen das/die Kind(er)). Direkte Rückschlüsse auf die Berücksichtigung des Kindeswohls aufgrund der Gegenüberstellung von „Stärke der Gewalt gegen Kinder“ und Verfahrensausgang zu ziehen, ist daher problematisch. Als zusätzlichen Indikator ziehen wir daher die subjektive Einschätzung der Befragten heran, wie bedeutsam das Kindeswohl

im Verfahren war. Danach spielt das Kindeswohl zwar nicht durchwegs aber doch relativ häufig eine wichtige Rolle: 66% der Befragten meinten, die Kinder wurden bei der Entscheidung (mit)berücksichtigt bzw. das Kindeswohl war für die Wohnungzuweisung ausschlaggebend. Komplementär dazu gilt: Die Tatsache, daß aus der Sicht der RichterIn das Kindeswohl nicht gefährdet ist, ist ein wichtiger Grund für die Ablehnung des Antrags.

Bei 44% der Verfahren wurde von seiten der RichterIn das Jugendamt eingeschaltet. Dies geschah besonders dann, wenn die Kinder keinen schweren Gewalttaten ausgesetzt waren. Bei „eindeutigeren" Fällen, wenn also Kinder von schwerer Gewalt betroffen waren, schien vielen Richter/-innen die Einschaltung des Jugendamtes nicht notwendig.

Beide Ergebnisse belegen, wie sich die Tatsache auswirkt, daß das Kindeswohl zwar einbezogen werden soll, im Gesetz aber nicht explizit genannt ist: Auch wenn das Kindeswohl relativ häufig für eine richterliche Entscheidung ausschlaggebend ist, darf nicht übersehen werden, daß bei einem Drittel der Verfahren (nach Eindruck der betroffenen Mütter) das Kindeswohl (weitgehend) unberücksichtigt bleibt. Auch wird bei mehr als der Hälfte der Fälle das Jugendamt nicht eingeschaltet. Die Konsultation des Jugendamtes unterbleibt gerade bei den Fällen, bei denen Kinder schwerer Gewalt ausgesetzt sind, das Jugendamt also gegebenenfalls eine wichtige Unterstützungsfunktion hätte. Auch am Verfahrensausgang ist erkennbar, daß das Kindeswohl und die Mithilfe des Jugendamtes nur der Entscheidungsfindung dient, die Betreuung von Kindern, die schwerer Gewalt ausgesetzt sind, aber nicht als zusätzliches Verfahrensziel interpretiert wird. Besonders problematisch scheinen in diesem Zusammenhang die Fälle zu sein, bei denen Kinder direkt selbst mit schwerer Gewalt konfrontiert werden, das Verfahren jedoch nicht zu einer Trennung vom gewalttätigen Elternteil führt. Dies gilt insbesondere für die in der Tabelle II/16 aufgeführten Verfahren, die mit einer Ablehnung, einem Vergleich oder einer Rücknahme enden bzw. für erledigt erklärt werden, sofern der Antragsgegner nicht (freiwillig) aus der Wohnung geht. In der Betroffenenbefragung waren dies 25% der Verfahren, bei denen Kinder (laut Antrag) direkt selbst schwerer Gewalt ausgesetzt sind. Das Ergebnis der Aktenanalyse bildet mit Sicherheit die repräsentativere Aussage zum Verfahrensausgang: Wie dort gezeigt wurde, ist der Anteil von Verfahren mit dem eben erwähnten Ausgang deutlich höher. Entsprechend ist damit zu rechnen, daß in der Realität die Gruppe der Kinder, die auch nach einem Verfahren bei dem gewalttätigen Elternteil wohnen bleiben und/oder weiterhin der Gefahr schwerer Gewalt ausgesetzt sind, deutlich größer ist als hier anhand der Ergebnisse der Betroffenenbefragung feststellbar.

11 Einschätzung der Schutzwirkung des § 1361 b BGB und Änderungsvorschläge Betroffener

- **Schutz vor Gewalt**

Insgesamt empfinden die Befragten, daß das Gesetz nicht ausreichend vor Gewalt schützt.[26] 79% sagen explizit „nein“, 14% fühlen sich nicht in der Lage, dies zu beurteilen, nur 7% meinen, der bestehende gesetzliche Schutz vor Gewalt reiche aus.

Betroffene, die auf eine Antragstellung verzichteten, beurteilen die Schutzwirkung noch etwas negativer.

Tab. III/17: Einschätzung des gesetzlichen Schutzes vor Gewalt (in Prozent)

Schützt § 1361 b BGB vor Gewalt?	A %	NA %
ja	8	3
nein	77	85
kann ich nicht beurteilen	15	12
Fallzahl (n) =	160	65

Quelle: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle der Universität Bamberg (SOFOS), 1998

Unter den Antragstellerinnen ist das Meinungsbild auch bei Befragten, die die Wohnung zugewiesen bekamen ähnlich (75% nein).

- **Kindeswohl**

Obwohl viele Antragstellerinnen das Gefühl haben, daß das Kindeswohl von den Richter/-innen berücksichtigt wurde, meinen nur 4%, es wäre nicht nötig/überflüssig, es in den § 1361 b BGB aufzunehmen. 70% sagen, das Kindeswohl sollte explizit im Gesetz erwähnt werden, 17% befürworten die Regelung „wer die Kinder hat, soll die Wohnung bekommen“. Es sind keine Unterschiede zwischen Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag gestellt haben, erkennbar.

[26] Befragte, die keinen Antrag gestellt hatten, wurden, soweit sie § 1361 b BGB nicht näher kannten, über die aktuelle Gesetzeslage informiert, bevor sie dazu subjektiv Stellung nahmen.

- **Beweislastumkehr**

Darüber, ob die Beweislast beim Antragsgegner liegen soll, sind die Befragten geteilter Meinung: 50% befürworten diesen Vorschlag, 50% lehnen ihn ab. Auch hier unterscheiden sich Antragstellerinnen nur geringfügig von den Betroffenen, die auf eine Antragstellung verzichtet haben: Der Anteil der Befürworter einer Beweislastumkehr liegt bei den Antragstellerinnen bei 48%, bei den übrigen Betroffenen bei 56%.

- **Erleichterungen in bezug auf die Eintrittsschwelle**

Die Mehrheit der Befragten ist der Meinung, daß die Trennungszeit einfacher wäre, wenn die Zuweisung der Ehewohnung gerichtlich leichter durchzusetzen wäre: 81% finden, man müßte die Bedrohungen und Mißhandlungen des Ehepartners in diesem Fall nicht so lange ertragen; 62% glauben, daß dann mehr Betroffene einen Antrag stellen würden und dadurch Hilfe und Unterstützung bekämen. Die Gruppe derer, die Erleichterungen skeptisch beurteilen, ist wesentlich kleiner. Nur 8% befürchten, daß man dann den Ehepartner zu leichtfertig auf die Straße setzen könnte, 5% glauben, dadurch würde sich gar nichts ändern.

Betroffene, die auf eine Antragstellung verzichtet haben, äußern sich etwas seltener zu dieser Frage. Wenn sie dies tun, vertreten sie eine ähnliche Meinung wie die Antragstellerinnen.

- **Was verstehen Befragte unter dem Begriff „schwere Härte“?**

Auch wenn es nicht das vorrangige Entscheidungskriterium ist, ist die Interpretation bzw. die Vorstellung, die Betroffene mit dem Begriff „schwere Härte“ verbinden, ausschlaggebend dafür, ob sie im Falle von Gewalt des Ehepartners sich durch bestehende Normen ausreichend geschützt fühlen und ob sie versuchen, ihre Interessen und Rechte gerichtlich durchzusetzen oder nicht. Wir haben daher die Betroffenen gefragt, was sie unter „schwerer Härte“ verstehen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß (wie gezeigt wurde) der Großteil der Befragten von Anwälte/-innen in diesem Punkt beraten worden war und zwei Drittel von ihnen ein einschlägiges Verfahren miterlebt haben, in dem auch von seiten des Gerichtes bestehende Normen und daher auch der Begriff „schwere Härte“ konkretisiert worden sein dürfte. Im Prinzip müßten die Betroffenen also bei dieser Frage auf Erfahrungen und konkretes Wissen zurückgreifen können. Zu berücksichtigen ist bei den folgenden Ergebnissen auch, daß das Verständnis von „schwerer Härte“ aus der Sicht der Betroffenen durch eine offene Frage erfaßt wurde, die Antworten also durch keine Vorgaben beeinflußt sind.

Wie die Befragung zeigt, verbinden die Betroffenen äußerst unterschiedliche Definitionen und Vorstellungen mit dem Begriff „schwere Härte". Im Anhang werden diese Definitionen – geordnet nach inhaltlichen Schwerpunkten – wiedergegeben und daran die Vielfalt der mit dem Begriff „schwere Härte" verbundenen Vorstellungen dokumentiert. Zusammenfassend ist erkennbar:

- Für einen Teil der Befragten ist „schwere Härte" nur bei körperlicher Gewalt gegeben (z.B. schlagen, verletzen, körperliche Erniedrigung, „wenn es Prügel gibt"). Teilweise wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nur regelmäßige körperliche Gewalttaten „schwere Härte" bedeuten und die reine Androhung körperlicher Gewalt oder andere Formen psychischer Bedrohung nicht ausreichen. In ähnliche Richtung geht das Verständnis von „schwerer Härte" als „lebensbedrohliche Situation": Diese Befragten meinen, nur dann, wenn echte Gefahr für Leib und Leben existiert, lebensbedrohliche Gewalttaten ausgeführt werden, Alkohol, Gewalt, Brutalität bis zur Lebensbedrohung kumulieren, Gefahr für Leib und Leben besteht, wären die Voraussetzungen für „schwere Härte" gegeben.
- Andere Befragte verbinden mit dem Begriff „schwere Härte" eine Kombination möglicher Arten von Gewalt, also sowohl körperliche, psychische, sexuelle Gewalt, vielfach verbunden auch mit Alkoholmißbrauch. Für diese Befragten sind auch psychische Gewalttaten ein Bestandteil von „schwerer Härte". Vielfach wird hier das Wort „Psychoterror" angeführt, „schwere Härte" also als psychische Gewalt höchster Intensität und Kontinuität interpretiert. Auch für diese Befragten ist psychische Gewalt kein ausreichender Sachverhalt für „schwere Härte", da sie diese Gewaltform durchwegs in Verbindung mit körperlicher Gewalt nennen.
- Ein weiterer Teil der Befragten vertritt die Meinung, „schwere Härte" wäre auch gegeben, wenn ausschließlich psychische Gewalt vorliegt. Sie stehen vielfach auf dem Standpunkt, daß allein die Androhung von Gewalt oder Psychoterror ausreicht, körperliche Gewalt also kein notwendiger Bestandteil von „schwerer Härte" sei.
- Ein Teil der Befragten verknüpft „schwere Härte" mit erkennbaren bzw. nachweisbaren Folgen von Gewalt. Zum Teil wird von diesen Befragten auch darauf verwiesen, daß psychische Mißhandlung schwer nachweisbar sei.
- Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Betonung des Leidens der Kinder. „Schwere Härte" ist (in den Augen dieser Betroffenen) auch dann gegeben, wenn die Kinder tyrannisiert oder verprügelt werden bzw. sonstigen Formen körperlicher Gewalt ausgesetzt sind. Teilweise wird auch die Tatsache, daß die Kinder unter den Auseinandersetzungen der Eltern leiden, mehr Platz in der Wohnung brauchen und das Zusammenleben

unzumutbar wäre, als ausschlaggebend für das Vorliegen von „schwerer Härte“ genannt.
- Als Aspekt von „schwerer Härte“ wird schließlich auch finanzielle Not, die unerträglichen Wohnverhältnisse oder die Schwierigkeiten, sich aus dieser Situation (z.B. durch Anmietung einer anderen Wohnung) zu befreien und die drohende Obdachlosigkeit als Bestandteil von „schwerer Härte“ erwähnt.
- Ein – wenn auch kleiner Teil der Befragten – verbindet mit „schwerer Härte“ die Merkmale, die – wie oben geschildert – die Situation der Betroffenen ausmachen: Schwere Härte ist ein unerträglicher Zustand, unter dem die Betroffenen intensiv leiden. Diese Befragten betonen das Gefühl, dieser unerträglichen Situation weitgehend hilflos ausgesetzt zu sein, die Unzumutbarkeit, vom Gesetzgeber trotz völliger Entfremdung von dem Partner und Bedrohung gezwungen zu werden, mit dem Partner in einer gemeinsamen Wohnung getrennt leben zu müssen.

Diese Auflistung dokumentiert, welch unterschiedliche Aspekte mit dem Begriff „schwere Härte“ verbunden werden und wie vielfältig und letztlich unklar dieser zentrale Begriff trotz des Beratungswissens und der persönlichen Erfahrung der hier Befragten ist. Vergleicht man diese Vorstellungen von „schwerer Härte“ mit der weiter vorne angeführten Beschreibung von Gewaltsituationen, wird zusätzlich klar, wie weit dieser Rechtsbegriff von der persönlich von den Betroffenen empfundenen Situationsdefinition entfernt ist.

- **Änderungsvorschläge**

Folgerichtig meinen die Betroffenen, daß eine Konkretisierung der gesetzlichen Norm sinnvoll wäre, die sowohl den Betroffenen als auch der Beratungspraxis wichtige Hinweise auf die vom Gesetzgeber erwarteten Voraussetzungen für eine Wohnungzuweisung geben würde. Die nachfolgende Zusammenstellung enthält solche konkreten Zuweisungsgründe. Angegeben ist auch, wieviele Befragte jeweils vorschlagen, diese Voraussetzung für eine Wohnungszuweisung in das Gesetz aufzunehmen.

Wohnungszuweisung soll erfolgen,

- bei körperlicher Gewalt (95%)
- sobald ein Ehepartner einmal gewalttätig wurde (58%)
- wenn ein Ehepartner den anderen tyrannisiert (83%)
- wenn sich ein Ehepartner/die Kinder bedroht fühlen (80%)
- bei Beleidigungen und Beschimpfungen (55%)
- wenn sich ein Ehepartner nicht an die Trennung innerhalb der Wohnung hält (69%)

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang weniger der einzelne Vorschlag, sondern die Tatsache, daß die Betroffenen die Dringlichkeit einer Konkretisierung und die Notwendigkeit, psychische Gewalt und die Bedrohung der Kinder explizit in das Gesetz aufzunehmen, betonen.

- **Beurteilung des Trennungsjahrs**

Das Trennungsjahr an sich, das ja aus gesetzgeberischer Sicht eine Bedenkzeit und Chance sein soll, die Ehe doch noch aufrecht zu erhalten, verfehlt nach Meinung der Befragten dieses Ziel völlig, wenn eine räumliche Trennung nicht möglich ist. In diesen Fällen, wo Gewalt eine Rolle spielt, scheint das Trennungsjahr, wie vier Fünftel der Befragten versichern, die Ehe endgültig zu zerstören. Eine Chance, die Eskalation von Konflikten zu verhindern und die Beziehung zwischen den trennungswilligen Ehepartnern zu verbessern, scheint vielen Befragten eher dann gegeben, wenn beide Ehepartner die Möglichkeit haben, in einer eigenen Wohnung zu wohnen. Ein Teil der Befragten schlägt auch vor, man solle das Trennungsjahr nicht zur (möglichen) Versöhnung, sondern als Vorbereitung für die Scheidung nutzen.

Fazit: In der momentanen Fassung sehen die Befragten in § 1361 b BGB keinen ausreichenden Schutz vor Bedrohung und Mißhandlung. Relativ deutlich kommt zum Ausdruck, daß im Gesetz das Kindeswohl und die psychische Gewalt explizit genannt werden, die Voraussetzungen für eine Wohnungszuweisung konkretisiert und die Zuweisung insgesamt erleichtert werden sollte. Bei der Beweislastumkehr teilt sich die Meinung der Befragten in je eine Hälfte, die diese befürwortet und eine, die die Beweislastumkehr ablehnt.

12 Zusammenfassung

Flucht oder Rechtsstreit.
Rahmenbedingungen, Motive und Ursachen alternativer Konfliktlösungsstrategien

- **Zielsetzung**

Hauptziel der Betroffenenbefragung ist,

1. die Ergebnisse der Aktenanalyse zu ergänzen und
2. Personen, die die Wohnungszuweisung beantragen mit solchen, die nicht den Weg der gerichtlichen Durchsetzung ihrer Interessen wählen, zu vergleichen. Daran lassen sich die Rahmenbedingungen, Motive und

Ursachen für alternative Konfliktlösungsstrategien rekonstruieren, insbesondere auch erkennen, ob die hohe Eingriffsschwelle des § 1361 b BGB Betroffene davon abhält, ihre Interessen bei Gericht durchzusetzen.

- **Erhebungsdesign**

Die Betroffenenbefragung stützt sich auf 230 mündliche Interviews, darunter 68 Personen, die keinen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung gestellt haben. Die Befragung wurde in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Berlin durchgeführt. 19% der Befragten wohnen in den neuen Bundesländern (überwiegend Ost-Berlin); 12% der Befragten sind Männer. Der Zugang zu den Betroffenen wurde auf der Basis eines Einwilligungsverfahrens erreicht. Zu diesem Zwecke wurden mit Hilfe der Amtsgerichte in den ausgewählten Städten, der dortigen Frauenhäuser sowie mit Hilfe von Rechtsanwälte/-innen und zahlreichen Beratungsinstitutionen insgesamt ca. 4000 Betroffene kontaktiert. Ergänzend wurden über Zeitungsartikel weitere Betroffene rekrutiert.

- **Relation Antragstellerinnen – Betroffene, die keinen Antrag stellen**

Aus der Stichprobe der Betroffenenbefragung läßt sich ein Anhaltspunkt dafür gewinnen, wieviele von den mit häuslicher Gewalt in der Trennungsphase konfrontierten Personen auf eine Antragstellung nach § 1361 b BGB verzichten. Wie erwähnt war dies in unserer Erhebung ein Drittel der Betroffenen. Der Zugang zu Antragstellerinnen war allerdings wesentlich gezielter und systematischer möglich. Hätten ähnlich gute Zugangschancen auch zur Gruppe der Betroffenen, die keinen Antrag gestellt haben, existiert, wäre der Anteil dieser Gruppe mit hoher Wahrscheinlichkeit größer. Der Wert „ein Drittel“ stellt daher vermutlich nur eine Mindestschätzung für den Anteil derer, die eine Antragstellung unterlassen, dar.

- **Objektive Lebenssituation**

Die soziale Lage von Betroffenen, die keinen Antrag stellten, entspricht in vielen Bereichen der der Antragstellerinnen. Insgesamt leben die Befragten in Rahmenbedingungen, die auch schon in der Aktenanalyse abgebildet wurden: sehr lange Ehedauer, fast immer handelt es sich um Familien mit minderjährigen Kindern, Beziehungsprobleme bestehen meist schon lange, die vorliegenden Konflikte sind kein Unterschicht-Spezifikum, auch andere soziale Schichten sind betroffen. Dennoch lassen sich einige Unterschiede zwischen beiden Gruppen feststellen; bezüglich der Einkommensstruktur: Antragstellerinnen liegen überwiegend im Mittelfeld, Betroffene, die keinen Antrag stellten, häufiger in unteren und oberen Einkom-

mensklassen; bezüglich der Eigentumsverhältnisse: bei Antragstellerinnen steht die Wohnung etwas seltener im Eigentum des Ehepartners.

- **Trennungsgeschichte**

Die Trennungsgründe sind vor dem Hintergrund der langjährigen Ehen und der schon länger andauernden Probleme zu sehen. Entsprechend wird neben Streitereien und Beschimpfungen von den Befragten häufig genannt, daß man sich einfach auseinandergelebt hat. Neben diesen „Alltagsproblemen“ und den psychischen Problemen, die oft über reine Beschimpfungen hinausgehen und z.B. in Bedrohung münden, spielten auch körperliche Angriffe für den Trennungsentschluß eine Rolle. Auffallend ist, daß dies gerade bei den Betroffenen, die keinen Antrag stellten, verstärkt vorkam.

Wird die Trennung dann (zunächst) innerhalb der gemeinsamen Wohnung vollzogen, nehmen in erster Linie „Terrorakte“ aber auch körperliche Angriffe seitens des Ehepartners zu. In jedem zweiten Fall beginnt dies schon damit, daß sich der Partner nicht an die vereinbarte räumliche Trennung hält. Die Beispiele und Äußerungen der Befragten zeigen, daß der Variation und Bandbreite an Psychoterror keine Grenzen gesetzt sind.

- **Wohnen in der Trennungsphase**

Hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag stellten:

– Betroffene, die keinen Antrag stellten, beginnen das Trennungsjahr seltener als Antragstellerinnen in der gemeinsamen Wohnung, sondern ziehen häufiger gleich aus. Entsprechend „turbulenter“ durchleben sie auch die Trennungszeit, was Orts- und Wohnungswechsel betrifft: Während 41% der Antragstellerinnen während der gesamten Trennungszeit in der Ehewohnung leben, trifft das nur für 13% der Betroffenen, die keinen Antrag stellten, zu. Mehr als die Hälfte (59%) von ihnen sind in der Trennungszeit zwei oder mehrmals umgezogen (Antragstellerinnen 46%).
– Der erste Zufluchtsort der Betroffenen, die keinen Antrag stellten, ist das Frauenhaus (32%) oder gleich eine eigene Wohnung (19%); bei den Antragstellerinnen fliehen „nur“ 7% als erstes ins Frauenhaus.

Wenn auch später und seltener, so zieht doch über die Hälfte der Antragstellerinnen während der Trennungszeit aus der Ehewohnung aus. Der große Unterschied zu den Betroffenen, die keinen Antrag stellten, liegt darin, daß dieser Auszug nur vorübergehend ist.

- **Anlaß für die Antragstellung bzw. Flucht aus der Ehewohnung**

Beim eigentlichen Anlaß, einen Antrag zu stellen oder aus der Wohnung zu flüchten, spielt fast immer psychische Gewalt eine Rolle, oft in Verbindung mit nicht unerheblichen körperlichen Angriffen. Selten handelt es sich um einmalige Vorfälle. Wenn es zu einem „Ausraster" kam, dann im physischen Gewaltbereich. Psychische „Ausraster" gibt es nicht. Drohungen und Beschimpfungen sind eher die Regel, der Ehealltag.

Im Gegensatz zu den Ergebnissen der Aktenanalyse sprechen die Befragten, die keinen Antrag stellten, häufiger auch von sexuellen Belästigungen bis hin zur Vergewaltigung. Deutlich zeigt sich – wie schon bei den Trennungsgründen – daß Betroffene, die keinen Antrag stellten, im körperlichen und sexuellen Bereich häufiger schwereren Gewalttaten ausgeliefert waren als Antragstellerinnen.

Aufgrund der vorkommenden Gewalt gibt es also keinen Grund zur Annahme, die Betroffenen, die keinen Antrag stellten, hätten schlechtere Chancen, vor Gericht eine „schwere Härte" nachzuweisen. Im Gegenteil: Sie erfüllen – legt man ihre Darstellung der Gewalthandlungen zugrunde – sogar häufiger diese Voraussetzung als Antragstellerinnen.

- **Motive, keinen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung zu stellen**

Der Entschluß, keinen Antrag auf Wohnungszuweisung zu stellen, wird an unterschiedlichen Motiven festgemacht: Neben dem (vermeintlichen) Fehlen der Eintrittsvoraussetzung „schwere Härte", der Unkenntnis im bezug auf den § 1361 b BGB, den Schwierigkeiten, das Vorliegen von „schwerer Härte" zu beweisen, spielen auch Bedenken von Seiten der Anwalt/-in bzw. seine Beratungspraxis, Befürchtungen, das Verfahren würde zu lange dauern und die Unsicherheit, wie ein solches Verfahren ausgeht, eine Rolle. Noch wichtiger ist aber die intensive Angst vor dem Mann, seiner Gewalttätigkeit und seiner Reaktion auf eine Antragstellung, die Sorge um die Kinder, und das Bestreben, so schnell wie nur irgend möglich vom Mann und aus seinem Umkreis irgendwohin zu flüchten, wo man vor ihm sicher ist. Oft sind das die entscheidenden Motive für den Entschluß, auf eine Antragstellung nach § 1361 b BGB zu verzichten. Daneben sind für diese Entscheidung auch persönliche Motive sowie die Zufriedenheit mit der momentanen Wohnsituation, außerhalb der Ehewohnung relevant.

Das Motiv, wegen der hohen Eintrittsschwelle „schwere Härte" den § 1361 b BGB nicht in Anspruch zu nehmen, steht bei den Befragten nicht im Vordergrund. Ein Hauptmotivation ist vielmehr, daß die Flucht als einzi-

ger Ausweg erscheint: Raus aus der Wohnung und zwar so schnell wie möglich!

- **Motive der Antragstellung und subjektive Wahrnehmung des Verfahrensausgangs**

Der häufigste Weg zur Antragstellung führt über den Rat einer Anwalt/-in oder einer sozialen Einrichtung. Im großen und ganzen sind die Befragten mit der Beratung und Vertretung durch ihre Anwalt/-in zufrieden. Auch das Verhalten der RichterIn wurde überwiegend als neutral und unparteiisch eingeschätzt. Weiterhin hatten viele Befragte den Eindruck, daß das Kindeswohl bei der Entscheidung der RichterIn durchaus eine Rolle gespielt hat.

Entsprechend der häufigen Zuweisung ist es plausibel, daß die Befragten im allgemeinen positiv über das Verfahren sprechen. Doch auch nach Differenzierung des Verfahrensausgangs zeigt sich, daß ein Vergleich bzw. eine Aufteilung für viele ein zufriedenstellendes Ende des Verfahrens ist. Wichtig ist den Betroffenen vor allem, daß das Verfahren die Situation klärt.

- **Die Zeit nach dem Verfahren bzw. der Flucht aus der Ehewohnung: Konsequenzen bezüglich Wohnen und Beziehung zum Partner**

Die unterschiedlichen Konfliktlösungsstrategien spiegeln sich in der aktuellen Wohnsituation wieder: Zum Zeitpunkt der Befragung lebten 70% der Antragstellerinnen wieder/noch in der (früheren) Ehewohnung (61% ohne den Ex-Ehepartner). Bei Betroffenen, die keinen Antrag stellten, sind es nur 18% (ohne den Ex-Ehepartner 14%). Die Kinder bleiben überwiegend bei der Mutter, auch wenn diese aus der Wohnung auszieht.

Aus der Sicht der Befragten wirkte sich das Verfahren auch positiv auf die Beziehung zum Partner und die Familie aus. Jedoch nicht positiv im Sinne von Versöhnung und Rettung der Ehe, sondern positiv für die Kinder und die (meist) bevorstehende Scheidung.

- **Verbesserungs- und Änderungsvorschläge der Befragten**

In der momentanen Fassung sehen die Befragten in § 1361 b BGB keinen ausreichenden Schutz vor Bedrohung und Mißhandlung. 40% der Betroffenen, die auf eine Antragstellung verzichteten, hätten die Zuweisung der Ehewohnung beantragt, wenn dies „leichter gewesen wäre“. Eine solche Erleichterung wäre nach Meinung der Betroffenen, wenn es im Gesetz hinsichtlich der Berücksichtigung des Kindeswohls und der psychischen Gewalt genauere Richtlinien für die Richter/-innen gäbe, um den Interpretati-

onsrahmen zu präzisieren und die Rechtsprechung zu vereinheitlichen. Bei der Beweislastumkehr teilt sich die Meinung der Befragten in je eine Hälfte, die dies befürwortet und eine, die dies ablehnen würde. Weitgehend übereinstimmend wird dagegen die Notwendigkeit beurteilt, die Eintrittsschwelle des § 1361 b BGB zu senken. Die Gefahr, den Ehepartner leichtfertig auf die Straße setzen zu können, sehen die wenigsten. Daß diese Gefahr in den meisten Fällen auch nicht besteht, zeigt das insgesamt hohe Ausmaß an psychischer, körperlicher und auch sexueller Gewalt.

Es ist allerdings nicht nur die hohe Eingriffsschwelle, die von einer Antragstellung abhält. Es ist, neben der Unwissenheit in bezug auf § 1361 b BGB, der Intensität der Bedrohung und der Persönlichkeitsstruktur der Betroffenen, auch die Form der Intervention – das Gerichtsverfahren. Insofern wäre auch ein (zusätzliches) Angebot an außergerichtlichen Interventionsmöglichkeiten notwendig, um die Situation Betroffener zu verbessern, sie und die Kinder wirksam vor Gewalt zu schützen und eine dem Einzelfall angemessene, tragfähige Konfliktlösung zu erreichen.

IV. § 1361 b BGB aus der Sicht von Experten/-innen

(R. Kunze, W. Lachenmaier, A. Klocke, R. Oberndorfer)

Ergänzend zu den Ergebnissen von Aktenanalyse und Betroffenenbefragung wird hier die Sicht von Experten/-innen zur Wohnungszuweisung bei Getrenntleben präsentiert. Wir beschäftigen uns dabei mit folgenden Themen:

- der Erfahrungshintergrund und Informationsstand der befragten Experten/-innen
- ihre Einschätzung des Informationsstandes von Betroffenen und
- die Interpretation von „schwerer Härte“ aus Expertensicht
- die Voraussetzungen für einen Antrag auf Wohnungszuweisung
- Einschätzungen zur Wirkung des Antrags, dem Verfahrensausgang und den Auswirkungen einer richterlichen Entscheidung
- die Berücksichtigung des Kindeswohls, der Belange Betroffener und die Entwicklung von Familien nach der Entscheidung
- Meinungen von Experten/-innen zur Notwendigkeit einer Gesetzesänderung

Die befragten Experten/-innen geben dabei ihre subjektive Einschätzung, ihre Erfahrungen und ihre persönliche Sichtweise wieder. Soweit es sich um die Rekonstruktion der Verfahren handelt und dabei Haltungen der Betroffenen eingeschätzt werden, überschneiden sich die Ergebnisse der Expertenbefragung z.T. mit den bei der Aktenanalyse und der Betroffenenbefragung festgestellten Fakten. Bei Abweichungen ist in der Regel davon auszugehen, daß die Aktenanalyse die gesichertsten Ergebnisse zu Antragstellung, Verfahrensverlauf und -beendigung beinhaltet und die Betroffenenbefragung Motive, Handlungsstrategien und Einschätzungen der Betroffenen fundiert wiedergibt. Die Sichtweise der Experten/-innen zu diesen Themen gibt das professionelle Handeln der als Richter/-in, Anwalt/-in, oder Betreuer/-in mit dem Thema Wohnungszuweisung befaßten Experten/-innen wieder. Wie sich zeigen wird, ist die jeweilige professionelle Stellung der befragten Experten/-innen von ausschlaggebender Bedeutung für ihre Sicht und Bewertung.

1 Erhebungsdesign und Stichprobe der Expertenbefragung

184 Experten/-innen wurden teils schriftlich, teils mündlich (telefonisch) befragt. Erfaßt wurden Rechtsanwälte/-innen und Richter/-innen sowie Be-

schäftigte in Jugendämtern und Sozialdiensten, Beratungsstellen verschiedener Art und Frauenhäusern. Sie verteilen sich auf neunzehn Städte in vier Bundesländern, wobei die Hälfte auf Bayern entfällt. Experten/-innen überwiegen in der Stichprobe mit 61% der Befragten.

Die nach Quotenvorgaben bezüglich Beruf und Ort ohne Anspruch auf Repräsentativität erhobene Stichprobe umfaßt 184 Experten/-innen, von denen 100 (54%) schriftlich und 84 (46%) telefonisch anhand eines identischen halbstandardisierten Fragebogens befragt wurden. Der Rücklauf beträgt bei der schriftlichen Befragung 23%, bei der telefonischen 81%. Beide Teile der Erhebung unterscheiden sich inhaltlich nicht voneinander, weshalb sie in der Auswertung zusammengefaßt werden.

Die Zusammensetzung der Stichprobe nach Bundesländern und Berufen zeigt Tab. IV/1.

Tab. IV/1: Zusammensetzung der Stichprobe nach Bundesländern und Berufen (Auswahl der befragten Experten/-innen)

Bundesland Beruf	Bayern	Berlin	Niedersachsen	Sachsen	insg.
Rechtsanwälte/-innen	47	5	6	6	64
Berater/-innen	22	7	6	3	40
Richter/-innen	14	10	5	7	36
Jugendamt	7	5	11	0	23
Frauenhaus	7	5	7	2	21
insg.	97	32	35	18	184

Quelle: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), 1998

Die 184 befragten Experten/-innen sind in neunzehn verschiedenen Städten in vier Bundesländern tätig. Die meisten von ihnen (72%) arbeiten in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern. 19% entfallen auf Mittelstädte zwischen 30.000 und 100.000 Einwohner und 9% auf kleinere Orte unter 30.000 Einwohnern. Nach Bundesländern aufgeschlüsselt entfallen auf Bayern 53%, auf Niedersachsen 19%, auf Berlin 18% und auf Sachsen 10%.

Die Stichprobe ermöglicht aufgrund der Größe der einzelnen Teilgruppen eine Betrachtung regionaler Unterschiede. Beim Vergleich der Ergebnisse nach Bundesländern ist aber zu berücksichtigen, daß bei den Befragten in Bayern die Rechtsanwälte/-innen überrepräsentiert sind, während in Niedersachsen die Angehörigen sozialer Berufe überwiegen.

Mehr als die Hälfte aller Befragten sind Juristen/-innen. Die stärkste Berufsgruppe in der Stichprobe bilden mit 35% die Rechtsanwälte/-innen und 20% der Interviewten sind Richter/-innen. Die zweitstärkste Berufsgruppe bilden die Berater/-innen mit 22%. Beteiligt waren Mitarbeiter/-innen aus Beratungsstellen für Familien und Alleinerziehende, Frauen, Kinder und Jugendliche, zur Scheidungsberatung, Erziehungsberatung und zum Kinderschutz sowie Beratungsstellen von Jugendämtern. Mitarbeiter/-innen in Jugendämtern bzw. Allgemeinem Sozialdienst (ASD) und von Frauenhäusern sind mit 13% bzw. 11% vertreten.

Je größer die Stadt, desto höher war der Anteil der sozialen Berufe, da sowohl Jugendämter und Sozialdienste als auch Beratungsstellen und Frauenhäuser in größeren Städten häufiger existieren.

In der Stichprobe überwiegen die weiblichen Experten/-innen mit 61%. Eine genauere Inspektion der Daten zeigt, daß das Übergewicht der weiblichen Befragten ausschließlich auf die Beschäftigten in den sozialen Berufen zurückgeht: Während bei den befragten Juristen/-innen der Frauenanteil bei 53% liegt, liegt er bei den Angehörigen der Sozialberufe bei 72%. Diese Differenz geht nicht allein auf die Tatsache zurück, daß in Frauenhäusern ausnahmslos Frauen beschäftigt sind; auch in den Jugendämtern und Sozialdiensten überwiegen Frauen mit einem Anteil von 57% oder bei den Berater/-innen mit 66%. Dieser Umstand ist von Bedeutung, denn in neun von zehn Fällen wird der Antrag auf Zuweisung einer Ehewohnung von Frauen gestellt.

2 Informationsstand der befragten Experten/-innen

Die befragten Experten/-innen zeigen sich durchweg gut informiert. Die aktuelle Diskussion um den § 1361 b BGB verfolgt aber nur jede/r dritte von ihnen intensiver, meist durch Lektüre von Fachliteratur oder durch Kollegengespräche.

Allen befragten Experten/-innen ist (mit einer Ausnahme) die Möglichkeit bekannt, einem Ehepartner die Ehewohnung während des Getrenntlebens gerichtlich zur alleinigen Nutzung zuzuweisen, um ihn vor physischer

und/oder psychischer Gewaltanwendung seitens des anderen Ehepartners zu schützen. Den einschlägigen § 1361 b des BGB kennen alle Juristen/-innen und 78% der Jugendamtsmitarbeiter/-innen sowie 71% der Frauenhaus-Mitarbeiterinnen, aber nur 40% der Berater/-innen.

Nur ein Drittel der Befragten gab an, in jüngster Zeit die Diskussion um den § 1361 b BGB verfolgt zu haben. Überwiegend geschah dies durch:

- Lektüre von Fachzeitschriften bzw. Büchern (22%)
- Gespräche mit FachkollegInnen (14%)
- fachlichen Austausch mit Vertretern anderer Berufsgruppen (10%)
- Teilnahme an Veranstaltungen bzw. Arbeitsgruppen (7%).

Zwei befragte Experten/-innen haben eigene Veröffentlichungen bzw. Diskussionsbeiträge zum Thema verfaßt. Überdurchschnittlich intensiv verfolgen Frauenhaus-Mitarbeiterinnen (zu 43%) sowie Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen (39%) die Diskussion. Insgesamt ist der § 1361 b des BGB, wenn auch nicht im Wortlaut so doch in der Zielsetzung, den Experten/-innen bekannt und eine kleinere Gruppe beobachtet die Diskussion um den Paragraphen.

3 Die Häufigkeit der Beschäftigung mit Gewalt in Familien und Wohnungszuweisung

Mit dem Thema „Gewalt in der Familie“ ist etwa die Hälfte der befragten Experten/-innen regelmäßig befaßt (45%). Ebenso vielen begegnet das Thema noch gelegentlich (45%), während nur 10% angeben, damit eher selten in Berührung zu kommen. Dabei zeigt sich ein deutlicher Unterschied nach den Berufsgruppen. Die Angehörigen sozialer Berufe sind deutlich häufiger mit dem Thema „Gewalt in Familien“ befaßt als die befragten Juristen/-innen.

Die Wohnungszuweisung spielt in diesem Zusammenhang erwartungsgemäß insbesondere in den Frauenhäusern eine große Rolle. Die Jugendämter/ASD und die Beratungseinrichtungen sind weit weniger unmittelbar hiermit beschäftigt. Soweit das Jugendamt bzw. der ASD in das Verfahren einbezogen wird, geschieht dies meist auf Initiative von Richter/-innen (44%), seltener geht diese Initiative von der Person aus, die den Antrag stellt (30%), dem Antragsgegner (21%) oder einem/-r Rechtsanwalt/-in (5%).

4 Der Informationsstand der Betroffenen

Aus Sicht der Experten/-innen sind nur wenige der Betroffenen ausreichend über die Rechtslage informiert. Eine eingehende Beratung durch die Experten/-innen ist ausnahmslos notwendig.

Den Betroffenen ist der § 1361 b BGB nach Ansicht der meisten Experten/-innen wenig bis überhaupt nicht bekannt. Nur jede/-r fünfte/-r Experte/-in ist der Auffassung, daß die Betroffenen sich gut oder ausreichend auskennen. Information und Aufklärung über den § 1361 b BGB sowie seine Voraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen ist die Hauptaufgabe der Experten/-innen. Fast alle Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen (97% bzw. 90%), aber auch vier von fünf Richter/-innen und drei von vier Mitarbeiter/-innen von Jugendämtern nennen dies als erste Aufgabe.

5 Der Tatbestand der „schweren Härte“ aus der Sicht der Experten/-innen

Gefragt nach Sachverhalten für das Vorliegen einer „schweren Härte“, nennen die Experten/-innen am häufigsten Sachverhalte, die unter dem Überbegriff Psychische Gewalt zusammengefaßt werden können, gefolgt von solchen, die dem Begriff Physische Gewalt zuzuordnen sind. Nicht mehr zumutbares Suchtverhalten sowie (sexueller) Mißbrauch/ (versuchte) Vergewaltigung bilden die nächsthäufigen Gruppen von Nennungen. Gefährdung des Kindeswohls wird selten explizit benannt.

Die Zusammenstellung der Sachverhalte, welchen von den befragten Experten/-innen die Qualität einer „schweren Härte“ zugesprochen wird, läßt ein komplexes Bild entstehen:[27]

---

[27] Alle quantifizierenden Angaben sind vor folgendem Hintergrund zu lesen: Die Frage war bewußt als offene Frage gestellt worden, um ein nicht bereits durch Vorgabe von Antwortmöglichkeiten geprägtes Bild zu erhalten. Dies schlug sich – erwartungsgemäß – in einem entsprechend breiten Spektrum von Antworten nieder.
Bei der Auswertung / Interpretation der Antworten war zu berücksichtigen, daß Antworten auf unterschiedlichen Abstraktionsniveaus gegeben wurden, also in manchen Fällen einfach von Gewalt – ohne jegliche weitere Spezifizierung – gesprochen wurde, in anderen von physischer bzw. psychischer Gewalt, in weiteren von, z.T. unterschiedlich genau, konkretisierten (z.B. „mit einem Messer“, „Störung der Nachtruhe“), konditionalisierten (z.B. „massiv“, „wiederholt“, „in Verbindung mit Alkohol“, „in Gegenwart der Kinder“) oder adressierten (z.B. „gegen Kinder“) Gewaltverhaltensweisen, bis hin zu detailliert beschriebenen singulären Aktionen und Situationen („Drohender Verlust einer behindertengerecht eingerichteten Wohnung“).
Unterstellt wurde weitgehende Synonymität von Begriffen wie Gewalt, Tätlichkeit, Mißhandlung, Mißbrauch, bei letzterem nur, soweit nicht sexueller Mißbrauch als eigener Sachverhalt erkennbar war.

- Mit Abstand die meisten Nennungen (n=139) können unter dem Überbegriff „Psychische Gewalt, Mißhandlung“ zusammengefaßt werden, wobei (massive und/oder wiederholte) (Be-) Drohungen (mit Mord, Verletzung), (sexuelle) Nötigung, Erzeugen von Angst vor körperlicher Gewalt die umfangreichste Teilgruppe (n=38) bildet, gefolgt von der Gruppe, die (massive und/oder wiederholte) Beleidigungen, Beschimpfungen, Erniedrigungen/Demütigungen (in Gegenwart der Kinder), Verleumdungen, Provokationen, seelische Grausamkeit beinhaltet (n=13) und der Gruppe, die Schikanen, Psychoterror, Telefonterror, Abhören des Telefons umfaßt (n=12).
- Unter dem Überbegriff „Physische Gewalt, Mißbrauch, Mißhandlung“ folgt die Gruppe von Sachverhalten, die am zweithäufigsten genannt wird (n=115); darunter spezifisch(er) benannte Verhaltensweisen oder deren Folgen wie erhebliche körperliche (sichtbare) Mißhandlungen, Tätlichkeiten, Körperverletzungen (z.T. unter Einsatz von Waffen) jeweils verbunden mit Krankenhausaufenthalt, Beiziehung eines Arztes oder Anzeige.
- (Nicht mehr zumutbares) Suchtverhalten (in der Wohnung und/oder in Gegenwart der Kinder) bildet eine ebenfalls häufig genannte Gruppe (n=53) von Sachverhalten, denen das Merkmal der „schweren Härte“ zugesprochen wird, darunter Alkoholmißbrauch in Verbindung mit Ausschreitungen gegen Frau und/oder Kinder.
- Bei 52 Nennungen wurde nur in allgemeiner Form von Gewalt bzw. Mißbrauch/ Mißhandlung (eines Ehepartners und/oder der Kinder) gesprochen.
- Vergleichsweise häufig (n=39) wurde (sexueller) Mißbrauch der Frau und/oder der Kinder (einschließlich Verdacht des Mißbrauchs) sowie (versuchte) Vergewaltigung als ein unter der „schweren Härte“ zu subsumierender Sachverhalt eingestuft.
- Die Gefährdung des Kindeswohls/der Kindesinteressen allgemein wurde nur in acht Fällen explizit benannt und als „schwere Härte“ gewertet, etwas häufiger implizit und detailliert in Form psychischer Belastung und Beeinträchtigung der Kinder, weil diese in den Streit zwischen den Ehepartnern einbezogen wurden (n=18).
- Weitere Umstände, die nach Ansicht der Experten/-innen eine schwere Härte begründen können, sind:
  - ein neuer Partner wird in die Wohnung mitgebracht, eine außereheliche Beziehung wird in der Wohnung gelebt, der Wunsch nach einer „Ehe zu dritt“ wird an den anderen Ehepartner herangetragen (n=13)
  - Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Familie durch Herbeiführen des „finanziellen Ruins“, Verweigerung des finanziellen Unterhalts einschließlich wirtschaftlichen Unter-Druck-Setzens (n=11)

- psychische Erkrankung eines Elternteils, drohende psychiatrische Einweisung, Verhaltensweisen „mit Krankheitswert“, Suizidversuch in Gegenwart der Kinder, Suizidandrohung bzw. -gefahr (n=9)
- Schwierigkeit, mit (mehreren und/oder kleinen) Kindern in finanziell angespannter Lage eine andere Wohnung zu finden (n=8)
- Unmöglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens in der Wohnung oder Anwendung von Gewalt gegen Sachen in der Wohnung (jeweils n=7)

Weiterhin fragten wir die Experten/-innen danach, welche Sachverhalte ihrer Erfahrung nach vor Gericht besondere Beachtung finden oder als Bestätigung für das Vorliegen einer „schweren Härte“ anerkannt werden.

Bei den Mißhandlungsformen, die die befragten Experten/-innen als „anerkennungsfähig“ bei Gericht einschätzen, spielen körperliche Verletzungen, (fortgesetzte) Mißhandlungen und Tätlichkeiten gegen Frauen und Kinder (wenn sie erheblich waren, d.h. ein Arztbesuch oder eine Anzeige bei der Polizei erfolgte) eine herausragende Rolle (n=88 Nennungen). Auch bezüglich sexuellen Mißbrauchs von Frauen und/oder Kindern bzw. sexueller Zudringlichkeit und (versuchter oder nachgewiesener) Vergewaltigung findet sich ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Experten/-innen (n=35). Weniger sicher ist man sich hinsichtlich der Anerkennung seitens der Gerichte bei:

- massiven bzw. nachgewiesenen (Be-)Drohungen
- mehrfachen oder ärztlich belegten oder sichtbaren Mißhandlungen
- nicht mehr zumutbarem Suchtverhalten (in Gegenwart von Kindern in der Wohnung)
- massiven fortgesetzten Beleidigungen, Erniedrigungen/Demütigungen und beweisbaren Verleumdungen
- Gewalt, die mit fortdauernden psychischen Beeinträchtigungen einhergeht.

Psychische Gewalt, erhebliches Quälen oder nachweisbare psychische Übergriffe sind in den Augen der befragten Experten/-innen bei Gericht nicht als „schwere Härte“ anerkennungsfähig. Eine doch bemerkenswert große Zahl von Experten/-innen (n=19) beklagt denn auch an dieser Stelle generell die schwierige Nachweisbarkeit psychischer Mißhandlungen.

Weitere Nennungen, die in diesem Zusammenhang erfolgten, bilden eine uneinheitliche und ungleichgewichtige Sammlung von Sachverhalten. Die Zusammenstellung dieser Nennung verdeutlicht noch einmal die Schwierigkeiten, den Begriff „schwere Härte“ zu konkretisieren:

- Gefährdung des Kindeswohls
- psychische Beeinträchtigungen der Kinder
- gewalttätige Auseinandersetzungen in Gegenwart der Kinder
- Einschränkungen des Umgangs mit den Kindern
- Verwüstung der Wohnung
- Störungen der Nachtruhe
- Nötigungen, Unter-Druck-Setzen, Belästigungen
- psychopathologische Erkrankung
- schlimme verbale Auseinandersetzungen, Streitsucht
- außereheliche Beziehung bzw. Verkehr des neuen Partners in der Ehewohnung
- vorausgegangene Straftaten
- Eindringen in die Wohnung
- Abhöraktionen
- Einsperren in der Wohnung
- Verkommenlassen der Wohnung
- Gefahr von Wiederholungen körperlicher Gewaltanwendung
- Einstellung von Zahlungen
- drohende Obdachlosigkeit für Frau mit Kindern
- Aufnahme in ein Frauenhaus
- besondere Lieblosigkeit
- Verwahrlosung

Die Nennungen von psychischer und physischer Gewalt als Voraussetzung für die Bejahung einer „schweren Härte“ und die Würdigung dieser Sachverhalte durch das Gericht deuten darauf hin, daß psychische Gewalt von den Experten/-innen als Phänomen zwar erkannt wird, jedoch keine adäquate Berücksichtigung im Verfahren findet. Die Antworten zeigen weiterhin, daß die Wahrung der Interessen der Kinder zwar mitbedacht wird, die Gefährdung des Kindeswohls als Bestandteil einer „schweren Härte“ aber bisher keine Aufnahme findet.

Größte Anerkennungswahrscheinlichkeit bei Gericht wird der (schweren) nachweisbaren Körperverletzung und dem sexuellen Mißbrauch zugesprochen. Obwohl psychische Gewalt als Voraussetzung für die Annahme einer „schweren Härte“ häufiger genannt wird als physische Gewalt, wird letzterer eine höhere Wahrscheinlichkeit, einen Grund für die Wohnungszuweisung zu bilden, zugesprochen als psychischer Gewalt. Der Nachweis einer „schweren Härte“ bei Vorliegen psychischer Gewalt wird von drei Viertel aller Befragten als schwierig eingeschätzt, bei Vorliegen physischer Gewalt hingegen nur von etwa jedem zehnten.

Ärztliche Atteste, polizeiliche Protokolle sowie die Aussagen der Betroffenen gelten als die überzeugendsten Beweismittel. Gutachterliche Stellungnahmen zur Feststellung einer „schweren Härte“ sind wenig verbreitet, häufiger dagegen zur Abwägung des Kindeswohls. Der mündlichen Verhandlung wird von Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen überwiegend eine sehr große oder entscheidende Bedeutung beigemessen.

Bei der Einschätzung eines Sachverhalts als „schwere Härte“ sagen die meisten der Experten/-innen, sie würden sich an den Umständen des jeweiligen Einzelfalls orientieren (88%). Aber auch die eigene berufliche Erfahrung spielt eine große Rolle (48%), sowie veröffentlichte Fälle der Rechtsprechung bzw. in der Fachliteratur (40%); seltener werden Fallbeschreibungen von Kollegen (16%) bzw. selbst entwickelte Maßstäbe zugrunde gelegt. Die Spruchpraxis der jeweiligen Richter/-innen bzw. Gerichte ist für die Einschätzung, was als „schwere Härte“ angesehen wird, eine weitere Orientierungshilfe, die vorzugsweise von Rechtsanwälten/-innen benutzt wird. Berater/-innen und Therapeuten/-innen suchen hingegen das interdisziplinäre Gespräch.

Beim Vorliegen psychischer Gewalt sehen es 76% aller Befragten als schwierig an, das Vorliegen einer „schweren Härte“ nachzuweisen (darunter alle Mitarbeiter/-innen von Jugendämtern und Frauenhäusern). Beim Vorliegen von physischer Gewalt tun dies dagegen nur 9%. Im letzteren Fall wird dieser Nachweis meist als mittelschwer eingeschätzt (59%). Schwierig ist der Nachweis bei sexuellen Mißhandlungen. Nach Einschätzung der Experten/-innen versuchen viele Betroffene, körperliche bzw. sexuelle Mißhandlungen zu verbergen. Auch Verletzungen der Kinder versuchen Eltern häufig vor den Therapeuten/-innen zu verbergen bzw. mit Ausreden zu kaschieren. Jede/-r zweite Berater/-in kann dies aufgrund eigener Erfahrung bestätigen. Praktisch alle Experten/-innen sind jedoch der Meinung, daß die Betroffenen es als hilfreich empfinden, wenn jemand ihre Probleme bemerkt.

Als ausschlaggebendes Beweismittel für das Vorliegen einer „schweren Härte“ erachten 9 von 10 Experten/-innen ein ärztliches Attest. Aber auch polizeilichen Protokollen (67%) sowie den Aussagen von Betroffenen und Zeugen in der mündlichen Verhandlung (64%) wird ein starkes Gewicht zugebilligt. Außerdem spielen eidesstattliche Versicherungen (49%), Fotos (43%) und Gutachten (41%) noch eine bedeutende Rolle als Beweismittel. Weniger überzeugt sind die Experten/-innen von der Beweiskraft von Briefen (19%). Von den befragten Berater/-innen und Therapeuten/-innen werden medizinische Atteste zur Vorlage bei Gericht selten oder nie erbeten (24% bzw. 64%). Häufiger werden Gutachten zu psychischer Gewalt und

zum Kindeswohl angefordert: Von den befragten Jugendamtsmitarbeiter/-innen und Berater/-innen wurden 32% schon einmal gebeten, ein Gutachten zur Feststellung einer psychischen „schweren Härte“ und 47% zur Wahrung des Kindeswohls zu erstellen. Ergänzend werden genannt der persönliche Eindruck oder Berichte professioneller Helfer/-innen (Jugendamt, Lehrer/-innen, Erzieher/-innen) sowie Aussagen und Gespräche mit Kindern. In Einzelfällen kommen dazu frühere strafrechtliche Verurteilungen, Hausbesuche oder der Aufenthalt in einem Frauenhaus an sich.

Und welchen Stellenwert hat die mündliche Verhandlung im Verfahren?

Ein Teil der Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen messen ihr sehr große oder gar entscheidende Bedeutung zu. Die Bedeutung gewinnt sie vorrangig durch die Möglichkeit, sich einen persönlichen Eindruck von den Verfahrensbeteiligten verschaffen zu können und ebenso durch die Möglichkeit der Sachverhaltsdarstellung und -aufklärung bzw. Glaubhaftmachung ohne Beweise, mangels Zeugen oder bei dünnem Sachverhalt. Daneben bietet die mündliche Verhandlung die Chance, eine gütliche Einigung herbeizuführen, die Auszugsbereitschaft zu fördern, die Praktikabilität von Aufteilungsregelungen zu prüfen und eine Einschätzung hinsichtlich der Überbrückbarkeit von Konflikten vorzunehmen. Vermittelt werden kann hier, daß rechtliches Gehör beiden Beteiligten gewährt wird. Außerdem bietet sich die Gelegenheit, mit der/dem Antragsgegner/-in zu verhandeln. Im Vergleich zu schriftlichen Darlegungen wird die Erfahrung gemacht, daß Lüge und Übertreibung weniger häufig vorkommen.

Die Möglichkeit der Zeugenvernehmung wird nicht ganz einheitlich gesehen. Unproblematisch erscheint dieses Instrument jedoch nicht, denn eventuell wird die Atmosphäre durch Zeugenaussagen belastet bzw. die Ehesituation sogar verschärft. Die Bedeutung der mündlichen Verhandlung ist unter Umständen auch abhängig von den jeweiligen Richter/-innen. Die befragten Richter/-innen meinen zu 81%, daß sie im mündlichen Termin ein genaueres Bild vom Vorliegen schwer beweisbarer Tatsachen gewinnen können. Nach Auffassung der befragten Richter/-innen können im Termin im wesentlichen auf zwei Wegen bestätigende und zusätzliche Informationen zu schwer beweisbaren Sachverhalte gewonnen werden: Einmal durch Gewinnung eines persönlichen Eindrucks und durch die Wahrnehmung des Verhaltens der Parteien, zum anderen durch das Gespräch, hier wiederum (a) allgemein durch Anhörung beider Parteien und die bestehende Rückfragemöglichkeit, aber auch durch Verfolgen der Diskussion der Partner untereinander, und (b) zusätzlich durch spezielle Arten der Gesprächsführung (Gegenüberstellung von Aussagen, Möglichkeit zur wechselseitigen Stellungnahme, Benennung von Widersprüchen, „Nachbohren“

bei strittigen Punkten, Konfrontation mit Aussagen). Weiterhin, wenn auch nicht so häufig, wird die mündliche Verhandlung im Hinblick auf schwer beweisbare Sachverhalte zur Überprüfung der Glaubwürdigkeit genutzt, um insgesamt ein genaueres Bild von der Ehesituation und der Motivation für den Zuweisungsantrag zu gewinnen. Schließlich dient der Termin als Gelegenheit zur Zeugenanhörung.

Nur an Rechtsanwälte/-innen richtete sich die Frage, ob die Unbestimmtheit des Rechtsbegriffs der „schweren Härte" ein Vorgehen erfordert, das auf den jeweils zuständigen Richter/-innen „abgestimmt" ist. Diese Frage wird von 66% der Rechtsanwälte/-innen bejaht. Richter/-innen sind mehrheitlich der Meinung, der Begriff „schwere Härte" halte die Ratsuchenden nicht davon ab, sich auf diese Bestimmung zu berufen (77%). Auch etwa die Hälfte der Rechtsanwälte/-innen teilt diese Meinung. Entsprechend wird von Juristen/-innen der Unterscheidung zwischen „unbilliger Härte" und „schwerer Härte" häufig keine besondere Bedeutung beigemessen, wobei dies eher für männliche als für weibliche Befragte gilt (76%: 57%).

Die von den Experten/-innen vorgebrachten Beispiele für „unbillige Härte" beziehen sich im Vergleich zu denen für eine „schwere Härte" in der Summe deutlich weniger auf körperliche und psychische Mißhandlungen und Verletzungen der Antragstellerinnen. Hier geraten Aspekte des räumlichen und sozialen Nahfeldes bzw. die sozialen Lage stärker ins Blickfeld. Umgekehrt beziehen sich die Beispiele für „schwere Härte" deutlich stärker auf körperliche und psychische Mißhandlungen und Verletzungen der Antragstellerinnen.

Die Bandbreite der Beispiele ist im Falle der „unbilligen Härte" etwas größer als bei „schwerer Härte". Die Begriffe sind nicht notwendig trennscharf: Es werden sowohl vergleichbare als auch verschiedene Sachverhalte darunter subsumiert; sie werden aber auch deckungsgleich verwandt. Eine Implikationsbeziehung derart, daß bei Vorliegen von „schwerer Härte" auch schon das Vorliegen einer unbilligen Härte angenommen werden darf, ist nicht zwingend gegeben. Der Begriff der „unzumutbaren Härte" wurde mit dem der „schweren Härte" ebenfalls de facto gleichgesetzt. Die Antworten von Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen sind im wesentlichen deckungsgleich. Die Definition der „schweren Härte" des Berliner Kammergerichts von 1987 bedeutet für die meisten der befragten Juristen/-innen lediglich das Ersetzen eines unbestimmten Rechtsbegriffs durch einen anderen (71%). Auch hierbei sind die weiblichen Befragten kritischer (82% : 64%).

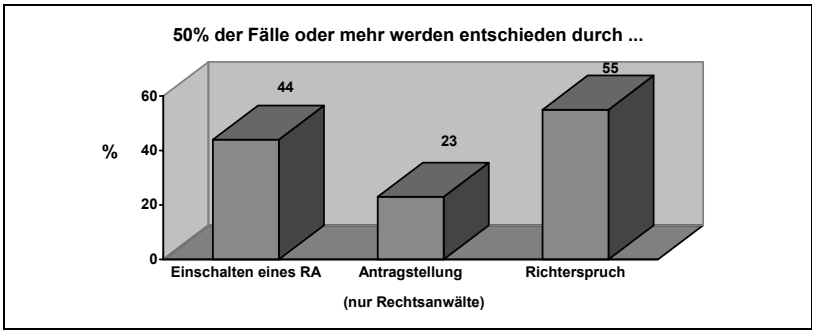
6 Konfliktlösung ohne Gerichtsverfahren?

Die Rechtsanwälte/-innen geben an, daß über die Hälfte der Fälle erst durch ein Gerichtsverfahren entschieden werden. Häufig führt aber auch schon das Einschalten des Rechtsbeistandes zu einer Lösung. Weniger Wirkung zeigt die bloße Stellung eines Antrags auf Wohnungszuweisung. Zu je zwei Drittel halten die Experten/-innen eine außergerichtliche Einigung oder eine gütliche Einigung bei Gericht für möglich.

Die 64 Rechtsanwälte/-innen in der Stichprobe wurden gefragt, in wie vielen der Fälle es auch ohne Antragstellung bereits durch das Einschalten rechtlichen Beistands zu einer Vereinbarung kam, wie viele durch eine Antragstellung geklärt werden und wie häufig die Entscheidung durch einen Richterspruch fiel.

Die Erfahrungen sind unterschiedlich: Etwa die Hälfte der Rechtsanwälte/-innen (45%) gibt an, allein durch die Einschaltung eines/-r Rechtsanwalt/-in würden nur wenige Fälle entschieden. Die andere Hälfte der Befragten beurteilt diese Möglichkeit der Konfliktlösung positiver. Die Chance, schon durch die Stellung eines Antrags eine Konfliktlösung herbeizuführen, wird als gering erachtet. Vielmehr wird der Großteil der Fälle nach Einschätzung der Rechtsanwälte/-innen erst vor Gericht entschieden.

Grafik IV/1: Ausgang der Verfahren aus Anwälte/-innensicht



Quelle: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), 1998

Gleichzeitig betont die Mehrheit der Experten/-innen (61%) aber, daß es Wege gibt, einen gerichtlichen Beschluß durch Verweis auf außergerichtliche Einigungsmöglichkeiten zu vermeiden. Auffallend sind hierbei jedoch Unterschiede nach dem Beruf. Während den Juristen/-innen fast aus-

nahmslos (92%) ein solcher Weg gangbar erscheint, bejahen dies nur 42% der Angehörigen sozialer Berufe, am wenigsten die Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern (35%) und die Berater/-innen (32%).

7 Voraussetzungen für eine Antragstellung

Zu einem Antrag auf Zuweisung der Wohnung raten die Experten/-innen je nach Einzelfall. Eine verallgemeinernde Typenbildung ist nicht möglich. Zu einer Einstweiligen Anordnung raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen bei gravierenden Fällen bzw. bei einem Gefährdungsausmaß, das ein Verfahren nicht abzuwarten gestattet, oder wenn ein Antrag auf Zuweisung bei Gericht gestellt wird.

Beim Vorliegen welcher Voraussetzungen raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen zu einer Antragstellung? Als Voraussetzung für eine Antragstellung werden genannt:

- körperliche Gewalt gegen bzw. Mißhandlung von Frauen und Kindern oder Mißhandlung des Ehepartners in Gegenwart von Kindern, eingeschlossen akut lebensbedrohliches Verhalten des Ehepartners
- psychische Gewalt, Psychoterror, unerträgliches Verhalten, Beleidigungen, Belästigungen von Frau und Kindern, lange Konfliktdauer, nicht absehbares Ende der Belastung
- (z.T. wiederholte oder erhebliche) Gewalt / Mißhandlung in verbal teils näherer, teils aber auch völlig unspezifizierter Form und ohne irgendeinen angegebenen Adressaten
- der Bereich Gefährdung / Verletzung des Kindeswohls bzw. Betroffenheit von Kindern
- Alkoholmißbrauch, einmal für sich selbst gesehen, aber auch in Verbindung mit Gewalt, die wiederum gegen den Partner, Kinder oder Sachen gerichtet sein kann und damit negative Auswirkungen auf die Familie insgesamt hat.

Schließlich wird als allgemeine Voraussetzung für die Antragstellung angeführt:

- das Vorliegen bzw. die Beweisbarkeit einer „schweren Härte“ und damit verbunden der Erfolgsaussicht eines Antrags
- der eigene Wunsch der Frau, in die Wohnung zurückzukehren
- die Unzumutbarkeit bzw. die Unmöglichkeit des weiteren Zusammenlebens der Ehepartner in der gemeinsamen Ehewohnung und der Trennungswunsch eines bzw. beider Partner

– die Uneinsichtigkeit, Unberechenbarkeit, Gesprächsunwilligkeit des Partners bzw. seine mangelnde Bereitschaft zu einer außergerichtlichen Einigung oder zum Einhalten von Vereinbarungen;

Zusätzlich zu einem Antrag auf Wohnungszuweisung nach § 1361 b BGB wird oft auch eine Einstweilige Anordnung beantragt. Welche Voraussetzungen werden hierfür als notwendig angesehen?

– Zu einer Einstweiligen Anordnung raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen zusätzlich zu einem Antrag auf Wohnungszuweisung bei Extrem- bzw. gravierenden Fällen (Lebensgefahr, Waffeneinsatz) bzw. bei einem Gefährdungsausmaß, das ein Verfahren nicht abzuwarten gestattet, oder bei unmittelbar bestehender Gefahr (wie Eindringen in die Wohnung).
– Auch unabhängig vom Vorliegen einer Extremsituation raten Experten/-innen, eine Einstweilige Anordnung zu beantragen, und zwar besonders bei körperlicher (z.T. wiederholter, auch andauernder oder akuter) Gewalt, bei (massiven) Mißhandlungen und Verletzungen sowie Wiederholungsgefahr und bei nicht erkennbarer Änderungsbereitschaft im Hinblick auf das Gewaltverhalten.
– Etwas in den Hintergrund treten Aspekte wie eine (akute) Gefährdung des Kindeswohls (kleiner Kinder) oder der Beteiligung von Kindern überhaupt.
– Ein weniger bedeutender Grund, eine Einstweilige Anordnung anzustreben, wird in Alkoholmißbrauch (in Verbindung mit Gewalt) oder einer sich daraus ergebenden unerträglichen Familiensituation gesehen.
– Mit geringer Häufigkeit sind noch folgende Gründe genannt worden: psychische Gewalt, Vergewaltigung oder sexueller Mißbrauch, Suizidversuch(e), Überwachen des Telefonverkehrs des Ehepartners und das Nichteinhalten einer getroffenen Aufteilungsvereinbarung.
– Mit in die Überlegungen geht ein, ob für eine Einstweilige Anordnung Erfolgsaussichten gesehen werden oder evtl. auf langsam reagierende Gerichte etwas Druck ausgeübt werden soll.

Wann raten die Rechtsanwälte/-innen und Jugendamts-/ ASD-Mitarbeiter/-innen von einer Antragstellung ab? Die Gründe, derentwegen von einer Antragstellung abgeraten (bzw. eine solche abgelehnt) wird, lassen sich grob in vier Gruppen einteilen:

1. Nichtvorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen oder falsche Einschätzung der Gesamtsituation für die Anwendbarkeit des § 1361 b BGB,
2. mangelnde Erfolgsaussicht eines Antrags, insbesondere, was die Beweisbarkeit von einzelnen Sachverhalten betrifft oder auch deren Stärke

bzw. Ausmaß. Dies spielt vor allem bei der Einschätzung psychischer oder verbaler Gewalt eine Rolle.
3. ein sich ergebendes Sicherheitsrisiko für den betroffenen Partner bzw. die Kinder auch im Falle einer Zuweisung
4. ungeeignete Rahmenbedingungen.

Weitere Gründe, von einer Antragstellung abzusehen, erwachsen aus den Alternativen, die es zu einer gerichtlichen Form der Konfliktlösung gibt: z.B. dem Umzug in eine andere verfügbare Wohnung, dem Getrenntleben innerhalb der Ehewohnung, einer außergerichtlichen Einigung. Liegt schließlich eine klare Trennungsabsicht nicht vor oder besteht sogar noch eine Versöhnungschance, ist keine sichere Grundlage für einen Antrag gegeben, was auch für die Fälle gilt, in denen noch kein einziges Gespräch mit dem/-r Antragsgegner/-in erfolgte, die Kooperationsbereitschaft des/der Gegenanwalt/-in bei der Entwicklung möglicher anderer Regelungen noch nicht ausgelotet wurde, der Mandant selbst allem Anschein nach nicht die Wahrheit sagt oder die Trennung mangels eigener Entschlußkraft durch Rechtsanwalt/-in und Richter/-in veranlaßt werden soll.

8 Auswirkungen der Antragstellung bzw. Entscheidung

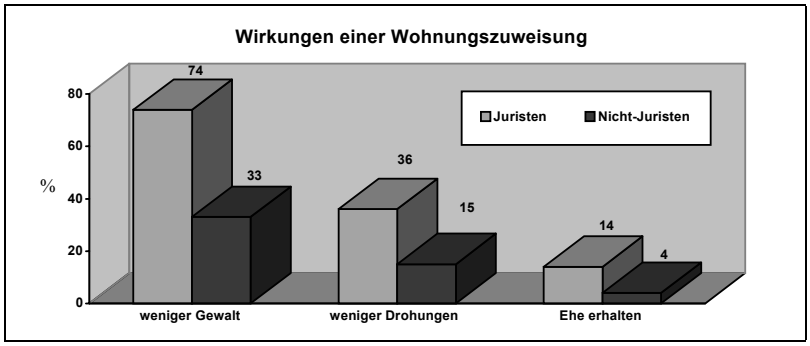
Die Stellung eines Antrags auf Wohnungszuweisung wirkt eher konfliktverschärfend als befriedend. Eine Entscheidung nach § 1361 b BGB kann nach Ansicht der meisten Juristen/-innen Gewaltanwendungen und Drohungen unwahrscheinlicher werden lassen; die Experten/-innen aus dem Sozialbereich haben dagegen andere Erfahrungen gemacht. Eine die Ehe erhaltende Wirkung wird dem § 1361 b BGB nur von wenigen zugeschrieben. Auf die Verfahren im Scheidungsverbund wirken solche Entscheidungen eher problemvermindernd.

Die Juristen/-innen unter den Experten/-innen wurden gefragt, wie sich ihrer Erfahrung nach eine Antragstellung auf Wohnungszuweisung auswirkt. Mehr als ein Drittel (39%) spricht schon der Antragstellung an sich eine eher konfliktverschärfende Wirkung zu, hingegen berichtet ein Viertel der Befragten, daß ein Antrag eher befriedend auf den vorhandenen Konflikt wirkt. Eine Wirkung kaum erkennen oder nicht genau einschätzen können 29% der befragten Juristen/-innen.

Eine Mehrheit der befragten Juristen/-innen ist davon überzeugt, daß Entscheidungen nach § 1361 b BGB eine vorentscheidende Wirkung für Verfahren im Scheidungsverbund haben; 40% vermutet, die Verfahren werden dadurch weniger problematisch, während 9% eher größere Schwierigkeiten

für die Verfahren sehen. Eine die Ehe erhaltende Wirkung wird dem § 1361 b BGB kaum zugesprochen: 86% der Befragten sehen diese nicht als gegeben an, und nur 9% haben in dieser Hinsicht positive Erfahrung (Juristen/-innen häufiger als Angehörige sozialer Berufe). Von den 26 diesbezüglichen Antworten berichten elf von einer Versöhnung der Ehepartner, acht von der Aufnahme einer Beratung bzw. Therapie zum Erhalt der Ehe und sieben von einer Rücknahme des Scheidungsentschlusses.

Grafik IV/2: Auswirkungen der Wohnungszuweisung (nach Einschätzung der Experten/-innen)



Quelle: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), 1998

Daß durch eine Wohnungszuweisung Gewaltanwendungen unwahrscheinlicher werden, davon sind 56% der Befragten überzeugt. Dieser Ansicht sind insbesondere die Juristen/-innen, während Mitarbeiter/-innen von Frauenhäusern, Jugendämtern und Beratungsstellen skeptischer sind. Außerdem haben 27% die Erfahrung gemacht, daß auch Drohungen unwahrscheinlicher werden. Auch hier schätzen Juristen/-innen die Wirkung der Wohnungszuweisung meist positiver ein als Angehörige der sozialen Berufe.

9 Die Berücksichtigung des Kindeswohls und der Belange der Betroffenen

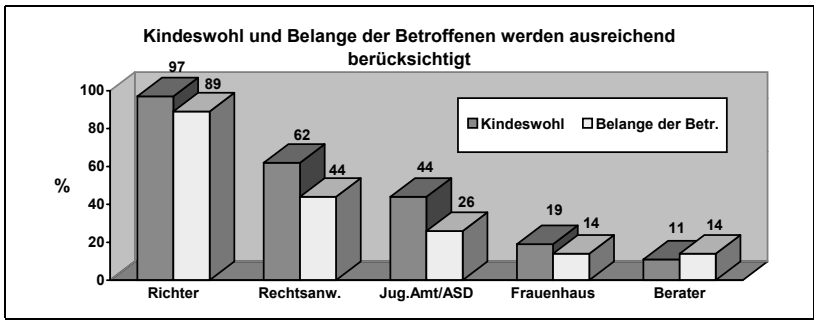
Bei der Frage, ob der § 1361 b BGB die Belange der Betroffenen und insbesondere das Kindeswohl ausreichend berücksichtigt, klaffen die Ansichten z.T. beträchtlich auseinander. Richter/-innen (und z.T. Rechtsnwälte/-innen) sehen dies überwiegend als gegeben an, während die Beschäftigten in Beratungsstellen und Frauenhäusern dies mehrheitlich verneinen.

Das Kindeswohl wird von Richter/-innen und Rechtsanwälten/-innen im Verfahren nach § 1361 b BGB grundsätzlich als entscheidungsrelevant angesehen. Besondere Beachtung findet das Kindeswohl, wenn Kinder in die Auseinandersetzungen zwischen den Eltern hineingezogen werden, bei konkreter Entwicklungsgefährdung und bei physischen Mißhandlungen und Verletzungen des Kindes.

Berücksichtigt der § 1361 b BGB in seiner jetzigen Fassung die von Gewaltanwendung betroffenen Ehepartner genügend? Bei dieser Frage sind die Experten/-innen geteilter Meinung. Während 40% die Frage bejahen, sehen 39% dies als nicht ausreichend an, 21% können sich nicht entscheiden. Dabei haben Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern die größten Zweifel, Richter/-innen finden dagegen fast durchgängig (89%) die Belange der Betroffenen ausreichend berücksichtigt.

Das Kindeswohl erscheint derzeit nicht im Wortlaut des § 1361 b BGB. Wird es dennoch im Verfahren angemessen berücksichtigt? Dies halten zwar 51% der Befragten für gegeben, immerhin 31% sehen dies anders, und 16% wissen es nicht. Hierbei bestehen aber ebenfalls gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Während Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen den § 1361 b BGB hier zu 97% bzw. 63% positiv bewerten, tun dies nur 19% der Frauenhaus-Mitarbeiterinnen bzw. nur 11% der Berater/-innen.

Grafik IV/3: Berücksichtigung des Kindeswohls und der Belange der Betroffenen (nach Einschätzung der Experten/-innen)



Quelle: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), 1998

Und unter welchen Umständen wird das Kindeswohl entscheidungsrelevant?

Besondere Bedeutung kommt dem Kindeswohl nach Einschätzung der Experten/-innen zu:

- wenn Kinder in die Auseinandersetzungen zwischen den Eltern hineingezogen werden, zumindest diese wahrnehmen
- bei konkreter Entwicklungsgefährdung und bei (nachhaltiger) Beeinträchtigung bzw. Gefährdung des Kindeswohls
- bei physischen Mißhandlungen und Verletzungen des Kindes
- bei Gewalt gegen Kinder und Bedrohungen von Kindern
- bei nachweislichen Verhaltensauffälligkeiten, Leistungs- und psychischen Störungen
- im Falle einer Zuweisung der Wohnung an den Elternteil, der das Sorgerecht erhält
- bei Suchtverhalten eines/ beider Elternteile
- bei psychischem Leiden oder psychischer Mißhandlung.

Weitere Situationen, in denen das Kindeswohl im Verfahren nach § 1361 b BGB Entscheidungsrelevanz besitzt, sind zum einen sexueller Mißbrauch, zum anderen Fälle, in denen psychisch kranke Elternteile ein Kind beeinträchtigen, Aggressionen gegen ein Kind richten oder wenn Elternteile ein Kind am Lernen hindern.

10 Die Familien nach der Gerichtsentscheidung

Auch nach einer Entscheidung bezüglich einer Wohnungszuweisung wird die Hilfe der Rechtsanwälte/-innen, Frauenhaus-Mitarbeiterinnen und Berater/-innen noch benötigt. Sei es zur rechtlichen Beratung und zur praktischen Umsetzung des richterlichen Beschlusses oder auf therapeutischem und beraterisch-stützendem Gebiet.

Auch nach einer gerichtlichen Entscheidung oder Vereinbarung ist die Aufgabe der befragten Experten/-innen noch nicht beendet. 63% geben an, ihre Hilfe würde auch dann noch benötigt. Hilfenotwendigkeit entsteht nach der gerichtlichen Entscheidung in zwei klar bezeichenbaren Bereichen:

- dem rechtlichen Bereich**,** bei der Umsetzung des richterlichen Beschlusses (Interpretation, vollständige und rechtzeitige Umsetzung, Reaktion auf Nichteinhalten von Vereinbarungen und Beschlüssen) und bei Folgesachen, die aus der Trennungsentscheidung im weitesten Sinne resultieren (Verfahren in der Trennung, Scheidungsverfahren, Regelung von Sorge- und Umgangsrecht, Unterhaltsverfahren und u.U. Strafrechtssachen)

– dem unterstützenden bzw. beratenden-therapeutischen Bereich mit allgemeiner Gesprächsmöglichkeit, Unterstützung, Stabilisierung und Problemhilfe.

Unterstützungsbedarf besteht wegen Problemen aus der Zeit vor der Gerichtsentscheidung, wird z.T. aber auch erst durch die gerichtliche Zuweisung der Wohnung selbst hervorgerufen (Eingewöhnung der Kinder in der neuen Lebenssituation und beim Kontakt zu beiden Eltern, Beratung in Mietfragen und bei Problemen mit dem Vermieter, der finanziellen Unterstützung bzw. Hilfe durch das Sozialamt und der Inanspruchnahme von Familienhilfe).

Den Experten/-innen, und zwar insbesondere den Rechtsanwälte/-innen, ist die längerfristige Entwicklung der Familie in der Zeit nach einer positiven richterlichen Entscheidung über die Wohnungszuweisung in mehr als der Hälfte der Fälle bekannt. Die längerfristige Entwicklung wird von den Experten/-innen folgendermaßen beschrieben:

Eine Einkehr von Beruhigung, Entspannung, Befriedung kann eine große Gruppe der Befragten beobachten. Wobei eine Stabilisierung der Trennung auch die Einleitung einer Scheidung bedeutet. Auch wenn die Frage der Wohnungsnutzung rechtlich geklärt ist, kann weiterhin Druck seitens des Ausgewiesenen bestehen, und die Probleme können sich fortsetzen. Die Notwendigkeit der Vollstreckung des Auszugs und die Beantragung und Durchsetzung von Unterlassungsverfügungen zeigen, daß Zuweisung und Einkehr von Ruhe oder gar Versöhnung nicht automatisch aufeinander folgen.

Daß die Zuweisung ein zweischneidiges Schwert ist, zeigt sich an folgender vergleichender Übersicht:

Positive Auswirkungen einer Zuweisung	**Negative Auswirkungen einer Zuweisung**
Versöhnung wird möglich	Versöhnungsbereitschaft nimmt ab oder besteht überhaupt nicht mehr
Entspannung, Befriedung wird möglich	emotionale Verhärtung tritt ein
Beruhigung tritt ein; Probleme können abgebaut oder doch durch die Trennung entschärft werden	eine Verschärfung von Streitfragen ist die Folge bzw. Trennung wird nun endgültig vollzogen

Positive Auswirkungen einer Zuweisung	Negative Auswirkungen einer Zuweisung
Kinder werden dem Einfluß von Gewalt und der Erfahrung von Spannungen entzogen	Kinder leiden unter der Entfremdung vom anderen Elternteil und vermissen ihn
der Auszug erfolgt meist freiwillig, und der Mann versucht nicht mehr in die Wohnung zurückzukehren	der Ausweisung wird nicht Folge geleistet bzw. der Mann hält sich nun nicht an getroffene Vereinbarungen
Gesprächsbereitschaft wächst oder ergibt sich (eventuell erst längerfristig); möglich ist eine Wiederannäherung	vom Partner erfolgt Distanzierung bis hin zum völligen Verschwinden aus dessen Leben und dem der Kinder
nachfolgendes Scheidungsverfahren bzw. Regelung des Sorge- / Umgangsrecht wird vereinfacht; konstruktive Lösungen werden (eher) möglich	verringerte Kompromißbereitschaft stellt sich ein
kurzfristig kann eine Entlastung für Frauen und Kinder eintreten, etwa durch eine verbesserte Beziehung zwischen ihnen oder durch Erhalt der gewohnten sozialen Umwelt	längerfristig können sich negative Wirkungen ergeben, etwa durch ein langwieriges Rechtsverfahren, Erziehungsprobleme, noch stärker belastete Familienbeziehungen

Allgemein überwiegt die Beobachtung, daß nach Ablehnung eines Antrags auf alleinige Wohnungszuweisung entweder einer der beiden Partner „freiwillig“ auszieht oder beide in der Wohnung bleiben und sich die Konflikte fortsetzen bzw. sich verschärfen und die Gewalt zunimmt. Das bedeutet für einige Frauen, daß ein Umzug in ein Frauenhaus erforderlich wird oder der Aufenthalt sich dort verlängert. Andere Betroffene müssen aus der Sicht der Experten/-innen die Situation durchhalten bzw. sich damit abfinden. Für Kinder ergeben sich aus einer Ablehnung zunehmend Probleme. Eine kleinere Gruppe Betroffener sucht Zuflucht bei Verwandten, von anderen wird die Trennung bzw. Scheidung forciert oder sofort eingeleitet. Ein Problem ist, daß durch eine ablehnende Entscheidung zwangsläufig die Position der Antragstellerin geschwächt und die des Antragsgegners gestärkt wird.

In verschiedenen Fällen erfolgt statt einer Alleinzuteilung eine Wohnungsaufteilung. Diese wird dann gelegentlich erfolglos praktiziert oder von vornherein nicht akzeptiert. Auch eine Wiederholung der Antragstellung mit

eventuell dann erfolgender Zuteilung ist nicht ungewöhnlich. Andere versuchen, eine eigene außergerichtliche Regelung zu finden. Es werden beispielsweise Beratungsgespräche aufgenommen. Oft besteht jedoch nach der ablehnenden Entscheidung keinerlei Gesprächsbereitschaft mehr, und es ist keine Aussöhnung mehr möglich. Eine Folge der Ablehnung ist, daß Hilfe durch andere Dienste (Sozialdienst, Polizei) nötig wird. Auch wird nun eventuell die Wohnungssuche schwieriger, z.B. weil die Frau auch nicht aus dem Mietvertrag entlassen ist, Mietschulden hat oder weiterhin Miete zahlen muß. Ein Nebeneffekt kann sein, daß damit auch die Regelung bei einer Scheidung präjudiziert wird.

Welches sind Vor- und Nachteile für die betroffenen **Kinder** im Verlauf eines gerichtlichen Verfahrens?

- In der Entspannung, Entlastung und Beruhigung der Lebenssituation für die Kinder werden in erster Linie **Vorteile** gesehen, insbesondere, wenn durch Wegfall von Gewalt ein Schutzraum für die Kinder geschaffen und gleichzeitig die gewohnte Umgebung für die Kinder und Frauen erhalten wird.
- Annähernd gleich wichtig ist in den Augen der Experten/-innen die Herstellung von Klarheit hinsichtlich der elterlichen Funktionen, der Streitsituation bzw. der bestehenden Fronten oder der Bereitstellung eines Orientierungsrahmens für die Kinder einschließlich der Klärung der Stellung und der Verhaltensmöglichkeiten der Mutter.
- Bei den genannten **Nachteilen** lassen sich vier Sachverhalte ausmachen: Danach führt die Antragstellung für Kinder zu Schwierigkeiten durch Verhärtung oder Verschärfung der Konfliktsituation und die Zunahme innerfamiliärer Spannungen. Als gleich problematisch wird zum einen die Forderung der Parteinahme an die Kinder, deren Instrumentalisierung und dadurch hervorgerufene Loyalitätskonflikte, zum anderen deren Entfremdung vom ausziehenden Elternteil und der Verlust eines Elternteils und/oder das Leiden unter der Trennung von ihm eingeschätzt, wie schließlich auch die psychische Belastung durch Dauer und Ungewißheit des Ausgangs des Verfahrens und die daraus entstehende Unsicherheit oder Angst. Ein Einbezug der Kinder als Zeugen wird ebenfalls in nicht geringem Maße als belastend und nachteilig für die Kinder wahrgenommen.
- Insgesamt halten sich Vor- und Nachteile annähernd die Waage. Entsprechend finden sich positive und negative Gesamteinschätzungen hinsichtlich des Vorliegens von Vor- und Nachteilen:

Durch Antragstellung/Antragserfolg

+ kann sich die Situation beruhigen, und der Antragsgegner kann sein Verhalten positiv ändern
- kann sich aber auch die Situation verschärfen, und der Antragsgegner kann sein Verhalten negativ verändern

Der Fortbestand der Beziehung zum Gewaltanwender

+ bewahrt vor einer Trennungserfahrung
- hält Gewalt-/Mißbrauchsgefährdung aufrecht

Ein Erfolg der Antragstellerin

+ klärt, stärkt deren Position (Eigenerfahrung, Wahrnehmung durch die Kinder);
- problematisiert Beziehung der Kinder zu ihr (eventuell erst langfri-
+ stig) und/oder zum Antragsgegner
- erlaubt eigenständig(er)es Verhalten, Entwicklung eigener Vorstellungen
+ überfordert durch neue Aufgabenstellung (z.B. finanziell; Kinderbetreuung)
- verringert
+ erhöht Verhandlungsbereitschaft und Chance zu gemeinsamer Lösungen

– Manche Vorteile auf einem Gebiet müssen also u.U. mit Nachteilen auf anderen erkauft werden, kurzfristige Vorteile gegen mögliche langfristige Nachteile abgeschätzt, Vorteile für die eine Person gegen Nachteile für die anderen Personen austariert werden. Welche der Entwicklungen erfolgt, ist nur eingeschränkt oder gar nicht vorhersagbar. Positive Entwicklungen, die in Gang gesetzt werden, sind mit negativen, die ebenfalls initiiert werden, zu vergleichen. D.h. es ist ein im Einzelfall schwieriger Abwägensprozeß notwendig, um schlußendlich beurteilen zu können, ob ein gerichtliches Verfahren zum Vor- bzw. Nachteil der Kinder ausschlagen wird.
– Eine gerichtliche Zuweisung an sich ist dann nicht von Vorteil, wenn Angst besteht, daß der Vater weiterhin plötzlich vor der Tür stehen kann oder eine Entführung zu befürchten ist. Deshalb besteht auch eine Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen nach der Zuweisung, damit die Vorteile einer Zuweisung überhaupt zum Tragen kommen können.
– Bevor ein Verfahren in Gang gesetzt wird, so wird empfohlen, sollte eine Beratungsstelle eingeschaltet werden. Überdies brauchen Kinder im gerichtlichen Verfahren selbst eine Unterstützung.

– Im Verfahren notwendig werdende Detailschilderungen von Fehlverhalten führen zunächst unabhängig von der Anwesenheit der Kinder zu weiterer Eskalation und damit indirekt zu Nachteilen. Die Initiierung eines Verfahrens kann auch zu einem Achtungsverlust der Kinder vor ihren Eltern führen. Andererseits bietet ein Verfahren Gelegenheit, Eltern auf die Belange ihrer Kinder hin anzusprechen. Es ist möglich, bei Umgangsproblemen die Einrichtung eines betreuten Umgangs zu initiieren. Bei der Verweisung eines Elternteils aus der Wohnung ist eine möglichen Geschwistertrennung zu berücksichtigen.

Häufiger, als man erwarten würde, kommt es vor, daß eine gerichtlich angeordnete **Wohnungsräumung** zur Obdachlosigkeit des betroffenen Partners führt. Fast jede/-r fünfte befragte Experte/-in hat dies schon erlebt. Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen sind solche Fälle häufiger begegnet als den Angehörigen der sozialen Berufe, besonders häufig in Berlin (39%).

Sehr häufig kommt es auch zu einem zweiten Verfahren nach einer ersten Entscheidung bzw. Vereinbarung. Dabei sind es häufiger die ursprünglichen Antragstellerinnen, die ein erneutes Verfahren beantragen, als die Antragsgegner. Als Grund wird angegeben, der Versöhnungsversuch sei gescheitert, die gerichtlich getroffene Vereinbarung werde nicht eingehalten oder es hätten sich neue Sachverhalte ergeben, die eine „schwere Härte“ begründen.

11 Sind gesetzliche Änderungen notwendig?

Jede/-r dritte Experte/-in sieht die Gefahr eines Mißbrauchs des § 1361 b BGB als gegeben an; Richterinnen vertreten diese Ansicht allerdings fast doppelt so oft wie die übrigen Experten/-innen. Beweiserleichterungen halten die Juristen/-innen mehrheitlich nicht für notwendig, die Angehörigen der sozialen Berufe dagegen sehr wohl. Ähnlich verteilen sich die Ansichten bezüglich Regelungsansätzen, die weitergehende Abstufungen zulassen (z.B. Auszugsfrist, Befristung der Wohnungszuweisung).

Bei den gewünschten Änderungen stehen die Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs der „schweren Härte“ und die explizite Aufnahme des Kindeswohlsbegriffs in den Gesetzestext im Vordergrund.

Die Gefahr, daß der § 1361 b BGB von Betroffenen mißbräuchlich verwendet wird, sehen 54% der Befragten nicht. Hierbei werden signifikante berufsspezifische Unterschiede deutlich: Von den Richter/-innen sehen 60%

eine Gefahr mißbräuchlicher Verwendung, von den Rechtsanwälten/-innen dagegen nur 33% und von den Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern gar nur 12%. Sehen die Experten/-innen die Notwendigkeit, Beweiserleichterungen für die Antragstellerin vorzunehmen? Dies bejahen 37%, 48% verneinen es, während 15% sich dazu nicht äußern. Ein sehr starker Zusammenhang ergibt sich hierbei wiederum mit der Berufsgruppe. Von den Angehörigen der sozialen Berufe erkennen 66% eine solche Beweiserleichterung als notwendig, von den Juristen/-innen dagegen nur 30%. Insbesondere sehen 94% der befragten Richter/-innen keine Notwendigkeit zur Beweiserleichterung.

Die Antworten zu den Möglichkeiten für eine Beweiserleichterung decken ein breites Spektrum ab. In der Mehrzahl werden der Einbezug weiterer Beweismöglichkeiten, Gütekriterien von Beweisen und das im Beweisprozeß angesprochene Procedere (Beweislastumkehr, speziell beim Vorliegen bestimmter Beweise) angesprochen. Erwartungen werden auch in ein neues Gesetz bzw. einen veränderten Wortlaut der jetzigen Bestimmung(en) gesetzt.

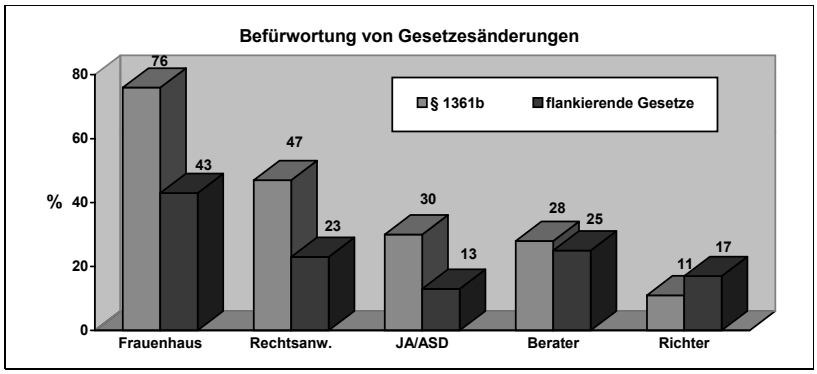
Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Antwort auf die Frage, ob Regelungsansätze befürwortet werden, die über die jetzige Praxis hinausgehende Abstufungen zulassen. Auch hier sind es überwiegend die Beschäftigten im Sozialwesen, die solche erweiterten Abstufungsmöglichkeiten befürworten (70%). Auch die Rechtsanwälte/-innen schließen sich mit 60% mehrheitlich dieser Anregung an, von den Richter/-innen dagegen nur halb so viele (29%). Am ehesten befürwortet wird dabei eine Auszugsfrist für den Antragsgegner, die Möglichkeit einer befristeten Wohnungszuweisung und eine Aufteilung der Wohnung.

In erster Linie wurde die Möglichkeit, einzelfallbezogene Schutzanordnungen wie z.B. eine „Bannmeile“ zur Auflage machen zu können, genannt. Die würde erlauben, das Spektrum an Regelungsansätzen zu erweitern bzw. zu differenzieren. Einzelne sind zwar der Ansicht, daß ein abgestuftes Instrumentarium bereits jetzt vorliegt, doch zeigen weitere Antworten, daß Differenzierungen sowohl im rechtlichen Bereich entweder nicht bekannt oder noch nicht realisiert sind, als auch bei den Rahmenbedingungen noch gangbare neue oder bislang ungenutzte Wege aufgewiesen werden können und ein abgestufteres Verhalten sowie flankierende Unterstützungen möglich sind, um der Intention des Gesetzes Rechnung zu tragen bzw. einem neuen Gesetz Wirksamkeit zu verschaffen.

Auch die Meinungen bezüglich einer häufigeren Inanspruchnahme von § 1361 b BGB klaffen weit auseinander: Ein Drittel der Befragten befür-

wortet eine häufigere Inanspruchnahme des § 1361 b BGB. Zwei Fünftel wenden sich dagegen, jeder fünfte Befragte hat dazu keine Meinung. Während es vor allem die Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern (71%) sind, die eine häufigere Inanspruchnahme begrüßen würden, lehnen dies die Richter/-innen weit überwiegend ab (83%).

Grafik IV/4: Befürwortung von Gesetzesänderungen



Quelle: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), 1998

Dieselben Meinungsdivergenzen zeigen sich bei der Frage, ob eine Gesetzesänderung bezüglich § 1361 b BGB derzeit notwendig ist oder nicht. 37% befürworten eine Änderung, 42% halten sie nicht für notwendig und 21% können oder wollen sich nicht festlegen. Vor allem die Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern sprechen sich mit großer Mehrheit (76%) für eine Gesetzesänderung aus. Auch die Rechtsanwälte/-innen plädieren noch zu 47% für eine Änderung, die Richter/-innen lehnen eine solche jedoch fast durchweg ab (89%).

Als notwendig wird von den Befürwortern einer Änderung hauptsächlich die Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs bzw. des § 1361 b BGB genannt. Gleichermaßen wird die explizite Aufnahme des Kindeswohlbegriffs in den Gesetzestext für notwendig gehalten und allgemein eine differenziertere Erfassung des Kindeswohls gefordert. Darüber hinaus wird ein Bündel von Einzelanregungen genannt, die insgesamt ein abgestuftes Instrumentarium zur Bearbeitung des Problemfeldes bereitstellen wie: Möglichkeit der Auflage einer Bannmeile; Verbesserung des Schutzes nach der Zuweisung; Ermöglichung auch befristeter Wohnungszuweisung; Auflageerteilung durch das Familiengericht, z.B. hinsichtlich der Aufnahme einer Beratung. Die Beweisproblematik soll durch die Aufnahme der Möglichkeit

der Beweislastumkehr für die Opfer und anderer Beweiserleichterungen reduziert werden. Der Verfahrensablauf soll durch raschere Entscheidungen des Gerichts, schnellere Räumungsmöglichkeit bzw. durch ein Eilverfahren problemangemessener gestaltet werden können.

Ein anderer Bereich von Forderungen ergibt sich aus teilweise unterschiedlichen bzw. veränderten Bewertungen der als notwendig erachteten Voraussetzungen für die Wohnungszuweisung.

Dies artikuliert sich in dem Anliegen, eine Wohnungszuweisung insgesamt zu erleichtern, „schwere Härte“ als Eingangsschwelle herabzustufen und stattdessen eventuell „unbillige Härte“ als Kriterium zu verwenden. Um die Situation von Frau und Kindern stärker zu berücksichtigen, kann beispielsweise die Beweisfrage aus der Sicht der Opfer behandelt und raschere vorläufige Regelungen mit Beweiserleichterung ermöglicht werden. Weitere Forderungen sind:

- die konkrete Benennung von Sachverhalten, die eine sofortige Zuweisung oder Ausweisung rechtfertigen, wie sexueller Mißbrauch oder Gewalttaten allgemein
- eine unbedingte Zuweisung an die Antragstellerin für den Fall, daß Kinder bei der Antragstellerin leben
- niedrigere Beweisanforderungen oder eine niedrigere Eintrittsschwelle bei Kindeswohlgefährdung insgesamt sowie Zuweisung schon bei drohender Gewalt
- die Zuweisung nicht an eine Trennungsabsicht als Voraussetzung zu koppeln
- die Möglichkeit der Wohnungszuweisung auch auf nichteheliche Lebensgemeinschaften auszuweiten
- die Entscheidungsoption des Getrenntlebens innerhalb einer Wohnung gänzlich zu streichen

Bedacht werden sollte auch die Möglichkeit, ein Zuweisungsbegehren durch den Ausziehenden zum Schutz des Verbleibenden gegenüber dem Vermieter zu ermöglichen. Bei einer Novellierung sollten an die Stelle der Begriffe wie „schwere Härte“ subjektive Begriffe wie „Unerträglichkeit im Zusammenleben“ treten. Darüber hinaus sollten Veränderungen in der Wohnungssituation selbst verfolgt werden.

Wenn die Experten/-innen nach der Notwendigkeit flankierender Gesetzesänderungen bei einer Novellierung des § 1361 b BGB gefragt werden, ergibt sich wieder ein berufsspezifisch differenzierteres Bild. Die Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen sind mehrheitlich (56% bzw. 50%) nicht

der Auffassung, daß flankierende Gesetzesänderungen notwendig sind, während die Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern flankierende Gesetzesänderungen überdurchschnittlich häufig für notwendig halten (43%) und sich die übrigen Fachkräfte im Sozialbereich überfragt fühlen (61% „weiß nicht“).

Die Antworten beschränken sich nicht auf Gesetzesänderungen im engeren Sinne des Wortes. Die Frage bildet auch eine Auffangkategorie für sonstige Änderungswünsche hinsichtlich der Umsetzungsbedingungen und der Gestaltung allgemeiner Rahmenbedingungen.

- Bei den gewünschten bzw. für erforderlich gehaltenen flankierenden Gesetzesänderungen werden das Hausratsverfahren und das Mietvertragsrecht genannt (hier wird speziell der Einbezug des Vermieters erwähnt), weiterhin der § 49 FGG, die ZPO, § 19 des Ausländergesetzes, das KJHG (SGB VIII) und (indirekt) das BGB (Sorgerechtsregelung schon bei Trennung).
- Ein eigenes Gesetz gegen häusliche Gewalt soll in Betracht gezogen werden mit Optionen wie der „Bannmeile“ zur vereinfachten Durchsetzung von Schutzmaßnahmen etwa durch die Polizei, Sofortzuweisung bei eindeutiger Gewaltanwendung und anderen Formen des Opferschutzes.
- Verfahrensrechtlich wird eine Verankerung der Beweiserleichterung bzw. eine Veränderung des Beweisrechts, ein Rechtsmittel bei Ablehnung des Zuweisungsantrags und insgesamt eine Vereinfachung des Verfahrens gewünscht.
- Eine Kostenübernahmeregelung wird für erforderlich gehalten.
- Im sozialgesetzlichen Bereich sollten direkte Hilfsangebote vorgesehen werden.
- Fehlende Erwähnung des Kindeswohls im Gesetzestext wird moniert und dessen stärkere Beachtung gewünscht. Eine Verfahrenspflegschaft für Kinder (Verweis auf § 50 FGG n.F.) sollte möglich sein.
- Die Möglichkeit, Auflagen zu erteilen und Verletzungen der Auflagen zu sanktionieren, sollte geregelt werden.
- Ein erweitertes Beratungs- und Therapieangebot wird mehrfach als wünschenswert angesehen, eventuell auch im Verbund mit Hilfe bei der Wohnungsvermittlung, besonders im Falle eines freiwilligen Verlassens der Wohnung durch den ansonsten möglicherweise gerichtlich Verwiesenen.
- Eine ausreichende Zahl von Notwohnungen muß bereitstehen.
- Für Regelungen im außer- bzw. vorgerichtlichen Bereich ist die Einrichtung von Schiedsstellen zu erwägen.

– Als hilfreich wird ein auch für Nichtjuristen verständlicher Gesetzestext angesehen.

Die Frage nach allgemeinen Anmerkungen der Befragten zum § 1361 b BGB ergab:

- **Widersprüchliche Einschätzungen**

In der Praxis hat § 1361 b BGB eine relativ geringe Bedeutung gegenüber anderen Bestimmungen zu familienrechtlichen Streitigkeiten (RI)[28]. Es gibt nur wenige Fälle, auf die § 1361 b BGB anwendbar ist (JA). Wir haben in der Praxis mit dem Paragraphen wenig Probleme, meistens reicht der Hinweis aus, um den Partner zum Auszug zu bewegen. Aber auch: Der Paragraph ist in der Praxis nicht leicht zu handhaben, bei Gericht nur schwer durchzusetzen; manchmal ist es ratsamer, den Auszug der Antragstellerin zu bedenken zu geben, bevor man sich auf ein langwieriges Verfahren einläßt. Der Paragraph ist allgemein eine recht unglückliche Regelung (jeweils RA).

- **Deutliche Auslegungsproblematik**

Die derzeitige Gesetzesformulierung ist unpraktikabel. Hierzu ergangene höchstrichterliche oder obergerichtliche Rechtsprechung führte m.E. zu einem völligen Entscheidungsdurcheinander an der Basis (RA). Rechtsklarheit ist erforderlich; zu sehr lassen die Familienrichter/-innen ihre persönlich Auffassung von „schwerer Härte“ entscheiden. Große Unterschiede, ob die Richter/-innen lange Berufserfahrung haben oder nicht, ob männlichen oder weiblichen Geschlechts u.a. (RA). Der Paragraph ist sehr abhängig von der Richter/-innenmeinung (JA). Zu viele Unstimmigkeiten unter den Kollegen. Wichtig wäre Einbeziehung des Vermieters, da Urteil endgültig und Hausratverordnung nur im Scheidungsfall Regelungen beinhaltet (RI). Es gibt sehr gute, aber auch weniger gute und schlechte Richter/-innen, d.h. der Betroffene ist sehr darauf angewiesen, ob er Glück hat (RA).

- **Widersprüchliche Erwartungen der beteiligten Expertengruppen**

Ambivalenz gegenüber Entscheidungsfreude der Gerichte. Durch die hohe Arbeitsbelastung sind die Familienrichter/-innen gedrängt, jede Wohnungszuweisungssache rasch zu erledigen, obwohl in manchen Fällen ein Ruhenlassen des Verfahrens eher zu einer Befriedung der Parteien beitragen könnte (RI). Aber auch: Die Gerichte sollen entscheidungsfreudiger werden, nicht versuchen, die Verfahren zu einem müden Kompromiß zu füh-

[28] Erläuterung der Abkürzungen: RI = Richter/-innen, RA = Rechtsanwälte/-innen, JA = Jugendamt/Allgem. Sozialdienst, FH = Frauenhaus, BS=Beratungsstellen

ren, weil sie keine Lösung finden (RA). Die Verfahrensdauer ist oft unerträglich lang (RA). Eilverfahren werden gewünscht (FH).

- **Diskrepanzen zwischen abstraktem Rechtsanspruch und konkreter Rechtsumsetzung, zwischen Erwartung und Wirklichkeit bei den Beteiligten**

Die Realisierung der gerichtlichen Entscheidung ist ein riesiges Problem, wenn derjenige, der die gemeinsame Wohnung verlassen soll, dies nicht tut. Tatsächlich wird der Teil, der in der Wohnung bleiben soll, so gut wie nicht unterstützt (BS). Eine Wohnungsaufteilung, die in § 1361 b BGB ja angesprochen ist, löst das Problem nicht. Die Nähe in einer Wohnung (Bad, Küche usw.) ist immer problematisch (RA). Die Ehe geht kaputt, wenn beide in der Wohnung verbleiben, eine Chance für die Fortführung der Ehe ergibt sich eher durch eine vorläufige Trennung (RI). Wenn man auseinander will, wird ein langes Zusammenleben nicht ausgehalten, einer zieht immer aus (JA). Es sind mir keine Fälle bekannt, wo Gewaltanwendung (psychisch, physisch) nur von einer Seite ausgeführt wird, man muß Dynamik des Paares betrachten, Probleme haben immer Vorgeschichte (BS). Der Paragraph ist nicht anwendbar bei (Multi)-Problemfamilien (BS).

- **Suchrichtungen und Regelungsmöglichkeiten**

Die Wohnungszuweisung könnte im Zusammenhang mit der Ausübung der tatsächlichen Personensorge für die Kinder entschieden werden. Einzelpersonen finden schneller eine Wohnmöglichkeit (FH). Konsequentere Durchführung; Probleme der Frauen und Kinder ernster nehmen; Verzögerungstaktik der Männer nicht durchgehen lassen; stärker auf das Kindeswohl eingehen (FH). Grundsätzlich sollte drinstehen, daß derjenigen Person die Wohnung zugesprochen wird, bei der die Kinder sind (FH). Wenn es im Rahmen der Novellierung zu einer Konkretisierung von Härtegründen kommt, sollte Schwergewicht auf die ständigen Bedrohungen gelegt werden, gegenüber denen Betroffene besonders hilflos sind, da Strafverfolgungsbehörden nicht eingreifen und Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Unterlassungsverfügung nicht den gewünschten Erfolg bringen (RA).

12 Praxiserfahrungen verschiedener Berufsgruppen – Ergebnisse einer Expertendiskussion

In Ergänzung zur telefonischen und schriftlichen Befragung wurde eine Expertendiskussion mit Vertretern mehrerer Berufsgruppen durchgeführt. Ziele dieser Diskussion waren:

1. Untersuchung des Zusammenwirkens der Experten/-innen und Dienste unter den gegebenen gesetzlichen Voraussetzungen und praktischen Arbeitsbedingungen
2. Einbezug zweier Expertengruppen bzw. Dienste, die bei der telefonischen und schriftlichen Befragung nicht beteiligt waren (Polizei, Gerichtsvollzieher)
3. Validierung des Gesamteindrucks aus den Ergebnissen der telefonischen und schriftlichen Befragung

Die Diskussionsbeiträge verdeutlichten insgesamt noch einmal die Komplexität der Situation, in der sich eine Familie befindet, wenn zu entscheiden ist, ob ein Antrag nach § 1361 b BGB gestellt und das Verfahren durchgeführt werden soll und gegebenenfalls die richterliche Entscheidung praktisch umzusetzen ist.

- Es ist die individuelle Lage jedes einzelnen Familienmitglieds zu beachten, was Aspekte betrifft wie Wohnen, Beruf, Aus- und Fortbildung, Betreuung und Pflege oder Rekreation.
- Die individuellen Sphären stehen in Wechselwirkung mit der Familiensituation insgesamt und Teilgruppen in der Familie (z.B. Geschwistergruppe, Ehepaar).
- Es können zahlreiche Dienste und Experten/-innen tätig werden, die mit dieser Situation befaßt sind und ihre Ziele und Vorgehensweise fachlich und persönlich untereinander abstimmen müssen.
- Die Tätigkeit dieser Dienste und Experten/-innen wird durch gesetzliche, berufsrechtliche, wissenschaftliche oder praktische Festlegungen gesteuert, die ihrerseits politischen Wertungen und/oder fachlichen Einschätzungen unterliegen.

Die zahlreichen Aspekte, die im Verlauf der Gruppendiskussion angesprochen wurden, werden hier nach den Berufsgruppen geordnet wiedergegeben:

- **Richter/-innen**
  - Um zu einer zutreffenden Einschätzung der Gesamtsituation hinsichtlich des Vorliegens einer „schweren Härte“ zu gelangen und um die Konsequenzen der eigenen Entscheidung mitbedenken zu können, wird auch in Eilfällen eine Anhörung für notwendig erachtet und deshalb die Dauer der Verfahren nicht als uneingeschränkt herabsetzbar angesehen.
  - Unterschiedliche Zuständigkeiten der Gerichte erweisen sich verschiedentlich als kontraproduktiv.

- Richter/-innen müssen beide Parteien sehen und in dubio pro reo entscheiden.
- Einstweilige Anordnungen sind für eine vorgängige Beratung eher wenig geeignet.
- Gutachten zur Feststellung gesundheitlicher Schäden insbesondere bei Kindern einzuholen, ist aus Zeitgründen häufig nicht möglich. Zudem ist ein Expertenstreit zu befürchten. Auch erfolgt die Auseinandersetzung u.U. vor dem Hintergrund ungleicher Ausgangsvoraussetzungen, wenn die Kosten für die jeweiligen Experten/-innen in Betracht gezogen werden.

- **Rechtsanwältin, die zugleich Mitarbeiterin in einer Beratungsstelle ist**
  - Die Unbestimmtheit des Rechtsbegriffs der „schweren Härte“ erzeugt eine nicht wünschenswerte Abhängigkeit von den einzelnen Richter/-innen und der Rechtsprechungspraxis.
  - Daß erst konkrete Beschwerden vorliegen müssen, z.B. psychosomatische Erkrankungen bei Kindern, damit das Vorliegen einer „schweren Härte“ bei Gericht anerkennungsfähig wird, sollte nicht erforderlich sein.
  - Die Verfahrensdauer einschließlich eventuell notwendig werdender Vollstreckungsmaßnahmen sind zu lang.
  - Frauenhäuser sind von ihrer Kapazität her meist ausgelastet und, was die Möglichkeit einer Hilfestellung schon für Frauen und erst recht für Kinder betrifft, überlastet.
  - Jugendämter können ebenfalls wegen hoher Arbeitsbelastung nicht die eigentlich notwendige Beratungsarbeit übernehmen oder Kinder im und nach dem Verfahren begleiten.
  - Eventuell verpflichtende Beratungsangebote für betroffene Kinder und gewalttätige Männer stehen nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Gerichtliche Entscheidungen können in der Praxis deshalb verschiedentlich nicht ihre volle Wirksamkeit entfalten.
  - Die Polizei kann oft nur akuten Streit schlichten, ist aber gegen Drohungen des Mannes gegen die Frau und deren Einschüchterung machtlos. Befugnisse der Polizei gegenüber gewalttätigen Ehepartnern sind zu gering.

- **Frauenhausmitarbeiterin**
  - Die Aufnahme in ein Frauenhaus erfolgt meist zu spät, ist mit zahlreichen Nebenwirkungen belastet und deshalb nur ein Notbehelf (z.B. keine Möglichkeit der Aufnahme einer Berufstätigkeit durch Frauen mangels eigener Wohnung; Verlust des Hortplatzes für Kin-

der nach nur beschränkter Reservierungsmöglichkeit; Belastung der Kinder durch Wohnsituation im Frauenhaus).
- Die Verfahrensdauer ist zu lang und durch „Tricks“ der Mißhandler verlängerbar; Unterlassungsverfügungen sind z.T. schwer durchsetzbar.
- Beratungsangebote für mißhandelte oder von Mißhandlung bedrohte Frauen, aber auch für die mißhandelnden Männer sind nicht ausreichend, insbesondere auch nach einer Zuweisung.
- Es fehlt an „Flankenschutz“ für die mißhandelten Frauen und Kinder: Zivilrecht, Beweislast, Gewichtung des Kindeswohls, Mietrecht, Behandlung von Strafanzeigen gegen Gewalttäter, Prozeßkostenhilfe, Berücksichtigungsmöglichkeit von Gewalt im familiengerichtlichen Verfahren.
- Jugendämter/ASD können schon wegen des ungünstigen Schlüssels Mitarbeiter/-in/ Anzahl zu betreuender Bewohner den an sie herangetragenen Anliegen nicht gerecht werden.
- Die besondere Situation ausländischer Frauen wird in Fällen der Gewalt in der Familie bislang zu wenig beachtet, insbesondere Sprachprobleme sowie andere kulturelle Werte wie begrenztere Handlungsmöglichkeiten für Frauen.
- Es gibt zuwenig Modellprojekte, die präventive und flankierende Maßnahmen entwickeln und untersuchen.

- **Gerichtsvollzieher**
  - Obwohl neben Kindeswegnahme die Wohnungsentsetzung mit die problematischste Situation in der Arbeit eines Gerichtsvollziehers ist, erfolgt die Umsetzung der gerichtlichen Entscheidung meist auf sich gestellt („mit psychologischem Fingerspitzengefühl“) und ohne besondere berufliche Vorbereitung.
  - Die Beiziehung einer fachlichen Unterstützung durch das Jugendamt oder einer Beratungsstelle steht im eigenen Ermessen, obwohl die Maßnahmen und die Art und Weise ihrer Durchführung von eventuell schicksalhafter Bedeutung für Kinder sein können.
  - Gerichtliche Sanktionen haben nur dann Sinn, wenn sie auch praktisch wirksam werden können, was z.B. für Zwangsgelder bei praktisch Mittellosen nicht gilt.

- **Mitarbeiter einer polizeilichen Beratungsstelle**
  - Die Möglichkeit einer Wohnungszuweisung ist für die eigene Arbeit wichtig.
  - Angebote im Vorfeld eines gerichtlichen Verfahrens sollten verstärkt in Anspruch genommen, aber auch vermehrt bereitgestellt werden.

- Auflagen zur Wohnungsnutzung sollten auch bereits in einem Strafverfahren ausgesprochen und überhaupt in größerem Umfang gerichtlich genutzt werden können.
- Der Ermessensspielraum der Gerichte sollte durch eine Kasuistik von Verhaltensweisen, die eine „schwere Härte“ bedeuten, kleiner gehalten werden.
- In Gewaltfällen wird ein frühzeitigeres Aufsuchen von Frauenhäusern empfohlen, insbesondere auch nach einer Antragstellung, weil hier das Gefährdungsrisiko steigt.
- Jugendämter sollten schon in Bagatellfällen eingeschaltet werden, um auch langfristig bei Mädchen/Frauen der Entwicklung einer Opferrolle gegenüber Gewalt in Familien vorzubeugen.
- Offensives Vorgehen gegen Gewaltanwender in der Familie mit entsprechender staatlicher Unterstützung hat Präventivwirkung bis hin zum Einzelfall.

13 Die unterschiedliche Bewertung des § 1361 b BGB durch die Experten/-innengruppen

Während das Geschlecht der Befragten und Gesichtspunkte der regionalen Verteilung kaum signifikante Zusammenhänge mit dem Antwortverhalten der Experten/-innen erkennen lassen, zeigt sich ein durchgehender Einfluß des jeweiligen Berufs bzw. der Berufsgruppe, wobei Unterschiede in der jeweiligen Klientel und der Problemlage der Klientel eine wichtige Rolle spielen dürften.

Von den unabhängigen Variablen der Untersuchung (Beruf, Geschlecht, regionale Merkmale) haben das Geschlecht und regionale Gesichtspunkte nur vereinzelt Einfluß auf die Antworten, und dann auch meist nur vermittelt durch die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe. Durchgängig ist dagegen der Zusammenhang mit dem Beruf festzustellen sowie mit der daraus abgeleiteten Kategorie Juristen/-innen vs. Nicht-Juristen/-innen bzw. Angehörige sozialer Berufe. Daher soll diese Differenzierung hier noch einmal im Überblick zusammengefaßt werden (vgl. Tabelle IV/2).

Ein erster Unterschied zeigt sich in der Häufigkeit, mit der die Experten/-innen mit den Problemen „Gewalt in Familien“ und Wohnungszuweisung befaßt sind. Mit Gewalt in Familien sind die Berufsgruppen im sozialen Bereich häufiger konfrontiert als die befragten Juristen/-innen, insbesondere in Frauenhäusern und Jugendämtern/ASD. Bei dem Thema Wohnungszuweisung ist es umgekehrt: Damit haben Juristen in der Regel gelegentlich,

die Nicht-Juristen dagegen eher selten zu tun, mit Ausnahme der Frauenhaus-Mitarbeiterinnen, die mit beiden Themen häufig konfrontiert sind.

Erwartungsgemäß beteiligen sich daher auch die Juristen/-innen, aber auch die Frauenhaus-Mitarbeiterinnen intensiver an der Diskussion um den § 1361 b BGB als die Angehörigen der übrigen Berufsgruppen. Sie sind auch besser über die Entwicklung der betroffenen Familien nach einer Wohnungszuweisung informiert als Jugendamtsmitarbeiter/-innen und Berater/-innen. Hilfe nach einer Entscheidung bzw. Vereinbarung leisten in erster Linie Rechtsanwälte/-innen, Frauenhäuser und Beratungsstellen.

Daß Richter/-innen häufiger als andere Experten/-innen Betroffenen begegnen, die bereits gut über die Rechtslage informiert sind, liegt an dem vorgeschalteten Aufklärungsprozeß, den die Betroffenen durch die andere Experten/-innen erfahren.

Tab. IV/2: Signifikante qualitative Unterschiede in den Antworten nach dem Beruf bzw. der Berufsgruppe

	Antwortverhalten der Mehrheit bzw. des größten Teils der*						
Frage	RI	RA	JA	FH	Ber.	Jur.	Nicht-Jur.
Wie häufig mit Gewalt in Fam. befaßt?	gel.	gel.	häufig	häufig	gel.	gel.	häufig
Wie häufig mit Wohnungszuweisung befaßt?	gel.	gel.	selten	häufig	selten	gel.	selten
Ist § 1361 b bekannt?	ja	ja	ja	ja	nein		
Beteiligung an Diskussion um § 1361 b	intensiv	intensiv	nein	intensiv	nein		
Kennen Betroffene § 1361 b?	gut	wenig	wenig	wenig	nein		
Haben Sie Betr. üb. § 1361 b aufgeklärt?	ja	ja	ja	ja	nein		
Ist fam. Entwicklung nach Zuweisung bekannt?	ja	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Ist gütliche Einigung bei Gericht möglich?	ja	ja	ja	nein	nein	ja	nein
Haben Sie Gutachten zum Kindeswohl abgegeben?			ja		nein		
Ist Ihre Hilfe nach einer Entsch./ Vereinbarung notwendig?	nein	ja	nein	ja	ja		
Hat der Wohnungsmarkt Einfluß auf die Entscheidung?	ja	ja	ja	ja	nein		
Werden die Betroffenen ausreichend berücksichtigt?	ja	nein	nein	nein	w.n.	ja	nein
Wird durch Zuweisung Gewalt unwahrscheinlicher?	ja	ja	nein	nein	nein	ja	nein
Wird das Kindeswohl ausreichend berücksichtigt?	ja	ja	ja	nein	w.n.	ja	nein
Sehen Sie Gefahr mißbräuchlicher Verwendung?	ja	nein	nein	nein	nein		
Sind Beweiserleichterungen notwendig?	nein	nein	nein	ja	ja	nein	ja
Befürworten Sie mehr Abstufungen?	nein	ja	ja	j/n	ja	nein	ja
Befürworten Sie häufigere Inanspruchnahme?	nein	nein	j/n	ja	w.n.	nein	ja
Ist eine Gesetzesänderung notwendig?	nein	ja	nein	ja	w.n.	nein	ja
Sind flankierende Gesetzesänderungen notwendig?	nein	nein	w.n.	j/w.n.	w.n.	nein	w.n.

* Erläuterung der Abkürzungen: RI = Richter/-innen, RA = Rechtsanwälte/-innen, JA = Jugendamt/Allgem. Sozialdienst, FH = Frauenhaus, Ber. = Berater, Jur. = Juristen, gel. = „gelegentlich“, j = „ja“, n = „nein“, w.n. = „weiß nicht“

Quelle: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb), 1998

Bei den Möglichkeiten zur Vermeidung eines richterlichen Beschlusses sind sich die Experten/-innen unterschiedlicher Berufsgruppen in der Bedeutung einer außergerichtlichen Einigung im wesentlichen einig. Juristen/-innen und Jugendamtsmitarbeiter/-innen sehen aber darüber hinaus eine gütliche Einigung bei Gericht eher als möglich an als die übrigen Expertengruppen.

Bei der Beurteilung des § 1361 b BGB und seiner Änderungsbedürftigkeit zeigt sich ein durchgehender Dissens zwischen den Juristen/-innen und den anderen Berufsgruppen. Richter/-innen beurteilen ihn mehrheitlich positiv, sehen keine Notwendigkeit zur Änderung und gehen davon aus, es bestehe eine Gefahr der mißbräuchlichen Verwendung. Die Angehörigen der sozialen Berufe kritisieren an der derzeitigen Gesetzeslage, sie berücksichtige weder die Belange der Betroffenen noch das Kindeswohl ausreichend und könne Gewaltanwendungen nicht reduzieren. Sie sehen keine Gefahr mißbräuchlicher Anwendung und fordern eine häufigere Inanspruchnahme, Beweiserleichterungen sowie mehr Abstufungsmöglichkeiten. Speziell die Frauenhaus-Mitarbeiterinnen wünschen auch eine Änderung der Gesetzeslage bezüglich des § 1361 b BGB und flankierender gesetzlicher Bestimmungen, während sich die übrigen Angehörigen der Sozialberufe dabei mehrheitlich überfragt fühlen.

Die Rechtsanwälte/-innen nehmen eine Zwischenstellung ein. Gemeinsam mit den Richter/-innen bewerten sie den § 1361 b BGB positiv, was die Verminderung von Gewaltanwendung und die Berücksichtigung der Belange der Betroffenen angeht. Sie sehen daher ebenfalls keine Notwendigkeit für Beweiserleichterungen und (flankierende) Gesetzesänderungen. Sie stehen allerdings auf der Seite der Experten/-innen aus dem Sozialbereich, indem sie die Belange der Betroffenen derzeit nicht ausreichend berücksichtigt sehen, keine Mißbrauchsgefahr erkennen, den § 1361 b BGB für änderungsbedürftig halten und differenziertere Abstufungen befürworten.

Insbesondere Angehörige von Berufen, die die betroffenen Familien vor und nach einem Gerichtsbeschluß begleiten und die auch Erfahrung mit Betroffenen haben, die (trotz teilweise erheblicher Bedrohung) kein Gerichtsverfahren anstreben, kritisieren die jetzige Rechtslage bzw. -praxis und treten zugunsten ihrer Klienten für Verbesserungen ein.

14 Zusammenfassung

Die befragten Experten/-innen zeigen sich durchweg gut informiert. Die aktuelle Diskussion um den § 1361 b BGB verfolgt aber nur jeder dritte von

ihnen intensiver, meist durch Lektüre von Fachliteratur oder durch Kollegengespräche. Die befragten Experten/-innen sind mit dem Thema „Gewalt in Familien“ fast ausnahmslos häufig oder zumindest gelegentlich befaßt, am meisten in Frauenhäusern und Jugendämtern/ASD.

Gefragt nach Sachverhalten für das Vorliegen einer „schweren Härte“, nennen die Experten/-innen am häufigsten Sachverhalte, die unter dem Überbegriff Psychische Gewalt zusammengefaßt werden können, gefolgt von solchen, die dem Überbegriff physische Gewalt zuzuordnen sind. Nicht mehr zumutbares Suchtverhalten sowie sexueller Mißbrauch oder versuchte Vergewaltigung bilden die nächsten Gruppen von Nennungen. Gefährdung des Kindeswohls wird explizit selten benannt.

Größte Anerkennungswahrscheinlichkeit bei Gericht wird den Sachverhalten der schweren nachweisbaren Körperverletzung und des sexuellen Mißbrauchs zugesprochen. Obwohl psychische Gewalt als Sachverhalt für eine „schwere Härte“ häufiger genannt wird als physische Gewalt, wird der körperlichen Gewalt häufiger Anerkennungswahrscheinlichkeit zugesprochen. Der Nachweis einer „schweren Härte“ bei Vorliegen psychischer Gewalt wird von Dreiviertel der Befragten als schwierig eingeschätzt, bei Vorliegen physischer Gewalt hingegen nur von etwa jedem zehnten.

Bei der Einschätzung eines Sachverhaltes als „schwere Härte“ sind fast immer die Umstände des jeweiligen Einzelfalls entscheidend. Aber auch die eigene Praxiserfahrung sowie veröffentlichte Fälle werden als relevant herangezogen. Ärztliche Atteste, polizeiliche Protokolle sowie die Aussagen der Betroffenen gelten als die überzeugendsten Beweismittel. Gutachterliche Stellungnahmen zur Feststellung einer „schweren Härte“ sind wenig verbreitet, häufiger dagegen zur Abwägung des Kindeswohls.

Über die Hälfte der Fälle werden erst durch Gerichtsverfahren entschieden. Häufig führt aber auch schon das Einschalten eines/-r Rechtsanwalt/-in zu einer Lösung. Weniger Wirkung zeigt die bloße Stellung eines Antrags auf Wohnungszuweisung. Zu je zwei Dritteln halten die Experten/-innen eine außergerichtliche Einigung oder eine gütliche Einigung bei Gericht für möglich.

Zu einer Antragstellung auf Zuweisung der Wohnung wird von den Experten/-innen aus Gründen geraten, die sich in der Regel erst nach Würdigung der jeweiligen besonderen Umstände des Einzelfalls zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen und damit einer Typenbildung weitgehend entziehen. Zu einer Einstweiligen Anordnung raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen bei extremen bzw. gravierenden Fällen bzw.

bei einem Gefährdungsausmaß, das ein Verfahren nicht abzuwarten gestattet und mit gleicher Häufigkeit, wenn ein Antrag auf Zuweisung bei Gericht gestellt wird. Von einem Antrag auf Zuweisung einer Wohnung raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen den Betroffenen insbesondere dann ab, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen, keine Aussicht auf Erfolg besteht, ein Sicherheitsrisiko gesehen wird oder die Rahmenbedingungen ungeeignet erscheinen.

Die Stellung eines Antrags auf alleinige Wohnungszuweisung wirkt eher konfliktverschärfend als befriedend. Eine Entscheidung nach § 1361 b BGB kann nach Ansicht der meisten Juristen/-innen Gewaltanwendungen und Drohungen unwahrscheinlicher werden lassen; die Experten/-innen aus dem Sozialbereich haben dagegen andere Erfahrungen gemacht. Eine die Ehe erhaltende Wirkung wird dem § 1361 b BGB nur von wenigen zugeschrieben. Auf die Verfahren im Scheidungsverbund wirken solche Entscheidungen eher problemvermindernd.

Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen sehen das Kindeswohl im Verfahren nach § 1361 b BGB grundsätzlich als entscheidungsrelevant an. Besondere Beachtung findet das Kindeswohl, wenn Kinder in die Auseinandersetzungen zwischen den Eltern hineingezogen werden, bei konkreter Entwicklungsgefährdung und bei physischen Mißhandlungen und Verletzungen des Kindes. Bei der Frage, ob der § 1361 b BGB die Belange der Betroffenen und das Kindeswohl ausreichend berücksichtigt, klaffen die Ansichten z.T. beträchtlich auseinander. Richter/-innen und z.T. Rechtsanwälte/-innen sehen dies weit überwiegend als gegeben an, während die Beschäftigten in Beratungsstellen und Frauenhäusern dies mehrheitlich verneinen. Es wird eine Reihe von Wegen gesehen, um das Kindeswohl zutreffender zu erfassen, überwiegend in einem verstärkten Einbezug auch der Kinder in das Verfahren und in der Beiziehung von Fachleuten.

Auch nach einer Entscheidung bezüglich einer Wohnungszuweisung wird die Hilfe der Rechtsanwälte/-innen, Frauenhäuser und Berater/-innen noch benötigt, einerseits zur rechtlichen Beratung und zur praktischen Umsetzung des richterlichen Beschlusses, andererseits auf therapeutischem und beraterisch-stützendem Gebiet. Dabei zeigen sich deutlich positive und negative Auswirkungen einer Wohnungszuweisung wie auch einer Ablehnung des Antrags – und zwar sowohl für die betroffenen Eltern als auch für die Kinder. Es kann Beruhigung und Entspannung eintreten, gleichzeitig kann durch die Zuweisung die Trennung stabilisiert und der Scheidungsentschluß besiegelt werden. Kinder können der Erfahrung von Gewalt entzogen werden, leiden aber u.U. auch unter der Entfremdung vom anderen Elternteil. Die Entscheidung, ob überhaupt ein gerichtliches Verfahren ein-

geleitet werden soll, da dieses zum Vor- oder Nachteil der Kinder ausschlagen kann, erfordert einen schwierigen Abwägungsprozeß mit zahlreichen Unsicherheitsmomenten. Fast jede/-r fünfte Experte/-in hat schon erlebt, daß nach einer Wohnungszuweisung der andere Partner obdachlos wurde. Jede/-r zweite Richter/-in gibt an, daß ein zweites Verfahren angestrengt wird.

Richter/-innen sehen im Gegensatz zu anderen Experten/-innen z.T. auch die Gefahr eines Mißbrauchs des § 1361 b BGB als gegeben an. Beweiserleichterungen halten die Juristen/-innen mehrheitlich nicht für notwendig, die Angehörigen der sozialen Berufe dagegen sehr wohl. Ähnlich verteilen sich die Ansichten bezüglich Regelungsansätzen, die weitergehende Abstufungen zulassen (z.B. Auszugsfrist, Befristung der Wohnungszuweisung). Konträr sind auch die Forderungen nach einer häufigeren Inanspruchnahme des § 1361 b BGB und nach einer Änderung des einschlägigen Gesetzes. Beide werden insbesondere von Frauenhaus-Mitarbeiterinnen unterstützt, von den Richter/-innen aber mehrheitlich abgelehnt. Bei den gewünschten Änderungen stehen die Konkretisierung des unbestimmten Rechtsbegriffs der „schweren Härte“ und die explizite Aufnahme des Kindeswohlsbegriffs in den Gesetzestext im Vordergrund.

Während das Geschlecht der Befragten und Gesichtspunkte der regionalen Verteilung kaum signifikante Zusammenhänge mit dem Antwortverhalten der Experten/-innen erkennen lassen, zeigt sich ein durchgehender Einfluß des jeweiligen Berufs bzw. der Berufsgruppe. Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen kommen seltener als die Angehörigen sozialer Berufe mit dem Thema „Gewalt in Familien“ in Berührung. Nach ihrer mehrheitlichen Meinung ist der § 1361 b BGB positiv zu bewerten, da er das Kindeswohl ausreichend berücksichtigt und Gewaltanwendungen unwahrscheinlicher werden läßt. Folglich sehen sie auch keine Notwendigkeit für Beweiserleichterungen oder flankierende Gesetzesänderungen. Deutlich anders fällt dagegen die Meinung der meisten Experten/-innen aus Jugendämtern/ASD, Frauenhäusern und Beratungsstellen aus. Sie sehen in ihrer Mehrzahl weder die Belange der Betroffenen noch das Kindeswohl ausreichend gewürdigt und erkennen auch keine Reduzierung von Gewaltanwendungen als Folge einer Wohnungszuweisung. Nach ihrer Erfahrung besteht keine Gefahr mißbräuchlicher Verwendung des § 1361 b BGB, aber eine Notwendigkeit zu seiner Änderung, häufigeren Inanspruchnahme und zur Einführung von Beweiserleichterungen zugunsten der Betroffenen sowie von Regelungsansätzen, die weitergehende Konkretisierungen und Abstufungen (z.B. bezüglich einer Auszugsfrist, der Befristung einer Wohnungszuweisung etc.) enthalten.

V. Zusammenfassung der Ergebnisse und Resümée

(L.A. Vaskovics, H.P. Buba)

1 Beschreibung der Datenquellen

- **Aktenanalyse: Grob**

In der Grobanalyse der Akten wurden insgesamt 2079 Akten ausgewertet. Einbezogen waren dabei jeweils der Antrag, die Antragserwiderung bzw. der Gegenantrag sowie der Beschluß oder sonstige Hinweise auf den Ausgang des Verfahrens.

Die Anträge stammen aus 140 Amtsgerichten in den Bundesländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin. In der Regel handelt es sich um eine Vollerhebung (je Amtsgericht) zu den Verfahren der Jahre 1995 und 1996.

- **Aktenanalyse: Detail**

Ausgangspunkt für die Detailanalyse der Akten bildeten 250 Akten, bei denen das Verfahren vollständig erfaßt war. Aus diesen wurden nach verschiedenen Kriterien 74 typische Fälle ausgewählt und im Detail analysiert. Einbezogen waren dadurch die Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Sachsen und Berlin. Gleichzeitig sind sowohl Amtsgerichte in Ballungszentren als auch in Groß- und mittleren, sowie in kleineren Städten einbezogen (München, Regensburg, Schweinfurt, Lichtenfels, Coburg, Altötting, Oldenburg, Wolfsburg, Berlin und Meißen).

- **Betroffenenbefragung**

Die Betroffenenbefragung stützt sich auf 230 mündliche Interviews, darunter 68 Personen, die keinen Antrag auf Zuweisung der Ehewohnung gestellt haben. Die Befragung wurde in Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Berlin durchgeführt. 19% der Befragten wohnen in den neuen Bundesländern (überwiegend Ost-Berlin); 12% der Befragten sind Männer.

Der Zugang zu den Betroffenen wurde auf der Basis eines Einwilligungsverfahrens erreicht. Zu diesem Zwecke wurden mit Hilfe der Amtsgerichte in den ausgewählten Städten, der dortigen Frauenhäuser sowie mit Hilfe von Rechtsanwälte/-innen und zahlreichen Beratungsinstitutionen insge-

samt ca. 4000 Betroffene kontaktiert. Ergänzend wurden über Zeitungsartikel weitere Betroffene rekrutiert.

- **Expertenbefragung**

184 Experten/-innen wurden teils schriftlich, teils mündlich (telefonisch) befragt. Erfaßt wurden Rechtsanwälte/-innen und Richter/-innen sowie Beschäftigte in Jugendämtern und Sozialdiensten, Beratungsstellen und Frauenhäusern. Sie verteilen sich auf neunzehn Städte in vier Bundesländern, wobei die Hälfte auf Bayern entfällt. Experten/-innen überwiegen in der Stichprobe mit 61% der Befragten.

2 Zusammenfassung der Ergebnisse

2.1 Familien- , Wohnsituation und sozioökonomische Lage der Antragstellerinnen

Im Durchschnitt sind die Paare, bis es zur Antragstellung nach § 1361 b BGB kommt, 10 Jahre verheiratet und leben seit 5 ½ Monaten (meist in der ursprünglichen Ehewohnung) getrennt. Trennung und Antrag auf Wohnungszuweisung ist also meist kein Phänomen junger Ehen und geht auch meist nicht auf eine spontane, einmalige Kurzschlußhandlung zurück, sondern betrifft vielfach auch langjährig verheiratete Paare und ist das Ergebnis einer längeren, sich eskalierenden Konfliktgeschichte.

In den weit überwiegenden Fällen (88%) handelt es sich um Ehepaare mit Kindern, und zwar meist um gemeinsame Kinder von Antragstellerin und Antragsgegner. Der Großteil der Kinder ist minderjährig, hauptsächlich im Kindergarten- und Schulalter. D.h. die Umstände der Trennung und die angestrebte Zuweisung der ehelichen Wohnung betrifft direkt auch die Lebenslage der Kinder und damit das Kindeswohl.

Vielfach wohnen die Familien in beengten Wohnverhältnissen. Bei etwa 50% scheint ein Getrenntleben innerhalb der Ehewohnung aufgrund der verfügbaren Zimmerzahl kaum möglich. Im besonderen Maße gilt dies für die Familien mit drei und mehr Kindern. Entsprechend versucht nur ein begrenzter Teil der Paare (57%) die Trennungsphase in der gemeinsamen Ehewohnung zu bewältigen. Ein Viertel der Antragstellerinnen verlassen bei bzw. vor der Antragstellung die Ehewohnung und wohnen dann (in der Regel mit den Kindern) meist bei Eltern, Freunden oder im Frauenhaus. Bei 15% befindet sich der Antragsgegner nicht mehr in der Ehewohnung; meist wohnt er bereits in einer eigenen Wohnung oder bei einer neuen Partnerin.

Antragstellende zu Verfahren nach § 1361 b BGB sind zu 91% Frauen. Männliche Antragstellende bilden also eine nur sehr kleine und (wie noch gezeigt wird) mit spezifischen Kennzeichen versehene Gruppe.

Der Anteil von Ausländern/-innen und Arbeitslosen in diesen Familien ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hoch. Schichtzugehörigkeit und ökonomische Situation differieren: Auch wenn Familien unterer sozialer Schichten überrepräsentiert sind, befinden sich unter den Antragstellerinnen Angehörige aller sozialer Schichten, sowohl Familien in sehr schwieriger, unsicherer ökonomischer Situation als auch gutsituierte Familien.

Die Ergebnisse der Detailanalyse lassen erkennen, daß die Mehrheit der Antragstellerinnen oft keiner oder einer geringfügigen Erwerbstätigkeit nachgehen und daß überdurchschnittlich viele Männer (meist die Antragsgegner) arbeitslos sind. Kein oder ein geringes Einkommen schränkt die Möglichkeit ein, die bestehende Notsituation außergerichtlich zu bewältigen. Die Anzahl der gestellten und auch positiv beschiedenen Anträge auf Prozeßkostenhilfe läßt darauf schließen, daß insbesondere Frauen finanziell nicht in der Lage sind, eine andere Problemlösung zu finden als die gerichtliche.

2.2 Trennungsverlauf und Wohnen in der Trennungsphase

Die Trennungsgründe sind vor dem Hintergrund der langjährigen Ehen und der schon länger andauernden Probleme zu sehen. Entsprechend wird neben Streitereien und Beschimpfungen von den Befragten häufig genannt, daß man sich einfach auseinandergelebt hat. Neben diesen „Alltagsproblemen“ und den psychischen Problemen, die oft über reine Beschimpfungen hinausgehen und z.B. in Bedrohung münden, spielen auch körperliche Angriffe für den Trennungsentschluß eine Rolle. Auffallend ist, daß dies gerade bei den Betroffenen, die keinen Antrag stellten, verstärkt vorkam.

Wird die Trennung dann (zunächst) innerhalb der gemeinsamen Wohnung vollzogen, nehmen in erster Linie „Terrorakte“, aber auch körperliche Angriffe seitens des Ehepartners zu. In jedem zweiten Fall beginnt dies schon damit, daß sich der Partner nicht an die vereinbarte räumliche Trennung hält. Die Beispiele und Äußerungen der Befragten zeigen, daß der Variation und Bandbreite an Psychoterror keine Grenzen gesetzt sind.

Hinsichtlich des Wohnens in der Trennungsphase zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Antragstellerinnen und Betroffenen, die keinen Antrag stellten:

- Betroffene, die keinen Antrag stellten, beginnen das Trennungsjahr seltener als Antragstellerinnen in der gemeinsamen Wohnung und ziehen häufiger gleich aus. Entsprechend „turbulenter“ durchleben sie auch die Trennungszeit – was Orts- und Wohnungswechsel betrifft: Während 41% der Antragstellerinnen während der gesamten Trennungszeit in der Ehewohnung sind, trifft das nur für 13% der Betroffenen, die keinen Antrag stellten, zu. Mehr als die Hälfte (59%) von ihnen sind in der Trennungszeit zweimal oder öfter umgezogen (Antragstellerinnen 46%).
- Der erste Zufluchtsort der Betroffenen, die keinen Antrag stellten, ist das Frauenhaus (32%) oder gleich eine eigene Wohnung (19%); bei den Antragstellerinnen fliehen „nur“ 7% als erstes ins Frauenhaus.

Wenn auch seltener als diejenigen, die keinen Antrag stellten, so zieht doch über die Hälfte der Antragstellerinnen während der Trennungszeit aus der Ehewohnung aus. Für die Antragstellerinnen ist dieser Auszug nur vorübergehend.

Beim eigentlichen Anlaß, einen Antrag zu stellen oder aus der Wohnung zu flüchten, spielt fast immer psychische Gewalt eine Rolle – oft in Verbindung mit körperlichen Angriffen. Selten handelt es sich um einmalige Vorfälle. Wenn es zu einem „Ausraster“ kam, dann im physischen Gewaltbereich. Psychische „Ausraster“ gab es nicht. Drohungen und Beschimpfungen sind eher die Regel, der Ehealltag.

Im Gegensatz zur Aktenanalyse sprechen die Befragten häufiger auch von sexuellen Belästigungen bis hin zur Vergewaltigung. Deutlich zeigt sich – wie schon bei den Trennungsgründen -, daß Betroffene, die keinen Antrag stellten, im körperlichen und sexuellen Bereich häufiger schwereren Gewalttaten ausgeliefert waren als Antragstellerinnen.

2.3 Begründung der Anträge

- **Begründung von Anträgen unter Bezug auf Gewalt**

Zu 68% werden Anträge mit körperlicher Gewalt des Partners begründet. Noch etwas häufiger (75%) wird psychische Gewalt angeführt. Mit sexueller Gewalt begründen 7% der Betroffenen ihr Antragsbegehren. Häufig (bei 40%) werden (meist als zusätzliches Argument) Alkohol – und Drogenprobleme genannt.

Oft kommen mehrere dieser Gewalttaten gleichzeitig vor. Die häufigsten genannten Kombinationen sind: körperliche und psychische Gewalt (26%) sowie körperliche, psychische Gewalt und Alkoholprobleme (24%).

Zur Illustration, um welche Sachverhalte es sich handelt, einige Beispiele: Die am meisten genannten körperlichen Gewalthandlungen sind: Schlagen mit der Hand, Randalieren, Treten oder Schubsen, Würgen, Werfen mit Gegenständen; psychische Gewalt nimmt meist die Form von Beschimpfungen, Drohungen bis hin zum Psychoterror an, Ein- oder Aussperren, Eifersuchtsszenen oder Provokationen, Erniedrigungen und im sozialen Umfeld schlecht machen. Sexuelle Gewalt wird in den Anträgen meist in Form von Vergewaltigung oder Nötigung zu sexuellen Handlungen angeführt.

Aufbauend auf den in den Anträgen genannten Vorfällen und unter zusätzlicher Berücksichtigung der Gewaltfolgen wurde in der Aktenanalyse auch versucht, die verschiedenen Arten der Gewalt in ihrer Schwere zu klassifizieren. So wurden Gewalthandlungen wie: Kratzen, Beißen, Spucken, Ohrfeigen, Schütteln, mit kleineren Gegenständen werfen etc. als „weniger schwere körperliche Gewalt“ klassifiziert. Als mittelschwere körperliche Gewalt wurden Handlungen wie: ins Gesicht/auf den Kopf schlagen, Tritte gegen verschiedene Körperteile, leicht würgen, auf den Boden drücken, kräftig schütteln, an den Haaren ziehen etc. interpretiert. Als sehr schwere Gewalttaten wurden z.B. Verprügeln, gefährliche Stöße und schwere Tritte, schweres Würgen, die Partnerin an den Haaren durch die Wohnung schleifen etc. aufgefaßt. Als lebensbedrohliche körperliche Gewalt wurden Vorfälle wie: Messerstiche, krankenhausreif Schlagen etc. klassifiziert.

In ähnlicher Form wurden auch die übrigen Gewaltarten nach ihrer Schwere eingeordnet. Die Klassifizierung zeigt: Wird körperliche Gewalt zur Antragsbegründung angeführt, dann handelt es sich zu 58% um mittelschwere und zu einem Drittel um schwere bis lebensbedrohliche Gewaltformen (9% lassen sich aufgrund nur globaler Sachverhaltsbeschreibungen nicht kategorisieren). Wird psychische Gewalt angeführt, handelt es sich zu jeweils zu einem Viertel um weniger schwere bis mittelschwere, bei 45% um schwere Formen der Gewalt.

Neben Gewaltsachverhalten wurden als (ausschließlicher bzw. zusätzlicher) Grund weitere Argumente genannt, die sich meist auf die Chancen der Antragstellerin bzw. des Antragsgegners am Wohnungsmarkt, die Eigentumsverhältnisse an der Ehewohnung, die ökonomische, berufliche oder gesundheitliche Situation der Antragstellerin bzw. des Antragsgegners oder der Kinder beziehen. Daß ausschließlich solche Gründe für den An-

trag angeführt werden, ist selten (5%). Diese Antragstellenden sind überdurchschnittlich häufig Männer, Wohnungs-/Hauseigentümer und/oder Paare, die ein Wohnarrangement getroffen haben und bei denen Einvernehmen in bezug auf den Trennungswunsch herrscht.

Auch die befragten Experten/-innen bestätigen aufgrund ihrer Praxiserfahrung, daß bei den ihnen bekannten Fällen Gewaltanwendung gegen die Antragsteller häufig vorkommt.

- **Begründung des Antrages unter Hinweis auf das Kindeswohl**

72% der Antragstellerinnen mit Kindern führen auch das Kindeswohl als (fast durchweg nur zusätzlichen) Grund für die Wohnungszuweisung an.

Vielfach sind nach Aussage der Antragstellerinnen Kinder von Gewalt direkt oder indirekt betroffen. Nach diesen Angaben sind 14% der Kinder direkt von körperlicher Gewalt betroffen, 20% bei solchen Gewalthandlungen anwesend. Noch häufiger sind Kinder Zielscheibe psychischer Gewalt (21%) oder Zeuge psychischer Gewalttaten (26%). 1% der Kinder ist direkt von sexueller Gewalt betroffen, ebenso viele bei sexuellen Gewalttaten anwesend. Wenn es zu bestimmten Gewalttaten zwischen den Eltern kommt, so sind Kinder jeweils im höheren Maße als hier aufgeführt, mitbetroffen oder in irgendeiner Form involviert. Beispielsweise sind in den Familien, in denen sexuelle Gewalt vorkommt, Kinder zu 19% direkt von sexueller Gewalt betroffen, 10% der Kinder bei sexuellen Gewalttaten anwesend. Berücksichtigt man alle Gewaltformen, zeigt sich das hohe Ausmaß, in dem Kinder von den häuslichen Konflikten und Gewalttaten konfrontiert sind: Insgesamt sind nach Angaben der Antragstellerinnen 80% der hier einbezogenen Kinder direkt oder indirekt den (meist mittelschweren bzw. schweren) Gewalttaten und/oder Drogenproblemen eines Elternteils ausgesetzt.

Wenn Gewalt gegenüber Kindern im Antrag angeführt wird, so sind (nach den Ergebnissen der Detailanalyse) die Kinder selten allein von den Gewalthandlungen eines Elternteils betroffen. In den meisten Fällen wird Gewalt gegenüber der Antragstellerin und zusätzlich gegenüber den Kindern ausgeübt. Für die Antragstellerinnen bedeutet dies, daß sie häufig doppelter Gewalt ausgesetzt sind, nämlich der Gewalt gegen sich selbst und der Gewalt gegen die Kinder, die sie oft nicht anders als durch Auszug und den Gang zum Gericht schützen können. Umgekehrt gilt für die Kinder, daß sie auch dann zumindest von psychischer Gewalt betroffen sind, wenn diese nicht direkt gegen sie gerichtet ist. Sie versuchen, einen Elternteil zu schützen, wenn er physischer Gewalt durch den anderen Elternteil ausgesetzt

ist, erleben mit, daß ein Elternteil ständig herabgesetzt, gedemütigt und bedroht wird. Sie werden häufig in die Konflikte der Eltern einbezogen, sei es, daß sie als Schiedsrichter/-innen benützt oder in Allianzen gezwungen werden. Als Folgen der Gewalt müssen sie in den meisten Fällen die Isolation der Familie und/oder den Verlust ihres sozialen Umfeldes, manchmal sogar die gespaltene Loyalitäten in der Geschwistergruppe und Geschwistertrennungen hinnehmen und verarbeiten; dies häufig ohne Unterstützung ihrer Eltern.

- **Begründung der Anträge durch Männer**

In 9% der untersuchten Fälle sind die Antragstellenden Männer. Sie führen zu 75% Gewalttaten der Partnerin an. Im Vergleich zu Frauen begründen Männer Zuweisungsanträge häufiger mit psychischer Gewalt ihrer Partnerinnen bzw. mit psychischer und körperlicher Gewalt. Soweit in den Anträgen erkennbar sind Frauen, wenn sie körperlich gewalttätig werden, aggressiver und führen schwerwiegendere Gewalttaten aus als Männer. Im Vergleich zu Männern steht Gewalt bei ihnen seltener mit Alkohol-/ Drogenkonsum in Verbindung – insofern muß die Annahme „Gewalt wäre immer männlich“ eingeschränkt werden; in gewissem (wenn auch sehr kleinem Umfang) „ist Gewalt auch weiblich“.

25% der Männer führen keine Gewalttaten der Partnerin an. Diese Anträge sind überdurchschnittlich häufig durch die Besitzverhältnisse (Mann ist Haus-/Wohnungsbesitzer oder Alleinverdiener) begründet.

- **Folgen von Gewalt**

Die in den Anträgen angeführten Folgen körperlicher Gewalt reichen von blauen Flecken, Prellungen (die jeweils ein Fünftel der Antragstellerinnen anführen) über offene Wunden, Verstauchungen, Knochenbrüche, ausgeschlagene Zähne bis zu dreiwöchigem Koma oder Folgen, die eine stationäre Behandlung erfordern; teils werden Gegenstände zerstört oder die Wohnungseinrichtung demoliert. Als Hauptfolgen psychischer Gewalt werden Ängstlichkeit (von 33%), psychische Störungen, teilweise auch Suizidgedanken angeführt. Bei Kindern dominiert als Folge elterlicher Gewalt Ängstlichkeit, psychische Störungen und eine (teils massive) Beeinträchtigung von Schulleistungen.

Dies sind allerdings nur die in den Anträgen aufgeführten und auf die Antragsvoraussetzung „schwere Härte“ fokussierten Folgen, also die Folgen, die sich im Sinne des Gesetzes für den Antrag instrumentalisieren lassen. Darüber hinaus haben die Konfliktsituationen in den betroffenen Familien vielfältige andere psychische, physische und soziale Auswirkungen, die in

den Begründungen der Anträge nicht aufgeführt werden, für die Betroffenen jedoch schwerwiegende Folgen darstellen. Letztendlich ist diese Selektion bestimmter Folgen eine Auswirkung gesetzlicher Vorgaben.

- **Beweismittel im Verfahren**

Bei mehr als 80% der Anträge werden Beweise angeführt. Das verbreitetste Beweismittel ist die eidesstattliche Erklärung. Daneben werden bei körperlicher Gewalt vor allem Atteste, Zeugenaussagen und Polizeiprotokolle als Beweismittel beigefügt. Psychische Gewalt und sexuelle Gewalthandlungen werden (soweit Beweise beigegeben werden) durch Zeugenaussagen und ärztliche Atteste untermauert. Vor allem bei diesen Gewaltarten sowie bei Drogen- und Alkoholproblemen bestehen Schwierigkeiten, außer einer eidesstattlichen Erklärung dem Antrag andere stichhaltige Beweise beizugeben.

- **Voraussetzungen für eine Antragstellung und Einstweilige Anordnung (aus Experten/-innensicht)**

Zu einer Antragstellung auf Zuweisung der Wohnung wird von den Experten/-innen aus Gründen geraten, die sich in der Regel erst nach Würdigung der jeweiligen besonderen Umstände des Einzelfalls zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen und damit einer Typenbildung weitgehend entziehen.

Zu einer einstweiligen Anordnung raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen bei Extrem- bzw. gravierenden Fällen bzw. bei einem Gefährdungsausmaß, das ein Verfahren nicht abzuwarten gestattet, und mit gleicher Häufigkeit, wenn ein Antrag auf Zuweisung bei Gericht gestellt wird.

Von einem Antrag auf Zuweisung einer Wohnung raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhaus-Mitarbeiterinnen den Betroffenen insbesondere dann ab, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen, keine Aussicht auf Erfolg besteht, ein Sicherheitsrisiko gesehen wird oder die Rahmenbedingungen ungeeignet erscheinen.

2.4 Das Verfahren

- **Antragstellung**

Laut Betroffenenbefragung führt der häufigste Weg zur Antragstellung über den Rat eines/-r Anwalts/-in oder einer sozialen Einrichtung.

Es werden nur in wenigen Fällen Anträge gestellt, die dem Sinn des § 1361 b BGB nicht entsprechen. Der Sinn des § 1361 b BGB ist dann verfehlt, wenn er z.B. im Streit um das Sorgerechts für die Kinder dazu benützt wird, einem Elternteil den Zugang zu den Kindern zu verwehren oder zumindest zu erschweren und/oder ihn als zur Übernahme des Sorgerechts ungeeignet hinzustellen. Nur in wenigen Fällen ist zu vermuten, daß die Antragstellung Teil eines Machtkampfes zwischen den Eheleuten ist.

In den meisten Fällen wird nicht nur ein Antrag in der Hauptsache gestellt, sondern zugleich ein Antrag auf einstweilige Anordnung. Nur in schwerwiegenden Fällen, meist dann, wenn die Polizei eingeschaltet wurde und/oder die Gewalthandlung offensichtlich und glaubhaft nachgewiesen ist, wird diesem Antrag ohne Anhörung des Antragsgegners stattgegeben. Meist wird dem Antragsgegner auch in diesen Fällen eine Auszugsfrist gewährt. Insbesondere wenn die Antragstellerin bei seinen Eltern, Verwandten/Freunden oder im Frauenhaus Zuflucht gefunden hat, wird vor einer Entscheidung in der Mehrheit der Fälle eine mündliche Verhandlung anberaumt.

In den meisten Fällen wird dem Antrag auf einstweilige Anordnung insbesondere dann kurzfristig stattgegeben, wenn Kinder nachweisbar physisch gefährdet sind. Bei sexuellem Mißbrauch genügt der begründete Verdacht.

Im Gegensatz zu den Antragsgegnern sind die Antragstellerinnen zu 90% durch eine/-n Anwalt/-in vertreten. Fast alle beantragen die alleinige Zuweisung der Ehewohnung und stellen (zu ca. 60%) auch einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung. Etwa ebenso häufig wird ein Betretungsverbot beantragt. 57% stellen zusätzlich auch einen Antrag auf Gewährung von Prozeßkostenhilfe.

- **Die Gegenseite: Akzeptanz, Erklärung, Widerspruch und Hinweise auf die Gefahr des Mißbrauchs von § 1361 b BGB**

Etwa die Hälfte der Anträge wird schriftlich erwidert, und zwar meist durch eine/-n Anwalt/-in. In 70% dieser Erwiderungen wird Zurückweisung beantragt, die zur Begründung der Anträge vorgebrachten Tatsachen bestritten bzw. anders dargestellt und (bei 58%) Gegenvorwürfe erhoben. 10% der Antragsgegner stellen selbst Antrag auf Zuweisung der ehelichen Wohnung.

Etwa die Hälfte der Erwiderungen sind mit Beweisangeboten versehen, und zwar insbesondere dann, wenn der Antragsgegner einen eigenen Antrag

auf Wohnungszuweisung stellt. Auch durch die Antragsgegner wird am häufigsten als Beweismittel eine eidesstattliche Erklärung abgegeben.

Die Ergebnisse der Detailanalyse zeigen, daß in manchen Fällen die Entgegnung dem Antrag die rechtliche Grundlage entzieht. Dies ist immer dann der Fall, wenn der Antragsgegner nach Antragstellung die Ehewohnung verlassen hat und keinen Anspruch mehr auf sein Wohnrecht geltend macht. In diesen Fällen legen die Richter/-innen den Antragstellerinnen regelmäßig nahe, ihren Antrag in der Hauptsache nicht weiter zu verfolgen. Dies häufig auch dann, wenn die Antragstellerin aus Angst, der Partner könnte zurückkehren und sich gewaltsam Eintritt in die Wohnung verschaffen, ihren Antrag auch in der Hauptsache aufrechterhalten will.

Eine weitere Möglichkeit, dem Antrag die Grundlage zu entziehen ist, daß die Entgegnung nachweislich deutlich macht, daß die Eheleute gegenseitig Gewalt anwenden. In derartigen Fällen müssen andere Kriterien als „Gewalt“ für eine Entscheidung herangezogen werden.

Die Darstellungen des Antragsgegners können auch dazu führen, daß es schwierig wird, eindeutig zu bestimmen, ob eine „schwere Härte“ für die Antragstellerin tatsächlich gegeben ist, dies insbesondere dann, wenn diese keine stichhaltigen Beweise vorlegt.

Möglich ist jedoch auch, daß die Antragsentgegnung das Vorliegen einer „schweren Härte“ für die Antragstellerin unterstreicht. Ein solcher Fall ist meist dann gegeben, wenn der Antragsgegner kein Unrechtsbewußtsein hat und seine Handlungen dementsprechend als gerechtfertigt darstellt, obwohl sie nach dem Gesetz eine „schwere Härte“ begründen.

Berücksichtigt man alle Fakten, die zu Antrag und Gegenantrag sowie zur Beschlußfassung vorliegen, ist davon auszugehen, daß die meisten Anträge die Realität relativ korrekt wiedergeben. Anhaltspunkte dafür sind die große Zahl der positiven Beschlüsse und die Tatsache, daß auch Vergleiche und Vereinbarungen bzw. sonstige Formen der Beendigung des Verfahrens überwiegend zu der im Antrag gewünschten Wohnsituation (Auszug des Antragsgegners) führen. Ein weiteres Indiz bildet die Einschätzung der Betroffenen wie der meisten Experten/-innen, daß bei Verfahren zu § 1361 b BGB nur geringe Mißbrauchsgefahr besteht. Auch die Motive, die im Rahmen der Betroffenenbefragung als allgemeine und gravierende Vorbehalte gegen ein Gerichtsverfahren genannt wurden (insbesondere die erhebliche Belastung und Ungewißheit, die ein Gerichtsverfahren für die Antragstellerin und vor allem die Kinder mit sich bringt und gegebenenfalls aggressive Reaktionen des Antragsgegners) bilden weitere Belege dafür,

daß eine mißbräuchliche Inanspruchnahme von § 1361 b BGB eher selten anzunehmen ist.

- **Dauer des Verfahrens**

Gemessen an der durchschnittlichen Dauer sonstiger Gerichtsverfahren werden Anträge auf Wohnungszuweisung äußerst zügig bearbeitet: Bis zu einer einstweiligen Anordnung dauert es im Durchschnitt zweieinhalb Wochen; die Dauer des Hauptverfahrens beträgt durchschnittlich sechs Wochen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Verfahrensdauer immer der Eilbedürftigkeit und Bedrohlichkeit der Situation, in der sich einige Antragstellerinnen befinden, gerecht wird.

Die mündliche Verhandlung ist von ausschlaggebender Bedeutung für den Fortgang des Verfahrens. Durch sie ist es dem/-r Richter/-in möglich, Argumente und Gegenargumente aus eigener Anschauung gegeneinander abzuwägen und, seinem Auftrag gemäß, Möglichkeiten zur einvernehmlichen Lösung des Rechtsstreits zu finden und zu nützen. Die große Zahl von Vereinbarungen/Vergleichen belegt, zumindest nach der Aktenlage, die Wirksamkeit dieses Vorgehens.

- **Ausgang des Verfahrens**

Wie die Inhalte der Vereinbarungen zeigen, entspricht die Regelung, die das Ehepaar vor Gericht trifft, in den meisten Fällen dem gestellten Antrag. Der Antragsgegner erklärt sich bereit, aus der Ehewohnung auszuziehen. Ihm wird überwiegend eine angemessene Auszugsfrist gewährt, die es ermöglicht, eine eigene Wohnung zu finden. In wenigen Fällen vereinbaren die Eheleute eine Aufteilung der Ehewohnung. In diesen Fällen kommt es vor, daß außer dem Betretungsverbot für bestimmte Räume auch Wohlverhaltensregeln in die Vereinbarung aufgenommen werden. Vereinbarungen kommen dann zustande, wenn der Antragsgegner, in manchen Fällen die Antragstellerin, kompromißbereit ist.

Kompromißbereitschaft ist meist dann vorhanden, wenn der Antragsgegner keine größeren Schwierigkeiten sieht, eine Wohnung zu finden, die Ehewohnung Eigentum der Antragstellerin ist oder die Antragstellerin den Mietvertrag für die Ehewohnung allein unterzeichnet hat. Es scheint auch leichter, eine Vereinbarung herbeizuführen, wenn ein Ehepartner im Falle eines gerichtlichen Beschlusses nicht davon ausgehen kann, daß die Zuweisung der Wohnung an ihn erfolgt.

Das Vorliegen von Beweisen wirkt sich kaum auf die Anerkennung von Sachverhalten (als „schwere Härte“) in Beschlüssen aus. Die geschilderten

Sachverhalte werden also, gleichgültig, ob Beweise dazu vorgelegt wurden oder nicht, etwa im selben Umfang anerkannt. Dies gilt sowohl für körperliche als auch für psychische und sexuelle Gewalt.

Ganz wesentlich für die Beweiswürdigung ist offenbar die mündliche Verhandlung, in der sich der/die Richter/-in ein persönliches Bild von der Glaubwürdigkeit beider Parteien macht.

Nur ein geringer Teil der Verfahren (28%) endet durch gerichtlichen Beschluß. In der überwiegenden Zahl der Fälle gelingt den Verfahrensbeteiligten eine Einigung ohne richterliche Entscheidung. Zu 30% schließen die Parteien einen Vergleich bzw. eine Vereinbarung. Bei einem Viertel wird das Verfahren für erledigt erklärt. Den häufigsten Grund für diese Formen der Beendigung des Verfahrens bildet der Auszug des Antragsgegners. Ein knappes Fünftel der Anträge wird zurückgenommen, und zwar meist deshalb, weil sich die Parteien versöhnt haben. Insgesamt spielt die Versöhnung allerdings nur eine untergeordnete Rolle: Von allen Verfahren zu § 1361 b BGB enden nur 6% durch Versöhnung.

Wie das Verfahren ausgeht, hängt auch von der Art der Gewalt ab. Anträge, die sich auf schwere körperliche und sexuelle (teilweise zusätzlich: psychische) Gewalt stützen, enden zur Hälfte mit einem Beschluß.

In drei Vierteln der Beschlüsse wird dem Antrag stattgegeben und die Wohnung zugewiesen. Das Ausmaß antragsgemäßer Beschlußfassung variiert nach Art der Gewalt: Im Falle körperlicher und sexueller (teilweise zusätzlich psychischer) Gewalt sind antragsgemäße Entscheidungen noch häufiger, wenn „nur“ psychische bzw. keine Gewalt vorliegt, seltener bzw. weit seltener. Allerdings: Bei 37% der Beschlüsse zu Anträgen ohne Gewaltargument erfolgt eine Wohnungszuweisung.

2.5 Interpretation von „schwerer Härte“

- **Interpretationsspektrum von „schwerer Härte“ bei Beschlüssen**

Um einen Überblick über das Interpretationsspektrum von „schwerer Härte“ in den 2079 in der Aktenanalyse erfaßten Verfahren zu erhalten, wurden die in jedem Verfahren vorgebrachten Sachverhaltsbehauptungen mit Hilfe eines Indexes zusammengefaßt und aufbauend auf der Klassifizierung von Arten und Graden von Gewalt zu drei Gruppen zugeordnet:

1. Anträge, die auf (mindestens eine) schwerer oder lebensbedrohlicher Gewalttat beruhen
2. Anträge, die sich (höchstens) auf mittelschwere Gewalt beziehen
3. Anträge, die nicht auf Gewalt beruhen.

Die Gruppierung von Anträgen wurde anhand von zwei Indikatoren durchgeführt:
Gewaltindex I: Hier wird die psychische Gewalt gleichgewichtet mit anderen Gewaltarten,
Gewaltindex II: Hier wird (ähnlich wie in den meisten Gerichtsverfahren) ein härterer Maßstab an psychische Gewalt angelegt.

Legt man Gewaltindex I zugrunde, berufen sich die Anträge zu
- 47% auf (mindestens) schwere Gewalt
- 39% auf (höchstens) mittelschwere Gewalt
- 14% nicht auf Gewalt.

Geht man von Gewaltindex II aus, berufen sich die Anträge zu
- 20% auf (mindestens) schwere Gewalt
- 56% auf (höchstens) mittelschwere Gewalt
- 24% nicht auf Gewalt

Unseres Erachtens gibt Gewaltindex II die gesetzlich intendierte und in Kommentaren beschriebene Definition von „schwerer Härte“ des § 1361 b BGB wieder. Nach dieser liegt in 29% der Fälle schwere Gewalt, in 53% der Fälle mittlere Gewalt, bei weiteren 29% keine Gewalt vor.

Die Analyse der Beschlüsse zeigt, welches Interpretationsspektrum bei gerichtlichen Entscheidungen zu § 1361 b BGB tatsächlich zugrunde gelegt wird:

1. Eine enge Interpretation des § 1361 b BGB ist in folgenden Urteilen erkennbar:
   - Wohnungszuweisung bei Vorliegen von schwerer Gewalt (25%),
   - Ablehnung des Antrags bei Vorliegen von weniger/bzw. mittelschwerer Gewalt (16%) oder trotz Vorliegens (Behauptung) schwerer Gewalt (4%).

     Insgesamt orientieren sich 45% der Beschlüsse an einer solchen engen Auslegung von § 1361 b BGB. Dazu können noch Beschlüsse gezählt werden, in denen Anträge abgelehnt werden, die sich nicht auf Gewalt berufen (8%).

2. Weite bis sehr weite Interpretationen: Dazu gehören Beschlüsse, bei denen eine Wohnung zugewiesen wird, obwohl (höchstens) mittelschwere bzw. keine Gewalt vorliegt (37% und 9%).
   Insgesamt wird also bei etwa der Hälfte der Beschlüsse die Interpretation von § 1361 b BGB auf Sachverhalte ausgedehnt, die (höchstens) eine mittelschwere Gewalt bzw. keine Gewalt darstellen.

Da Beschlüsse vermutlich nicht nur an Art und Grad von Gewalttätigkeit, sondern an einer Reihe weiterer Kriterien orientiert sind, wurde überprüft, ob sich die Interpretation von Sachverhalten und die Beschlüsse aus anderen Kennzeichen des Falles erklären lassen. Dies ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht der Fall. So orientieren sich Richter/-innen in etwas höherem Maße an einer weiteren Interpretation von „schwerer Gewalt", wenn der Antragsgegner nicht mehr in der Ehewohnung wohnt. Ähnliches gilt, wenn die Wohnung der Antragstellerin gehört. Überraschenderweise wird bei Verfahren von Antragstellerinnen ohne Kinder eine weitere Interpretation von „schwerer Gewalt" zugrunde gelegt und mehr Anträgen stattgegeben, die nur eine „mittlere Gewalt" oder „leichte Gewalt" anführen. Allerdings liegt es auch daran, daß bei Anträgen von Müttern insgesamt die Wohnung häufiger (also auch bei Vorliegen von „unbilliger Härte") zugewiesen wird.

Beweise des Antragsgegners haben einen relativ starken Einfluß auf Beschlußfassung und Interpretation: Werden solche Beweise vorgelegt, kommt es häufiger zur Ablehnung von Anträgen, die eine „schwere Gewalt" behaupten und seltener zur Wohnungszuweisung bei Anträgen, die sich auf „mittlere Gewalt" oder „leichte Gewalt" stützen.

- **Verschiedenartigkeit der Interpretation von „schwerer Härte"**

Um die Unterschiedlichkeit der Entscheidungsgänge in bezug auf § 1361 b BGB-Verfahren zu rekonstruieren, wurden Verfahrensdauer und Beschlußquote in den verschiedenen Bundesländern und den einzelnen Amtsgerichten verglichen sowie überprüft, wie häufig (im Falle eines Beschlusses) Anträge abgelehnt wurden und ob diese Beschlüsse eine Interpretation (gemäß Gewaltindex II), eine gemäßigte Haltung oder eine eher strenge Haltung (Ablehnung von Anträgen, die eine „schwere Gewalt" anführen) zugrunde legen.

Die Verfahrensdauer schwankt je nach Bundesland zwischen sieben und zwölf Wochen. Vergleicht man die verschiedenen Amtsgerichte, liegt die durchschnittliche Verfahrensdauer teilweise bei fünf bis sieben Wochen, bei anderen Amtsgerichten (im Durchschnitt) bei bis zu elf bzw. dreizehn

Wochen (höchster Durchschnittswert: 22 Wochen). Auch an der Beschluß-/Ablehnungsquote wird deutlich, daß je nach Bundesland bzw. auch in den einzelnen Amtsgerichten durchaus unterschiedlich verfahren wird. Zum Teil bemühen sich die Richter/-innen von einzelnen Amtsgerichten intensiv um die Vermittlung zwischen den Parteien und vermeiden Beschlüsse weitestgehend (Beschlußquote liegt dann teilweise bei nur 6% bis 20%). In anderen Amtsgerichten tendieren Richter/-innen häufiger dazu, Verfahren durch eine richterliche Entscheidung zu beenden (Beschlußquote bei 30% bis 60%). Ob im Rahmen dieser Beschlüsse die Wohnung zugewiesen oder der Antrag abgelehnt wird, variierte ebenfalls stark von Bundesland zu Bundesland, noch mehr von Amtsgericht zu Amtsgericht. Die Ablehnungsquote (Anteil ablehnender Beschlüsse an allen Beschlüssen) schwankt auf Länderebene zwischen 25% und 41%, auf Amtsgerichtsebene zwischen 0% und 100%.

Eine ähnlich starke Verschiedenartigkeit zeigt sich bei der Interpretation von „schwerer Gewalt“ in den untersuchten Beschlüssen. Während z.B. Richter/-innen in Sachsen überwiegend unter Zugrundelegung einer strengen Interpretation entscheiden, tendieren Richter/-innen in Berlin zu einer sehr gemäßigten Haltung, weisen also öfter auch bei Vorliegen von „mittlerer Gewalt“ oder ohne Vorliegen von Gewalt Wohnungen zu. Tendenziell gilt dies auch für Richter/-innen in Niedersachsen und Bayern.

Eine noch größere Abweichung der Kriterien, die bei der Interpretation von schwerer Gewalt angelegt werden, läßt sich auf der Analyseebene „Amtsgericht“ nachweisen. Bei einer Reihe von Amtsgerichten kann mit hoher Sicherheit von einer gemäßigten Haltung ausgegangen werden, bei anderen wieder von einer engen bis sehr engen Interpretation des § 1361 b BGB.

Ein ähnlich breites Interpretationsspektrum ist auch bei der Analyse der Entscheidungsstile verschiedener Richter/-innen erkennbar. Dabei läßt sich zeigen, daß einzelne Richter/-innen strikt zu einer strengen Haltung tendieren, andere eine strenge bis gemäßigte, wieder andere eine durchwegs gemäßigte und weite Interpretation von § 1361 b BGB der Beschlußfassung zugrunde legen.

In Ballungszentren und Städten wird im Durchschnitt eine weitere Interpretation von „schwerer Gewalt“ zugrunde gelegt als in ländlichen Gebieten.

2.6 Die Zeit nach dem Verfahren. Welche Konsequenzen hat der Ausgang auf die Situation der Befragten und auf die Beziehung zum Partner?

Entsprechend der häufigen Zuweisung ist es natürlich auch plausibel, daß die Befragten im allgemeinen positiv über das Verfahren sprechen. Doch auch nach Differenzierung des Verfahrensausgangs zeigt sich, daß ein Vergleich bzw. eine Aufteilung für viele ein zufriedenstellendes Ende des Verfahrens ist.

Die unterschiedlichen Konfliktlösungsstrategien spiegeln sich in der aktuellen Wohnsituation wider:

- Zum Zeitpunkt der Befragung lebten 70% der Antragstellerinnen wieder/noch in der (früheren) Ehewohnung (61% ohne den Ex-Ehepartner). Bei denjenigen, die bei Vorliegen von Gewalt keinen Antrag stellen, sind es nur 18% (ohne den Ex-Ehepartner 14%), die aktuell in der Ehewohnung leben.
- Die Kinder bleiben überwiegend bei der Mutter, auch wenn diese aus der Wohnung auszieht.

Aus der Sicht der Befragten wirkte sich das Verfahren positiv auf die Beziehung zum Partner und die Familie aus. Jedoch nicht positiv im Sinne von Versöhnung und Rettung der Ehe, sondern positiv für die Kinder und die (meist) bevorstehende Scheidung.

2.7 Einschätzung des Verfahrens durch die Experten/-innen

In die Expertenbefragung haben wir Richter/-innen, Anwälte/-innen, Leiter/-innen und Sachbearbeiter/-innen von Jugendämtern, Frauenhäusern, Sozialdiensten, Beratungsstellen einbezogen. Wir haben u.a. um Einschätzung der Anwendung des § 1361 b BGB zur Problemlösung gebeten, um Einschätzung des Verfahrens zur Handhabung der Begriffe „schwere Härte“ und „Kindeswohl“ bei der derzeitigen gerichtlichen Praxis etc. Als Ergebnis der Befragung ist an erster Stelle hervorzuheben, wie unterschiedlich die Experten/-innen diese Sachverhalte einschätzen. Dazu nachfolgend einige Beispiele. Doch zunächst ist der Hinweis erforderlich, daß nach Meinung der Experten/-innen die wenigsten Betroffenen über die Rechtslage gut informiert sind. Dies ändert sich aber durch eine entsprechende Beratung, die drei von vier Experten/-innen mit ihren Klienten durchführen.

Die befragten Experten/-innen sind sich nicht einig, welcher Verfahrensweg zielführend und empfehlenswert ist. Mehrheitlich sind sie der Meinung, daß eine außergerichtliche Einigung oder eine gütliche Einigung bei Gericht in vielen Fällen die gewünschte Lösung erzielt. Seltener wird ein Ruhenlassen des eingeleiteten Verfahrens als zielführend angesehen. Oft genügt es (nach Einschätzung mancher Experten/-innen), eine/-n Anwalt/-in einzuschalten. In den meisten Fällen wird ein richterlicher Beschluß als notwendig erachtet.

Einige Beispiele:

- Zu einem Antrag auf Zuweisung der Wohnung wird von den Experten/-innen aus Gründen geraten, die sich erst nach Würdigung der jeweiligen besonderen Umstände des Einzelfalls zu einem Gesamtbild zusammenfügen lassen und damit einer Typenbildung weitgehend entziehen.
- Zu einer einstweiligen Anordnung raten Rechtsanwälte/-innen und Frauenhausmitarbeiterinnen bei Extrem- bzw. gravierenden Fällen bzw. bei einem Gefährdungsausmaß, das ein Verfahren nicht abzuwarten gestattet bzw. wenn ein Antrag auf Zuweisung bei Gericht gestellt wird.
- Von einem Antrag auf Zuweisung einer Wohnung raten die Experten/-innen den Betroffenen insbesondere dann ab, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen nicht vorliegen, keine Aussicht auf Erfolg besteht oder darin ein Sicherheitsrisiko gesehen wird.
- Die betroffenen Frauen wollen – nach Meinung der Experten/-innen – mehrheitlich lieber in eine neue Wohnung umziehen als in der alten Wohnung bleiben, anders ihre Kinder.

Gefragt nach Sachverhalten für das Vorliegen einer „schweren Härte“, nennen die Experten/-innen am häufigsten Sachverhalte, die unter dem Überbegriff „psychische Gewalt“ zusammengefaßt werden können, gefolgt von solchen, die dem Überbegriff „physische Gewalt“ zuzuordnen sind. Nicht mehr zumutbares Suchtverhalten sowie (sexueller) Mißbrauch/ (versuchte) Vergewaltigung bilden die nächsthäufigen Gruppen von Nennungen. Gefährdung des Kindeswohls wird explizit selten benannt.

Obwohl psychische Gewalt als Sachverhalt für eine „schwere Härte“ häufiger genannt wird als physische Gewalt, wird der körperlichen Gewalt häufiger Anerkennungswahrscheinlichkeit zugesprochen. Der Nachweis einer „schweren Härte“ bei Vorliegen psychischer Gewalt wird von drei Viertel aller Befragten als schwierig eingeschätzt, bei Vorliegen physischer Gewalt hingegen nur von etwa jedem zehnten.

Bei der Einschätzung eines Sachverhaltes als „schwere Härte“ durch die Experten/-innen sind fast immer die Umstände des jeweiligen Einzelfalls

entscheidend. Aber auch die eigene Praxiserfahrung sowie veröffentlichte Fälle werden als relevant herangezogen. Ärztliche Atteste, polizeiliche Protokolle sowie die Aussagen der Betroffenen gelten als die überzeugendsten Beweismittel. Gutachterliche Stellungnahmen zur Feststellung einer „schweren Härte“ sind wenig verbreitet, häufiger dagegen zur Abwägung des Kindeswohls.

Der mündlichen Verhandlung wird von Richter/-innen und Rechtsanwälten/-innen überwiegend eine sehr große oder entscheidende Bedeutung beigemessen. Größte Anerkennungswahrscheinlichkeit bei Gericht wird durch die befragten Experten/-innen den Sachverhalten der (schweren) nachweisbaren Körperverletzung und des sexuellen Mißbrauchs zugesprochen. Doch auch diesbezüglich gehen die Einschätzungen der Experten/-innen auseinander.

Die Antragstellung auf alleinige Wohnungszuweisung wirkt – nach Meinung der Experten/-innen – eher konfliktverschärfend als befriedend. Eine Entscheidung nach § 1361 b BGB kann nach Ansicht der meisten juristischen Experten/-innen Gewaltanwendungen und Drohungen unwahrscheinlicher werden lassen; die Experten/-innen aus dem Sozialbereich haben dagegen andere Erfahrungen gemacht. Eine die Ehe erhaltende Wirkung wird dem § 1361 b BGB nur von wenigen zugeschrieben.

Das Kindeswohl wird von den Experten/-innen im Verfahren nach § 1361 b BGB grundsätzlich als entscheidungsrelevant angesehen. Besondere Beachtung findet das Kindeswohl, wenn Kinder in die Auseinandersetzungen zwischen den Eltern hineingezogen werden, bei konkreter Entwicklungsgefährdung und bei physischen Mißhandlungen und Verletzungen des Kindes.

Bei der Frage, ob der § 1361 b BGB die Belange der Betroffenen und das Kindeswohl ausreichend berücksichtigt, klaffen die Ansichten der Experten/-innen zum Teil beträchtlich auseinander. Richter/-innen (und z.T. Anwälte/-innen) sehen dies weit überwiegend als gegeben an, während die Beschäftigten in Beratungsstellen und Frauenhäusern dies mehrheitlich verneinen.

Nach Einschätzung der Experten/-innen zeigen sich deutlich positive und negative Auswirkungen einer Wohnungszuweisung wie auch einer Ablehnung – und zwar sowohl für die betroffenen Eltern, als auch für die Kinder. So hat z.B. fast jede/-r fünfte Experte/-in schon erlebt, daß nach einer Wohnungszuweisung der andere Partner obdachlos wurde. Fast jede/-r

zweite befragte Richter/-in gibt an, daß von Betroffenen ein zweites Verfahren auf Wohnungszuweisung angestrengt wird.

Jede/-r dritte Experte/-in sieht die Gefahr eines Mißbrauchs des § 1361 b BGB als gegeben an; von den Richter/-innen allerdings fast doppelt so viele.

2.8 Warum wird kein Antrag auf Zuweisung der ehelichen Wohnung gestellt?

In unserer Stichprobe der Betroffenenbefragung sind 70% Antragstellerinnen und 30% Betroffene, die keinen Antrag gestellt haben. Die Betroffenenbefragung sollte u.a. klären, warum manche durch eheliche Gewalt betroffene Frauen, keinen Antrag auf Zuweisung der ehelichen Wohnung gestellt haben. Wir konnten folgende Zusammenhänge feststellen:

- Frauen stellen seltener einen Antrag, wenn sich die eheliche Wohnung im Besitz des Partners befindet, oder
- wenn sie während der Trennungsphase eine andere (längerfristige) Lösung des Wohnungsproblems finden. Sie verlassen allerdings die eheliche Wohnung meist nicht freiwillig. Meist handelt es sich um eine Flucht aus der ehelichen Wohnung. Diese Flucht beginnt häufig mit dem Einzug in ein Frauenhaus (32 %). Gleichzeitig ist die Trennungsphase von häufigeren Orts- und Wohnungswechseln gekennzeichnet.
- Deutlich zeigt sich – aufgrund der Betroffenenbefragung – daß die, die keinen Antrag stellen, im körperlichen und sexuellen Bereich häufiger schweren Gewalttaten ausgeliefert waren. Aufgrund der vorkommenden Gewalt gibt es also keinen Grund zur Annahme, daß die, die auf eine Antragstellung verzichten, schlechtere Chancen hätten, vor Gericht eine „schwere Härte“ nachzuweisen. Im Gegenteil: Sie erfüllen – nach ihren Äußerungen – sogar häufiger diese Voraussetzung. 91% der Frauen, die keinen Antrag stellten, haben mindestens eine Art von Gewalt im schweren oder lebensbedrohlichen Ausmaß erlebt. Bei den Antragstellerinnen waren es „nur“ 83% (Gewaltindex I).
- Es gibt aus der Sicht der Betroffenen verschiedene Gründe, auch bei Vorliegen dieser Sachverhalte keinen Antrag zu stellen: Mit die größte Rolle spielt wohl, daß die Zeit, der Aufwand und die nervliche Belastung, die ein solches Verfahren mit sich bringt, für viele Frauen ganz einfach schwieriger ist, als die Wohnung zu verlassen. Daneben gibt es Motive wie: Die Kinder nicht noch damit zusätzlich zu belasten, Angst vor dem Partner. Diese Motive sind zwar ein Grund, die Wohnung zu verlassen, doch deswegen könnte man trotzdem einen Antrag stellen,

um wieder in die Wohnung zurück zu können. Warum Frauen das nicht tun, hängt teils mit Unwissenheit, teils mit der bereits genannten nervlichen Belastung zusammen. Ein weiterer Grund ist auch die Zufriedenheit mit der momentanen Wohnsituation. Hat man den Schritt in die eigene Wohnung getan, ist der räumliche Abstand gegeben. Durch das Verfahren wird möglicherweise nur wieder „Vergangenes ins Rollen gebracht".

2.9 Verbesserungs- und Änderungsvorschläge

- **Verbesserungs- und Änderungsvorschläge der Befragten**

In der momentanen Fassung sehen die Befragten in § 1361 b BGB keinen ausreichenden Schutz vor Bedrohung und Mißhandlung. 40% der Betroffenen, die auf eine Antragstellung verzichtet haben, hätten die Zuweisung der Ehewohnung beantragt, wenn dies „leichter gewesen wäre". Eine solche Erleichterung wäre nach Meinung der Betroffenen, wenn es im Gesetz hinsichtlich der Berücksichtigung des Kindeswohls und der psychischen Gewalt genauere Richtlinien für die Richter/-innen gäbe, um den Interpretationsrahmen zu präzisieren und die Rechtsprechung zu vereinheitlichen. Bei der Beweislastumkehr teilt sich die Meinung der Befragten in je eine Hälfte, die dies befürworten und die dies ablehnen würden. Weitgehend übereinstimmend wird dagegen die Notwendigkeit beurteilt, die Eintrittsschwelle des § 1361 b BGB zu senken. Die Gefahr, den Ehepartner leichtfertig auf die Straße setzen zu können, sehen die wenigsten. Daß diese Gefahr in den meisten Fällen auch nicht besteht, zeigte das insgesamt hohe Ausmaß an psychischer, körperlicher und auch sexueller Gewalt.

- **Verbesserungs- und Änderungsvorschläge der Experten/-innen**

Beweiserleichterungen halten die Juristen mehrheitlich nicht für notwendig, die Angehörigen der sozialen Berufe dagegen sehr wohl. Ähnlich verteilen sich die Ansichten bezüglich von Regelungsansätzen, die weitergehende Abstufungen zulassen (z.B. Auszugsfrist, Befristung der Wohnungszuweisung). Konträr sind auch die Forderungen nach einer häufigeren Inanspruchnahme des § 1361 b BGB und nach einer Änderung des einschlägigen Gesetzes. Beide werden insbesondere von Frauenhaus-Mitarbeiterinnen unterstützt, von den Richter/-innen aber mehrheitlich abgelehnt.

Während das Geschlecht und die regionale Verteilung der Experten/-innen kaum signifikante Zusammenhänge mit ihrem Antwortverhalten erkennen lassen, zeigt sich ein durchgehender Einfluß des jeweiligen Berufs bzw. der

Berufsgruppe. Richter/-innen und Rechtsanwälte/-innen kommen seltener als die Angehörigen sozialer Berufe mit dem Thema „Gewalt in Familien“ in Berührung, häufiger als jene sind sie jedoch mit der Zuweisung einer Ehewohnung befaßt. Nach ihrer mehrheitlichen Meinung ist der § 1361 b BGB positiv zu bewerten, da er das Kindeswohl ausreichend berücksichtigt und Gewaltanwendungen in der Familie unwahrscheinlicher werden läßt. Folglich sehen sie auch keine Notwendigkeit für Beweiserleichterungen oder Gesetzesänderungen.

Deutlich anders fällt dagegen die Meinung der meisten Experten/-innen aus Jugendämtern/ASD, Frauenhäusern und Beratungsstellen aus. Sie sehen in ihrer Mehrzahl weder die Belange der Betroffenen noch das Kindeswohl ausreichend gewürdigt und erkennen auch keine Reduzierung von Gewaltanwendungen als Folge einer Wohnungszuweisung. Nach ihrer Erfahrung besteht – im Unterschied zu den Richter/-innen – keine Gefahr mißbräuchlicher Verwendung des § 1361 b BGB, aber eine Notwendigkeit zu seiner Änderung und zur Einführung von Beweiserleichterungen zugunsten der Betroffenen.

Zunächst haben wir hinter der sehr unterschiedlichen Einschätzung, der in der Befragung angesprochenen Sachverhalte die „berufsspezifischen Sichtweisen“ vermutet, so z.B. die Sichtweise von Richter/-innen oder von Leiterinnen der Frauenhäuser. Dafür sprechen in der Tat einige Ergebnisse der Befragung. Offensichtlich spielt jedoch darüber hinaus die Tatsache eine Rolle, daß die in die Befragung einbezogenen Experten/-innen es nicht mit der „gleichen Klientel“ zu tun haben, und wenn doch, dann in unterschiedlichen Phasen des Problemverlaufs. Die Vertreterin eines Jugendamtes wird notwendigerweise stärker mit Problemen konfrontiert, die das Kindeswohl betreffen, als beispielsweise die Anwalt/-in, der im Kontext der Antragstellung seine Aufmerksamkeit stärker auf die Schwere der „Härte“ der ehelichen Gewalt fokussieren muß.

3 Resümée

Der vorliegende Bericht enthält zahlreiche Ergebnisse, die je nach Perspektive unterschiedlich bewertet werden können. Nachfolgend werden jene Ergebnisse herausgestellt, aus welchen – nach unserer Einschätzung – Konsequenzen für den politischen Handlungsbedarf resultieren. Wir nehmen dabei gewisse Überschneidungen in Kauf. Dem Wunsch der Auftraggeber folgend verzichten wir zwar auf die Formulierung von Vorschlägen und Überlegungen zum politischen Handlungsbedarf, werden aber abschließend einige Fragen ausweisen, an denen sich die Diskussion der

Handlungskonsequenzen orientieren könnte und für die die vorgelegten Ergebnisse wichtige Grundlagen bzw. Anhaltspunkte enthalten (vgl. Punkt 18 des Resümee).

1. Ein Teil der PartnerInnen stellt keinen Antrag auf Zuweisung der ehelichen Wohnung, wenn in der Trennungsphase ihnen gegenüber und/oder gegenüber ihren Kindern vom Partner/der Partnerin Gewalt angewandt wird. Diesen Anteil zu ermitteln, ist außerordentlich schwer.
   Einen Anhaltspunkt dazu bietet unsere Betroffenenbefragung. Bei der Gewinnung der Stichprobe dieser Befragung ergab sich eine Relation von etwa 1 zu 2: Auf eine Betroffene, die auf eine Antragstellung verzichtet, kommen zwei Antragstellerinnen. Berücksichtigt man, daß unser Zugang zu den Antragstellern wesentlich vollständiger und systematischer möglich war, so sind Personen, die keinen Antrag stellten, in unserer Stichprobe unterrepräsentiert. Die Relation 2 zu 1 unterschätzt also vermutlich den Anteil der Nicht-Antragstellerinnen, stellt somit einen Minimalwert für die Abschätzung des Anteils der Nicht-Antragstellerinnen dar. Nach unserer Vermutung dürfte der Teil der Nicht-Antragstellerinnen in etwa 50% bis 100% der Antragstellerinnen ausmachen, unter Umständen also maximal die Zahl der Antragstellerinnen erreichen.

2. Warum stellen Betroffene keinen Antrag auf Wohnungszuweisung, obwohl sie vom Ehepartner bedroht oder mißhandelt werden? Die Gründe dafür sind vielschichtig. In der Regel weisen diese Betroffenen die Antragsvoraussetzungen auf bzw. sind meist von noch schwererer Gewalt betroffen als Antragstellerinnen. Das Motiv, wegen der hohen Eintrittsschwelle „schwere Härte“ den § 1361 b BGB nicht in Anspruch zu nehmen, steht bei den Befragten nicht im Vordergrund.
   Auch was die Familien- und Wohnsituation, die Familiengröße, die ökonomische Lage, Arbeitslosenquote, Ausländeranteil etc. betrifft, unterscheiden sich beide Gruppen kaum. Daß von Gewalt des Partners Betroffene keinen Antrag stellen, liegt u.E. teils an der Unwissenheit, teils an der Beratungspraxis der Anwälte/-innen, vielfach aber an der (auch persönlichkeitsbedingten) Tendenz, möglichst rasch aus der Situation und der Wohnung zu flüchten („raus aus der Wohnung“-Motiv) und sich und die Kinder durch den gewalttätigen Partner aber auch durch ein Gerichtsverfahren nicht noch weiteren Belastungen auszusetzen. Auch die Angst vor dem Antragsgegner und die Ungewißheit in bezug auf den Verfahrensausgang spielen eine wichtige Rolle!

3. Der Antragstellung wie der Flucht aus der Wohnung geht meist eine längere Auseinandersetzung voraus, die in Gewalt mündet. Diese verschiedenen Formen körperlicher, psychischer, teils sexueller Gewalt bil-

den das Hauptmotiv „weg vom Partner“. Insofern reagieren Antragstellerinnen auf den eskalierenden Konfliktverlauf ähnlich wie die übrigen Betroffenen. Im Gegensatz zu diesen verharren Antragstellerinnen häufiger und länger in der ursprünglichen Ehewohnung und entwickeln (aufgrund ihrer Persönlichkeit, ihres Informationsstandes und der Beratung zu den Möglichkeiten der Wohnungszuweisung) den Willen, ihr Recht auf die alleinige Nutzung der Ehewohnung gerichtlich zu erstreiten. Auch diese gerichtliche Durchsetzung der Interessen erfolgt zum Teil erst nach einem (vorübergehenden) Umzug, also aus sicherer Distanz von dem Ehepartner, z.B. vom Frauenhaus aus. Das Frauenhaus bietet im übrigen für beide Gruppen von Betroffenen neben Verwandten, Bekannten etc. eine wichtige Anlaufstelle und Zufluchtsstätte.

4. Etwa in der Hälfte jener Fälle, in denen ein Antrag auf Zuweisung der ehelichen Wohnung gestellt wird, ist ein getrenntes Wohnen in der ehelichen Wohnung sehr schwierig, in den meisten Fällen sogar unmöglich. Versuche in Richtung gemeinsames Getrenntleben werden in vielen Fällen unternommen, sind aber meist erfolglos.

5. Die Anträge werden durch psychische, physische und sexuelle Gewalt gegen Antragstellerinnen und deren Kinder, zum Teil auch durch andere (Zusatz-) Argumente begründet. Wir haben nach einem detailliert dokumentierten und sorgfältig ausgearbeiteten Kriterienkatalog diese Begründungen (auch unter Berücksichtigung der Folgen von Gewalt) verschiedenen Graden der Gewalt zugeordnet. Dabei gehen wir davon aus, daß „schwere Härte“ dann gegeben ist, wenn eine schwere bzw. lebensbedrohliche Gewalt vorliegt; soweit weniger schwere oder mittelschwere Gewalt vorliegt ist nach unserer Einschätzung „unbillige Härte“ oder „Härte“ gegeben. Klassifiziert man die Anträge nach dieser Unterscheidung mit Hilfe eines zusammenfassenden „Härteindexes“, zeigte sich, daß (je nach dem, welchen Maßstab man anlegt) bei 50% – 60% tatsächlich „schwere Härte“ gegeben ist.

6. Werden solche Unklarheiten für die unberechtigte Durchsetzung der Eigeninteressen genutzt, anders ausgedrückt, inwieweit besteht die Gefahr des **Mißbrauchs** von § 1361 b BGB?

   Natürlich ist diese Frage auch mit unserem Material nicht mit Sicherheit zu beurteilen. Wir können aber einige Hinweise und Indizien dazu liefern. In Beschlüssen wird den meisten Anträgen stattgegeben. Vielfach folgt die RichterIn also im wesentlichen dem Antrag. Auch dann, wenn kein Beschluß erfolgte, zeigte sich, daß das Verfahren letztendlich in die alleinige Nutzung der Ehewohnung durch die Antragstellerin mündet, der Antragsgegner also auszieht. Auch dies kann als antragsgemäße Form der Beendigung des Verfahrens gewertet werden. Legt man diese

Indizien zugrunde und berücksichtigt, daß alle Betroffenen, also auch die, die einen Antrag stellen, die gerichtliche Auseinandersetzung nur als letzten Ausweg sehen und eigentlich die Belastungen eines solchen Verfahrens, insbesondere wegen der Kinder, möglichst vermeiden wollen, ist davon auszugehen, daß solche Verfahren zur Wohnungszuweisung nur sehr selten zur unberechtigten Durchsetzung von Eigeninteressen mißbraucht werden. Die Größenordnung dürfte, legt man die eben erwähnten Indizien zugrunde, bei max. 10 % liegen.

7. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle sind durch die Trennung minderjährige Kinder mitbetroffen. Die Zuweisung der ehelichen Wohnung tangiert daher meist die Lebenslage und das Wohl der Kinder. Soweit dies der Fall ist, werden die dafür einschlägigen Sachverhalte im Antrag – wohl in der Hoffnung, daß diese bei der Beschlußfassung seitens der Richter/-innen Würdigung finden – auch angeführt. Nach Ergebnissen aller unserer Erhebungen, insbesondere der Betroffenenbefragung, finden das Kindeswohl betreffende Sachverhalte bei richterlichen Entscheidungen in der gegenwärtigen Praxis in den meisten Fällen eine entsprechende Würdigung. Die Einbeziehung des Kindeswohls in den § 1361 b BGB würde – nach Einschätzung der juristischen Experten/-innen – an den richterlichen Beschlüssen allerdings nicht allzuviel ändern. Völlig anderer Meinung sind VertreterInnen von Frauenhäusern, Jugendämtern und Beratungsstellen. Sie halten eine explizite Berücksichtigung des Kindeswohls für geboten.

   Es ist auffällig, daß die Jugendämter in den Fällen, bei denen von vornherein offensichtlich ist, daß Gewalt gegen Kind/Kinder eindeutig als „schwere Härte“ zu interpretieren ist, von den Richter/-innen seltener in Verfahren einbezogen werden. Auch haben die Richter/-innen offensichtlich keine Veranlassung, nach Ende des Verfahrens die nachfolgende Betreuung oder Beratung zu prüfen. Das Kindeswohl wird zwar als wichtiger Bestandteil des Verfahrens mitberücksichtigt. Mangels gesetzlicher Verpflichtung werden Mitarbeiter/-innen von Jugendämtern aber nicht generell und nicht systematisch hinzugezogen. Auch besteht keine Chance einer längerfristigen Betreuung und Konfliktbegleitung, die vermutlich bei den meisten der von gewaltsamen Auseinandersetzungen betroffenen Kindern notwendig und sinnvoll wäre.

8. Was den Tatbestand der „schweren Härte“ als Form der ehelichen Gewalt betrifft, gilt, daß diese zu mehr als 90% die Frauen trifft. Das heißt aber auch: Durch eheliche Gewalt sind, wenn auch wesentlich seltener, auch Männer betroffen.

9. Unabhängig davon, wer die Gewalt ausübt (Mann oder Frau) gilt, daß die von den Richter/-innen angewendeten Kriterien des Begriffes

„schwere Härte“ ein breites Spektrum für Interpretationen offen lassen. Bei den Beschlüssen basieren die richterlichen Entscheidungen manchmal auf sehr enger, manchmal sehr breiter Interpretation des Begriffes „schwere Härte“. Nach unseren Ergebnissen liegt der Hälfte der Beschlüsse eine enge Interpretation der „schweren Härte“ zugrunde. Bei der anderen Hälfte basieren die Beschlüsse auf einer weiten Interpretation, auf einer Interpretation also, die auch eine „schwere Härte“ annimmt, wenn denselben Sachverhalt andere Richter/-innen quasi nur als „unbillige Härte“ interpretieren.

10. Bei Antragstellung werden **Beweise** vorgelegt (meist in Form von eidesstattlichen Erklärungen). Unsere Ergebnisse lassen aber erkennen, daß die vorgelegten Beweise eigentlich wenig Wirkung auf die Beschlußfassung haben. Wichtiger scheint das Bild zu sein, das sich die RichterIn über den Fall verschafft, und dies ist im Regelfall im Rahmen einer mündlichen Verhandlung möglich. Dasselbe gilt für die Erwiderung und die dort vorgelegten Beweise. Eine Entscheidung wird im Kontext der mündlichen Verhandlung mehr auf Grund des gewonnenen Anscheins getroffen. Wir haben den Eindruck, daß für den Ausgang des Verfahrens die Tatsache, daß die Beweislast bei der Antragstellerin liegt, keine zentrale Bedeutung hat.

11. Im Rahmen des Verfahrens versuchen die Richter/-innen in erster Linie, eine gütliche Einigung zu erzielen. Entsprechend werden Vergleiche und Vereinbarungen häufig getroffen oder das mündliche Verfahren führt zur Zurücknahme des Antrags. Dies insbesondere dann, wenn der Auszug des Antragsgegners auf dem Wege der gütlichen Einigung erzielt werden kann. Eine Vereinbarung über getrenntes Wohnen in der gemeinsamen Wohnung ist offensichtlich nur selten möglich. Allerdings wird dieser Weg der gütlichen Einigung im Rahmen unserer Experten/-innenbefragung selbst von den Richter/-innen sehr unterschiedlich gesehen. Jeder Zweite meint, daß diese Lösung oft nur zu einer Fortsetzung des Konflikts (und zu einem neuerlichen Verfahren) führt. Noch mehr wird diese Einschätzung durch LeiterInnen und MitarbeiterInnen von Frauenhäusern und Beratungsstellen, geteilt. Trotz dieser Einschätzung verfolgen die meisten Richter/-innen die Strategie, Beschlüsse, wenn es irgendwie möglich ist, zu vermeiden.

12. Soweit wir dies aufgrund der vorliegenden Daten beurteilen können, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, daß sich Partner, deren Konflikte bereits eine derartige Intensität und Gewaltbelastung erreicht haben, während der Trennungsphase versöhnen. Dies gilt für Betroffene, die keinen Antrag stellten genauso wie für Antragstellerinnen. Die Chancen auf die Rettung der Ehe sind, unabhängig von dem eingeschlagenen

Weg (Vergleich, Vereinbarung, Rücknahme des Antrags, Beschluß) nach den Ergebnissen unserer Recherchen minimal. Den Antragstellerinnen geht es nicht um Versöhnung und Rettung der Ehe, sondern um Lösung eines Konflikts.

13. Die meisten Antragstellerinnen versuchen, mit Hilfe des § 1361 b BGB Schutz vor Gewalt zu bekommen. Nach den Ergebnissen unserer Untersuchung ist dieses Ziel mit § 1361 b BGB allein nicht zu erreichen.

14. Nachdem die Antragstellerinnen meist die angestrebte Lösung (Zuweisung der ehelichen Wohnung) erreichen, sehen sie sowohl die Beratungspraxis der Anwälte/-innen als auch das Verfahren inklusive Verhaltens- und Entscheidungspraxis der Richter/-innen positiv. Um den „Leidensweg“ bis dahin zu verkürzen und zu erleichtern, sind die meisten Betroffenen für die Verringerung der Eintrittsschwelle zum Verfahren nach § 1361 b BGB. Dies gilt auch für diejenigen, die keinen Antrag gestellt haben. Es ist anzunehmen, daß unter Bedingungen der Verringerung der Eintrittsschwelle zum § 1361 b BGB zumindest ein Teil dieser Personen auch einen Antrag gestellt hätte. Nach Einschätzung der Betroffenen, würde die explizite Berücksichtigung des Kindeswohls, physische und psychische Gewalt, im Gesetz einen ähnlichen Effekt haben. Aus der Sicht der Betroffenen sind die Hürden des bisherigen Verfahrens gemäß § 1361 b BGB für die Betroffenen sehr hoch. Gefragt wird auch nach außergerichtlichen Interventionsmöglichkeiten.

15. Eine hohe Eintrittsschwelle und eine enge Interpretation von „schwerer Härte“ wurde auch von einem Teil der befragten Experten/-innen vertreten. Auf Grund unserer Recherchen müssen wir annehmen, daß sich die Beratung im Vorfeld solcher Verfahren eher an dem engeren Begriff orientiert, also eine engere Auslegung zugrunde gelegt wird, als dies ein Teil der Gerichte tut. Hinzu kommt, daß wegen der unterschiedlichen Handhabung des Begriffs der Entscheidungsprozeß im Verfahren schwer abschätzbar ist. Dies führt u.E. dazu, daß ein Teil der Betroffenen (trotz Vorliegen von Gewalt) von einer Antragstellung absieht oder abwartet, daß der Konflikt eskaliert, um so das Kriterium „schwere Härte“ zu erfüllen.

16. Das wichtigste Ergebnis der Experten/-innenbefragung ist, daß die verschiedenen Professionen die Situation und auch die Notwendigkeit, den § 1361 b BGB zu ändern, äußerst unterschiedlich einschätzen: Richter/-innen halten diesen Paragraphen für ausreichend klar, den Begriff „schwere Härte“ für situationsgemäß und vermuten eine einheitliche und regelgemäße Interpretation durch die Gerichte. Vor allem Vertreter von Frauenhäusern, Beratungseinrichtungen und Jugendämtern verfechten die genau umgekehrte Position und halten eine Ände-

rung § 1361 b BGB für geboten. Nicht zuletzt kommt darin auch die unterschiedliche Perspektive der Professionen und das spezifische Erfahrungsspektrum, das diese Institutionen mit ihrer „typischen Klientel“ haben, zum Ausdruck.

17. Bei der gegenwärtigen Handhabung des § 1361 b BGB durch die Gerichte wird bei Beschlußfassung meist eine zufriedenstellende Lösung im Interesse der Betroffenen gefunden – deswegen, weil die Richter/-innen unter Würdigung auch von Sachverhalten, die „nur“ als „unbillige Härte“ gelten können, bzw. bei Berücksichtigung des Kindeswohls Entscheidungen treffen. Die Betroffenen, die sich lediglich am gegenwärtigen Wortlaut des § 1361 b BGB orientieren können, wissen im Regelfall nicht, daß im Rahmen der gerichtlichen Praxis sehr häufig die Hürden für eine angestrebte Lösung zur Zuweisung der ehelichen Wohnung de facto niedriger angesetzt werden als dies nach dem Gesetzestext zu erwarten wäre. Letztlich können sie sich aber auf eine (wie wir nun festgestellt haben) weite Interpretation der vorgebrachten Sachverhalte durch die Richter/-innen auch nicht verlassen, denn die Auslegung des Gesetzes erfolgt durch die einzelnen Richter/-innen unterschiedlich.
    Letztlich würde eine Reform des Gesetzes, unter Berücksichtigung auch von „unbilliger Härte“ und „Kindeswohl“, der Tendenz nach nur der bereits vollzogenen Realität Rechnung tragen.

18. Es stellen sich u.a. folgende Fragen:
    - Wie kann die Gewaltproblematik (Ziel: Schutz vor Gewalt) unabhängig von der Ehescheidungsproblematik (Ziel: Trennungsregelung) durch gesetzgeberische Maßnahmen gelöst werden?
    - Sollte die Regelung der Besitzverhältnisse an der gemeinsamen Wohnung sowohl für Fälle der Trennung wie der Scheidung an einheitlichen Tatbestandsmerkmalen orientiert werden?
    - Sollte bei der Wohnungszuweisungsregelung das Kindesinteresse ein den Elterninteressen gleichwertiges Abwägungskriterium werden?
    - Sollte das Erfordernis des einjährigen Getrenntlebens als Scheidungsvoraussetzung in Gewaltfällen beibehalten werden?
    - Sollte die Wohnungszuweisung auch auf Fälle erstreckt werden, in denen ein Paar ehelos zusammenlebt, insbesondere, wenn die Wohngemeinschaft minderjährige Kinder umfaßt?
    - Sollte die Schwelle für Fälle mittlerer und leichter Gewalt herabgesetzt werden, damit den Kindern das Umfeld erhalten bleiben kann?
    - Sollten die Familiengerichte auch für andere/weitere Schutzmaßnahmen zuständig sein?

- Ist damit zu rechnen, daß durch die Aufnahme des „Kindeswohls“ in den Tatbestand die Kinder „instrumentalisiert“ werden?
- Könnte mit der Aufnahme des Begriffs „Kindeswohl“ erreicht werden, daß die Jugendämter stärker in die Pflicht genommen werden?
- Sollte ein einheitliches (amtswegiges?) Trennungsverfahren vorgesehen werden, das neben der Besitzregelung bezüglich der Ehewohnung Regelungen des Sorgerechts oder von Teilen desselben und anderer anläßlich der Trennung zu klärender Fragen vorsieht, wobei nötigenfalls auch vorläufige Regelungen erfolgen können?

Anhang

1 Im Zusammenhang mit § 1361 b BGB relevante Begriffe und rechtliche Rahmenbedingungen

In Verfahren, die den § 1361 b BGB zur Grundlage haben, geht es um die Zuweisung der Ehewohnung bei **Getrenntleben**[29].

Erste Voraussetzung ist also, daß die Partner verheiratet sind und bereits getrennt leben oder ein Partner getrennt leben will: Ist die häusliche Gemeinschaft – auch innerhalb der ehelichen Wohnung – aufgehoben und will sie zumindest ein Ehegatte nicht mehr herstellen, so leben die Ehegatten im Rechtssinne getrennt (§ 1567 I BGB), nicht aber, wenn sie nur aus äußerlichen Gründen in verschiedenen Wohnungen wohnen. Das Recht zum Getrenntleben besteht, wenn das Verlangen des anderen Ehegatten auf Herstellung der häuslichen Gemeinschaft mißbräuchlich ist oder wenn die Ehe gescheitert ist (§ 1353 Abs. 2 BGB).

Eine weitere Voraussetzung ist, daß es sich um eine **Ehewohnung** handelt:

Nach der Rechtsprechung zur HausratsVO kommen als Ehewohnung alle Räumlichkeiten in Betracht, in denen die Ehegatten gemeinsam wohnen, gewohnt haben oder die von den Ehegatten bestimmungsgemäß bewohnt werden sollen (BayObLG FamRZ 1971,36).

Eine Wohnung wird zur Ehewohnung, indem die Ehegatten den unmittelbaren Besitz an der Wohnung erlangen und beide den gemeinsamen Willen äußern, die Wohnung zur Entfaltung der ehelichen Lebensgemeinschaft (§ 1353 I BGB) als Ehewohnung benutzen zu wollen.

Zur Ehewohnung gehören nur Räume, die (überwiegend) zu Wohnzwecken genutzt werden. Gewerbliche Flächen wie ein Büro, eine Praxis oder Akkerland sind nicht Teil der Ehewohnung. Gleichgültig ist die Größe der Wohnung, wer sie gemietet hat oder wer Eigentümer ist und wie die Wohnung ausgestattet ist. Gemeinsam genutzte Nebenräume und der Garten gehören ebenfalls zur Ehewohnung. (vgl. Herb 1993, S.15-16). Die Ehewohnung besteht unabhängig von der dinglichen oder schuldrechtlichen

[29] § 1361 b BGB (1): Leben die Ehegatten getrennt oder will einer von ihnen getrennt leben, so kann ein Ehegatte verlangen, daß ihm der andere die Ehewohnung oder einen Teil zur alleinigen Benutzung überläßt, soweit dies notwendig ist, um eine schwere Härte zu vermeiden.

Rechtslage. Der Begriff „Ehewohnung“ ist nach allgemeiner Ansicht weit auszulegen (vgl. Banse 1995, S.35).

Nach § 1361 b BGB kann ein Ehegatte verlangen, ihm die Ehewohnung oder einen Teil zur alleinigen Benutzung zu überlassen, um eine „schwere Härte“ zu vermeiden:

Eine gerichtliche Überlassung der Ehewohnung zur alleinigen Nutzung darf demnach nur als ultima ratio zur Vermeidung einer „schweren Härte“ angeordnet werden. Ist die Aufteilung der Wohnung möglich oder zweckmäßig, darf keine Alleinzuweisungsanordnung getroffen werden (vgl. Kast 1994, S. 90).

Bei der Formulierung „schwere Härte“ handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff. Dennoch gibt es bestimmte Normvorgaben, an die sich Familienrichter/-innen bei ihren Entscheidungen in der einen oder anderen Weise orientieren.

Bereits die Entstehungsgeschichte des Gesetzes zeigt, welche strengen Anforderungen an die Norm gestellt werden. Der ursprüngliche Gesetzesentwurf mit dem Wortlaut „unbillige Härte“ reichte dem Bundesrat nicht. Er schlug vor, die Worte „unbillige Härte“ durch „schwere Härte“ zu ersetzen, damit durch die Wohnungszuweisung die Scheidung keinesfalls vorbereitet oder erleichtert werden könne. Der Bundesrat plädierte für die Formulierung „schwere Härte“, um nur Fälle zu erfassen, für die das Frauenhaus als einzige Alternative bleibt. Die Bundesregierung stimmte diesem Vorschlag zu, mit der Anmerkung, daß die Alternative Frauenhaus nicht der einzige Anwendungsfall, sondern ein Beispiel für die außergewöhnlichen Umstände einer „schweren Härte“ ist. In dieser Form wurde das Gesetz vom Bundestag beschlossen.

Das Kammergericht entwickelte eine Formel, wonach eine „schwere Härte“ dann vorliegt, wenn aufgrund außergewöhnlicher Umstände ausnahmsweise die Wohnungszuweisung – unter Berücksichtigung auch der Belange des anderen Ehegatten – dringend erforderlich ist, um eine unerträgliche Belastung des die Zuteilung begehrenden Ehegatten abzuwenden (vgl. KG, FamRZ 1987, 850 f), wenn also die häusliche Situation für den/die Antragsteller/-in quälend und untragbar ist.

Was das Schutzinteresse des/der Antragstellers/-in betrifft, wird eine „schwere Härte“ bei unmittelbarer Gefahr von Leib und Leben sowie Mißhandlung uneingeschränkt bejaht; dazu müssen auch keine weiteren Kriterien mehr berücksichtigt werden. Nach der Rechtsprechung des OLG

Hamm liegt eine „schwere Härte“ u.a. bei körperlichen Mißhandlungen, schweren Störungen des Familienlebens etwa durch Alkohol, fortdauernden Gewalttätigkeiten, ständigem Randalieren besonders zur Nachtzeit und bei Alkohol- und Drogenabhängigkeit vor (vgl. OLG Hamm FamRZ 1991,1440). Im Ergebnis müssen die Verhältnisse für den betroffenen Ehegatten subjektiv so belastend sein, daß die Fortsetzung der häuslichen Gemeinschaft wegen des exzessiven Fehlverhaltens des Partners als nicht weiter zumutbar erscheint (vgl. Rabl S. 228, Brudermüller FamRZ 1987, S.228, 109, 114, Kast 1994, S. 90/91).

Wohnungseigentum, Dauerwohnrecht und **dingliches Wohnrecht** sind bei § 1361 b BGB besonders zu berücksichtigen:
Die Eintrittsschwelle verschiebt sich i.d.R. nach der dinglichen Berechtigung an der Ehewohnung (vgl. Johannsen/ Heinrich 1991, S. 37). Eine Überlassung der Ehewohnung an den Ehegatten, der nicht Eigentümer der Wohnung ist, setzt die Schwelle der „schweren Härte“ herauf. Entsprechendes gilt, wenn der Ehegatte zwar nicht Eigentümer der Ehewohnung ist, diese aber im unmittelbaren Zusammenhang mit seiner Berufstätigkeit steht, z.B. wenn die Geschäftsräume in der Ehewohnung liegen (vgl. Johannsen/ Henrich-Voelskow § 1361 b Rz. 12).

Der/Die Familienrichter/-in muß das **Kindeswohl** bei § 1361 b BGB – Verfahren nicht explizit berücksichtigen:
Über das Wohl des Kindes wird in einem juristischen Verfahren von dem/der Familienrichter/-in entschieden. Die Einbeziehung familienspezifischer, situativer, gesellschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse ist innerhalb des juristischen Verfahrens nur in beschränktem Umfang möglich. „Die Entscheidungslast ist der FamilienrichterIn aufgebürdet; ihm/ihr ist in schöner Formulierung die Aufgabe gestellt, „schöpferisch gestaltend“, aber in der „Verantwortung und mit den Bindungen des Rechtssetzers“ das Kindeswohl zu bestimmen (vgl. zusammenfassend bei Rabaa 1985, S. 13/14).

Die Berücksichtigung des Kindeswohls findet sich im Wortlaut von § 1361 b BGB nicht, was die Interpretation nahelegt, daß eine Verletzung der Kindesinteressen nur insoweit berücksichtigt werden muß, als sie für den betroffenen Elternteil eine „schwere Härte“ darstellt und dies im Antrag auch benannt wird. Die Berücksichtigung des Kindeswohls muß jedoch auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen ohne die Alleinzuweisung an ein Elternteil die Kinder in höherrangigen Rechtsgütern gefährdet wären (vgl. Schwab, Familienrecht 4. Aufl., Rz. 301, S.150). Nach einem Urteil des OLG Celle rechtfertigt der Umstand, daß das Kindeswohl durch die dauernden Streitigkeiten der in der gemeinsamen Ehewohnung getrennt le-

benden Eltern beeinträchtigt wird, für sich alleine grundsätzlich noch nicht die Annahme einer „schweren Härte“ im Sinne von § 1361 b I S.1 BGB (vgl. FamRZ 1992, S.676). Für das OLG Bamberg war das Wohl der gemeinsamen Kinder dagegen ausschlaggebend für das Vorliegen einer „schweren Härte“. So wurde die Beschwerde des/der Antragsgegners/-in gegen eine Wohnungszuweisung durch das Amtsgericht u.a. zurückgewiesen, weil die Antragstellers/-in die elterliche Sorge erhielt und somit der Auszug des/der Antragsgegners/-in einem Auszug der Mutter mit den Kindern gegenüberzustellen war. „Bei Ehepaaren ohne Kinder ist deswegen eine „schwere Härte“ nur selten zu bejahen, während dann, wenn eine Ehe auseinanderbricht, in der noch minderjährige Kinder da sind, der Punkt, von dem das räumliche Zusammenleben einem Ehegatten nicht mehr zugemutet werden kann, wesentlich schneller erreicht sein kann. In diesen Fällen kommt schließlich noch hinzu, daß das Wohl der Kinder nicht außer acht bleiben, vielmehr einen wesentlichen Entscheidungsfaktor darstellen kann“ (vgl. OLG Bamberg FamRZ 1995, S. 560).

Zwar kann das Kindeswohl bei der Entscheidung, ob eine „schwere Härte“ vorliegt, mit berücksichtigt werden, doch bleibt es im Ermessen der/des Familienrichters/-in, inwieweit eine Beeinträchtigung des Wohles der Kinder eine „schwere Härte“ für den antragstellenden Elternteil darstellt. Außer Frage stehen dabei in der Regel Gesundheitsbeeinträchtigungen der Kinder als alleiniger Grund für die Zuweisung der Wohnung (vgl. KG FamRZ 1987, S.850/51; OLG Schleswig FamRZ 1991, S. 1301;OLG Celle FamRZ 1992, S.676/77).

Die unterschiedliche Gewichtung in den Urteilen und die fehlende Präzision der Begriffe mit ihren breit gefächerten, weit auslegbaren Definitionen zeigen den großen Entscheidungsspielraum des/der Familienrichters/-in bei der Anwendung des § 1361 b BGB, der zu Entscheidungsunsicherheit führen kann.

Im einzelnen werden das Schutzinteresse des/der Antragstellers/-in, die Erhaltungsinteressen des/der Antragsgegners/-in, das Kindeswohl, die dingliche Berechtigung an der Ehewohnung und die Ursachen der Eheauflösung gegeneinander abgewogen (vgl. Banse 1995, S. 35 ff).

Bezüglich der Belange der Antragsgegner ist darauf zu achten, welche Folgen eine Wohnungszuweisung für diesen hätte. Zeichnen sich extrem negative Folgen wie Obdachlosigkeit oder Berufsverlust ab, so wird dies in der Entscheidung ebenso mit berücksichtigt wie ein begründetes Interesse des/der Antragsgegners/-in am Fortbestand der Ehe.

Verfahrensmöglichkeiten für eine Zuweisung der Ehewohnung

Die Zuweisung der Ehewohnung an einen Ehepartner kann entweder als Scheidungsfolgesache oder isoliert – vor bzw. während der Anhängigkeit einer Ehesache (auf Antrag eines Ehepartners) – für die Dauer des Getrenntlebens gerichtlich geregelt werden. Für letzteres setzt die Eintrittsschwelle für die alleinige Zuweisung eine „schwere Härte" voraus, da für die Zeit des Getrenntlebens § 1361 b BGB Rechtsgrundlage ist, während eine Wohnungszuweisung im Rahmen der Scheidung nach der HausratsVO – und damit aufgrund einer anderen Eintrittsschwelle – erfolgt.

Ist bereits eine Ehesache als Hauptverfahren anhängig, kann die Wohnungszuweisung durch Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung geltend gemacht werden (§ 620 Nr. 7 ZPO). Rechtsgrundlage ist hier ebenfalls § 1361 b BGB; es muß also auch die Voraussetzung einer „schweren Härte" gegeben sein. Eigenständige Eilverfahren gibt es nicht. Einstweilige Anordnungen sind nur im Rahmen eines Hauptverfahrens zulässig, so daß vor Anhängigkeit einer Ehesache immer zugleich ein Hauptsachenantrag gestellt werden muß. Die Hauptsache kann ein (Hauptsache-)Verfahren auf Zuweisung der Ehewohnung gemäß § 1361 b BGB sein, innerhalb dessen eine vorläufige Anordnung gemäß § 13 Abs. 4, 18a HausratsVO beantragt werden kann. Hauptverfahren und einstweilige Anordnung verfolgen in diesem Fall den gleichen Zweck und sind entsprechend (bis auf die Eilformel) auch gleichlautend. Ist im Hauptverfahren eine Ehescheidung oder ein Prozeßhilfegesuch für Ehescheidung anhängig, kann im Wege einer einstweiligen Anordnung (§§ 620 Abs. 1 Nr. 7, § 620a Abs. 2 ZPO) die Wohnung für die Dauer des Getrenntlebens zur alleinigen Nutzung zugewiesen werden.

Beantragt ein Ehegatte im Rahmen des Scheidungsverfahrens die Zuweisung der Ehewohnung, dann wird dieser Antrag als sogenannte „Folgesache" in das Scheidungsverfahren einbezogen und zusammen mit dem Scheidungsurteil für die Zeit nach Rechtskraft der Scheidung entschieden. In diesem Fall entscheidet der/die Richter/-in – anders als bei § 1361 b BGB – nach billigem Ermessen unter freier Würdigung aller Umstände des Einzelfalls. Zu berücksichtigen ist primär das Kindeswohl, weiterhin die Erfordernisse des Gemeinschaftslebens und sonstige Erwägungen, wie z.B. Alter, Gesundheitszustand, wirtschaftliche Verhältnisse und die Möglichkeit der Ersatzwohnraumbeschaffung (§ 5 HausratsVO). Die Regelung über die Nutzung der Ehewohnung gemäß § 1361 b BGB ist dagegen eine isolierte Familiensache. Es wird nur eine vorläufige Regelung getroffen, was bedeutet, daß sich dadurch eine endgültige Wohnungszuweisung nicht erübrigt. Die im Rahmen von § 1361 b BGB getroffenen Entscheidungen treten

mit Rechtskraft eines Scheidungsurteils außer Kraft. Hier handelt es sich lediglich um vorläufige Entscheidungen über die Nutzung der Ehewohnung für die Zeit des Getrenntlebens. Voraussetzung ist wie gesagt der Nachweis, daß die Zuweisung der Vermeidung einer „schweren Härte“ dient.

2 Gruppierung der in Anträgen angeführten Gewalttaten nach Art und Schwere

1. Körperliche Gewalt

- **globale Beschreibung von körperlicher Gewalt**
  - Tätlichkeiten, Handgreiflichkeiten, tätliche Auseinandersetzungen, Angriffe, Gewalttätigkeit
  - Aggression
  - Misshandlung, Brutalität
  - Unkontrolliertheit
- **weniger schwere körperliche Gewalt**
  - Ohrfeige
  - schütteln/ anpacken
  - harmlose Tritte (z.B. in den Hintern)
  - schubsen (im Sinne von anrempeln)
  - kleinere/ harmlose Gegenstände auf den Boden/ Personen werfen (z.B. Wurst, Schuhkartons), aus dem Fenster schießen/Sachen vor die Tür stellen
  - gegen Türen treten
  - kratzen/ beißen/ spucken
  - AG wirft/setzt sich auf AS
- **mittelschwere körperliche Gewalt**
  - ins Gesicht/auf den Kopf schlagen
  - kräftig schütteln/ hart anpacken/ Schwitzkasten/ Arme umdrehen/ mit Handschelle fesseln
  - Tritte in verschiedene Körperregionen/ zum Stolpern bringen
  - an die Wand stoßen/ auf den Boden drücken/ durchs Zimmer schleifen/ grob umherschubsen/ ziehen/ zerren
  - Gegenstände gegen Gegenstände schleudern/ (kleinere) Gegenstände zerstören/ herumwüten/ Telefon(kabel) zerstören/ persönliche Sachen wegwerfen/ Kleider zerreißen
  - sich gewaltsam Zutritt zu Zimmer/ Wohnung verschaffen
  - an die Gurgel gehen/ leicht würgen
  - an den Haaren ziehen/ am Kopf packen

- mit Waffe bedrohen/ Messer an die Kehle halten

- **schwere körperliche Gewalt**
  - verprügeln/ zusammenschlagen/ windelweich schlagen
  - mit der Faust auf Person einschlagen/ mit der Faust ins Gesicht schlagen/ boxen/ quetschen/ blaues Auge schlagen/ Faust auf den Rücken
  - schwere Tritte/ Tritte in empfindliche Körperregionen
  - gefährliche Stöße (gegen den Türpfosten)/ Kopf gegen die Wand schlagen/ Treppe hinunterziehen/ schleudern/ durchs Zimmer werfen
  - mit Gegenständen auf Person schlagen/ werfen (Telefonhörer, Kochlöffel, Flaschen); mit Gürtel schlagen/ Zigarette auf dem Körper ausdrücken/ Kopf zwischen Rahmen und Tür einklemmen/ Reizgas ins Gesicht sprühen
  - Zerstörung der Wohnungseinrichtung/ Türen eintreten/ PKW demolieren
  - schwere Würgungen
  - an den Haaren durchs Zimmer schleifen/ Haare ausreißen
  - ins Gesicht beißen

- **lebensbedrohliche körperliche Gewalt**
  - krankenhausreif zusammenschlagen/ bewußtlos schlagen/ trotz körperlicher Gebrechen schlagen
  - Schwangere in den Bauch treten/ schlagen
  - aus dem Fenster werfen/ die Treppe hinunter stoßen
  - mit gefährlichen Gegenständen auf Person schlagen/ werfen/ mit dem Auto umfahren/ kochendes Wasser über den Kopf gießen/ Fön in die Badewanne werfen
  - Anwendung von Schußwaffen
  - Messerstiche
  - bis zur Bewußtlosigkeit würgen/ fast ersticken
  - Haus anzünden/ Personen anzünden (Benzinkanister über Antragsteller ausschütten und anzünden)

2. Psychische Gewalt

- **globale Beschreibung von psychischer Gewalt**
  - ständige Auseinandersetzungen/ ständiger Streit
  - psychische Mißhandlung/ massiver Druck
  - Provokation/ ausrasten

- **weniger schwere psychische Gewalt**
  - eifersüchtig
  - Tür knallen/ -schlagen/ lärmen
  - schreien / schimpfen / Auszugsforderung
  - harmlose/ einmalige Beschimpfung
  - rein verbale Drohungen (z.B. Wohnung zu demolieren)
  - bei Freunden/ Verwandten/ Kindern schlecht machen
  - Kinder als Druckmittel benutzen/ Drohung, Scheidung schade Kindern/ AS bekomme Kinder nicht
- **mittelschwere psychische Gewalt**
  - ständige Eifersucht
  - ständiges Lärmen / Störung der Nachtruhe
  - Verwahrlosung der Wohnung (z.B. wäscht und putzt nicht; läßt alles liegen; stellt Heizung ab; wirft dreckige Wäsche ins Zimmer des Antragstellers)
  - schwere/ ständige Beleidigung/ Unterstellung
  - kurzfristige Aussperrung/ Einsperrung/ Aussperrung aus bestimmten Zimmern
  - heftige verbale Drohungen
  - Rufmord (schlechtmachen am Arbeitsplatz/ beim Vermieter/ Bank/ Polizei)
  - herabsetzen/ Demütigungen
  - Drohung, Kinder zu entführen
  - unsinnige Handlungsforderungen (z.B. Sauberkeitswahn)
- **schwere psychische Gewalt**
  - krankhafte Eifersucht
  - ständiger/ unerträglicher Lärm/ Störung der Nachtruhe
  - Verwüstung der Wohnung (z.B. Kettenraucher ohne Lüften; Zerstörung von Akten; Notdurft im Bett erledigen; in die Wohnung urinieren)
  - Versuch der Kontrolle des Handelns/ Handlungsverbote/ über den Kopf entscheiden/ Bespitzelung
  - Einschränkung/ Verbot des Umgangs mit bestimmten Personen
  - ignorieren
  - völlige Aussperrung/ austauschen der Schlösser/ monatelanges einsperren/ Schlüssel abnehmen
  - Morddrohungen
  - Selbstmorddrohungen
  - schwere Demütigung/ bespucken/ Behandlung wie Besitz
  - Entführungsversuch der Kinder/ vorenthalten der Kinder

- Haushaltsgeräte wegsperren, so daß Antragsteller sich nicht mehr versorgen kann
- Psychoterror
- mit Waffe bedrohen

- **lebensbedrohliche psychische Gewalt**
  - piesacken bis zum psychischen Zusammenbruch
  - Gefahr durch Verwahrlosung/ Verwüstung (z.B. Abbrennen des Hauses)
  - Morddrohungen mit wahrscheinlichem Eintreten
  - Selbstmordversuch

2.1 Psychische Gewalttaten gegen das/die Kind/er

- **globale Beschreibung von psychischer Gewalt**
  - ständige Auseinandersetzungen/ ständiger Streit
  - psychische Mißhandlung
  - Provokation
- **weniger schwere psychische Gewalt**
  - seltsame Vorstellung über Erziehung
  - reagiert mit strengen Verboten
  - Einschränkung/ Verbot des Umgangs mit bestimmten Personen
  - ab und zu Tür knallen/ -schlagen/ Lärmen
  - ab und zu schreien/ schimpfen/ Auszugsforderung
  - harmlose/ einmalige Beschimpfung/ schwache Drohung
- **mittelschwere psychische Gewalt**
  - herbe Erziehungsmethoden
  - ständige, unsinnige und überzogene Handlungsverbote
  - unsinnige Einschränkung/ Verbot des Umgangs mit bestimmten Personen/ Aufwiegelung gegen Antragstellerin
  - lärmen / Störung der Nachtruhe
  - Verwahrlosung der Wohnung (z.B. wäscht und putzt nicht; läßt alles liegen; stellt Heizung ab)
  - schwere/ ständige Beleidigung/ Unterstellung
  - kurzfristige Aussperrung/ Einsperrung/ Aussperrung aus bestimmten Zimmern
  - herabsetzen/ Demütigung/ im sozialen Umfeld schlecht machen/ psychische Grausamkeit
  - bedrohen (z.B. mit Kinderheim)

- **schwere psychische Gewalt**
  - grausame Erziehungsmethoden
  - Versuch der absoluten Kontrolle des Handelns
  - Einschränkung/ Verbot des Umgangs mit geliebten, verwandten Personen (leiblicher Vater, Großeltern)
  - hinauswerfen aus der Wohnung
  - ständiger/ unerträglicher Lärm/ Störung der Nachtruhe
  - Verwüstung der Wohnung (z.B. Kettenraucher ohne Lüften; Zerstörung von Akten)
  - ignorieren
  - völlige Aussperrung/ austauschen der Schlösser/ monatelanges einsperren
  - Morddrohungen
  - schwere Demütigung
  - Selbstmorddrohungen
  - Psychoterror
  - mit Waffe bedrohen
- **lebensbedrohliche psychische Gewalt**
  - piesacken bis zum psychischen Zusammenbruch
  - Gefahr durch Verwahrlosung/ Verwüstung (z.B. Abbrennen des Hauses)
  - Morddrohungen mit wahrscheinlichem Eintreten
  - Selbstmordversuch

3. Sexuelle Gewalt

- **Sexuelle Demütigung**
  - verbale sexuelle Angriffe/ Beleidigungen/ obszöne Gesten (Selbstbefriedigung und Kondome in der Wohnung ‘rumliegen lassen)
  - als Sexobjekt behandeln/ abartige Sexualpraktiken (fordern)
  - offene Schilderung von Sexualpraktiken (Selbstbefriedigung in der Wohnung und Kondome liegen lassen; Pornohefte in der Wohnung liegen lassen/ Telefonsex/ Pornos in hoher Lautstärke anschauen)
  - offener Kontakt zu neuem/r Lebensgefährten/-in / Geschlechtsverkehr ohne Hemmungen ausüben (z.B. vor den Augen der Kinder)
  - Ehebruch
  - Sexbesessenheit
- **Sexuelle Nötigung**
  - Vergewaltigungsversuch der Antragstellerin
  - Vergewaltigungsversuch gegenüber anderen Personen

- sexuelle Nötigung/ Erpressung (Verprügeln der Antragstellerin, weil sie nicht mit ihm schlafen will; auf Beischlaf bestehen; zudringlich werden)
- intime Berührungen/ sexuelle Belästigung

- **Vergewaltigung**
  - Vergewaltigung der Antragstellerin
  - Vergewaltigung anderer Personen

4. Sonstige Gewalttaten

- **weniger schwere sonstige Gewalttaten**
  - nachlässiges Verhalten (Haustürschlüssel außen stecken lassen; Fenster offen lassen, so daß jeder Einbrecher gemütlich einsteigen kann)
  - ständige Forderung von Geld/ aufwendiger Lebensstil/ Arbeitsscheu/ Drogenabhängigkeit (lange Auslandsgespräche; Antragsteller bestreitet alleine den Lebensunterhalt; verliert durch sein Verhalten Arbeitsplatz)
  - Auseinanderentwicklung von Antragsteller/-in und Antragsgegner/-in (geht eigene Wege; hat neue Lebensperspektiven; nimmt keine Rücksicht auf die Belange des/der Antragstellers/-in)
  - gelegentlicher Ehebruch / Homosexualität (Neigung des Antragsgegners, intimen Kontakt zu anderen Frauen zu haben; Bordellbesuche)
  - kommentarloser Auszug oder Weigerung auszuziehen
  - keine Teilnahme mehr am Familienleben (kommt nur noch zum Schlafen nach Hause)

- **mittelschwere sonstige Gewalttaten**
  - Antragsteller/-in knapp bei Kasse halten (gibt Antragsteller/-in nur unregelmäßig Geld, um finanzielle Abhängigkeit zu demonstrieren; schreibt Antragsteller/-in vor, wieviel er/sie essen und trinken darf, um Geld für Alkohol auszugeben)
  - Versuch, Antragsteller/-in zu zwingen, ihm/ihr Geld zu geben/ Verschwendung von Geld (verbraucht den größten Teil des Haushaltsgeldes, um Schulden zu machen; vertrinkt den Lohn; Spielsucht)
  - Wegnehmen/-sperren persönlicher Gegenstände (Handtücher; Schmuck; Kleidung; Post)
  - neuer Partner (Zuwendung zu/ Verhältnis mit einer anderen Frau; regelmäßiger Besuch der Freundin; pflegt außereheliche Verhältnisse; verbringt Urlaube mit neuem Partner; lebt mit neuem Partner)

- lästige Gäste (häufiger/ regelmäßiger Besuch unangenehmer, lärmender Freunde, verkehrt in asozialen Kreisen)

- **schwere sonstige Gewalttaten**
  - Verweigerung von Geld/ Behinderung der Einnahmequellen der Antragstellerin (sperrt Konto; verweigert Unterhaltszahlungen; Antragstellerin muß bei Nachbarn um Lebensmittel betteln; sperrt Mietern den Strom ab)
  - viele/ sehr hohe Schulden/ Forderung hoher Geldsummen von dem/ der Antragstellerin / Erpressung
  - Diebstahl/ wegnehmen wichtiger Unterlagen (stiehlt Bargeld; verkauft den Hausrat; schafft den Hausrat außer Haus)
  - Kontakt zu neuer Partnerin in Ehewohnung (hat sich eine "Haushälterin" zugelegt; Ehebruch in Wohnung; läßt sich Himmelfahrt von einer jungen Dame abholen; läßt Freundin bei sich wohnen)
  - störende Dauergäste (ständige Anwesenheit/ Wohnen von Freunden/ Bekannten)
  - kümmert sich um nichts mehr (kommt mehrere Tage nicht mehr nach Hause; unregelmäßige Anwesenheit; erscheint ohne Voranmeldung; depressiv-passives Verhalten)
  - gefährliches Verhalten (fängt Schlägereien in der Kneipe an; Fahren ohne Führerschein)
  - macht räumliche Trennung innerhalb der Ehewohnung unmöglich (kein Respekt vor Privatsphäre; zieht nur gegen Gegenleistung (Geld) aus; benutzt weiterhin alle Räumlichkeiten; tritt ohne Voranmeldung in Räumlichkeiten; respektiert Wunsch des Getrenntlebens nicht; öffnet Post der Antragstellerin)

- **lebensbedrohliche sonstige Gewalttaten**
  - extrem fahrlässiges Verhalten (fährt in betrunkenem Zustand Auto; kocht nachts und läßt Herdplatte brennen; verursacht Brände in der Wohnung)

4.1 Gefährdung des Kindeswohls durch sonstige Gewalttaten

- **weniger schwere Gefährdung des Kindeswohls durch sonstige Gewalttaten**
  - nachlässiges Verhalten (Haustürschlüssel außen stecken lassen; Fenster offen lassen, so daß jeder Einbrecher gemütlich einsteigen kann)
  - schlechter Einfluß auf die Kinder (will nicht, daß Kinde an religiösen Festen teilnehmen; ist oft betrunken)
  - bürdet Antragstellerin die alleinige Last der Kindererziehung auf

- **mittelschwere Gefährdung des Kindeswohls durch sonstige Handlungen**
  - nimmt nicht mehr am Familienleben teil
  - Vernachlässigung der Kinder (kümmert sich nicht mehr um die Kinder)
- **schwere Gefährdung des Kindeswohls durch sonstige Handlungen**
  - extrem schlechter Einfluß auf die Kinder (macht die Kinder zu religiösen Fanatikern des Islam; besäuft sich vor Augen der Kinder; Telefonsex vor Augen der Kinder; hat offen Geschlechtsverkehr mit neuer Partnerin vor den Augen der Kinder)
  - Verwahrlosung der Kinder (verweigert Anmeldung des Kindes zum Sprachförderunterricht; nimmt Verdacht des sexuellen Mißbrauchs durch Vater nicht ernst; verweigert Ernährung der Kinder; verbietet die Benutzung der Toilette)
- **Bedrohung des Lebens durch sonstige Handlungen**
  - extrem fahrlässiges Verhalten (bindet das Kind zum Spaß am Dreirad fest; steckt dem Kind brennende Zigarette in den Mund; fährt mit dem Kind in betrunkenen Zustand Auto; kocht nachts und läßt Herdplatte brennen; setzt 1jähriges Kind auf Beifahrersitz)
  - lebensbedrohliche Verwahrlosung der Kinder (Anleitung der Kinder zu Verbrechen; Alkoholvergiftungen durch Trinken; Kinder gleiten in die Drogenszene ab; läßt Kinder allein und fährt in den Urlaub)

5. Sonstige Gründe für Wohnungszuweisung

- **weniger schwerwiegende sonstige Gründe**
  - Verdacht auf Verbrechen
  - Straftäter (Diebstahl)
  - Antragstellerin zahlt Miete
- **mittelschwerwiegende sonstige Gründe**
  - Krankheit der Antragstellerin / Erwerbsunfähigkeit
  - Krankheit des Kindes
  - Krankheit des/der Antragsgegners/-in
  - verweigert ärztliche Behandlung
  - Vermieter will Mietverhältnis nicht auf Antragstellerin übertragen/ Antrag auf Sozialwohnung nur so möglich
  - Ehe bereits geschieden
  - Heirat nur wegen Aufenthaltsgenehmigung des Antragsgegners
  - Erhaltung des sozialen Umfeldes der Kinder
  - Waffenbesitz/ ehemaliger Berufsboxer

- **schwerwiegende sonstige Gründe**
  - schwere Krankheit der Antragstellerin (Behinderung; psychische Störung; Alkoholismus; Krebserkrankung)
  - schwere Krankheit des Kindes (Behinderung; psychische Störung; Alkoholismus)
  - schwere Krankheit des/der Antragsgegners/-in (Behinderung; psychische Störung)
  - Pflege von anderen Personen in Wohnung
  - Verweigerung der ärztlichen Behandlung ist eine Zumutung für die Familie/ Ausbruch aus der Klinik
  - Antragstellerin schwanger
  - drohende Kündigung der Wohnung (hat Wohnung gekündigt/ zahlt Miete nicht)
  - schwerer Straftäter (Gefängnis; schwere Körperverletzung)
  - Antragstellerin versorgt Kinder (strebt elterliche Sorge für Kinder an)
  - Ausübung der Berufstätigkeit in der Wohnung, Selbstmordversuch des Antragsgegners

3 Variabilität der Handhabung von § 1361 b BGB in den einzelnen Bundesländern und Amtsgerichten

Erläuterungen zu den folgenden Tabellen:

Beschlußquote: Anteil der Hauptverfahren, die mit einem Beschluß endeten

Ablehnungsquote: Anteil der abgelehnten Anträge (in Hauptverfahren) an allen Beschlüssen

Enge Interpretation: Anteil der Anträge, die abgelehnt wurden und die mittlere bzw. weniger schwere Gewalt beinhalteten, und der Anträge, denen stattgegeben wurde und die schwere Gewalt beinhalteten

Sehr enge bis enge Interpretation: Anteil der Anträge, die abgelehnt wurden und die schwere Gewalt beinhalteten

Weite bis sehr weite Interpretation: Anteil der Anträge, denen stattgegeben wurde und die mittlere oder weniger schwere Gewalt beinhalteten

Datenbasis der letzten drei Spalten (enge, sehr enge bis enge und weite bis sehr weite Interpretation) sind alle Fälle, in denen ein Richter einen Beschluß gefaßt hat. Wenn sowohl ein Beschluß über die einstweilige Anordnung als auch im Hauptverfahren bekannt ist, wurde der Beschluß des Hauptverfahrens als Datenbasis gewählt.

Ausgewählt wurden **Amtsgerichte**, in denen im Untersuchungszeitraum mindestens 15 Verfahren mit bekanntem Ausgang stattfanden oder mindestens 7 Beschlüsse getroffen wurden.

	durchschnittliche Verfahrensdauer		Beschlußquote		Ablehnungsquote		Enge Interpretation		Sehr enge bis enge Interpretation		Weite bis sehr weite Interpretation	
	in Wochen	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl
Gesamt	10	1992	26	1821	30	463	49	734	4	734	47	734
Bundesländer												
Bayern	10	587	22	567	25	124	49	188	4	188	47	188
Berlin	11	306	27	272	29	72	37	136	4	136	60	136
Hessen	10	410	32	379	28	121	54	160	3	160	43	160
Niedersachsen	7	347	27	300	38	81	49	143	3	143	48	143
Sachsen	9	209	20	186	26	38	54	61	3	61	43	61
Sachsen-Anhalt	12	133	24	117	41	27	56	46	11	46	33	46
einzelne Amtsgerichte - Bayern -												
gesamt Bayern	10	587	22	567	25	124	49	188	4	188	47	188
2102	7	35	35	26	11	9	25	12	0	12	75	12
2601	13	93	26	87	48	23	50	36	11	36	39	36
2803	6	13	46	11	0	5	40	10	0	10	60	10
2901	6	14	27	15	50	4	100	4	0	4	0	4
3201	5	16	17	18	33	3	50	6	17	6	33	6
3310	17	30	23	30	29	7	50	8	13	8	38	8
3410	9	31	23	31	29	7	46	11	9	11	46	11
4102	10	26	23	22	25	4	55	11	0	11	46	11
4301	6	18	0	16	-	-	-	0	-	0	-	0
4501	10	16	6	17	0	1	100	1	0	1	0	1
4608	13	18	20	20	25	4	17	6	0	6	83	6
4708	7	22	33	18	17	6	50	8	0	8	50	8

	durch-schnittliche Verfahrens-dauer		Beschluß-quote		Ablehnungs-quote		Enge Interpretation		Sehr enge bis enge Interpretation		weite bis sehr weite Interpretation	
	in Wochen	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl
einzelne Amtsgerichte - Berlin -												
gesamt Berlin	11	306	27	272	29	72	37	136	4	136	60	136
1105	11	100	29	82	38	24	28	47	4	47	68	47
1108	11	206	26	190	25	48	42	89	3	89	55	89
einzelne Amtsgerichte - Hessen -												
gesamt Hessen	10	410	32	379	28	121	54	160	3	160	43	160
1106	9	14	30	10	33	3	87	8	0	8	13	8
1112	6	16	13	16	50	2	100	1	0	1	0	1
1114	10	38	26	39	30	10	79	14	0	14	21	14
1201	11	90	55	71	26	39	49	45	4	45	47	45
1406	11	31	31	29	13	8	22	9	0	9	78	9
1500	11	16	13	15	100	2	60	5	0	5	40	5
1608	5	23	45	20	33	9	46	13	8	13	46	13
1900	9	19	21	19	25	4	67	3	0	3	33	3
einzelne Amtsgerichte - Niedersachsen -												
gesamt Niedersachsen	7	347	27	300	38	81	49	143	3	143	48	143
2204	4	3	11	9	100	1	-	0	-	0	-	0
2305	6	62	36	45	50	16	54	28	4	28	43	28
2408	7	23	28	22	50	6	50	10	0	10	50	10
2503	5	20	13	16	0	2	14	7	14	7	71	7
3210	11	18	33	15	20	5	13	8	13	8	75	8
3313	4	17	29	14	50	4	56	9	11	9	33	9

	durchschnittliche Verfahrensdauer		Beschluß-quote		Ablehnungs-quote		Enge Interpretation		Sehr enge bis enge Interpretation		weite bis sehr weite Interpretation	
	in Wochen	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl
einzelne Amtsgerichte - Sachsen -												
gesamt Sachsen	9	209	20	186	26	38	54	61	3	61	43	61
1320	13	31	17	29	20	5	62	8	0	8	38	8
1560	10	40	28	32	11	89	30	10	10	10	60	10
einzelne Amtsgerichte - Sachsen-Anhalt -												
gesamt Sachsen-Anhalt	12	133	24	117	41	27	56	46	11	46	33	46
1103	22	23	60	20	37	11	42	12	17	12	42	12

	durchschnittliche Verfahrensdauer		Beschluß-quote		Ablehnungs-quote		Enge Interpretation		Sehr enge bis enge Interpretation		weite bis sehr weite Interpretation	
	in Wochen	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl	in %	Fallzahl
gesamt	10	1992	26	1821	30	463	49	734	4	734	47	734
Ortsgröße												
Ballungszentrum	11	562	31	486	33	151	42	247	5	247	53	247
Stadt	10	388	27	358	28	92	48	130	5	130	48	130
Land	9	421	21	402	31	82	59	137	4	137	37	137

Amtsgericht Berlin

Richter	Entscheidung					
	sehr enge bis enge Interpretation	**enge Interpretation**			**weite bis sehr weite Interpretation**	
	schwere Gewalt, Antrag abgelehnt	mittlere Gewalt, Antrag abgelehnt	weniger schwere Gewalt, Antrag abgelehnt	schwere Gewalt, Antrag stattgegeben	mittlere Gewalt, Antrag stattgegeben	weniger schwere Gewalt, Antrag stattgegeben
Männer						
33	x				x x	
36		x				
48		x				
22		x		x		
6				x		
17				x		
24				x		
14		x x			x	
26					x	
2					x	
34					x	
45					x x	
1				x		x x
39						x
21						x
Frauen						
5	x					
23	x			x		
41		x				
7		x				
4			x x	x		
27			x			
37			x			
47				x		
44				x		

9		x x			x	
11		x			x	
12		x x		x	x	
3			x		x	
32			x		x	
39					x	
25					x x	
43					x	
42					x	
15					x	
30					x	
31					x x x	
8				x	x x x	
17		x			x	x
38						x
16						x
13			x	X x	x x	x x

4 Wie die Betroffenen die Gewaltsituation empfinden

Zuordnung der Aussagen Befragter (wörtliche Zitate) zu inhaltlichen Bereichen

- **große seelische Belastung**
  - belastend seelisch und nervlich
  - schlimmste Zeit in meinem Leben, trotz Gesprächstherapie
  - unheimliche psychische Belastung
  - extrem seelisch belastend; ungeheure nervliche Anspannung; beobachtet und kontrolliert; unerträglich
  - schlimm, aber ich dachte, ich muß das durchstehen, denn wo hätte ich mit 4 Kindern wohnen können
  - Ich war nervlich nicht mehr in der Lage, meinen Beruf als Lokführer auszuüben
  - nach dem monatelangen Herumziehen fühlte ich mich seelisch elend. Es quälte mich zunehmend, daß ich meine gewohntes Leben nicht führen konnte
  - beschissen; ich heulte wie ein Schloßhund
  - Ich fühlte mich beschissen
  - schrecklich
  - so belastend, daß ich Herzrhythmusstörungen bekam und deshalb Beta-Blocker nehmen muß
  - sehr belastend, eingeengt gefühlt; häuslicher Bereich war gestört
  - Ich war seelisch am Ende
  - unverständlich, große Belastung
  - grausam (seelisch)
  - deprimierend
  - unangenehm und beschissen
  - als völlige seelische Belastung. Hatte immer große Angst um das Wohl des Kindes
- **Unerträglichkeit**
  - seelisch brutal; es war absolut unerträglich
  - es ist eine kaum zu beschreibende, katastrophale Situation, per Gesetz gezwungen zu sein, noch ein Jahr mit jemandem in einem Haus zu verbringen, der alles Erdenkliche tut, Ihnen das Leben zur Hölle zu machen
  - als ‘falschen Film’/ als ‘Hölle auf Erden’
  - stressig, unerträglich; Panik
  - Situation war psychisch unerträglich/ permanentes Reizklima/ permanente Aggressionen/ verbale Attacken
  - unerträglich/ Aggressivität steigerte sich

- einfach unerträglich
- unerträglicher Zustand; Frau wurde nur mit wenigen Kleidern vom Ehemann ausgesperrt. Kinder hatten wenig bis keine Kleider und kein Spielzeug. Betroffene mußte um persönliche Sachen betteln
- unerträgliche Situation
- unangenehm; unerträglich
- sehr schwierig, kaum auszuhalten, dieser Zustand; ging an die Grenzen meiner Kraft
- furchtbar; wie ein Alptraum, unerträglich
- absolut unzumutbar
- unerträglich für alle, einschließlich ihm selbst!
- furchtbar; ich fühlte mich nicht dort zu Hause. Es gab keine Privatsphäre, auch wenn ich mehr Hilfe bei der Kindererziehung hatte und abends weggehen konnte. Druck: „Sau, schau, daß es schneller geht!“ (Wohnungszuweisung und Scheidung)
- unerträglich und demütigend
- ständig, über Monate hinweg, in Spannung gelebt; Angst; Wut (auch über sich, weil man sich nicht wehrt); Wut auf den Partner
- furchtbar, wie Kriegszustand
- unerträglich
- als Ausnahmezustand, und das dauerhaft
- die Hölle auf Erden
- unerträglich, unhaltbare Situation, oft angsterfüllt
- unerträglich: Zusammenleben war unmöglich; Angst vor dem Mann in Permanenz
- unerträglicher Zustand des Zusammenlebens in der Wohnung; kein Ausweg wegen der Kinder; besonders das Kind litt unter der unhaltbaren Situation
- belastend; unerträglich; Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Jahre (Partner hatte Möbel ausgeräumt und Ehefrau wußte nicht, wie sie sich dagegen wehren sollte)
- unerträglich, furchtbar, Hilflosigkeit

- **Einsamkeit, Hilflosigkeit und Angst**
  - große Angst, Hilflosigkeit
  - schrecklich, furchtbar, Angst, hilflos, es ist nicht zu beschreiben, Angst um die Kinder
  - Angst um ihr Leben
  - Polizisten waren Männer. Sofort – rein gefühlsmäßig und auf ‘Kumpelbasis’ standen sie auf der Seite meines Ex-Partners – trotz sichtbarer Schäden (blaue Flecken; Prellungen; Platzwunden)
  - schreckliche Angst, daß er die Morddrohung im Rausch tatsächlich durchführt. Sie muß ständig darauf achten, daß das Kind bewacht ist

- grauenvoll und im Prinzip unbegreiflich / ständige Angst; ich hatte Angst, auf die Straße zu gehen, wegen der Morddrohungen
- Erniedrigung, Machtlosigkeit, Ausgeliefertsein; weil über allem die Angst schwebte, er könnte den Kindern etwas antun, auch wenn dies effektiv nicht passierte
- da Expartner in kleinerer Stadt ein öffentliches Amt hatte, wollte ich mich nur meinem Hausarzt anvertrauen; fühlte mich verlassen und ohnmächtig bis hin zu Depressionen und Selbstmordgedanken
- Ich fühlte mich alleingelassen in meiner Not. Ich wußte nicht, wie es weitergeht, fühlte mich hilflos und traurig
- erniedrigend, demütigend, man ist wehrlos, keiner schenkt einem Gehör und Glauben wie z.B. Jugendamt, Umwelt usw. Man erhält keine Unterstützung, weil man selbst gegangen ist
- grausam, fürchterlich, erniedrigend, bedrohlich, hilflos
- ganz grausam, kann man nicht mit Worten ausdrücken, Todesangst
- Todesangst gehabt
- sehr bedrohlich, hatte Angst um seine Existenz; Frau stellte Geldforderungen, verkehrte nur über Anwälte mit ihm. Situation erschien aussichtslos
- Angstzustände, Erniedrigung, seelische Belastung
- dem ersten Schrecken folgte Ratlosigkeit, dann die Enttäuschung darüber, daß mein Mann zu so etwas fähig ist und später die Angst, daß es sich wiederholen wird und auf die Kinder ausgeweitet wird
- hatte Angst / hatte Angst um die Kinder
- nervlich am Ende, Todesängste, Nervenzusammenbruch, gesundheitlich ruiniert
- Angst
- sehr hilflos, hatte drei Kinder und mich zu beschützen; sehr belastet
- Leben in ständiger Angst und Furcht
- verunsichernd
- sehr unwirklich. Gefühl großer Hilflosigkeit und des Alleingelassenwerdens
- ich war verletzt, total verwirrt. Angst
- ungeordnete Situation, Hektik, Bedrohlichkeit, daß der Mann seine Gewalt und Macht so ausspielt
- demütigend, hoffnungslos, keinen Ausweg gesehen, Angst, nie mehr eine Arbeit zu finden und ein normales Leben zu führen; Angst vor ihm und dem, was er als nächstes tun wird
- Ich fühlte mich schlecht, war so unsicher, ob das der richtige Schritt sei, hatte Angst, ob ich alles allein durchstehen könne
- menschenverachtend; ungerecht; ich fühlte mich von allen guten Geistern verlassen und von der Justiz verlassen

- heute weiß ich nicht mehr, wie ich diese Situation überstanden habe – mit Angst und Schrecken. Ganz bin ich diesbezüglich heute noch nicht im Gleichklang – habe Angstträume
- erniedrigend, sehr schmerzvoll, ich fühlte mich allen machtlos ausgeliefert, vor allem, weil von niemanden Hilfe zu erhalten war, schon gar nicht von der Polizei
- Ich war hoffnungslos. Ich habe so lange auf die Gerichtsentscheidung gewartet. Ich dachte, mein Ehemann ist nicht mit mir glücklich gewesen. Vielleicht schaffe ich es alleine und er wird ohne mich glücklich
- ohnmächtig, ausgeliefert, spielte mit dem Gedanken, das Haus zu verlassen; Wut
- Ich fühlte mich hilflos und ausgenutzt. Die Situation empfand ich als unzumutbar
- sich von allen im Stich gelassen fühlen; Existenzangst / Gefühl der Ausweglosigkeit
- Schrecklich! Ich mußte arbeiten (25 Stunden) und mußte den Rest in der Wohnung verbringen; konnte nirgendwo anders hin, war allein.
- Hilflosigkeit / Angst um Ungeborenes / Erniedrigung / aufgestaute Wut / Ekel
- total hilflos, klein, mickrig; hatte aber das Gefühl, etwas für die Kinder tun zu müssen, daß sie da rauskommen
- nur Angst um die Kinder und um mein Leben
- lähmend; machte wütend; Hilflosigkeit
- ausweglos; Hilflosigkeit; den Problemen selbst überlassen
- man stand hilflos und allein da, ich mußte mich um vieles kümmern und es wurden neue Kräfte geweckt
- Machtlosigkeit/ als Katastrophe/ fühlte sich im Stich gelassen von Anwalt und Jugendamt
- Ausweglos. Ohne Hilfe von Außen wäre es schwierig geworden. Vorurteile (wie „die Ausländer heiraten nur wegen Aufenthaltsgenehmigung und haben 1000 Frauen nebenbei“) haben sich bestätigt
- Totaler Streß, Angst und Panik. Völlige nervliche Überlastung/ Belastung. Angst um die Kinder. Zeitweise Angst ums eigene Leben
- hilflos
- Wenn Cola nicht im Kühlschrank stand, hat er sofort gebrüllt; ich mußte alles allein machen; ich konnte mit ihm nicht reden; war oft betrunken, hat im Haus randaliert; war nicht angenehm
- alptraumhaft, ein riesiger Alptraum; Angst um die Kinder und mich, vergebliches Anrennen gegen Türen (Jugendamt), da diese mit ihren Klischeevorstellungen (Frau ist die Bedrohte) nicht durchblicken
- fühlte mich ziemlich einsam und dachte, da mußt du dir jetzt selber helfen; allein gelassen, fühlte mich auch irgendwie schuldig, auch ein

bißchen als Herausforderung gegenüber dem Ex-Ehepartner, es selber zu schaffen
  - hilflos, allein gelassen, ohnmächtig der körperlichen Kraft des Partners ausgesetzt; angst um die Kinder
  - Angst; Hilflosigkeit; Bangen um mein Leben und das der Kinder; vor der Trennung; Angst vor der Unberechenbarkeit des Ex-Partners; Sehnsucht nach Frieden; wollte Ex-Partner nur noch loswerden

- **Erniedrigung / Scham und Enttäuschung / Selbstzweifel**
  - Es war verachtend und unmenschlich für mich. Die gerufene Polizei hat mich gebeten, die Wohnung zu verlassen (meine Frau hat die Schlösser ausgewechselt), obwohl eine gerichtliche Vereinbarung getroffen wurde, wonach ich noch zwei Wochen dort hätte wohnen dürfen
  - verlassen, zerrissen, gedemütigt, hintergangen, zum Teil hoffnungslos, traurig
  - erdrückend, einengend, belastend
  - erniedrigend; menschenunwürdiges Leben; sehr deprimierend
  - Persönlichkeitserniedrigung; Ohnmachtsgefühl
  - Verstoß gegen Menschenrechte, Ohnmacht
  - Ich fühlte mich schamlos ausgenutzt
  - Ich war für ihn ein Mensch, mit dem er alles machen konnte. Ich habe mich nicht gegen ihn gewehrt, sondern habe alles ‘runtergeschluckt
  - demütigend, Angstzustände
  - als demütigend, aber immer gehofft, daß es besser würde; hat zu dem Zeitpunkt kaum Empfindungen gehabt / Schuldgefühle; hat sich für die Situation verantwortlich gefühlt
  - die Situation als totale Erniedrigung und völlige Machtlosigkeit empfunden; ständige Überbelastung führte zu absoluter Überanstrengung und war mit Nerven am Ende
  - Sie hat diese Situation als völlige Entwürdigung empfunden, sich selber als Versagerin, außerdem fühlte sie sich total überfordert
  - erniedrigend, ich war absolut verzweifelt
  - Erniedrigung, seelische Qualen, Minderwertigkeitsgefühle, keine Freude am Leben; Selbstmordgedanken; Gefühl, man will mir alles in die Schuhe schieben
  - Demütigend. Ich zweifelte an meinen Verstand. Ich fragte mich: Mit wem lebte ich 22 Jahre. Was ist das für ein Mensch
  - Erniedrigung, fühlte sich nicht mehr leistungsfähig, fühlte sich zum Recycling freigegeben, nach ’20 Jahren’ Aufopfern für die Familie praktisch zum Müll geworfen

- er wollte nicht arbeiten / er hat am Essen gemeckert / er hat sie gedemütigt
- erniedrigend und entwürdigend
- deprimierend; führte bei mir zu angeschlagenem Selbstwertgefühl
- erniedrigend; nicht mehr menschenwürdig
- beschämend; erniedrigend; belastend, weil man beim Erzählen die Situation neu durchlebt
- erniedrigend; wollte mich moralisch kaputt machen
- entwürdigend; verbunden mit Brutalität
- beschämend
- Die Demütigung – er hat mich vor den Kindern schlecht gemacht
- das Allerletzte; erniedrigend
- Verbitterung, nervliche Belastung, Versagen meinerseits
- Als demütigend auf Dauer. Muß ich mir das gefallen lassen – nein, jetzt nicht mehr
- erniedrigend
- sehr erniedrigend
- Mir war es zuwider, als eine Art 'zurückgekehrtes Kind' bei meinen Eltern zu leben. Ich wollte mein eigenes Familienleben mit der Tochter führen
- absolut beschissen und erniedrigend
- entwürdigend; erniedrigend; krankmachend; unmenschlich; sinnlos
- Angst, Depressionen, demütigend
- erniedrigend, da einem fast nie geglaubt wird, auch nicht vor Gericht
- erniedrigend für alle; ich hatte Angst, daß meine Kinder Schaden nehmen, erniedrigend, enttäuschend; ich fühlte mich ohnmächtig – hilflos
- Ich fühlte mich furchtbar gedemütigt, so geschunden und geschlagen ins Krankenhaus zu kommen
- erniedrigend
- lebensbedrohlich, sehr erniedrigend, demütigend
- peinlich
- menschenverachtend/ erniedrigend
- erniedrigend
- Selbstzweifel
- erniedrigend, beschämend, hatte Schuldgefühle
- beschämend, sich so in einem Menschen geirrt zu haben
- war mit den Nerven am Ende. Absolut nicht durchführbar. Ich hätte nie gedacht, daß sich ein Mann (Mensch) so entwickelt

- **Ausweglosigkeit / Verzweiflung / Desillusion / Gefühl, versagt zu haben**
  - depressive Stimmungen vor allem im Hinblick auf die (aus damaliger Sicht) sinnlosen Anstrengungen und Bemühungen während der Ehezeit
  - hat sich unter Ehe etwas anderes vorgestellt / hat unter dem Verhalten des Mannes, der nicht öffentlich zur Familie stand, gelitten
  - als 'Hölle auf Erden'/ kam sich total minderwertig vor; war absolut entsetzt, sich so im Partner getäuscht zu haben
  - Selbstmordgedanken, Sinnlosigkeit, Frau fühlte sich verletzt in jeder Beziehung (Vertrauensbruch vom Frauenhaus – gemeinsame Arbeit mit Mann) allein gelassen
  - als Tragödie, als Ruin, habe mich als Verliererin auf der ganzen Linie gefühlt, hatte eigentlich keine Gelegenheit für Empfindungen
  - Ich habe diese Situation als das völlige Versagen nach meinen vielen Ehejahren empfunden, mich als Versagerin empfunden, daß mein Leben irgendwie 'verspielt' war
  - kommt sich beschissen vor; kommt sich schlecht vor; ich dachte immer, mir passiert das nicht. Wollte nur, daß es aufhört
  - unerträglich – hatte Selbstmordgedanken
  - unerträgliche Situation, sieht keinen Ausweg mehr
  - habe alles schwarz gesehen, packte das nicht mehr. Wollte sterben, Schmerz groß, bricht mir das Herz. Wie schaffe ich das allein mit Robbi
  - hätte nie gedacht, daß mir das passiert; unfaßbar; konnte nicht schlafen, nicht essen, wollte alles nur verdrängen
  - ausweglos
  - wollte mein Leben beenden (5x Suizid). Auslöser unter anderem hoher Medikamentenkonsum. Hilfeschrei: „Ich kann nicht mehr!"
  - das Letzte, was ich in meinem Leben tun muß. Ich muß durchkommen oder ich geh' vor die Hunde
  - grauenvoll; absolut lebensbedrohliche Angst; ich fühlte mich bis in den Schlaf hinein verunsichert. Mich bedrängt immer die Frage: „Was kommt demnächst noch und wie soll ich mit vier Kindern überleben?"
  - Schrecklich! Ich wollte mir das Leben nehmen. Gefühl, den Boden unter den Füßen zu verlieren. Zukunftsangst / in ein schwarzes Loch zu fallen
  - mir ist die Welt zusammengebrochen
  - völlig zukunftslos, absolut verunsichert, ohne soziale Hilfe; fühlte mich trotz gerichtlichen Bescheides hilflos, keine wirkungsvolle Hilfe von öffentlicher Seite

- als große Erniedrigung / ich als Versagerin; so habe ich die Situation empfunden
- ausweglos / gewalttätig
- ausweglos – und das dauert noch an. Allerdings hat sich die Situation seit August ’97 etwas gebessert; seit der Intervention des Jugendamtes und meiner Rechtsanwältin
- Selbsthaß, Selbstverachtung – Neid auf jede andere schwangere Frau

- **Zwiespältigkeit und Wehmut**
  - löst Trauer aus
  - Man denkt nie daran, daß jemand einem so etwas antun kann. Habe lange überlegt, was zu tun ist. Die Entscheidung ist mir auf Grund der geschilderten Situation nicht schwer gefallen (leben und leben lassen)
  - Ich war total durcheinander; immer die Frage 'warum' vor Augen. Erst war ich angeblich seine große Liebe – und dann!
  - Ich war einerseits sehr froh, war aber auch etwas wehmütig (15 Jahre Ehe)
  - seelisch belastend / wirkte ausweglos / Schuldgefühle / zwiespältige Gefühle / wir haben beide das Haus gemeinsam erbaut und jetzt wollte ich ihn heraus haben / schlechtes Gewissen / ich hätte gemeinsam nicht weiterleben können

- **Genervt und gestreßt**
  - wollte nur meine Ruhe haben; Ex sollte ausziehen
  - Streßsituation
  - nervig (dauernde Rechtsanwaltsgespräche; finanzielle Aufteilung regeln)
  - Dauerstreß (man hat kein Zuhause)
  - nervliche, seelische und körperliche Strapaze; permanente Bedrohung, das Gefühl ausgeliefert zu sein; ohne Rückzugsmöglichkeit
  - nervlich fertig durch die ewigen Streitigkeiten / Angst um die Kinder, daß er ihnen etwas antut
  - Streß, Ehemann hat viele Schulden gemacht; viele Versuche; Beratungen; Suche nach Therapie usw.
  - Ich fand das Ganze ärgerlich. Ich wollte vor allem die Kinder schützen (z.B. daß sie nicht nach Bosnien müssen !)
  - alles idiotisch – nur Spannungen: Vermutlich damit zusammenhängend, daß er nach langer Arbeitslosigkeit wieder arbeiten mußte

- **Verärgerung; Wut und Schmerz**
  - am liebsten hätte ich alles hingeschmissen
  - fühlte mich abgezockt
  - Jetzt ist Schluß, ich will nicht mehr! Warum gerade ich. Erniedrigung, Scham; nachdem die Polizei ihn mitgenommen hatte Erleichterung
  - Unverschämtheit, Frechheit, Wut
  - Ich kam mir gelinkt vor
  - Gegenaggression; mühsam Neigung zur Gegengewalt unterdrückt, damit diese nicht eskalierte
  - Hilflosigkeit / Wut, daß der Mann uns das angetan hat
  - Hilflosigkeit / Wut
  - miserabel, Schmerzen, Wut, unangenehm, unerträglich
  - Wut, unnötig, gemein, Hilflosigkeit, er war mir total fremd
  - Wut, Hilflosigkeit
  - Ich habe mich als Kämpfer für alle Männer gehalten. 'Berechnenden' Frauen wird in dieser Situation alles erlaubt. Sie wollte sich für sich und ihren neuen Freund das Haus unter den Nagel reißen. Da paßt besonders das vorläufige Sorgerecht gut
  - Erniedrigung, hatte Mordgedanken
- **Ekel**
  - fühlte mich einfach krank am Ende; er war widerwärtig
  - angewidert vom Ex-Partner
- **Erleichterung/ Wunsch der schnellen Beendigung der Beziehung**
  - war froh, darüber reden zu können/ fühlte sich bestärkt gegen den Mann (die Meldung bei der Polizei)
  - Ich wollte die Situation hinter mich bringen. Die Zukunft erschien mir ungewiß – leer
  - psychisch belastend; unhaltbar; nur Lösen durch räumliche Trennung auf schnellstem Wege
  - chaotisch, verkrampft, ohne positive Lösungsmöglichkeiten; es gab kein Zurück mehr
- **Gleichgültigkeit / Gefühlskälte**
  - Ich hatte kein Gefühl mehr für ihn
  - „I woaß ned, was ma do hi'schreim." / „Olle dod!" / Meine Nachfrage: „Was, ihre Gefühle?" Er: „Ja."
- **Betonen des Leidens der Kinder / Angst um die Kinder**
  - unerträglich/ furchtbar/ grausam/ auch für die Kinder untragbar
  - sehr verletzend; Tochter des Partners litt sehr darunter; Psychoterror war nur schwer auszuhalten

- demütigend; unbegreiflich; unmöglich; unzumutbar, für die Kinder sehr schlimm
- ich habe es sehr schlimm empfunden/ Enkelkind hat sehr darunter gelitten
- Hilflosigkeit, Zukunftsängste; welche Spuren es bei den Kindern hinterläßt; maßlose Enttäuschung über den Ex-Ehepartner und seinem Verhalten während der Konflikte
- absolut belastend/ jeden Nachmittag, wenn ich von der Arbeit nach Hause kam, sagten die Kinder, wir können hier nicht bleiben, wir sollten weggehen. Mein Mann hatte ein Büro im gemeinsamen Haus und war somit auch tagsüber anwesend
- chaotisch, alptraummäßig, Angst vor dem Partner – sowohl die Frau als auch die Kinder, z.B. vor der Schule abgefangen zu werden

- **Versuch, Distanz zu bewahren / Distanziertheit**
  - Ich hatte viele Probleme verdrängt, die mir vor allem in der Kur (Gruppentherapie), die ich wegen meines schlechten körperlichen Zustandes angetreten hatte, bewußt geworden sind. Hier faßte ich den Beschluß, mich von meinem Mann zu trennen
  - lebensbedrohlich für mich und meine Kinder
  - Ich war durch den Beginn meiner Selbständigkeit stark eingespannt, so daß ich z.T. von den Problemen abgelenkt war
  - Anwältin unterstützte mich sehr – daher räumliche Trennung problemlos
  - lebensbedrohlich
  - Psychoterror
  - die ständige Androhung von Gewalt u. die tatsächliche körperliche, sowie psychische Gewalt; die Wohnungszuweisung allein für Frau und Kind konnte vor und während der Scheidungszeit (2 Jahre lang) nicht durchgesetzt werden. Zuweisung erfolgte am Scheidungstag
  - Der Antrag diente der Entspannung der Situation. Beschleunigung des Prozesses der Trennung (auf Empfehlung der Anwältin), in der Hoffnung, daß der Antrag hilft, den Mann früher aus der Wohnung zu entfernen
  - möchte nicht antworten

5 Definition von schwerer Härte aus Sicht der Betroffenen[30]

- **Nach Ansicht der Betroffenen nicht definierbar**
  - nicht definierbar, da 'schwere Härte' für jeden etwas anderes darstellt
  - Begriff, der unterschiedlich ausgelegt wird
  - Wo ist der Unterschied zwischen Härte und schwerer Härte, kann mir eigentlich nichts darunter vorstellen
- **Schwere Härte ist nur körperliche Gewalt**
  - wenn es Prügel gibt
  - körperliche Gewalt
  - massive körperliche Bedrohung und Umsetzung in die Tat
  - wenn tatsächlich körperliche Gewalt regelmäßig angewendet wurde – psychische Bedrohung nicht ausreichend
  - wenn man Alkoholiker ist; bei Gewalttätigkeit
  - wenn Frau geschützt werden muß, wenn er gewalttätig ist
  - schlägt / wenn Kinder da sind, sollten die Männer ausziehen bei Problemen
  - körperliche Mißhandlung
  - Schlagen; Verletzen der körperlichen Integrität
  - wenn man bedroht und geschlagen wird
  - körperliche Erniedrigung
- **Schwere Härte sind nur lebensbedrohliche Situationen**
  - lebensbedrohliche Gewalttätigkeiten, Psychoterror
  - Gefahr für Leib und Leben; Psychoterror
  - schwerwiegende Gründe: Bedrohung von Leib und Leben, Psychoterror
  - lebensbedrohliche Situationen; bei körperlicher und psychischer Gewaltanwendung durch den Partner
  - Sowas wie bei mir. Alkohol, Gewalt, Brutalität, Lebensbedrohung
  - wenn ich Angst um mein Leben habe und um das meines Sohnes
  - Gefahr für Leib und Leben
  - Bedrohung der Gesundheit und des Lebens
  - Gefahr für Leib und Leben; Zerstörung der Wohnung
  - Gericht: lebensbedrohlich
  - daß körperliche Unversehrtheit nicht mehr gewährleistet ist/ seelische Grausamkeit/ Dauer-Psychoterror/ Mißbrauch der Kinder
  - eine Bedrohung von solcher Schwere, daß eine Frau behindert oder zu Tode gebracht wird (beispielsweise wurde mir von der Polizei

[30] Antwort auf entsprechende Fragen im Fragebogen der Betroffenenbefragung, wörtliche Zitate.

nicht geholfen, als ich es dringend gebraucht hätte; statt ihn mitzunehmen, mußte ich aus dem Haus gehen)

- **Schwere Härte umfaßt eine Kombination aller möglichen Arten von Gewalt (körperlich, psychisch, sexuell, Alkohol, Demütigung, Unmöglichkeit eines normalen Lebens, Bedrohung, Ehebruch)**
  - Alkoholismus (Ärzte sind dazu ausweichend)/ psychischer Terror/ Kinder und Familie muß geschützt werden
  - psychische Belastung für mich und Kinder; körperliche Gewalt, Wut, Zerstörungswut, Ironie, Zynismus, Erniedrigung
  - wenn einer brutal wird; wenn Kinder geschlagen und mißbraucht werden; wenn Mobiliar zerstört wird; sexuelle Übergriffe, Rücksichtslosigkeit, Gewalt gegenüber Schwächeren oder Abhängigen
  - wenn Gewalt im Spiel ist
  - Randalieren, psychischer Streß
  - psychische und körperliche Gewalt
  - Ex-Partner alkoholabhängig, dadurch gewalttätig
  - Psychoterror/ Gewalttätigkeiten
  - Psychoterror/ körperliche Gewalt
  - körperliche und seelische Bedrohung
  - massiv psychische und körperliche Mißhandlung
  - wenn die Ehefrau und Kinder geschlagen werden/ Mißbrauch/ psychische Gewalt
  - Psychoterror/ Schläge
  - körperliche Mißhandlung und starker psychischer Druck über einen längeren Zeitraum
  - Schläge, Vergewaltigung, Drohung
  - Mißhandlung, Gewalt
  - körperliche und seelische Mißhandlungen erleiden
  - sexuelle Nötigung; Beleidigungen; Demütigungen; Eifersuchtswahn; Gewalttätigkeit
  - seelische und körperliche Mißhandlungen
  - Einbruch, Aussperrung, körperliche Mißhandlung, Bedrohung
  - körperliche Übergriffe, Drohungen
  - psychischer Terror, körperliche Gewalt
  - Anwendung von körperlicher und psychischer Gewalt
  - körperliche Mißhandlung Drogen- / Alkoholmißbrauch; Prostitution
  - körperliche und seelische Gewalt und ihre Folgen
  - Alkoholismus, Gewalt, Drogen
  - psychische und körperliche Mißhandlung von Ehepartner und Kinder
  - daß die beteiligten Personen nicht vor den Angriffen sicher sind
  - körperliche Gewalt gegen Partner und Kind; sexueller Mißbrauch
  - psychische und körperliche Gewalt

- körperliche Mißhandlung; Psychoterror
- Gewaltbereitschaft, psychische Belastung für Kinder; Drogen- und Alkoholkonsum
- körperliche Mißhandlung / seelische Belastungen sind aber genauso schlimm
- wenn es unzumutbar ist, miteinander umzugehen/ psychischer Terror/ Gewalt
- Gewalt
- Gewalt und Psychoterror
- körperliche Gewalt/ Diebstahl/ Psychoterror
- seelische und körperliche Mißhandlung, Grausamkeit
- Gewalt/ Psychoterror
- wenn psychische bzw. physische Gewalt vorliegt
- massiver psychischer Druck und körperliche Gewalt
- Mißhandlung ist ausschlaggebend; Alter und Anzahl der Kinder ist zu berücksichtigen; wenn die Situation menschenunwürdig wird
- betrogen, Alkohol, Mann geht nicht arbeiten, bringt andere Frauen mit, Schlagen
- psychischer Terror / Gewaltanwendung in jeglicher Form / daß es unerträglich ist
- Bedrohung der Familie körperlich und seelisch. Gewalt / Mißbrauch von Alkohol (Drogen)
- psychische Gewalt, körperliche Gewalt gegenüber der Frau und den Kindern
- wenn jemand psychisch und physisch fertiggemacht wird
- Körperverletzung/ Erniedrigung/ Beleidigungen durch den Partner
- Körperliche Gewalt/ sexuelle Übergriffe/ ärztlich nachgewiesene psychische Störungen
- Angst, Bedrohung, körperliche Mißhandlung, psychische Folgen
- Prügeleien, Vergewaltigung, psychischer Terror, Gewalt gegen die Kinder
- wenn Kinder und Partnerin vom anderen bedroht und mißhandelt werden
- Gewalttätigkeit des Partners und sexueller Mißbrauch
- psychische und körperliche Gewalt und Mißhandlung
- Alkohol/ körperliche Gewalt/ sexuelle Belästigung
- körperliche Gewalt/ Psychoterror/ finanzielle Gründe
- Alkoholismus eines Ehepartners; wenn jemand psychische Gewalt und körperliche ausübt
- Gewalt (körperliche und seelische)
- Mißhandlung, Psychoterror
- ständige körperliche und seelische Bedrohung

- Begriff umfaßt meiner Meinung nach körperliche oder sexuelle Brutalität eines Partners
- psychische Belastung, ständige Beleidigung und Bedrohung vor den Kindern, Schlagen (auch vor den Kindern)
- Psychoterror (Drohungen), unter dem man leidet, Prügel, wenn man zu Hause nicht mehr ruhig leben kann, wenn Kinder hin und her gerissen werden (Vater war drogensüchtig/ krank), psychische Krankheit eines Elternteils
- wenn die Frau und die Kinder Angst haben, bedroht werden; körperliche Gewalt; die Kinder leiden
- wie bei mir und schlimmer/ wenn Kinder und Frau körperlich und psychisch angegriffen werden
- wenn man psychisch leidet; Erniedrigung; wenn man sein normales Leben nicht mehr leben kann
- wenn eine Frau verprügelt wird; wenn Mann immer besoffen ist, ständige sexuelle Anspielungen
- wenn Mann gegen ihren Willen mitfinanzieren muß
- bei Gewaltanwendung körperlich + psychisch, Bedrohung, Fremdgehen, bei wachsender finanzieller Unterstützung
- körperliche und psychische Gewalt/ die Auswirkungen der Gewalt auf die Kinder, Psychoterror, Zerstörung liebgewonnener Dinge oder eigenangefertigte Dinge
- körperliche und psychische Bedrohung gegen Partner und/ oder Kinder. Drogenkonsum
- Alkohol, psychische Erkrankung des Partners
- Randale, Gewaltanwendung, allein mit den Kindern, andere Wohnmöglichkeit für den Partner ist vorhanden
- körperliche Gewalt, randalieren, vor anderen Menschen herabsetzen, psychische Belastung; für ein Kind unzumutbar, unter diesen Umständen mit den Eltern zusammen zu leben (starke seelische Belastung), Zweifel am Selbstwertgefühl
- körperliche und seelische Mißhandlung seitens des Ehepartners, Mißhandlung der Kinder, egal welcher Art
- Handgreiflichkeiten, eine katastrophale Scheidungssituation, extrem beleidigend und bedrohend
- Zu schwerer Härte gehören körperliche Übergriffe wie psychische Grausamkeit
- Kleinkriege im Zusammenleben während der Trennung sind untragbar für die Eltern und die Kinder
- Psychoterror – Mißbrauch an Kindern (auch sexuell) – Vergewaltigung – Alkoholismus – Züchtigung
- körperliche Verletzungen, psychische Verhaltensänderungen (durch Befragung von Bekannten/ Verwandten zu beurteilen)

- ständige körperliche oder psychische Gewaltanwendung an den Ehepartner oder Kinder, sexueller Mißbrauch
- Großer Streit wegen der Kinder; Schlagen; Mißhandeln; Drohungen aller Art; Wohnung zu klein
- Belastung für die Kinder; nachts keine Ruhe; seelische Grausamkeit; Belastung; große Angst; Gewalt
- körperliche Gewalt, im besonderen psychische Bedrohungen sowie Angst, daß er plötzlich in der Wohnung auftaucht
- jede Gewalt

- **Betonung der Bedeutung von psychischer Gewalt**
  - Gewalttätige Auseinandersetzungen – so ist es wohl jetzt juristisch gemeint. Genau genommen sollte schon eine gestörte Kommunikation der Ehepartner als 'schwere Härte' gelten
  - in erster Linie psychischer Terror/ Belastung der Kinder/ feste Beziehung zu einem anderen Partner
  - nicht nur körperliche sondern auch psychische Mißhandlungen
  - psychische Belastung ausreichend, Gewalt gegen Kinder
  - psychische Bedrohung/ Mißhandlung (so interpretiere ich das Gesetz !)
  - Bedrohung reicht aus, insbesondere wenn Kinder da sind
  - Bedrohung/ Androhung reicht aus; Psychoterror
  - tätliche Angriffe, Psychoterror, Bedrohung
  - Sich bedroht zu fühlen reicht schon völlig aus
  - Psychischer Terror wird zuwenig berücksichtigt und deshalb kommen die Männer zu kurz
  - Bedrohung allein reicht aus
  - fängt bei Bedrohung an (nachgewiesen)
  - Jeder Versuch/ Androhung/ Angsteinflössung reicht aus, um sich in der eigenen Wohnung als Freiwild zu fühlen
  - psychischer und physischer Druck reicht aus
  - nicht nur körperliche Misshandlungen, sondern vor allem Psychoterror
  - psychischer Terror mir und den Kindern gegenüber
  - nicht nur körperliche, sondern auch seelische Mißhandlung; die Auswirkungen auf die Kinder und ihre Versorgung
  - psychische Belastungen, die nur schwer beweisbar sind und noch nicht zu Auffälligkeiten geführt haben
  - "schwere Härte" sollte nicht erst bei körperlicher Mißhandlung einsetzen, sondern bereits seelische Mißhandlung mit einbeziehen

- **Schwere Härte ist ein unerträglicher Zustand, unter dem Menschen leiden**
  - unzumutbare Bedingungen im Zusammenleben; Verhältnisse, die kein friedliches Wohnen gewährleisten; Mangel an Alternativen
  - alles, was normales friedliches Leben beeinträchtigt; tägliche Streitereien; Belastungen für die Kinder
  - eine Situation, die sich in naher Zukunft nicht ändern wird: andere Personen werden in Mitleidenschaft gezogen. Meine Würde wurde verletzt
  - Verhaltensweise des Mannes gegenüber Frau und Kindern, Mißachtung der Menschenwürde
  - daß es unzumutbar ist, zusammenzuleben wegen körperlicher Gewalt und Bedrohung
  - daß es unerträglich ist, zusammen zu wohnen: Gewalt, Alkoholismus, Mißbrauch
  - unerträgliche Situation für die betreffende Person
  - unzumutbare Situation
  - Rücksichtslosigkeit, Verlogenheit, Intoleranz
  - wenn man es absolut nicht mehr aushalten kann; unzumutbare Zustände
  - unmöglich, friedlich zu leben: Gewalt; beweisbar; Folgen sichtbar
  - Leiden unter der Nähe des Anderen; Beschneiden und Anzweifeln der Persönlichkeit; jede Form der körperlichen und psychischen Gewalt
  - alles, was über das einigermaßen friedliche Zusammenleben hinausgeht; psychische und körperliche Gewalt
  - wenn der Mann das Recht hat, seinen neue Freundin in die Wohnung einziehen zu lassen und du nichts dagegen tun kannst; Anmeldung dieser Freundin ohne mein Wissen und meine Wünsche
  - Verstoß gegen Art. 1 des Grundgesetzes
  - wenn es unerträglich ist, mit jemand zusammenzuleben, wobei körperliche und psychische Gewalt gleichzusetzen sind
- **Es ist schon eine Schwere Härte, mit dem entfremdeten Partner getrennt in einer Wohnung leben zu müssen**
  - Bedrohung, körperliche Gewalt, seelische Härte, noch unter einem Dach leben zu müssen
  - Psychoterror, Gewalt, getrennt leben müssen in einer Wohnung
  - daß es völlig unzumutbar ist; daß der oder die Betroffene gezwungen werden soll, mit dem Partner unter einem Dach zu bleiben; die Zwangslage, entweder obdachlos zu sein oder vom Gesetzgeber gezwungen zu sein, die unzumutbare Situation weiter zu ertragen

- **Betonung des Leidens der Kinder**
  - z.B. Streß für ein lebensbedrohlich erkranktes Kind/ für ein Kind, das sich im Staatsexamen befindet
  - Aggression und tätliche Auseinandersetzung vor Augen der Kinder; ich meine v.a., daß die Länge des Verfahrens verkürzt werden sollte, nachdem die Kinder und ich ein halbes Jahr auf die Zuweisung warteten und ein Urteil noch nicht in Sicht war
  - wenn die Kinder mißbraucht werden/ wenn die Frau psychisch unter Druck gesetzt wird/ wenn Gewalt gegen die Kinder und die Frau angewendet wird
  - wenn einer der Beteiligten, v.a. das Kind, so schwer unter der Situation leidet, daß ein Weiterleben unmöglich ist
  - wenn die Kinder unter den Auseinandersetzungen der Eltern leiden
  - wenn's drum geht, daß die Kinder Platz brauchen
  - wenn Kinder drunter leiden
  - nicht mehr zumutbare Situation ist eingetreten, Kinder werden z.B. tyrannisiert
  - Krankheit, Kinder – Gewöhnung an die Umgebung, an die Schule – Verlust dieser Umgebung
  - Psychoterror, Prügel, das Erleben der Kinder, wie sich die Eltern streiten und prügeln
  - Unzumutbarkeit beim Zusammenleben – vor allem für die Kinder
  - wenn das Zusammenleben v.a. für die Kinder unzumutbar ist
  - die Situation der Ehefrau wie bei mir, wenn die Kinder aus ihrer gewohnten Umgebung heraus müssen
  - Härtefall 1: Behindertes Kind kann man nicht aus seinem Umfeld herausreißen; Härtefall 2: Partner hat eine neue Freundin, Zusammenwohnen ist nicht mehr tragbar
- **Definition der Schweren Härte über die Folgen**
  - wenn psychische oder körperliche Schäden eintreten oder zu befürchten sind
  - Übergriffe auf Kinder und Partner; psychischer Druck mit irreparablen Folgeschäden
- **Betonung des Gefühls, daß die Justiz den Betroffenen Steine in den Weg legt**
  - langer Instanzenweg, nervliche und psychische Belastung für mich und mein Kind
  - Gericht erkennt nur sehr extreme Fälle an
  - juristisch muß man schon halb tot sein
  - den Terror und das Theater der Juristen, womit sie mich so frustriert haben

- auch Beschimpfungen und relativ leichte Gewalt können zu schwerer Härte führen; nicht nur extreme Situationen
- bei der "schweren Härte" handelt es sich um eine Farce, ein Wort – mehr nicht
- sollte in jedem Fall genau prüfen und individuell regeln
- Schwere Härte heißt, es muß zuerst was passieren, daß was unternommen wird – es muß zuerst Blut fließen
- seelische Grausamkeit; wieso man plötzlich unmündig wird, wenn man sich trennt, wieso reicht es nicht, daß man nicht mehr zusammenleben will

- **Betonung des Problems der Nachweisbarkeit**
  - daß es um nachweisbare Mißhandlung geht
  - nachweisbare Körperverletzung oder sexuelle Belästigung
  - psychische Mißhandlung; nicht nachweisbar
  - objektiv nachweisbare Bedrohung von Seele und Leib/ vorsätzlicher Versuch, finanziellen Schaden herbeizuführen/ unnötiges Berauben des örtlichen Lebensmittelpunktes
  - körperliche Gewalt, alles was man beweisen kann – wenn man es nicht beweisen kann, nützt es nichts

- **Betonung des Gefühls, daß Männer bevorzugt werden**
  - Die Frauen sind die Dummen, es wird nur dem Mann geglaubt
  - Eine Frau muß erst geschlagen und mißhandelt werden, um die Wohnung zu bekommen
  - daß dringend Voraussetzungen dafür (Zuweisung) vorliegen, Gewalt gegen Kinder bzw. Frau
  - Mutter mit zwei Kindern hat weniger Rechte als ein alleinstehender Mann; körperliche Gewalt und Psychoterror; Telefonterror; hat mich mittellos auf die Straße gesetzt, meine neue Wohnung überwacht, die Kinder sollten in der gewohnten Umgebung bleiben

- **Obdachlosigkeit als einziger Ausweg**
  - die Gefahr, die Wohnung zu verlieren, Obdachlosigkeit, Bedrohung alleine reicht aus
  - unzumutbare Härte (jemand steht auf der Straße, wird mittellos o.ä.)
  - körperliche Attacken, egal in welcher Form; man steht mit den Kindern auf der Straße
  - Frauen müssen auf der Straße leben; mit Kindern
  - daß einer immer obdachlos ist
  - daß es für den, der ausziehen muß, überaus schwer sein muß auszuziehen
  - wenn der, der raus muß, auf der Straße steht

- daß jemand aus der Wohnung fliegt
- obdachlos
- Bedrohung durch Partner; drohende Obdachlosigkeit; der die Kinder hat, soll die Wohnung haben; kindergerechte neue Wohnung zu finden, ist fast unmöglich
- wenn ich keine Wohnung habe, dann stehe ich auf der Straße, dann kann ich unter die Isarbrücke gehen
- wenn es den Wechsel des Wohnumfeldes (räumlich und sozial) bedeuten würde, Verlust der Wohnmöglichkeit

- **Finanzielle Not**
  - Einkommensverhältnisse sollten berücksichtigt werden
  - beabsichtigte finanzielle Abhängigkeit (Ex-Partner hat mir und den Kindern Geld vorenthalten)
  - wenn man die Kinder nicht versorgen kann
  - Arbeitslosigkeit, kleine und viele Kinder, Obdachlosigkeit
  - kein Geld zu haben durch Hausfrauendasein, Eingesperrtheit in Geldlosigkeit, Gewalt und Androhung von Gewalt
  - daß man andernfalls so große Entbehrungen hätte, die kein normales Leben ermöglichen
  - muß finanziell für meinen Partner weiterhin aufkommen, obwohl er der Schuldige ist; altes Gesetz besser; Schuldfrage von Fall zu Fall neu erörtern; gegenwärtig beide belastet
  - wenn jemand die Lebensgrundlage entzogen wird/ in unzumutbare Wohnverhältnisse gedrängt zu werden/ psychische Belastungen, die den ganzen Alltag bzw. Leistungsfähigkeit beeinträchtigen
  - schwer krank, keine Arbeit, Sozialfall

- **Keine Ausweichmöglichkeit aufgrund beengter Wohnverhältnisse**
  - psychische und physische Mißhandlung, unzumutbare Wohnverhältnisse
  - der räumliche Zwang (Wohnungsnot, es ist schwer, eine Wohnung mit Kindern zu mieten); nach der Trennung überhaupt aufeinander hocken zu müssen
  - finanzielle Unzulänglichkeit, um neue Wohnung zu finden/ Kinder/ körperliche Übergriffe/ Psychoterror
  - zum einen: psychisch wegen des Weggehens – zum anderen: weil eine geeignete Wohnung erst gefunden werden muß
  - wenn die finanziellen Voraussetzungen nicht gegeben sind, soll der Schwächere die Wohnung bekommen, nicht aber bei klaren Eigentumsverhältnissen. Auch soll ein Ehepartner, der schwere Verfehlungen beging, die Wohnung nicht erhalten – wie in meinem Fall

- daß ein Partner sich eine Wohnung suchen muß, die gewisse hohe finanzielle Anforderungen darstellt. Darin liegt ja der Hauptgrund in vielen Fällen, daß ein Partner nicht umziehen kann
- räumlich beengte Wohnverhältnisse, finanzielle Belastung in einer sowieso angespannten Situation; Verlust des Umfelds für die Kinder

Tabellenverzeichnis

Tab. II/1:	Grobanalyse: Einbezogene Amtsgerichte und Aktenzahl nach Bundesländern	44
Tab. II/2:	Detailanalyse: Einbezogene Amtsgerichte und Aktenzahl nach Bundesländern	45
Tab. II/3:	Formen (leiblicher) Elternschaft (in Prozent):	47
Tab. II/4:	Kinderzahl der Ehepaare aus der Aktenanalyse im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (in Prozent)	48
Tab. II/5:	Alter der Kinder (in Prozent)	49
Tab. II/6:	Berufliche Position/Erwerbstätigkeit	51
Tab. II/7:	Verhältnis von Zimmerzahl und Familiengröße (in Prozent)	53
Tab. II/8:	Wohnform zum Zeitpunkt der Antragstellung nach Geschlecht des/der Antragsteller/-in (in Prozent)	54
Tab. II/9:	Wohnform der ausgezogenen Ehepartner (in Prozent)	55
Tab. II/10:	Mit dem Antrag auf Wohnungszuweisung verbundene Zusatzanträge (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)	62
Tab. II/11:	Art der im Antrag angeführten Gewalt (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)	64
Tab. II/12:	Stärke und Art der in Anträgen angeführten Gewalthandlungen (in Prozent; Bezugsbasis: alle Antragstellerinnen; Mehrfachnennungen möglich)	67
Tab. II/13:	Stärke und Art der in Anträgen angeführten psychischen Gewalt (in Prozent; Bezugsbasis: alle Antragstellerinnen; Mehrfachnennungen möglich)	71
Tab. II/14:	Formen von Gewalt nach Geschlecht (in Prozent)	76
Tab. II/15:	Stärke der von Männern und Frauen ausgeübten Gewalt (in Prozent)	77
Tab. II/16:	Stärke der Gewalt gegen Kinder (in Prozent)	82
Tab. II/17:	Folgen körperlicher Gewalt (in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)	91
Tab. II/18:	Folgen psychischer Gewalt (in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)	91
Tab. II/19:	Beweise für die angeführten Gewalttaten (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)	93
Tab. II/20:	Inhalt der Erwiderung/des Gegenantrages (in Prozent, bezogen auf alle Antragserwiderungen; Mehrfachnennungen möglich)	95
Tab. II/21:	Gründe für Rücknahme oder Erledigung des Verfahrens (nur Hauptverfahren) (in Prozent)	119
Tab. II/22:	Art der Gewalt und Verfahrensausgang	120
Tab. II/23:	Stärke der Gewalt und Anerkennung als „schwere Härte“ im Beschluß (in Prozent)	123

Tab. II/24: Anerkennung von „schwerer Härte“ und Wohnungszuweisung (antragsgemäßer Beschluß, in dem die angeführte Gewalt von Richter/-innen als „schwere Härte“ anerkannt wurde; in Prozent) 124
Tab. II/25: Anerkennung von Gewalt als „schwere Härte“ und Vorlage von Beweisen (in Prozent) 125
Tab. II/26: Anführung des Kindeswohls im Antrag und bei gerichtlichen Beschlüssen (Basis: Beschlüsse zu Familien mit Kindern; in Prozent) 127
Tab. II/27: Schwere der Gewalt und Verfahrensausgang (in Prozent). 133
Tab. II/28: Zuweisung der Ehewohnung bei (ausschließlich) psychischer bzw. körperlicher Gewalt (in Prozent) 134
Tab. III/1: Dauer von Beziehungsproblemen bis zum Trennungsentschluß (in Prozent) 155
Tab. III/2: Möglichkeit des Getrenntlebens in der Ehewohnung (in Prozent) 157
Tab. III/3: Wohnsituation: Relation zwischen Zimmer und Zahl der im Haushalt lebenden Personen (in Prozent) 158
Tab. III/4: Anzahl der Umzüge während der Trennungszeit (in Prozent) 159
Tab. III/5: Die häufigsten Folgen körperlicher Gewalt (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich) 163
Tab. III/6: Folgen psychischer Gewalt (in Prozent, Mehrfachnennungen möglich) 166
Tab. III/7: Ausmaß und Schwere der Gewalt (in Prozent) 172
Tab. III/8: Kontinuität von Gewalthandlungen (in Prozent) 175
Tab. III/9: Beschaffte und vorhandene Beweise (in Prozent, Auswahl, nur häufigere Nennungen) 178
Tab. III/10: Auswahl von Anwälten/-innen (in Prozent) 185
Tab. III/11: Zugang zu Anwälten/-innen und Zufriedenheit mit der Beratung/Betreuung (in Prozent) 186
Tab. III/12: Aktuelle Wohnsituation (in Prozent) 190
Tab. III/13: Einschätzung der momentanen Wohnsituation 191
Tab. III/14: Intensität von Gewalt gegen Kinder (Gewaltindex I: alle Gewaltformen gleich gewichtet) (in Prozent) 194
Tab. III/15: Intensität von Gewalt gegen Kinder (Gewaltindex II: psychische Gewalt geringer gewichtet) (in Prozent) 194
Tab. III/16: Gewalt gegen Kinder und Verfahrensausgang (in Prozent) 196
Tab. III/17: Einschätzung des gesetzlichen Schutzes vor Gewalt (in Prozent) 198
Tab. IV/1: Zusammensetzung der Stichprobe nach Bundesländern und Berufen (Auswahl der befragten Experten/-innen) 209
Tab. IV/2: Signifikante qualitative Unterschiede in den Antworten nach dem Beruf bzw. der Berufsgruppe 242

Abbildungsverzeichnis

Grafik I/1: Forschungsinteresse 32
Grafik I/2: Forschungsdesign 36
Grafik II/1: Anzahl isolierter Wohnungs- und Hausratsverfahren in Deutschland 1995 39
Grafik II/2: Wohnungs- und Hausratsverfahren (insgesamt 1995) 41
Grafik II/3: Arten der Gewalt und Zusammenhang mit Alkoholkonsum 65
Grafik II/4: Sonstige Antragsbegründungen und Gewalthandlungen ... 74
Grafik II/5: Ausgang des Verfahrens 117
Grafik II/6: Wohnsituation bei Antragstellung und nach Verfahrensende 128
Grafik II/7: Wohnform nach Verfahrensausgang – Vorher: zusammen in der Ehewohnung 129
Grafik II/8: Wohnform nach Verfahrensausgang – Vorher: Auszug Antragstellerin 130
Grafik II/9: Wohnform nach Verfahrensausgang – Vorher: Auszug Antragsgegner 131
Grafik II/10: Schwere der Gewalt (Index I) 132
Grafik II/11: Schwere der Gewalt (Index II) 134
Grafik II/12: Interpretation von Gewalt als „schwere Härte“ 135
Grafik II/13: Variabilität der Handhabung von § 1361 b BGB in den einzelnen Bundesländern (Ablehnungsquote) 139
Grafik II/14: Variabilität der Handhabung von § 1361 b BGB in den einzelnen Bundesländern (Quote weite bis sehr weite Interpretation) 139
Grafik III/1: Körperliche Gewalt gegen die Mutter 164
Grafik III/2: Körperliche Gewalt gegen das/die Kind(er) 165
Grafik III/3: Psychische Gewalt gegen die Mutter 167
Grafik III/4: Psychische Gewalt gegen das/die Kind(er) 168
Grafik III/5: Sexuelle Gewalt gegen die Mutter 170
Grafik III/6: Sexuelle Gewalt gegen das/die Kind(er) 171
Grafik III/7: Verfahrensausgang 188
Grafik IV/1: Ausgang der Verfahren aus Sicht von Anwälten/-innen 219
Grafik IV/2: Auswirkungen der Wohnungszuweisung (nach Einschätzung der Experten/-innen) 223
Grafik IV/3: Berücksichtigung des Kindeswohls und der Belange der Betroffenen (nach Einschätzung der Experten/-innen) 224
Grafik IV/4: Befürwortung von Gesetzesänderungen 232

Literaturverzeichnis

Bien, Walter/Marbach, Jan (1991): Haushalt – Verwandtschaft – Beziehungen. Familienleben als Netzwerk. In: Bertram, Hans (Hg.): Die Familie in Westdeutschland. Opladen

Brandau, Heidrun/Ronge, Karin (1996): Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich. Berlin

Brudermüller, Gerd (1987): Die Zuweisung der Ehewohnung an einen Ehegatten. FamRZ 87, 109 ff.

Brush, Lisa D. (1990): Violent Acts and Injurious in Married Couples. Gender and Society Vol.4, Nr.1, 21-34

Büttner, Christian/Nicklas, Hans u.a. (1984): Wenn Liebe zuschlägt – Gewalt in der Familie. München

Engfer, Anette (1986): Kindesmißhandlung. Stuttgart

Gelles, Richard J. (1987): Family Violence. Newbury Park

Gemünden, Jürgen (1996): Gewalt gegen Männer in heterosexuellen Intimpartnerschaften. Marburg

Griebel, Wilfried/ Siefert, Ilse/Herz, Joachim (1991): Phasenspezifische Unterstützungsangebote für Scheidungsfamilien, insbesondere für betroffene Kinder. Zeitschrift für Familienforschung, Heft 2, Jahrgang 3

Habermehl, Anke (1989): Gewalt in Familien. Hamburg

Hetherington, E.M. (1980): Scheidung aus der Perspektive des Kindes. Report Psychologie 5, 6-23

Homer, Marjorie/Leonard, Anne/Taylor, Pat (1985): The burden of dependency. In: Norman

Honig, Michael-Sebastian (1992): Verhäuslichte Gewalt. Frankfurt a.M.

Jacobi (1995): Gewalt gegen Kinder und unter Kindern. Schriftenreihe Bad Nauheimer Gespräche der Landesärztekammer Hessen, Band 20

Johannsen/Henrich/Brudermüller (1998): Eherecht, 3. Auflage

Jonson (Hg.): Marital Violence. London, 77-108

Kast, Matthias (1994): Die Zuweisung der Ehewohnung und die Verteilung des Hausrats bei Trennung und Scheidung der Eheleute. Univ. München (Hg.): Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung. München: VVF. StaBi, Mü. Sig.: Diss. 94.2079

Klees, Karin (1992): Partnerschaftliche Familien. Arbeitsteilung, Macht und Sexualität in Paarbeziehungen. Weinheim: Juventa

Kobusch, Christian (1995): Der Hausrat als Streitobjekt zwischen getrennt lebenden Ehegatten. Schriften zum Deutschen und Europäischen Zivil-, Handels- und Prozeßrecht, Band 161.Bielefeld: Gieseking. StaBi, Mü Sig: Diss. 95.5891

Lehmkuhl/Boos (1997): Scheidung-Trennung-Kindeswohl. Diagnostische, therapeutische und juristische Aspekte“; Weinheim 1997

Nave-Herz, Rosemarie/Daum-Jaballa, Marita/Hauser, Sylvia/Matthias, Heike/Scheller, Gitta (1990): Scheidungsursachen im Wandel. Bielefeld

Napp-Peters, Anneke (1995): Familien nach der Scheidung. München

Trennungsphase? Familiendynamik 2, 127-142

Neidhart, Friedhelm (1986): Gewalt. Soziale Deutung und sozialwissenschaftliche Bestimmungen des Begriffs. In: Bundeskriminalamt (Hg): Was ist Gewalt? Eine Auseinandersetzung mit einem Begriff. Wiesbaden

Niesel, Renate/Griebel, Wilfried (1996): Aufgabenstellungen während einer Scheidung. In: LBS-Initiative Junge Familie (Hg.): Trennung, Scheidung und Wiederheirat. Weinheim, 18-22

Oberndorfer, Rotraut (1991): Die subjektive Sicht der Betroffenen im Scheidungsgeschehen. In: Buskotte, Andrea (Hg.): Ehescheidung: Folgen für die Kinder. Hoheneck, 9-29

Oberndorfer, Rotraut (1997): Trennung und Scheidung und wie Kinder darauf reagieren. In: LBS – Initiative: Junge Familie (Hg.): Trennung, Scheidung und Wiederheirat. Weinheim

Rauchfleisch Udo (1995): Familie. Hort der Gewalt? Familie, Partnerschaft, Recht (FPR), 11

Roberts, Albert R. (1990): An overview of crisis theory and crisis intervention – Crisis intervention handbook: Assessment, treatment and research, 1990

Rössler, Michaela (1996): Die gerichtliche Zuweisung der Ehewohnung an einen Ehegatten außerhalb eines Scheidungsverfahrens. Eine vergleichende Untersuchung zum deutschen und österreichischen Recht. Dissertation der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg

Saunders, Daniel G.: When battert women use violence. Husband-abuse or self-defence? Violence and Victims 1 (1986) 47-60

Schmidt-Denter, Ulrich/Beelmann, Wolfgang/Trappen, Inga (1991): Empirische Forschungsergebnisse als Grundlage für die Beratung von Scheidungsfamilien: Das Kölner Längsschnittprojekt. Zeitschrift für Familienforschung, 3, 2, 40-51

Schwab, Dieter (1991): Familienrecht, 6. Auflage, München 1991

Simm, Regina (1983): Gewalt in der Ehe – Ein soziales Problem. Bielefeld

Straus, Murray / Gelles, Richard J. (1986): Societal Change and Change in Family Violence from 1975 to 1985 as Revealed by two National Surveys. Journal of Marriage and the Family 48 465-479

Wahl, Klaus (1990): Studien über Gewalt in Familien – Gesellschaftliche Erfahrung, Selbstbewußtsein und Gewalttätigkeit. München

Wallerstein, Judith / Blakeslee, S. (1989): Gewinner und Verlierer. Frauen, Männer, Kinder nach der Scheidung. München

Wellenhofer-Klein, Marina (1993): Vierzehn Jahre Negative Härteklausel § 1579 BGB. Rechtswissenschaftliche Universität München (Hg.): Forschung und Entwicklung. München

Wetzels, Peter / Pfeiffer, Christian (1995): Sexuelle Gewalt gegen Frauen im öffentlichen und privaten Raum – Ergebnisse der KFN-Opferbefragung 1992 -. Materialien zur Frauenpolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Nr. 48

Wetzels, Peter / Greve, Werner / Mecklenburg, Eberhard / Bilsky, Wolfgang / Pfeiffer, Christian (1995): Kriminalität im Leben alter Menschen. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 105. Stuttgart, Berlin, Köln

Wrage, Gudrun / Marth, Dörte / Helf, Margret (1995): Lehrgangskonzeption für die Polizei zum Thema „Männliche Gewalt gegen Frauen“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1995